



79. Sitzung – Neudruck

Düsseldorf, Donnerstag, 23. Januar 2020

Mitteilungen des Präsidenten	5	Lisa-Kristin Kapteinat (SPD)	30
		Josef Hovenjürgen (CDU).....	32
		Wibke Brems (GRÜNE)	34
1 Ein Paket der Vernunft für Klimaschutz, Fairness und Wettbewerbsfähigkeit – Nordrhein-Westfalen ist Vorreiterland der Energiewende		Dietmar Brockes (FDP).....	35
		Christian Loose (AfD).....	36
		Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart.....	38
Unterrichtung der Landesregierung		Ergebnis.....	38
Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/8513		2 Schulpolitische Halbzeitbilanz: Die Landesregierung ist noch nicht in ihrer Regierungsverantwortung angekommen. Sie sollte endlich anfangen zu regieren!	
<u>In Verbindung mit:</u>		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8425	38
Bund-Länder-Einigung beim Kohleausstieg: Ministerpräsident Laschet muss sich gegenüber dem Parlament erklären		Jochen Ott (SPD)	38
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/8495		Frank Rock (CDU)	40
<u>In Verbindung mit:</u>		Franziska Müller-Rech (FDP)	42
Nach dem Ausstieg aus der Kohleverstromung: Wo kommt in Zukunft der Strom her?		Sigrid Beer (GRÜNE).....	45
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8496	5	Helmut Seifen (AfD)	47
Ministerpräsident Armin Laschet.....	5	Ministerin Yvonne Gebauer	49
Marc Herter (SPD).....	10	Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD).....	50
Monika Düker (GRÜNE).....	13	Frank Rock (CDU)	53
Bodo Löttgen (CDU)	16	Jochen Ott (SPD).....	54
Christian Loose (AfD)	20	Ergebnis.....	54
Christof Rasche (FDP)	23	3 Chancen der Digitalisierung für Einbürgerungen nutzen!	
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	26	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/8421	54
		Heike Wermer (CDU).....	54
		Stefan Lenzen (FDP)	55
		Ellen Stock (SPD)	56

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)	57	Norwich Rüße (GRÜNE).....	75
Gabriele Walger-Demolsky (AfD).....	58	Dr. Christian Blex (AfD).....	77
Minister Dr. Joachim Stamp	58		
Ergebnis	59	Ergebnis.....	78
4 Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW		7 Fair geht mehr: Digitale Daseinsvorsorge nicht dem Markt überlassen!	
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/8298 – Neudruck		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8423	78
erste Lesung	60	Christina Kampmann (SPD)	78
Johannes Remmel (GRÜNE).....	60	Björn Franken (CDU)	79
Fabian Schrupf (CDU).....	60	Marcel Hafke (FDP)	80
Andreas Becker (SPD)	62	Matthi Bolte-Richter (GRÜNE).....	81
Stephen Paul (FDP)	63	Sven Werner Tritschler (AfD).....	82
Gabriele Walger-Demolsky (AfD).....	64	Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart.....	83
Ministerin Ina Scharrenbach.....	65	Ergebnis.....	85
Ergebnis	66	8 ‘Get Brexit done!’ – NRW muss schnell und entschlossen auf das britische Wahlergebnis reagieren und Mehrkosten für den deutschen Steuerzahler verhindern!	
5 Abschiebeinitiative 2020 – Stärkung der zentralen Ausländerbehörden		Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8416	85
Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8415	66	Sven Werner Tritschler (AfD).....	85
Gabriele Walger-Demolsky (AfD).....	66	Oliver Krauß (CDU).....	86
Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU).....	67	Susana dos Santos Herrmann (SPD)	87
Ibrahim Yetim (SPD).....	68	Thomas Nüchel (FDP)	88
Stefan Lenzen (FDP).....	69	Johannes Remmel (GRÜNE)	89
Verena Schäffer (GRÜNE)	71	Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner	89
Minister Dr. Joachim Stamp	71	Dr. Martin Vincentz (AfD) (persönliche Bemerkung gem. § 30 GeschO)	90
Ergebnis	72	Ergebnis.....	91
6 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe. – Zukunftschancen für die nordrhein-westfälische Landwirtschaft gestalten, mittelständische Betriebe stärken, hohe Standards in Ernährung und Umweltschutz gemeinsam sichern.“		9 Sturmfreie Schiene – Deutsche Bahn muss Vegetationskontrolle und Grünschnitt verstärken	
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 17/8414.....	72	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/8422	91
Markus Diekhoff (FDP).....	72	Klaus Vossemer (CDU).....	91
Dr. Ralf Nolten (CDU).....	74	Ulrich Reuter (FDP).....	92
Annette Watermann-Krass (SPD).....	75	Carsten Löcker (SPD).....	93

Arndt Klocke (GRÜNE).....	94
Nic Peter Vogel (AfD)	95
Minister Hendrik Wüst	96

Ergebnis	97
----------------	----

10 Armutsrisiko Pflegekosten – Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen finanziell entlastet werden

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8418	97
--	----

Dr. Martin Vincentz (AfD).....	97
Peter Preuß (CDU)	98
Britta Alenkamp (SPD)	99
Susanne Schneider (FDP)	100
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	101
Minister Karl-Josef Laumann.....	101

Ergebnis	103
----------------	-----

11 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 17/6758	103
---	-----

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 17/8369	
zweite Lesung	103

Romina Plonsker (CDU).....	103
Markus Herbert Weske (SPD).....	104
Ralf Witzel (FDP)	105
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)	107
Christian Loose (AfD)	108
Minister Lutz Lienenkämper	108
Christian Loose (AfD)	109

Ergebnis	110
----------------	-----

Entschuldigt waren:

Ministerin Ursula Heinen-Esser

Claudia Schlottmann (CDU)

Thomas Kutschaty (SPD)

Berivan Aymaz (GRÜNE)

Horst Becker (GRÜNE)

(ab 15:30 Uhr)

Sigrid Beer (GRÜNE)

(ab 14 Uhr)

Monika Düker (GRÜNE)

(ab 12:30 Uhr)

Roger Beckamp (AfD)

Frank Neppe (fraktionslos)

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 79. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **fünf Abgeordnete entschuldigt**; die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiern heute **Heike Troles** von der Fraktion der CDU

(Allgemeiner Beifall)

und **Frank Börner** von der Fraktion der SPD.

(Allgemeiner Beifall)

Herzliche Glückwünsche und alles Gute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

Ich rufe auf:

1 Ein Paket der Vernunft für Klimaschutz, Fairness und Wettbewerbsfähigkeit – Nordrhein-Westfalen ist Vorreiterland der Energiewende

Unterrichtung
der Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8513

In Verbindung mit:

Bund-Länder-Einigung beim Kohleausstieg: Ministerpräsident Laschet muss sich gegenüber dem Parlament erklären

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8495

In Verbindung mit:

Nach dem Ausstieg aus der Kohleverstromung: Wo kommt in Zukunft der Strom her?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8496

Der Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 17. Januar mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag zum Thema „Ein Paket der

Vernunft für Klimaschutz, Fairness und Wettbewerbsfähigkeit – Nordrhein-Westfalen ist Vorreiterland der Energiewende“ zu unterrichten.

In Verbindung mit der Unterrichtung haben die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD jeweils mit Schreiben vom 20. Januar gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu der oben genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Die Aussprache zur Unterrichtung wird vereinbarungsgemäß in Verbindung mit der Aktuellen Stunde der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Aktuellen Stunde der Fraktion der SPD durchgeführt.

Die Unterrichtung durch die Landesregierung erfolgt durch den Ministerpräsidenten Armin Laschet. Ich erteile Herrn Ministerpräsident Armin Laschet das Wort.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist heute das dritte Mal innerhalb von nur zwölf Monaten, dass ich Sie, die Abgeordneten des Landtags, über den Fortgang der Beratungen zum Ausstieg aus der Kohleverstromung unterrichte. Schon daran sieht man: Der Kohleausstieg ist ein historisches Projekt, das Deutschland und Nordrhein-Westfalen gleichermaßen in Atem hält.

Wir haben uns vor nicht allzu langer Zeit gemeinsam sehr bewusst und feierlich vor Augen geführt, was unser Land der Kohle verdankt. Der Blick zurück aus Anlass der Beendigung des Steinkohlebergbaus im Dezember 2018 hat jeder und jedem gezeigt, dass Nordrhein-Westfalen ohne die Kohle nicht das wäre, was es heute ist:

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

ein Industrie- und Wirtschaftsstandort von Weltrang, ein Land, in dem viele Millionen Menschen einer anspruchsvollen, gut bezahlten Arbeit in der Industrie oder im Dienstleistungsgewerbe nachgehen und vor allem im globalen Maßstab eine Region, die zu den wohlhabendsten der Erde gehört und die Sehnsuchtsort von Millionen Menschen ist, die in anderen Erdteilen leben.

Und nun: nach der Steinkohle auch die Braunkohle. Nach mehr als 150 Jahren erfolgreicher Industriegeschichte in diesem Land werden wir das Wagnis eingehen, uns von diesem Rohstoff unseres Erfolgs zu trennen – vielleicht noch besser: zu emanzipieren.

Wir werden diesen Schritt aus guten Gründen gehen; denn es ist an der Zeit, dem Klimawandel mit aller Kraft entgegenzutreten – für unsere Umwelt und ihre einzigartigen Lebensräume, für kommende Generationen in Deutschland, Europa und der Welt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Ausstieg Deutschlands aus der Kohleverstromung ist ein unabdingbarer Beitrag zum Klimaschutz.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Dieser Ausstieg stellt jedoch zugleich einen beispiellosen Einschnitt in einen Pfeiler unserer Industriegesellschaft dar. Es gibt also viel zu gewinnen, aber, wenn es falsch gemacht wird, auch viel zu verlieren.

(Thomas Röckemann [AfD]: Sie haben ja so recht!)

Die Energiewende und der Kohleausstieg werden nur dann ein Erfolg, wenn sie einen echten, messbaren Mehrwert für den Klimaschutz erreichen, aber zugleich die Grundlagen unseres Wohlstands nicht gefährden.

Genau das war das Motiv, weshalb ich gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Stephan Weil, im Rahmen der Sondierungen zur Großen Koalition im Bund Anfang 2018 die Einrichtung der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ verabredet habe.

Damals lag es auf der Hand, dass es ein Weiterwie-Bisher nicht geben konnte, weil gravierende und bleibende Schäden für unseren Wirtschaftsstandort, aber auch für unsere Gesellschaft zu befürchten waren.

Es gab ständig Diskussionen über Gigawatt, über Kohlekapazitäten usw. Wir haben es im Jahr 2015 erlebt, als der damalige Bundeswirtschaftsminister eine Sicherheitsbereitschaft vereinbarte. Bei den Jamaika-Verhandlungen ging es nur um Gigawattangaben, ohne dass dem eine Gesamtstrategie zugrunde lag.

Hier war die Entscheidung der Großen Koalition: Wir brauchen alle Beteiligten – die Gewerkschaften, die Wirtschaft, die Region und die Umweltverbände. Die müssen einen Konsens erarbeiten, der einen gesellschaftlichen Großkonflikt um die Kohle lösen kann, langfristige Planungssicherheit geben kann und Versorgungssicherheit schaffen muss.

Bereits die Einsetzung der Kommission, in der der BDI und „Buirer für Buir“, die IG BCE und Greenpeace zusammengesessen haben, war ein großer Erfolg, der vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre.

Für mich steht heute schon fest: Es war ein politisches Wagnis, eine solche Kommission zu berufen, aber es hat sich gelohnt. Die Kommission hat vor fast einem Jahr, im Januar 2019, einen umfangreichen Fahrplan für einen Kohleausstieg bis spätestens 2038 vorgelegt. Es war ein Meilenstein für den Klimaschutz. Wenn die Bundespolitik jetzt dabei ist, das in Gesetze zu gießen, gilt unser Dank denen, die an diesen Gesprächen beteiligt waren und diesen Vorschlag gemacht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der SPD)

Respekt verdient das Ergebnis der Kommissionsarbeit, weil man sich nicht einfach auf einen Ausstiegsfahrplan verständigt hat. Nein, man hat zugleich Empfehlungen für flankierende Maßnahmen vorgelegt, die sicherstellen sollen, dass das Vorhaben für alle Beteiligten eine Erfolgsgeschichte wird.

Dies sind: Strukturförderung für die Reviere durch Hilfe des Bundes; Fairness gegenüber den vom Ausstieg betroffenen Arbeitnehmern; Sicherung der Innovationsfähigkeit der Energiewirtschaft durch angemessene Entschädigung der Unternehmen, die ja noch im Jahr 2016 Rechtstitel bekommen haben, wie lange sie Kohle abbauen können, und dafür in einem Rechtsstaat natürlich entschädigt werden müssen; schließlich Kompensation von Strompreissteigerungen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrie, die gerade rund um das Rheinische Revier – Aluminium, Chemie und viele andere – darauf angewiesen ist, dass sie zu jeder Zeit bezahlbaren Strom erhält.

Mit der Empfehlung, den Hambacher Forst zu erhalten, gab die Kommission auch eine klare Empfehlung zum Umgang mit dem gesellschaftlichen Konflikt. Mit dem Erhalt des Hambacher Forstes ist natürlich kein Beitrag zum Klimaschutz verbunden. Das Waldstück ist in erster Linie ein Symbol. Aber man darf nicht verkennen, dass auch Symbole manchmal wichtig sind, wenn die Politik zeigen will, dass sie verstanden hat und ein Thema ernst nimmt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Umsetzung dessen, was die Kommission vor einem Jahr gemacht hat, hat zu lange gedauert. Für den Durchbruch in der vergangenen Woche hat es erneut eines Gesprächs mit der Bundeskanzlerin, mit dem Bundesfinanzminister, mit der Bundesumweltministerin, mit dem Chef des Kanzleramts, mit dem Wirtschaftsminister und mit den Ministerpräsidenten der betroffenen Länder bedurft. Es zeigt sich: Einer allein kann den Ausstieg aus der Kohleverstromung nicht entscheiden. Es ist ein Gemeinschaftswerk. Dass alle jetzt dazu Ja sagen, ist ein gutes Signal.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nun müssen wir prüfen – und das wird die Debatte zeigen –, ob all die wesentlichen Punkte der Kommission umgesetzt worden sind.

Erstens: klarer Ausstiegspfad. Die Bundesregierung hat mit den Unternehmen einen ambitionierten Ausstiegspfad verhandelt – blockscharf, auf jeden einzelnen Block jedes Kraftwerks berechnet, und monats-scharf, mit klaren Daten, wann was passiert. Damit werden die Beiträge zum Klimaschutz erreicht, die man, abgeleitet vom Pariser Klimaschutzabkommen, in der Kommission übersetzt hatte.

Zweitens: Strukturwandel. Mit einem Budget von 40 Milliarden Euro soll die Transformation der Reviere so gestaltet werden, dass dort nachhaltige Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung entstehen. Die Instrumente, die notwendigen Strukturen und die Projekte sind im Gesetz angelegt.

Drittens: Sozialverträglichkeit. Die Kommission hat klare Empfehlungen für einen sozialverträglichen Kohleausstieg abgegeben. Das Anpassungsgeld, mit dem Härten für diejenigen, die heute noch in den Tagebauen und Kraftwerken beschäftigt sind, abgefangen werden, kommt. Es kommt so wie bei der Steinkohle. Damit ist auch im Rheinischen Revier klar: Niemand wird ins Bergfreie fallen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Viertens: Entschädigungen. Die Kommission hat Entschädigungen für die Kraftwerks- und Tagebaubetreiber empfohlen. Wenn die Politik aus Klimaschutzgründen Unternehmensvermögen entwertet, muss das entschädigt werden. Das ist ein wichtiges Signal für Investitionssicherheit am Standort Deutschland.

Fünftens. Die Kommission hat klar gesagt, dass wir eine Kompensation von Strompreissteigerungen für die energieintensiven Industrien brauchen. Mit der Verabredung in der letzten Woche – das war eher ein Teil, bei dem wir ein bisschen drängen mussten – ist der Bundeswirtschaftsminister nun ermächtigt, wenn es nach der Abschaltung der Kernenergie und der Kohle für die stromintensiven Betriebe zu großen Belastungen im internationalen Wettbewerb kommt, Kompensationen zu zahlen.

Deshalb können sich aus meiner Sicht alle am damaligen Kompromiss Beteiligten wiederfinden: die Beschäftigten, die Region, die Energieversorger, die Industrie und auch die Umweltverbände.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Denn das Ergebnis ist eine massive CO₂-Senkung in den nächsten Jahren. Bis 2022 – auf Deutsch: das ist in zwei Jahren –

(Christian Loose [AfD]: Wie viel denn?)

soll es eine Reduktion auf 15 GW geben. Wir haben Wort gehalten.

(Zuruf von der AfD)

Die Kommission hat gesagt: bis zu 15 GW bis 2022. Bis zum 31.12.2022 wird auf 15 GW Braunkohle reduziert – versprochen, beschlossen und jetzt durch diesen Kompromiss gehalten, eins zu eins umgesetzt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Für das Jahr 2025 wollte die Kommission einen substanziellen Zwischenschritt mit 10 Millionen t CO₂-Emissionsminderung. Wir haben Wort gehalten. Mit

der Bund-Länder-Einigung wird die Emissionsminderung zum Jahr 2025 sogar 13 Millionen Tonnen CO₂ betragen.

Zwischen 2023 und 2030 wird die Braunkohle auf 9 GW reduziert. In dieser Zeit, so war der Beschluss, werden wir 8,8 GW, also mehr als „auf 9 GW“, erreichen.

Bis 2038 soll komplett die letzte Kohle abgeschaltet sein. Auch das wird eingehalten. Wir haben sogar im Kanzleramt beschlossen – es gibt die beiden Messpunkte 2026 und 2029 –, wenn es möglich ist, den Termin auf 2035 vorzuziehen. Das kann man heute allerdings noch nicht beurteilen. Aber wenn die Versorgungssicherheit gewährleistet ist, kann es sogar noch schneller gehen als erst in 2038.

Wahr ist, dass nicht alle Wünsche mit dem Kompromiss erfüllt werden konnten. Die nun vorliegende Lösung ist trotzdem ein Quantensprung für den Klimaschutz in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Durch die frühzeitige Stilllegung der Braunkohlekraftwerke im Rheinischen Revier werden 565 Millionen Tonnen CO₂ eingespart – in Relation zu dem, was, wie man noch 2016 glaubte, der Versorgungssicherheit dient.

565 Millionen Tonnen – das ist mehr als Belgien, die Niederlande und Spanien jedes Jahr zusammen an CO₂ emittieren, diese große Summe nur bei uns im Rheinischen Revier.

565 Millionen Tonnen – das entspricht der Menge CO₂, die alle Pkws in Deutschland in fünf Jahren emittieren. Das macht die Größenordnung dessen deutlich, was hier in den nächsten Jahren passiert.

Möglich wird dies auch durch eine große Leistung der Arbeitnehmer, die sogar bereit sind, einem Vorruhestand, einer Verkleinerung ihrer Tagebaue und dem Schließen von Kraftwerken zuzustimmen, um diese gigantische Summe aufzubringen. Das dürfen wir nicht kleinreden. Das ist ein Riesensprung, den wir hier machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das geht jetzt Schlag auf Schlag. Schon in diesem Jahr geht der erste Kraftwerksblock vom Netz. Sieben weitere Braunkohleblöcke folgen alleine bis Ende 2022: drei 300-MW-Blöcke an der Nord-Süd-Bahn zum April 2022, ein 300-MW-Block am Kraftwerk Weisweiler, Ende 2022 zwei 600-MW-Blöcke sowie die Brikettierung mit 120 MW. Fünf weitere Blöcke folgen dann bis 2030 – Weisweiler F, G, H, Niederaußem G und H – in die Sicherheitsbereitschaft.

Das ist keine theoretische Zahl, sondern das sind konkrete Kraftwerke, die jeder von uns kennt, die

nach und nach in den nächsten Jahren der Abschaltung zugeführt werden.

Wir saßen mit den ostdeutschen Ministerpräsidenten zusammen. In Ostdeutschland ist eine ganz andere Stimmung im Hinblick auf die Kohle. Bis 2022 tragen wir in Nordrhein-Westfalen 100 % aller Stilllegungen. Bis Ende 2029 tragen wir noch einmal zwei Drittel aller Stilllegungen.

Das zeigt: Nordrhein-Westfalen geht voran. Wir sind Vorreiterland beim Klimaschutz und bei der Energiewende. Wir tun dies in Solidarität mit dem Osten, der es schwerer hat. Wir gehen so weit voran, dass man sagen kann: Kein Land in Deutschland wird so viel CO₂ reduzieren wie wir in diesen Tagen und Monaten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Danach bleiben bis zum endgültigen Ende der Verstromung nur noch die sogenannten BoA-Blöcke am Netz. Das sind die drei modernsten, leistungsfähigsten Kraftwerke überhaupt. Die sichern dann die Versorgungssicherheit in den letzten Jahren, bevor es zur Abschaltung kommt.

Man muss das einmal gesamtdeutsch sehen: Wir werden bis 2022 – das klingt so weit weg, ist aber in den nächsten 24 Monaten – nicht nur 3 GW Braunkohlekraftwerke bei uns stilllegen, sondern ebenfalls die letzten sechs Atommeiler abschalten. 8 GW Atomstrom plus 3 GW Braunkohlestrom macht 11 GW, die wir in den nächsten zwei Jahren vom Netz nehmen. Beim Atomstrom sind es Brokdorf, Grohnde, Gundremmingen, Neckarwestheim, Emsland und Isar 2. Diese Atomkraftwerke und die erwähnten Braunkohlekraftwerke werden Ende 2022 nicht mehr laufen.

In Nordrhein-Westfalen kommen noch Stilllegungen von Steinkohlekraftwerken hinzu, die ebenfalls in diesen Prozess hineingenommen worden sind.

Deshalb ist die Frage der Versorgungssicherheit nicht irgendein Luxus, sondern ist der Grundpfeiler unseres Wirtschaftsstandorts. Wir alle müssen darauf achten. Das tragen auch die Gewerkschaften vor. Sie gehen den Weg mit, sie denken an ihre Beschäftigten, aber sie fragen vor allem: Was ist denn mit den anderen Beschäftigten in den Industrien, die Strom brauchen? Wir müssen beides zusammenhalten. Das ist Maß und Mitte. Klimaschutz und Umweltverträglichkeit ist das eine, aber Arbeitsplätze und Wirtschaftsstandort sind das andere. Das ist genauso wichtig, und das müssen wir erhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung wird 2038 abgeschlossen sein, vielleicht schon 2035. 2026 und 2029 wird noch einmal überprüft: Ist das so einzuhalten?

Führen wir uns den Effekt noch einmal mit zwei Zahlen vor Augen: Nach der Leitentscheidung des Jahres 2016 sollten noch mehr als 2 Milliarden Tonnen Braunkohle verstromt werden. Mit dem zwischen Bund und Ländern jetzt vereinbarten Stilllegungspfad werden es wahrscheinlich weniger als 950 Millionen Tonnen sein. Der Rest bleibt im Boden.

Das heißt aber auch: Die Kohlemenge, die für die Restlaufzeit der Kraftwerke benötigt wird, müssen wir bis Ende der 2030er-Jahre verlässlich sichern. Denn auch das ist Teil des Kompromisses. Aus welchem Tagebau die Kohle kommt, ist dafür zunächst einmal unerheblich, aber irgendwoher muss sie kommen.

Der Erhalt des Hambacher Forstes schränkt jetzt die Flexibilität in den Tagebauen ein. Das ist ja klar. Wenn mit einem Mal aus dem genehmigten Tagebau Hambach rund 1 Milliarde Tonnen Kohle nicht mehr gefördert wird, was 2016 eigentlich noch geplant war, dann muss der Rest der Kohle woanders herkommen. Das hat die Bundesregierung jetzt entschieden, und sie wird auch gesetzlich klarstellen, dass der Tagebau Garzweiler nahezu vollständig in Anspruch genommen wird.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das hat damit nichts zu tun!)

Das hat uns die Bundesregierung so vorgetragen, und das wird erforderlich sein. Das, was man hier verabredet hat, muss auch umgesetzt werden. Das trägt zur Klarheit bei.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist übrigens die Klarheit, die die Menschen in der Region erwarten. Ich habe heute Morgen noch mit dem Bürgermeister der Stadt Erkelenz, Peter Jansen, der hier auf der Besuchertribüne sitzt, genau über diese Frage gesprochen. Die Landesregierung erwartet von RWE, dass das Unternehmen sofort mit der Planung beginnt, wie die am Tagebaurand möglichen Entlastungen umgesetzt werden können.

Die Bundesregierung und das Unternehmen haben gemeinsam festgestellt, dass der Tagebau Garzweiler II aus energiewirtschaftlichen Gründen vollständig in den Grenzen der rot-grünen Leitentscheidung von 2016 zur Verfügung stehen muss und die Umsiedlungen daher fortgesetzt werden. Das ist eine logische Konsequenz.

Der Vorsitzende der SPD Nordrhein-Westfalen, Sebastian Hartmann, hat beispielsweise vor ein paar Tagen bestätigt, ihm fehle die Fantasie, sich vorzustellen – ich zitiere –, „wie auch noch auf die Kohle unter den Garzweiler-Dörfern für die Energiegewinnung verzichtet werden könnte.“ Das sind ehrliche Worte, denen ich mich anschließe.

Es muss jetzt auf das ankommen,

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

was die Gewerkschaften gestern gesagt haben. Mit „Gewerkschaften“ ist nicht nur die IG BCE gemeint, sondern das sind auch ver.di und der Deutsche Gewerkschaftsbund. Dieser hat gesagt:

„Die geplante Umsetzung des Berichtes durch die Bundesregierung entspricht in den wesentlichen Punkten dem Ergebnis der Kommission.“

Er sagt auch: Das, was manche im Moment als angebliche Abweichung hochrechnen, ist weder faktisch noch sachlich begründet. Der Bericht wird eins zu eins umgesetzt. – Diese Klarheit der deutschen Gewerkschaften sollten wir auch in diesem Hause ernst nehmen und ihnen für den Beitrag danken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Noch ein Wort zu Datteln 4 – das hat übrigens im Kanzleramt an diesem Abend so gut wie überhaupt keine Rolle gespielt –: Es wird kritisiert, dass das Kraftwerk nach einer Reparaturphase seinen Betrieb wieder aufnehmen soll; diese Entscheidung führe zu höheren Emissionen. Das geplante Kohleausstiegsgesetz beschreibt aber – das sagen auch die Gewerkschaften – klare Obergrenzen für Steinkohle. Bis 2022 sind 15 GW Braunkohle und 15 GW Steinkohle verabredet. Jetzt geht ein modernes, effizientes, steuerbares Kraftwerk ans Netz, und andere werden im Rahmen von Ausschreibungen reduziert. Dieses Ziel wird eins zu eins erreicht.

Deshalb sage ich: Jeder, der behauptet, mit dem Ans-Netz-Gehen von Datteln 4 werde mehr CO₂ ausgestoßen, hat sich mit den Fakten nicht vertraut gemacht. So sagen es die Gewerkschaften, und sie haben recht.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Noch einmal, weil Frau Düker gleich damit kommen wird: Es war verabredet, 15 GW Braunkohle und 15 GW Steinkohle bis 2022 abzuschalten. In Kurzform: Steinkohle geht raus, Datteln geht ans Netz, die Werte werden erreicht wie verabredet. Das ist eigentlich eine einfache Dreisatzrechnung, die jeder beherrschen sollte.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Das, was Sie in den letzten Tagen gemacht haben, und der Versuch, das zum neuen Kampfort zu machen, haben mit der Sache jedenfalls nichts zu tun. Das hat mit Strategie zu tun, aber nichts mit der Sache.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zum Schluss möchte ich den Blick auf das lenken, was für die Regionen erreicht wurde. Das mit dem Kohleausstiegsgesetz verbundene Strukturstärkungsgesetz stellt in den nächsten 20 Jahren 15 Milliarden Euro für den Strukturwandel im Rheinischen

Revier und 660 Millionen Euro für die Kraftwerksstandorte im Ruhrgebiet, die Steinkohle haben und abschalten, zur Verfügung.

Gerade im Rheinischen Revier geht es darum, Modellregion in der Transformation zu werden. Ziel ist es, wirtschaftlichen Erfolg und Klimaschutz bestmöglich zu verbinden. Das Revier verfügt über alle Kompetenzen, um diese Visionen Wirklichkeit werden zu lassen. Mit den Strukturhilfen, die jetzt zugesagt sind, stehen auch die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung.

Parallel dazu hat die Europäische Kommission inzwischen anerkannt, dass erfolgreicher Wandel nicht nur Beschlüsse zum Ausstieg benötigt, sondern auch eine aktive Förderung. Deshalb hat die Kommission am 14. Januar mit ihrem „Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa“ verschiedene Förderinstrumente für eine gezielte Förderung von solchen Regionen vorgestellt, deren Wirtschaft bislang von fossilen Rohstoffen und energieintensiven Industrien geprägt ist.

Wir – auch die Kollegen im Europäischen Parlament aus Nordrhein-Westfalen – haben für dieses Instrument in Brüssel gekämpft, um den Wandel bestmöglich zu gestalten. Das Rheinische Revier hat gute Chancen, zur Blaupause für den Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt zu werden. Dazu brauchen wir eine neue Form der Wirtschaftsförderung, eine offensive Industriepolitik. Genau daran arbeitet die Region derzeit unter Hochdruck.

Was musste diese Region nicht alles in den letzten Jahren hören? Sie sei Klimamonster, Dreckschleuder, Luftverpester, die Region mit den ältesten Kraftwerken Deutschlands, welche eigentlich ins Museum gehörten.

Das wird jetzt so kommen; sie werden alle verschwinden. Diese Region wird die modernste und nachhaltigste Energie- und Industrieregion in Europa werden. Wir werden mit der gesamten Landesregierung, mit allen Ministerien – ähnlich wie bei der Ruhr-Konferenz –, die dazu einen Beitrag leisten können –

(Marc Herter [SPD]: Oh Gott!)

Kommunales, Umwelt, Verkehr und natürlich auch das Wirtschaftsministerium, das seit Jahren diesen Prozess vorbereitet hat –, die Strukturen schaffen. Wir werden daraus mit den kommunalen Akteuren, die dabei sind, die modernste Region Europas machen. Sobald das Gesetzgebungsverfahren im Bund abgeschlossen ist, wird die Umsetzung dieses Generationenprojekts beginnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben dann in diesen Tagen – das soll meine Abschlussbemerkung sein – von Agora aktuelle Zahlen gehört, wie denn die Energiewende wirkt und wo

Deutschland steht. Die Große Koalition hat am Anfang – dafür hat sie viel Kritik erlitten – gesagt: So, wie das aussieht, werden wir die Klimaschutzziele 2020 nicht erreichen; wir tun jetzt aber alles, dass wir sie 2030 erreichen. So war die Einschätzung noch vor wenigen Monaten.

Jetzt kommt Agora und sagt uns – sie nennen das überraschend –, dass Deutschland von 2019 zu 2018 50 Millionen Tonnen CO₂ weniger ausgestoßen hat. Der Referenzwert der Klimaschutzziele war immer 40 % Reduktion zu 1990, und wir liegen plötzlich bei 35 %, ziemlich nah dran an dem Ziel, was durch den europäischen Zertifikatehandel, über den sich manche am Anfang auch lustig gemacht haben, verabredet war: Es funktioniert alles nicht, wie soll es denn marktwirtschaftlich gehen?

Jetzt ist der Preis bei 25 Euro pro Tonne, und der hat dazu geführt, dass weniger Braunkohle verstromt wurde. Ich kann Ihnen die Zahlen nennen. Steinkohle ist um 30 % zurückgegangen, Braunkohle um 20 %, Erdgas dagegen um 10 % gestiegen, erneuerbare Energien um 8 %. Das ist der Mix. Wenn man sieht, wo es reduziert ist, ist es in Nordrhein-Westfalen reduziert worden.

(Monika Düker [GRÜNE]: Jetzt gehen die Erneuerbaren aber runter!)

– Frau Düker, Sie können dazwischenrufen. Sie waren kein Freund des Zertifikatehandels. Die Marktwirtschaft ist erfolgreich. Man sieht an diesem Beispiel, dass man so Energiewende gestalten kann.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb ist das die große Chance und die Hoffnung, dass mit diesem Eins-zu-eins-Umsetzen exakt die CO₂-Reduktion, die versprochen war, der Konflikt möglichst beendet wird.

Das gilt für alle, die da weiter den Kampf machen wollen. Wir haben gestern eine Debatte über bedrohte Bürgermeister geführt. Der Bürgermeister von Kerpen sagt jetzt, er wolle nicht mehr antreten, weil man gedroht hat, wenn er sich nicht mehr um den Hambacher Forst kümmern würde, würde seine Familie bedroht. All diese Dinge sind nicht gut. Wir müssen jetzt innehalten, an der Reduktion der Ziele arbeiten.

Mein Appell an alle ist, jetzt zum friedlichen Diskurs zurückzukehren und die Chancen zu nutzen, die in diesem großen Konsens enthalten sind, den uns die Bundesregierung vorgeschlagen hat und dem wir sehr gern zugestimmt haben. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Laschet. – Ich eröffne nun die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Herter das Wort.

Marc Herter* (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es gibt schlüssige Momente in der Geschichte, die eine Gemeinsamkeit haben. Ihre Bedeutung wurde von den Zeitzeugen völlig verkannt. Manchmal sind die Momente gar nicht wahrgenommen worden.

Als am 6. August 1991 das World Wide Web online ging, stand das in keiner Tageszeitung. Selbst als das Erneuerbare-Energien-Gesetz von der rot-grünen Regierungskoalition im Jahr 2000, immerhin bis heute die strukturelle Grundlage für jeden Aufbau und Ausbau von erneuerbaren Energien, von Windkraft und Photovoltaik, bei uns im Land an den Start ging, galt das eher als Spezialthema für Nerds und für Energielobbyisten.

Ein ähnliches Schicksal wird gerade der vereinbarten Umsetzung der WSB-Beschlüsse zuteil. Nein, sie geraten nicht aus dem Fokus, aber ihre Bedeutung wird heute noch völlig verkannt.

Das wird sich ändern. Da habe ich keinen Zweifel. In 20 Jahren werden Ökonomen und Ökologen gleichermaßen die Umsetzung der WSB-Beschlüsse zu den politischen Schlüsselentscheidungen des frühen 21. Jahrhunderts rechnen – zu Recht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Als erstes Industrieland beendet Deutschland gleichzeitig die Nutzung von Atomkraft und steigt aus der Kohleverstromung aus.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Ein klarer Pfad ist dafür vereinbart worden. Wenig mehr als anderthalb Jahrzehnte geben wir uns dafür Zeit. Mit den vereinbarten Anpassungsgeldregelungen schaffen wir eine verlässliche Basis, damit dieser Ausstieg sozialverträglich organisiert werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, kein Beschäftigter fällt ins Bergfreie. Das ist die Anerkennung für die Lebensleistung der Menschen im Rheinischen Revier und weit darüber hinaus.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Mit 40 Milliarden Euro wird der Strukturwandel in den betroffenen Regionen gefördert. Das ist gut investiertes Geld in neues Wachstum und neue Beschäftigung im Rheinischen Revier und an den Steinkohlestandorten in ganz Nordrhein-Westfalen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich verstehe jede Debatte um Detailregelungen. Sie sind richtig und sie sind notwendig. Auch die Wirkung von Symbolen ist mir keineswegs fremd. Aber fest steht doch zuallererst einmal: Das Ende der Stein-

kohleverstromung in Deutschland ist am letzten Donnerstag besiegelt worden. Wir Sozialdemokraten halten das für richtig und für unverzichtbar.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir halten es aber ebenso für richtig und unverzichtbar, dass dazu die entsprechenden Begleitbeschlüsse gefallen sind: die Absicherung der Beschäftigten ebenso wie die Stromprelsbremse für die Verbraucher durch die EEG-Reduzierung, die massive Förderung des Strukturwandels in den betroffenen Regionen, in den Städten und Gemeinden ebenso wie die Wettbewerbssicherung für die energieintensive Industrie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist kein schmückendes Beiwerk. Das ist Grundlage für eine gelingende Energiewende. Es ist Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg und die soziale Verantwortbarkeit der Energiewende, Grundlage für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz und für einen wirksamen Klimaschutz. Es ist die Basis für diese Energiewende, nicht ein Beiwerk, nicht die Sahne obendrauf, sondern die Hefe im Teig der Energiewende, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Gesellschaftliche Akzeptanz, nein, Mitgehen bei den Veränderungen, die nun anstehen, leitet mich zu einem weiteren Gedanken: Offen gestanden kann ich mit dieser allgegenwärtigen Ausstiegsrhetorik immer weniger anfangen. Mehr noch: Die Menschen im Land können mit dieser allgegenwärtigen Ausstiegsrhetorik immer weniger anfangen.

Im Ruhrgebiet trifft man ja gelegentlich auf solche, die es gut mit einem meinen, die einem aber trotzdem ziemlich unverblümt die Meinung sagen. Einem von ihnen bin ich am letzten Samstag begegnet. Er hatte eine ziemlich kurze und knappe Ansage: Macht ihr eigentlich noch was anderes, als überall aussteigen? Das kann doch nicht gut gehen. – Es war kein Leugner des Klimawandels. Und doch hat er einen anderen Anspruch an die Energiewende und dazu, wie wir sie gestalten sollen. Nicht aussteigen, nicht abschalten, nicht zumachen, sondern einschalten, aufbrechen, loslegen! Das war der Punkt, den der junge Mann auf dem Herzen hatte. Das war die Anforderung an uns.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen doch mehr als alles andere eine Vorstellung davon entwickeln, meine sehr verehrten Damen und Herren, was zukünftig sein soll, und nicht nur davon, was nicht mehr sein darf. Davon habe ich, Herr Ministerpräsident, von Ihnen wenig gehört, zu wenig, wenn NRW als Energieland Nummer eins bei der Energiewende auf der Gewinnerseite stehen soll, zu wenig, wenn die Reviere dabei an der Spitze stehen sollen, zu wenig, wenn wir Lokomotive in Deutschland bleiben wollen.

(Beifall von der SPD)

Dass die Kohlekommission von CDU und SPD mit „richtigem“ Namen, wie man vielleicht sagen müsste, „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ genannt worden ist, kann doch vor diesem Hintergrund für uns auch bei der Umsetzung handlungsleitend sein. Wenn der Ministerpräsident hier heute gesagt oder zumindest gemeint hat, dass NRW Vorreiter beim Ausstieg ist, weil wir hier die ersten nicht 15, sondern 2,8 GW Braunkohle bis 2022 abschalten, dann ist das richtig. Dann, Herr Ministerpräsident Laschet, wird das von uns unterstützt.

Besser wäre es, Herr Laschet, wenn Sie uns gleichzeitig zum Vorreiter beim Einstieg in eine gesicherte und bezahlbare Energieversorgung auf der Basis von regenerativen Energien machen wollten,

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

wenn Sie uns in eine klimaneutrale Produktion und Mobilität, in die energetische Sanierung des Gebäudebestandes und in eine mutige, eine anspruchsvolle Wasserstofftechnologie als die Kerntechnologie des 21. Jahrhunderts – mit zwei Worten: in neues Wachstum und neue Beschäftigung – nicht nur im Rheinischen Revier, sondern auch an den Steinkohlestandorten und im ganzen Land führen würden.

Die Energiewende meistern wir nicht durch Ausstieg. Wir meistern sie durch Einstieg, durch eine breite Transformation unserer Wirtschaft im Energiesektor, bei den Automotive-Zulieferern und weit darüber hinaus. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist unsere Aufgabe für die nächsten Jahrzehnte hier in Nordrhein-Westfalen – nicht nur das Abschalten von Kraftwerken.

(Beifall von der SPD)

Stattdessen entzündet sich der Streit – man möchte sagen: mal wieder – an der geplanten Inbetriebnahme von Datteln 4. Für die einen ist es ein Wiedergänger der alten Kohlewirtschaft, für die anderen Metekel einer fundamentalistischen Haltung beim Ausstieg.

Ich bin überzeugt, es taugt zu beidem nur bedingt, wenn man sich auf die Fakten konzentriert. Für die einen ist schon erklärungsbedürftig, warum ein betriebsbereites Kraftwerk, das die Kilowattstunde Strom mit weniger CO₂-Ausstoß produziert als alle Kohlekraftwerke, die wir ansonsten haben, nicht ans Netz darf und stattdessen alte Braunkohlekraftwerke laufen sollen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Für die anderen ist nicht wegzudiskutieren – Herr Laschet, auch nicht durch Ihre Hinweise hier –, dass gerade aufgrund der hohen Effizienz von Datteln 4 zumindest die Situation bestehen kann, dass höhere Leistung in Datteln abgerufen wird und damit die

Menge des ausgestoßenen CO₂ – nicht der installierten Leistung – steigt. Das wäre in der Tat die Axt am Grundkonsens der WSB-Kommission.

Diesen Widerspruch gilt es aufzulösen. Ich finde, dass Svenja Schulze da den richtigen Weg gewiesen hat, nämlich dass die zusätzlichen CO₂-Frachten im entsprechenden Steinkohleausstiegspfad zu berücksichtigen sind, sodass am Ende die CO₂-Reduktionsziele auch bei der Steinkohle und auch mit Dateln 4 eingehalten und kompensiert werden können.

(Beifall von der SPD)

Unter dieser Bedingung ist es doch allemal vertretbarer, ein modernes, sauberes Kraftwerk zu nutzen, als alte dreckige Kraftwerke länger zu betreiben und als Folge davon weitere Milliardenentschädigungen an die Energiewirtschaft zu bezahlen. Das muss doch jedem einleuchten.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir sicher, die Grünen in Regierungsverantwortung hätten nicht anders entschieden. Nein, nicht sie „hätten“, sondern sie entscheiden nicht anders: in den Landesregierungen in Sachsen, in Sachsen-Anhalt, auch in Brandenburg. Bis heute ist nicht bekannt, dass es dort einen entsprechenden Dissens zur Bund-Länder-Einigung gibt.

Im Gegenteil: So begrüßt die Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen, Julia Schmidt, den Konsens mit den Worten, hiermit nehme der Kohleausstieg für Brandenburg Fahrt auf. „Mit der gestrigen Einigung auch zum Kraftwerk Jänschwalde herrscht nun Klarheit für die Region“, sagte sie letzte Woche. Ein kurzer Blick auf die Liste zeigt das Datum: 31.12.2028, das ist in acht Jahren und elf Monaten. Bis dahin ist im Rheinischen Revier schon alles bis auf zwei Blöcke in Niederaußem und die drei zitierten BoA-Anlagen abgeschaltet. 4,3 GW sind dann hier in Nordrhein-Westfalen vom Netz gegangen.

Eine Generalabrechnung mit der Bund-Länder-Einigung macht keinen Sinn. Was aber Sinn machen würde und zielführend wäre, wenn sich die Bundesregierung mit den Kommissionsmitgliedern in gemeinsamer Verantwortung für den Konsens noch einmal zusammensetzen und die strittigen Details diskutieren würde mit dem Ziel, einen Ausgleich herbeizuführen in dem Sinne, wie ich es gerade gesagt habe, nämlich dass die zusätzlichen CO₂-Tonnagen eingespart werden.

(Beifall von der SPD)

Unser zweites großes Ziel war es, einen Strukturwandel in den betroffenen Regionen ohne Strukturbruch einzuleiten. Die Beschäftigten im Rheinischen Revier und im Ruhrgebiet haben ein Recht auf diese

Sicherheit, und ihre Heimatstädte haben ein Recht auf wirtschaftliche Entwicklung.

Wir haben diesem Recht Geltung verschafft durch die 14 Milliarden zusätzliche Investitionen im Rheinischen Revier und an den Kraftwerksstandorten und durch die Anpassungsgelder, die nicht nur in den Gruben, sondern auch in den Kraftwerken – egal ob Stein- oder Braunkohle – gezahlt werden. Niemand fällt ins Bergfreie, neue Zukunftschancen für die Region – so wird Strukturwandel gemacht, so machen wir Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Wir sind froh, dass die Bundesregierung genau das vorgelegt hat. Wir gehen auch davon aus, dass die Landesregierung Nordrhein-Westfalen dem zustimmt, wenn ein entsprechend gutes Angebot vorgelegt wird. Darauf hat die SPD immer bestanden.

Aber es wäre nicht durchsetzbar gewesen – auch das will ich an dieser Stelle erwähnen – ohne den massiven Einsatz von IG BCE und ver.di und das engagierte Eintreten vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus den entsprechenden Regionen. Wer dazu beiträgt, den darf man an dieser Stelle auch einmal erwähnen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Sie jetzt zu echten Beteiligten des Prozesses, zu gleichberechtigten Mitentscheidern zu machen, das ist die Aufgabe. Herr Laschet, dazu muss die Landesregierung weit über das hinausgehen, was sie bisher an Beteiligung und Mitentscheidung für die Region und auch für die Gewerkschaften angeboten hat.

(Beifall von der SPD)

In nur wenig mehr als anderthalb Jahrzehnten beenden wir die Nutzung von Rohstoffen, die über eineinhalb Jahrhunderte die Antriebe unserer Wirtschaft gewesen sind. Wir tun das, um die Erderhitzung zu stoppen. Wir tun das aber auch für den wirtschaftlichen Erfolg.

Ich bin zurück am Beginn. Wir reden zu oft von Ausstiegen und Schlusspunkten, doch in Wahrheit geht es um Einstiege und Anfänge. Es geht um Transformation unserer Wirtschaft, es geht um Aufbruch in eine neue Zeit. Wenn wir es richtig machen, dann werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Gewinner der Energiewende sein, dann wird NRW Gewinner der Energiewende sein. Das ist unser Anspruch an die Energiewende.

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute viel Richtiges zur Bund-Länder-Vereinbarung gesagt. Manchmal hat man den Eindruck, damit sei die Arbeit erledigt. Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben, dass für uns Sozialdemokraten klar ist: Die Arbeit fängt hier erst an.

(Beifall von der SPD)

Sie beginnt mit einer klaren Wende in Ihrer Energiepolitik, mit der Lösung der Fesseln für Windkraft und regenerative Energien. Sonst wird NRW das 65-%-Ziel, das jetzt neu gesetzt worden ist, nicht erreichen; sonst wird NRW nicht Energieland und Gewinner der Entwicklung sein.

Produktion, meine sehr verehrten Damen und Herren, folgt auf Energie. Das ist die Geschichte des Ruhrgebiets. Dass das auch weiterhin gilt, ist leider das bittere Lehrstück von Tesla in Brandenburg. Wer heute keine grüne Energie bieten kann, wer nicht auf Wertschöpfungsketten in der Wasserstoffwirtschaft setzt, der wird auch keine Erfolge in der Industriepolitik haben. Und wer keinen Plan für die Energiepolitik hat, der hat in Wirklichkeit keinen Plan für die Industriepolitik im Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Es liegt bei uns, ob wir die Energiewende zum Erfolg führen, ob wir sie zum Fortschritt der Beschäftigten, zum Wohlstand für die vielen in unserem Land machen – nicht durch Ausstieg, sondern durch einen mutigen Aufbruch, nicht durch blumige Reden, sondern durch konsequentes Handeln, nicht durch Wirklichkeitsverweigerung, sondern durch anspruchsvolles Gestalten dieses Weges in eine neue Zeit. Wir sind davon überzeugt, dass Nordrhein-Westfalen die Kraft hat. Wir werden alles dafür geben, dass Nordrhein-Westfalen diese Kraft der Menschen und der Industrie hier in Nordrhein-Westfalen entfesseln kann. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD – Vereinzelt
Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Herter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun die Abgeordnete Frau Düker.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ist diese Bund-Länder-Einigung zum Kohleausstieg nun tatsächlich der große Durchbruch für den Klimaschutz, der Quantensprung, der Erfolg, mit dem nun alle Anliegen zusammengebracht werden, wie uns heute der Ministerpräsident hier weismachen will? Ist diese Vereinbarung wirklich die Umsetzung der Empfehlung der Kommission Wachstum und Beschäftigung, in der sich angeblich alle wiederfinden müssen?

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja!)

– Ja. Ich fange mit einem „Ja“ an, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch aus unserer Sicht ist es selbstverständlich ein Erfolg, wenn die Beschäftigten, die ihre derzeitigen Arbeitsplätze verlieren, nicht ins Bergfreie fallen, sondern abgesichert werden. Natürlich ist das ein Erfolg.

Natürlich ist es auch ein Erfolg für diese Region, dass 15 Milliarden Euro an Strukturfördermitteln dem Rheinischen Revier eine Zukunftsperspektive geben können. Selbstverständlich ist das alles ein Erfolg.

Ich denke, RWE kann es auch nur als Erfolg werten, wenn ein Unternehmen 2,6 Milliarden Euro Entschädigung für alte, abgeschriebene, nicht mehr wirtschaftliche und unrentable Kraftwerke bekommt, ohne dass darauf ein rechtlicher Anspruch besteht. Die Frage ist nur: Ist das wirklich noch angemessen? Diese Frage haben wir aber heute nicht zu bewerten.

Jetzt kommt das Nein. Für mich ist es kein Erfolg, und es ist auch kein Erfolg für zwei große Verlierer, die sich bei dieser Vereinbarung als Verlierer fühlen müssen, Herr Ministerpräsident. Diese zwei Verlierer hatten keine Interessenvertreter am Tisch, als dieser Deal besiegelt wurde. Zum einen ist das der Klimaschutz, und zum anderen sind es die vom Tagebau unmittelbar betroffenen Menschen.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Unglaublich!)

Wegen dieser Verlierer, die sich als Verlierer fühlen müssen, kann dieser Erfolg kein Erfolg für alle Beteiligten sein. Acht Mitglieder der Kohlekommission bilanzieren aus meiner Sicht völlig zu Recht – ich zitiere aus der Stellungnahme –:

„Mit der Bund-Kohleländer-Einigung zum Kohleausstieg zum 15. Januar 2020 sehen wir Buchstaben und Geist der in den Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung erzielten Kompromisse vor allem mit Blick auf den Klimaschutz sowie den Umgang mit den vom Braunkohletagebau betroffenen Menschen grob verletzt.“

Herr Ministerpräsident, dieser Satz ist an Eindeutigkeit nicht zu überbieten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Herter, die Kohlekommissionsmitglieder nennen nicht irgendwelche Details, die sie in der Vereinbarung nicht wiederfinden. Sie sagen, die Betroffenen seien „grob verletzt“. Wenn Sie Ihre Rechnungen vorstellen, Herr Ministerpräsident, meinen Sie offenbar, dass Herr Professor Schellnhuber nicht rechnen kann. Er hat diese Vereinbarung nämlich auch unterzeichnet.

(Beifall von den GRÜNEN – Marc Herter [SPD]: Der hat dazu einen Vorschlag gemacht!)

– Warten Sie einmal ab, das kommt gleich noch. – Sie haben mit dieser Vereinbarung aus unserer Sicht eine große Chance, einen mühsam errungenen und breit getragenen gesellschaftlichen Kompromiss aufs Spiel gesetzt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie haben doch gar kein Interesse daran!)

Es war ein Kompromiss, und die, die jetzt diese Vereinbarung unterzeichnet haben, stellen sich immer noch hinter diesen Kompromiss, obwohl sie sich mehr gewünscht haben. Sie haben die Chance vertan, diesen Kompromiss tatsächlich eins zu eins umzusetzen. Aus unserer Sicht muss das im Gesetzgebungsverfahren dringend nachgebessert werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Erstens. Der Ausstiegspfad wird nach hinten verlagert. In den Dreißigerjahren wird einiges nach hinten verlagert, und damit – so die Kommissionsmitglieder – können die Emissionsminderungsziele nicht erreicht werden.

Zweitens. Ganz wesentlich ist, dass der Ausstieg auch ein Einstieg sein muss. Das haben Sie offenbar vergessen. Die notwendigen verlässlichen Rahmenbedingungen für Investitionen zum Ausbau der erneuerbaren Energien werden nicht geschaffen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit erreichen wir nicht die Klimaziele, die von der Kommission beschlossen worden sind. Darüber hinaus gefährden Sie die gerade von Ihnen so hoch gepriesene und wichtige Versorgungssicherheit, indem Sie weiterhin den Ausbau der Windkraft blockieren, statt ihn zu befördern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Drittens. Mit Datteln 4 geht entgegen der eindeutigen Empfehlung der Kommission ein neues Kohlekraftwerk in Betrieb. Sie haben heute nicht dargestellt, wie die äquivalenten CO₂-Mengen denn eingespart werden sollen. Herr Pinkwart, Sie haben das einen Sieg der Vernunft genannt. Das ist kein Sieg der Vernunft, das ist eine klimapolitische Mogelpackung, die Sie vorlegen. Sie haben heute nicht darstellen können, wie die Klimaschutzziele mit einem neuen Kohlekraftwerk erreicht werden können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Viertens. Hier geht es nicht nur um Zahlen und Berechnungen, sondern ganz konkret – das ist mir auch ganz wichtig – um Menschen und deren Schicksale. Einer wichtigen Bitte der Kommission wird auch nicht gefolgt.

(Widerspruch von Josef Hovenjürgen [CDU])

– So steht es im Kommissionsbericht, lieber Kollege Josef Hovenjürgen. Ich zitiere nur aus dem Kommissionsbericht, zu dem Sie sich immer so gerne eins zu eins bekennen. Im Kommissionsbericht wird eine Empfehlung ausgesprochen, und die lautet: Mit den Tagebaubetroffenen vor Ort soll die Landesregierung in einen Dialog über die Umsiedlung treten.

Herr Ministerpräsident, Sie waren im November 2018 in den Dörfern. Das war gut. Sie haben mit den Menschen gesprochen. Ich habe auch mit den Menschen gesprochen. Die haben Ihnen sicher von dem Gefühl, an RWE ausgeliefert zu sein, erzählt. Sie haben von Entschädigungsregelungen erzählt, die nicht als sozialverträglich empfunden werden.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Reden Sie einmal mit den Arbeitnehmern!)

Sie haben von der Zerrissenheit in den Dörfern erzählt. Die einen wollen gehen, die anderen wollen bleiben. Das geht durch ganze Familien. Das zerreißt Familien. Das sind psychische Belastungen, die wir uns alle miteinander gar nicht vorstellen können. Die Menschen leben zwischen Resignation und Kampf um die Heimat.

Dann haben Sie den Menschen vor gut einem Jahr versprochen, dass Sie diese Gespräche fortsetzen werden, und gesagt: Wir bleiben im Dialog. – Herr Ministerpräsident, damit haben Sie bei den Menschen hohe Erwartungshaltungen erweckt. Die Menschen haben Ihnen vertraut, und dieses Vertrauen, das die Menschen in Sie gesetzt haben, haben Sie bitter enttäuscht, denn Sie haben sich noch nicht einmal bemüht, dieses Versprechen einzuhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben sich noch nicht einmal bemüht, dieses Dialogversprechen einzuhalten, und Sie haben sich noch nicht einmal bemüht, bei den Dörfern zu schauen, wie und wo etwas verändert oder gerettet werden kann.

Wie wollen Sie denn den Menschen erklären, dass der Tagebau Inden – auch das war eine Kommissionsempfehlung, die nicht eingehalten wird – mit dem dazugehörigen Kraftwerk Weisweiler einfach so fünf Jahre früher, als von der Kommission empfohlen, beendet wird? Wie wollen Sie den Menschen in Keyenberg, in Kuckum, in Beverath, in Oberwestrich, in Unterwestrich, auf dem Eggerather Hof oder auf dem Holzerhof denn erklären, dass früher Schluss sein wird, sie aber trotzdem den Baggern weichen müssen?

(Zuruf von Thomas Schnelle [CDU])

Es liegen doch die Berechnungen vor, dass seit 2016 ...

(Bodo Löttgen [CDU]: Das gibt es ja nicht!)

– Von dem Kollegen Löttgen kommt bestimmt gleich wieder der Verweis auf 2016. Seit 2016 sind drei Jahre vergangen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ja, genau!)

In diesen drei Jahren gab es das Pariser Klimaschutzabkommen, es gab einen Klimaschutzplan der Großen Koalition, und es gibt einen Kommissionsbericht.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Henning Höne [FDP] – Weitere Zurufe – Glocke)

Hier besteht die einmalige Chance ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Scheinheilig ist das!)

Sie haben eine entsprechende Rückendeckung. Letztes Jahr im September waren über 1 Million Menschen für einen konsequenten Klimaschutz auf der Straße.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident – Weitere Zurufe – Glocke)

Ihnen standen viele Brücken zur Verfügung, über die Sie hätten gehen können, um dieses Versprechen eines konsequenten Ausstiegs auch einzulösen.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Das muss sich doch auch in einer Verkleinerung des Abbaugebiets Garzweiler niederschlagen. Aber Sie haben heute nicht erklärt, warum Sie das nicht tun können.

(Beifall von den GRÜNEN – Lachen von Dietmar Brockes [FDP] – Josef Hovenjürgen [CDU]: Doch! Aber Sie haben nicht zugehört!)

Wir haben von Ihnen zu Garzweiler heute nur gehört, dass Ihnen offenbar, genauso wie Herrn Hartmann, die Fantasie fehlt, wie das in Garzweiler gehen könnte.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Genau so ist das!)

Wir erwarten aber keine Fantasie, sondern wir erwarten Fakten, und die haben Sie heute nicht geliefert.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie halten sich nicht an die Fakten!)

Das können Sie den Menschen offenbar nicht erklären.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich finde es unsäglich, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich aus der eigenen Verantwortung stehlen und einen einzigen Tagebau – das gibt es in ganz Deutschland sonst nicht – mit einem Bundesgesetz und nicht mittels einer Leitentscheidung des Landes regeln wollen, wie es üblich wäre.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Damit haben Sie ja auch überhaupt nichts zu tun; das hat es Ihnen ja alles die Bundesregierung diktiert. – Nein, Sie wollen sich hier bewusst aus der Verantwortung stehlen: Lasst das mal den Bund machen; dann muss ich nicht die Entscheidungen erklären und belegen, warum das notwendig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Fazit:

Das, was die Landesregierung uns heute angekündigt hat, ist kein Paket der Vernunft.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Pfui!)

Das, was Sie uns hier vorlegen, ist ein Paket der Unmenschlichkeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Och! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Unerträglich! Scheinheilig bis zum Gehnichtsmeer!)

Sie gefährden ohne Not den durch den Kommissionsbericht mühsam erreichten gesellschaftlichen Frieden.

(Henning Rehbaum [CDU]: Das ist Doppelmoral!)

Unklar bleibt auch – entgegen den Äußerungen des Ministerpräsidenten –, wie es am Tagebau Hambach weitergeht. In der Vereinbarung heißt es, dass der Hambacher Forst gemäß der WSB-Kommission entgegen der bisherigen Genehmigung nicht für den Tagebau in Anspruch genommen wird. Was machen wir denn jetzt mit diesem Satz?

Offenbar in ganz naiver Vorstellung ist der Bürgermeister von Merzenich, Ihr Parteikollege Herr Gelhausen, letzten Donnerstag davon ausgegangen, dass mit dieser Entscheidung sein Ortsteil Morschenich nicht abgebaggert wird und er seine Zukunftsplanungen für den Ort fortsetzen kann. Das war Donnerstagmorgen.

Donnerstagnachmittag musste er dann erfahren, dass Rolf Martin Schmitz Journalisten mal eben erklärt, dass sowohl Manheim als auch Morschenich für Abraum abgebaggert werden sollen

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

und der Wald eine Insel werden soll.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Herr Schmitz hat unrecht!)

Und jetzt zur Landesregierung: Von der Landesregierung hörten wir von Donnerstag bis Montag, vier Tage lang, genau nichts.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist unwahr! Bleiben Sie bei der Wahrheit! Das ist erbärmlich! – Weitere Zurufe – Glocke)

Wir kennen den Herrn Ministerpräsident ja als eifrigen Twitterer. Aber als Rolf Martin Schmitz erklärte, Manheim und Morschenich müssten weichen, und sich alle darüber aufregten ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Unsäglich! – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Sie empören sich über junge Frauen, die in ICEs keinen Sitzplatz bekommen. Sie empören sich über Lieder beim WDR.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Was ist das denn?)

Aber an dieser Stelle haben Sie vier Tage lang geschwiegen. Nach vier Tagen kam dann etwas.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Wir haben es gelöst! – Henning Höne [FDP]: Die eigene Leitentscheidung mal grob ignoriert!)

Die Pressesprecher von RWE twitterten: Der Chef hat sich irgendwie vertan; Morschenich soll doch bleiben.

Den Bürgermeister freut es. Aber damit ist doch noch lange nicht geklärt, wie es mit dem Hambacher Wald weitergeht. Denn wenn Sie Manheim und im Osten weiter abbaggern, schneiden Sie den Wald von wertvollen FFH-Gebieten ab. Ökologisch ist das überhaupt nicht zu rechtfertigen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Och! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Es reicht Ihnen nicht! Immer noch einen drauf!)

Und dass man ein Dorf abgebaggert, um Abraum zu gewinnen, ist rational nicht zu erklären.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was haben Sie eigentlich ein Jahr lang gemacht? Wir wissen doch seit einem Jahr, dass dieser Wald erhalten bleibt. Da hätte man auch mal mit RWE besprechen können, wie man das umsetzt.

Dieses Stück aus dem Tollhaus, das Sie hier abgeliefert haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist an Absurdität nicht zu überbieten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ihre Rede ist an Absurdität nicht zu überbieten!)

Ich fordere die Landesregierung auf: Übernehmen Sie endlich Verantwortung.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Gerade Sie reden von Verantwortung?)

Überlassen Sie die Entscheidung nicht wieder den Gerichten. Es wird doch weitergehen mit den Klageverfahren. Die Stadt Erkelenz kündigt an, zu klagen. Die Bewohnerinnen und Bewohner ...

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Die haben nichts getan!)

– Ich habe es so in der Zeitung gelesen. Das können Sie ja gleich dementieren. – Die Anwohnerinnen und Anwohner in den Garzweiler-Dörfern werden klagen. Der BUND wird ein Klageverfahren wegen Enteignung einer Wiese am Hambacher Wald anstreben. Wir haben in Datteln vier anhängige Klagen, die noch nicht entschieden sind.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das möchten Sie doch! Das ist doch Ihr Wunsch!)

Übernehmen Sie politische Verantwortung. Überlassen Sie die Entscheidung nicht den Gerichten, und lösen Sie Ihr Versprechen ein, einen gesellschaftlichen Frieden in dieser für uns so wichtigen Frage herzustellen.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie versuchen, der Region den Saft abzudrehen! Unsäglich!)

Mein Fazit: Aus unserer Sicht, aus meiner Sicht wurde der Kompromiss nicht eins zu eins umgesetzt. Der gesellschaftliche Konsens wurde einseitig aufgekündigt. Die Klimaschutzziele sind in weite Ferne gerückt. Hier wurde viel Vertrauen von betroffenen Menschen verspielt.

Wir fordern Sie heute auf: Setzen Sie sich für Nachbesserungen im Gesetzgebungsverfahren ein, damit der Klimaschutz und die Menschen bei diesem aus unserer Sicht unfairen Deal nicht auf der Strecke bleiben.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN – Henning Höne [FDP]: Alle, die klatschen, haben die Leitentscheidung mitgetragen! – Christof Rasche [FDP]: Regierungsunfähig!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, gestatten Sie mir einen Hinweis, bevor ich in die Rede einsteige. Wenn ich richtig informiert bin, ist unser Präsident André Kuper soeben zum ersten Mal Opa geworden. Vielleicht können wir ihm auf diesem Weg unsere Glückwünsche ausrichten lassen. Herzlichen Glückwunsch, André Kuper!

(Beifall von der CDU, der FDP und der AfD – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! In der 79. Plenarsitzung unseres Landesparlaments beschäftigen wir uns zum 16. Mal intensiv mit der Frage des Ausstiegs aus der Kohleverstromung in unserem Land. Mehr als jeder fünfte Sitzungstag war demnach von den drei wichtigen Fragen „Wann?“, „Wie viel?“ und „Wo?“ geprägt.

Das zeigt die herausragende Bedeutung, die viele der Beantwortung dieser Fragen für eine gute Zukunft Nordrhein-Westfalens und für eine gelingende Energiewende in Deutschland zumessen. Es ist eine hochkomplexe Herausforderung, der wir uns aus einem einzigen Grund stellen müssen: Wenn Deutschland es nicht schafft, wie soll die Welt es schaffen?

(Lachen von Andreas Keith [AfD] und Helmut Seifen [AfD])

Die Politik – richtiger: die Entscheidungen politisch verantwortlicher Gremien – bewegt sich ständig und ausschließlich in eine Richtung, nämlich auf diejenigen zu, die fordern, man möge doch nun endlich handeln, und für die Ergebnisse dieser Politik bedauerlicherweise nur zwei Begriffe kennen: „zu wenig“ und „zu langsam“.

Die beiden entscheidenden Vereinbarungen, die Grundlage unserer heutigen Diskussion sind, sind das Ergebnis der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung – kurz WSB genannt – und die Bund-Länder-Einigung zum Kohleausstieg. Beides sind Kompromisse; beides sind Ergebnisse eines gesellschaftlichen Ausräufelns von Chancen und Risiken.

Deutschland hat damit gezeigt: Wir nehmen die uns zugemessene Verantwortung ernst.

Wir in Nordrhein-Westfalen werden einen erheblichen Teil dazu beitragen, diese gewaltige energiepolitische Transformation mit den geringstmöglichen negativen Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft ins Werk zu setzen.

Ich will Marc Herter ausdrücklich danken, weil er in seiner Rede deutlich gemacht hat, dass die SPD diesen Weg mitgehen will.

(Marc Herter [SPD]: Machen Sie mich hier nicht ungläubig!)

Das war heute eine andere SPD als noch im Oktober 2019, als Thomas Kutschatj einen gemeinsamen Antrag abgelehnt hat –

(Christian Dahm [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

einen gemeinsamen Antrag, dessen Kurs Sie heute, Herr Herter, dankenswerterweise nachträglich bestätigt haben.

(Zuruf von der SPD: Unsinn! – Weitere Zurufe von der SPD)

Aber ich kann auch diejenigen im Land verstehen, die sich heute Morgen fragen: Warum setzen die sich nicht einfach hin und setzen das, was im Kompromiss vereinbart wurde, um, anstatt gefühlt wieder von vorne anzufangen?

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Antwort: die Grünen. Erweiterte Antwort: weil es im Bundestag und hier eine Fraktion gibt, weil es in Deutschland eine Partei gibt, die es zusammen mit ihren Vorfeldorganisationen immer besser weiß – die Grünen.

Unsere Regeln, die Regeln einer parlamentarischen Demokratie, besagen, dass ein Kompromiss eingehalten wird.

(Wibke Brems [GRÜNE]: Sie machen es ja nicht! – Weitere Zurufe von den Grünen)

Eine schwer erkämpfte Übereinkunft von Betroffenen vor Ort, Umweltverbänden, Wirtschaft und Politik hat es nicht verdient, tags darauf von den Grünen einseitig aufgekündigt zu werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unser Ministerpräsident Armin Laschet hat recht, wenn er sagt:

„Wir haben uns auf ein Paket der Vernunft geeinigt, das die verschiedenen berechtigten Anliegen aus Schutz für das Klima, Strukturstärkung für die betroffenen Regionen und Versorgungssicherheit für unsere Industrie zusammenbringt.“

Auch IG BCE, ver.di und DGB haben recht, wenn sie in einer gestern veröffentlichten gemeinsamen Erklärung davon sprechen, dass die von einigen vorgenommene Bewertung, der Kompromiss sei in wesentlichen Teilen aufgekündigt worden oder die geplante Umsetzung mache erneut einen gesellschaftlichen Großkonflikt auf, überzogen sei und sich durch Fakten entkräften lasse.

Der Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, hat ebenfalls recht, wenn er sagt, dass Rosinenpicken bei einem Kompromiss dieser gesellschaftlichen Dimension unangebracht sei und sich alle aufeinander zubewegen müssten.

Aber die grüne Fraktion im Landtag beantragt eine Aktuelle Stunde und begründet diese damit, dass die beschlossene Bund-Länder-Einigung eine Gefahr für die große Chance einer erfolgreichen Klimapolitik darstelle. Frau Düker, ich bin fassungslos angesichts Ihrer Wortwahl. Wenn Sie das als ein „Paket der Unmenschlichkeit“ bezeichnen,

(Monika Düker [GRÜNE] nickt.)

dann kommt mir – bei allem Respekt vor diesem Hohen Haus und vor Ihnen – schlichtweg die Galle hoch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Damit brechen Sie nicht nur demokratische Spielregeln, sondern werden selbst zu einer Gefahr für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben, meine Damen und Herren, im Oktober 2019 einen Antrag geschrieben. Kernsatz dieses Antrags war – ich zitiere –:

Wir erwarten von allen Beteiligten, gemeinsam einen Beitrag zur Lösung der Herausforderungen zu leisten und nicht Partikularinteressen vor das Allgemeinwohl zu stellen.

Diese geplante gemeinsame Erklärung war so unspektakulär, dass es kracht.

(Zuruf von Gregor Golland [CDU])

Es war nicht mehr und nicht weniger als der Versuch, mit einer gemeinsamen Botschaft in Richtung Bund zu signalisieren: Setzt das Ergebnis der WSB-Kommission eins zu eins um. Gebt den Unternehmen Rechtssicherheit für den Ausstiegspfad. Gebt den Kommunen Planungssicherheit für den Strukturwandel. Gebt den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Gewissheit, dass sie nicht unter dem politisch veranlassten Strukturwandel zu leiden haben.

Mit Datum vom 8. Oktober 2019 teilten uns die Grünen kurz und bündig mit, dass sie – Zitat – diese Erklärung in der vorliegenden Form nicht mittragen können.

(Monika Düker [GRÜNE] schüttelt den Kopf.)

Die Grünen wussten also schon im Oktober des vergangenen Jahres, dass sie den Kompromiss der WSB-Kommission nicht mittragen wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Das ist doch Quatsch! Das ist doch falsch!)

Warum – das habe ich, und nicht nur ich, mich gefragt – können Sie diese einfachen Forderungen nicht unterschreiben?

(Monika Düker [GRÜNE]: Keine Legendenbildung! – Gegenruf von Christof Rasche [FDP])

Die Antwort ist ebenso ernüchternd wie erschütternd: Nur von einer nicht gelingenden Energiewende können die Grünen politisch profitieren. Nur, solange sie den Eindruck vermitteln, sie seien notwendig, funktioniert das Geschäftsmodell der Grünen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Stellen wir uns einmal einen Moment lang vor, alle Forderungen der Grünen seien umgesetzt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Es geht doch nicht um uns!)

Vermutlich würde diese Partei zu diesem Zeitpunkt vor das Verfassungsgericht gehen und wegen Entfalls der Geschäftsgrundlage auf Schadensersatz klagen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Wibke Brems [GRÜNE]: Das ist so billig! – Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wenn eine Hürde genommen ist, türmen die Grünen dahinter sofort eine neue, noch höhere Hürde auf. Das Wesen ihrer Geschäftsgrundlage sind unlösbare Probleme – Quadraturen des Kreises in Potenz.

Meine Damen und Herren von den Grünen, wenn Sie ernst genommen werden wollen, müssen Sie sich wie jede Opposition die Frage stellen: Ist das, was wir vorschlagen, auch machbar?

Stattdessen erweisen Sie sich als Meister der klimapolitischen Heuchelei, indem Sie von anderen Verhaltensformen einfordern, die Sie selbst nicht einhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Grünen sind zu den Scheinheiligen der Energiewende geworden. Sie wollen nicht diskutieren. Sie wollen verkünden. Die Grünen haben den Kompromiss als konstitutives Element unserer parlamentarischen Demokratie zugunsten der organisierten Empörung und des Protests aufgegeben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nach dem Kohleausstieg kommt jetzt die Gaswende, sagt die energiepolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion Julia Verlinden – nächste Hürde, noch ein wenig höher. Energiewende, Gaswende, Agrarwende, Mobilitätswende: Es ist nicht nur so, dass Sie den Begriff „Wende“, der fest mit dem mutigen Aufstand gegen die DDR-Diktatur verbunden ist, inflationär entwerten. Denken Sie in stillen Stunden auch nur einen Moment darüber nach, was Sie den Arbeitern und Angestellten, den sprichwörtlichen Ottonormalverbrauchern, mit Ihren Wendeparadigmen zumuten? Natürlich nicht! Geschäftsmodell: Grün first.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Bundestagsabgeordnete Omid Nouripour schrieb am 20. Januar 2019 auf Twitter – ich zitiere –:

„An alle aus der ‚geht-nicht‘-Fraktion: #China verbietet bis Ende des Jahres #Plastiktüten in Großstädten. Wo ein Wille ist, ist #Umweltschutz.“

Übersetzt: Hauptsache Umweltschutz! Alles andere ist egal. Diktatur, Überwachungsstaat: Was soll es? Hauptsache, die Plastiktüten sind weg.

(Beifall von der CDU und der FDP – Thorsten Schick [CDU]: So ist das! – Monika Düker [GRÜNE]: Das Niveau ist im steilen Sinkflug!)

Vielleicht hätte man mal kurz reflektieren können, dass China in den nächsten acht bis zehn Jahren 43 neue Atomkraftwerke plant und noch 300 neue Kohlekraftwerke ans Netz nehmen möchte.

(Zurufe von Andreas Keith [AfD] und Christian Loose [AfD])

Merke: Die Grünen bestimmen die Regeln. Wer sich nicht daran hält, ist raus.

Robert Habeck, der Oberscheinheilige der Grünen, verkündet in Davos – Zitat –:

„Nur Selbstlob, Ignoranz, Missachtung von allen Leuten. Kein Gespür, keine Wahrnehmung für globale Probleme.“

Ja, das hat er in Richtung von Donald Trump gesagt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das Thema!)

Aber er hat Sie, die Grünen, im Mark Ihrer Selbstgerechtigkeit getroffen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Gregor Golland [CDU]: Genau!)

Meine Damen und Herren von den Grünen, können Sie eigentlich mit Blick auf die Veröffentlichung Ihrer Leitentscheidung vom 5. Juli 2016 morgens noch vor den Spiegel treten? Ich zitiere aus dieser Leitentscheidung:

„Dem zurückgehenden Bedarf an Braunkohle kann deshalb keine zahlenmäßig fixierte Braunkohlenmenge mit hinreichender Genauigkeit zugeordnet werden. Dies ist für die energiepolitische Bewertung der Notwendigkeit der weiteren Braunkohlegewinnung und -verstromung auch nicht erforderlich.“

Die Leitentscheidungen von 1987 und 1991 haben die Braunkohle als sicheren, heimisch verfügbaren und preiswerten Rohstoff bewertet. Diese Bewertung gilt weiterhin.“

Das haben Sie damals unterschrieben.

„Damit bleibt Braunkohlenabbau in den Tagebauen Garzweiler II, Hambach und Inden in Nordrhein-Westfalen zur langfristigen Energieversorgung weiter erforderlich.“

Herr Remmel, unter diesen Sätzen steht Ihre Unterschrift. Es war niemand anderes als die Grünen, die das Todesurteil für den Hambacher Forst unterzeichnet haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Satz lautet:

„Die in den genehmigten Braunkohlenplänen und zugelassenen Betriebsplänen festgelegten Abbaugrenzen der Tagebaue Inden und Hambach bleiben unverändert.“

Nur dreieinhalb Jahre danach lautet der Befund: Diese Prognoseentscheidung war falsch. – Die Politik hat entschieden: Der Braunkohleabbau in Nordrhein-Westfalen ist zur langfristigen Energieversorgung nicht mehr erforderlich.

Ja, Sie haben über die Zukunft des Dorfes Holzweiler, der Siedlung Dackweiler und des Hauerhofes entschieden. Reiner Priggen fuhr am Abend der Entscheidung nach Holzweiler und verkündete: Wir haben euch gerettet. – Was er vergessen hatte, war die Fahrt in den Hambacher Forst, um sich von den Bäumen zu verabschieden; denn zeitgleich mit dieser Entscheidung war das Schicksal des Hambacher Forstes besiegelt.

Ausweislich des „WeLT“-Artikels von Johannes Nitschmann vom 16.10.2018 hat Rainer Priggen das

bestätigt, was Johannes Remmel Zeit seines bisherigen Lebens immer geäußert hat.

(Monika Düker [GRÜNE]: Können Sie mal zur Zukunft kommen? – Josefine Paul [GRÜNE]: Wenn man in Zukunft nichts zu bieten hat, dann arbeitet man sich daran ab! – Gegenrufe von Josef Hovenjürgen [CDU] und Christof Rasche [FDP])

Ich zitiere Reiner Priggen:

„Ich kann gerne zugeben, dass wir uns bei 1400 Leuten oder Wald für die Leute entschieden haben.“

Das leugnen Sie bis heute.

Wenn Barbara Praetorius, Mitglied der WSB-Kommission, am vergangenen Sonntag twittert – Zitat –: „Klare Worte von Reiner Priggen zum Kohleabschluss der Regierung, zur absurden Rücksichtslosigkeit gegenüber den Garzweiler-Dörfern“, dann zeigt das entweder ihre abgrundtiefe Ahnungslosigkeit oder ihre Abneigung gegenüber Reiner Priggen, die ich im Übrigen gar nicht teile.

(Beifall von Franziska Müller-Rech [FDP])

Für die Dörfer Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich sowie Berverath steht seit 1995 fest: Der Abbau kommt.

Drei Viertel aller Einwohner haben im Vertrauen auf die Verlässlichkeit politischer Entscheidungen ihre Entscheidung zum Umzug in die neu geschaffenen Siedlungsgebiete im Erkelenzer Norden bereits getroffen. Das Geschäftsmodell „Empörung und Protest“ ignoriert solche Mehrheitsentscheidungen natürlich mit großer Selbstverständlichkeit. 1.600 Menschen standen vor der Entscheidung, ihr Zuhause zugunsten einer neuen Heimat zu verlassen.

Rund 50 Menschen wollen heute dort bleiben.

(Monika Düker [GRÜNE]: Woher wissen Sie das denn?)

Sie verdienen meinen Respekt, wenn sie dort geboren und aufgewachsen sind, was leider nicht von allen zu behaupten ist.

In der Leitentscheidung – Ihrer rot-grünen Leitentscheidung – stand folgender Satz:

„Umsiedlungen werden mit einem zeitlichen Vorlauf von ca. 15 Jahren geplant (Planung und Erschließung des Umsiedlungsstandortes ca. 6 Jahre, tatsächliche Umsiedlung ca. 9 Jahre).“

Politisch redlich zu sein, hieße: Wir Grüne stehen zu diesen Entscheidungen des Jahres 2016.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wir stehen zum Kohlevertragsabschluss!)

Weil Sie genau das nicht tun, sind die Grünen für mich unverlässlich, unglaubwürdig und am Ende unredlich geworden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn es aber um die konkrete Umsetzung Ihrer hehren Ansprüche in den politischen Alltag geht, sind die Grünen die einzigen mir bekannten Menschen, die dem Satz von Karl Valentin umfassend Geltung verschaffen: „Mögen hätte ich schon wollen, aber dürfen hab ich mich nicht getraut!“

Seit 2011 stellen die Grünen in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten. Wie sehen denn Ihre Erfolge dort aus? Installierte Leistungen Windenergie je 1.000 Einwohner per 31.12.2018 – Quelle: Agentur für Erneuerbare Energien –: NRW 324,8 Kilowatt pro Einwohner, plus 26 % seit 2016; Baden-Württemberg noch nicht einmal die Hälfte, nämlich 144,5 Kilowatt, plus 4,5 % seit 2016. Aber bei uns ist das doch bestimmt viel einfacher als in Baden-Württemberg. Einwohnerdichten: Baden-Württemberg 310 Einwohner je km²; Nordrhein-Westfalen 526 Einwohner je km².

Wo bleibt denn Ihr lauter Protest, wenn es um den Zubau in Baden-Württemberg geht? Ist der Schwarzwald schutzwürdiger als das Sauerland oder das Siegerland?

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Eignet sich die Hohenloher Ebene weniger gut als das Paderborner Land? Natürlich nicht! Der einzige Unterschied ist: Die Grünen führen dort die Regierung. Sie stehen in der Verantwortung. Aber Sie scheuen davor zurück, unbequeme Antworten zu geben.

Meine Damen und Herren, wenn es um unbequeme Antworten geht, dann fordere ich heute und hier auch von RWE, nicht die unbequemen, aber die richtigen Antworten zu geben. Für uns in Nordrhein-Westfalen heißt das jetzt, verlässlich das umsetzen, was beschlossen wurde. Dazu gehört auch, dass die klare Forderung an RWE gerichtet wird, jede Chance zu nutzen, den Menschen am Rande des Tagebaus das Leben zu erleichtern. Es muss nun möglich sein, die bisherigen Abstände zum Tagebaurand deutlich zu vergrößern, und es muss möglich sein, Verbindungsstraßen, die kurze Wege garantieren, zu erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, statt Apologeten des Untergangs, Nein-Sagern und Verweigerern eines Kompromisses brauchen wir Ja-Sager und Mut, damit ein Jahrhundertprojekt wie die Neugestaltung unserer Energiewirtschaft Wirklichkeit wird.

Die CDU ist bereit, diesen Weg zu gehen, zusammen mit allen Menschen im Land. Denn all denen, denen es an Mut fehlt, diesen Weg mitzugehen, all denen, denen wohlfeile Kritik mehr bedeutet als konstruktive

Zusammenarbeit, erteilen wir eine Absage. Allen, die mit uns diesen Weg gehen wollen, reichen wir die Hand.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die AfD-Fraktion hat Herr Kollege Loose jetzt das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen Tag, nachdem die Bundesregierung bekannt gegeben hatte, dass der Hambacher Forst erhalten bleibt, griffen Ökoextremisten im Hambacher Forst die Sicherheitskräfte von RWE an: Brandsätze, Zwillenbeschuss, Steinwürfe; zwei Menschen wurden verletzt – einen Tag nach der Verkündung des Pakts der Unvernunft. Das zeigt wieder einmal: Mit Extremisten verhandelt man nicht.

Sie aber, Herr Laschet, haben diesen Terroristen nachgegeben. Das Signal von Ihnen lautet: Radikalität lohnt sich. – Frau Brems hatte vor einigen Wochen hier im Plenum angeführt, bei immer mehr Menschen setze sich die Erkenntnis durch, dass die Klimakrise zunehmend radikale Maßnahmen erfordere. Und Sie, Herr Laschet, haben diese Menschen darin bestärkt.

Radikalität wirkt: radikale Maßnahmen wie das Werfen von Kot auf Polizisten, radikale Maßnahmen wie das Stürmen von Industrieunternehmen, radikale Maßnahmen wie das Werfen von Molotowcocktails zu Weihnachten auf Mitarbeiter der Sicherheitsfirma, radikale Maßnahmen wie Brandanschläge auf eine Firma, die RWE Kräne zur Verfügung gestellt hat. Und durch Ihre Bestätigung, Herr Laschet und Herr Pinkwart, werden die Extremisten weitermachen.

Ihre Freunde aus der Jungen Union Köln beantragen auch noch, den Terroristen ein Denkmal zu bauen. Sie wollen allen Ernstes die Baumhäuser in einem Museum ausstellen. Ärzte würden hier sicherlich vom Stockholm-Syndrom sprechen.

Weitere radikale Maßnahmen sind aber bereits angekündigt, verstärkt durch Ihre Entscheidungen: Blockaden des Kraftwerks in Datteln; Blockaden von Siemens für die Lieferung einer Signalanlage nach Australien, damit ein Zug Kohle transportieren kann. Anscheinend kann Rheinmetall Panzer liefern; das interessiert keinen mehr. Aber wenn Siemens eine Signalanlage für eine Gleisanlage liefert, gibt es einen Sturm der Entrüstung in Deutschland – angefangen jetzt mit dem Aufruf: Kauft nicht bei Siemens.

Diese Radikalität, diese Demokratiefeindlichkeit wird erst enden, wenn Sie, Herr Laschet, und Ihre Freundin, Frau Merkel,

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Freundin?)
abgewählt werden.

(Beifall von der AfD)

Wir werden alle demokratischen Mittel einsetzen, um genau das in Deutschland zu erreichen.

Dieser Gipfelpunkt des Versagens der Altparteien ist nur das Finale einer Kette von unfähigen Entscheidungen der letzten Jahrzehnte.

Seit zwei Jahrzehnten wird die Zerstörung der ehemals sicheren Stromversorgung von Ihnen vorangetrieben. Niemand hat 1999 daran gedacht, dass die Trennung von Netz und Erzeugung natürlich dafür sorgt, dass die Erzeuger zukünftig ihre Kraftwerke dorthin stellen, wo es für sie logistisch sinnvoll ist, und nicht dorthin, wo der Strom gebraucht wird, denn um den Transport kümmert sich jemand anderes.

Verpfuscht hat das damalige Gesetz eine schwarze Bundesregierung. Die Folge war, dass bereits 2005 bekannt war, dass 7.700 km an Transportnetzen nötig sind. Bis heute, nach 15 Jahren, sind erst knapp 1.000 km gebaut.

Doch all diese Probleme interessierten keine der folgenden Bundesregierungen. Trotz dieses Totalversagens erdreistet sich jetzt die SPD, die lange Jahre in der Bundesregierung mitgemacht hat, hier die Frage nach der Versorgungssicherheit zu stellen. Wie heißt es so schön: Wer im Glashaus bzw. im Baumhaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

Ein weiterer Stein auf dem Weg der Zerstörung der Energieversorgung war dann das ausufernde EEG. Mit diesem Instrument wurde das bisherige Marktpreissystem ausgehebelt. Ein Kartell für Windstrom und Solarstrom wurde vom Staat geschaffen, und die Verbraucher sind gezwungen, deren Strom abzunehmen.

Den Preis für dieses Kartell bestimmt der Staat. Die Folge war, dass sich die Teilhaber dieses Kartells dumm und dämlich verdient haben – darunter Lehrer, die sich ihre PV-Anlage von der Friseurin oder der Krankenschwester bezahlen lassen, darunter Windmillionäre, die dem Stahlkocher das Geld aus der Tasche ziehen.

Die Folge ist: Die Preise steigen. 300.000 Stromsperren gibt es jährlich – 300.000 Haushalte, 300.000 Familien, die sich dank Ihrer Politik den Strom nicht mehr leisten können. Das alles ist staatlich von Ihnen organisiert. Allein von 2005 bis 2018 haben die Windmillionäre und die Solarmillionäre 189 Milliarden Euro mehr erhalten, als ihr Strom wert ist.

Mit Ihrer Maßnahme zur Errichtung des EEG-Kartells wurde in der EU nicht eine einzige Tonne CO₂ eingespart, denn seit 2005 haben wir ja den EU-weiten Zertifikatehandel für CO₂, sodass Einsparungen über

das EU-weite Ziel hinaus überhaupt nicht möglich waren.

Aber es ging Ihnen ja nie um das CO₂, sondern nur um das Verteilen von Millionen an Millionäre – zulasten der Arbeitnehmer, der Krankenschwester, der Geringverdiener, die das alles bezahlen müssen; die größte soziale Umverteilung seit der Wiedervereinigung.

Neben diesem Kartell des EEG gab es aber noch die bisherigen Stromerzeuger: E.ON, Vattenfall, STEAG. Diese verbliebenen Erzeuger sind gezwungen worden, den restlichen Strom zu liefern. Diese Restmenge wurde jedes Jahr kleiner, denn der EEG-Strom wurde ja ausgebaut.

Die Folge war, dass die Preise für die Restmengen fielen. Traditionelle Erzeuger machten daraufhin Milliardenverluste und haben Tausende, Zehntausende Arbeiter entlassen – Arbeiter, die einen guten Lohn bekommen haben, Arbeiter mit einer hohen Wertschöpfung, gerade auch hier bei uns im Ruhrgebiet.

Verluste gingen aber auch zulasten der Eigentümer bei RWE, also vor allen Dingen auch zulasten der Kommunen – Kommunen im Ruhrgebiet. Dann kommen die Kollegen und jammern immer darüber, dass die Städte doch so verschuldet seien.

Aber was war die Ursache? – Im Ruhrgebiet hat es die Städte getroffen. Was haben die Städte gemacht? – Sie haben zum Beispiel die Grundsteuer erhöht. Das ging wieder zulasten der Kleinen und insbesondere der Mieter.

Im Gegenzug blieben aber die Kartellpreise hoch – staatlich über das EEG garantiert für 20 Jahre. Das ist Sozialismus pur, betrieben auch von ehemals konservativen und liberalen Parteien. Ihr Sozialismus, Herr Laschet, zerstört die Idee unserer Demokratie. Honecker wäre sicherlich stolz auf Sie und Frau Merkel gewesen.

Kommen wir noch einmal auf den Handel von CO₂-Zertifikaten auf EU-Ebene zurück. Der Staat bzw. die Bundesregierung hat nämlich all die Jahre mitverdient. Die Erlöse aus der Versteigerung der Zertifikate bekam die Bundesregierung und verdiente dabei Milliarden.

Die Zertifikatmenge ist in der EU seit Jahren limitiert. Ein Zubau von EEG-Strom, wie ich schon sagte, oder auch das Schließen von Kohlekraftwerken hat keinerlei Einfluss auf die Zertifikatmenge und damit auch keinerlei Einfluss auf den CO₂-Ausstoß. Deshalb ist auch der folgende Kohleausstieg eine populistische Augenwischerei, Herr Laschet, eine Bürgertäuschung sondergleichen.

Der Zubau von EEG-Strom war im Gegenteil sogar schädlich für das Ziel, in der EU Energie einzusparen, denn durch das massive Angebot des EEG-

Stroms wurden weniger CO₂-Zertifikate in Deutschland benötigt, der Preis ist gefallen, und zwar in der gesamten EU.

Das Erneuerbarenkartell in Deutschland hat deshalb dafür gesorgt, dass es sich für Unternehmen nicht mehr lohnte, Energieeffizienzmaßnahmen zu tätigen. Um diesen Fehler des in Deutschland eingeführten EEG-Kartells zu korrigieren, hat Deutschland in der EU darauf gedrängt, dass nachträglich Zertifikate aus dem Markt genommen wurden. Das heißt: Der in Deutschland betriebene Sozialismus der Erneuerbaren sollte nun mit sozialistischen Maßnahmen in der EU bekämpft werden. – Wie gesagt: Honcker hätte seine wahre Freude gehabt.

Die kleinen Nebeneffekte dieser sozialistischen Maßnahmen: Die Einnahmen aus den Erlösen der Zertifikate stiegen, und Frau Merkel konnte im letzten Jahr 2 Milliarden Euro mehr einnehmen – wieder zu Lasten der Verbraucher, denn dadurch stieg natürlich der Strompreis für die Krankenschwester und den Geringverdiener.

Aber zum Glück zahlen jetzt ja nicht nur die Deutschen, sondern, da der Zertifikatehandel europaweit bzw. EU-weit erfolgt, auch alle anderen Länder. Das heißt, auch die Polen zahlen jetzt mehr für ihren Strom. Deshalb hat Polen übrigens gegen diesen unzulässigen Eingriff geklagt.

Aber wen wundert es: Der Europäische Gerichtshof hat sich für den Sozialismus und gegen Polen entschieden. Ein Land, welches über Jahrzehnte im Würgegriff des russischen Sozialismus stand, wurde nun vom neuen EU-Sozialismus besiegt.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Boah! – Zuruf von Rainer Bischoff [SPD])

Mit dem sogenannten Kohleausstieg geht es mit dem Sozialismus nun weiter, denn wenn man nur CO₂ einsparen wollte, wenn es wirklich darum ginge, müsste man nur noch mehr Zertifikate vom EU-Markt nehmen. Aber darum geht es Ihnen ja nicht.

Ich kann Ihren Scheibenwischer nicht verstehen. Anscheinend verstehen Sie es nicht. Vielleicht sollten Sie einfach mal ein paar Bücher lesen. Das könnte ich Ihnen empfehlen.

(Beifall von der AfD)

Wenn man CO₂ einsparen wollte, müsste man also nur Zertifikate vom Markt nehmen. Das hat sogar Herr Pinkwart in der letzten Woche im Ausschuss bestätigt.

Stattdessen wird nun auf die durch die Regierung geschaffene Bedrohung durch das Kartell der Erneuerbaren reagiert.

Die Reststrommengenlieferanten, also hier RWE, E.ON etc., sind nicht mehr überlebensfähig. Was macht man? – Per staatlicher Anordnung werden

einfach Kraftwerke geschlossen. Das wird den Marktpreis wieder steigen lassen, und die verbleibenden Kraftwerke werden noch eine Zeit lang überleben können zur Freude der Ideologen, zur Freude von RWE, die Milliardenentschädigungen dafür bekommen.

Doch den Preis Ihrer Maßnahmen müssen wieder andere bezahlen. Das bezahlen zum Beispiel die Beschäftigten im Tagebau und in den Kraftwerken. Gerade die zerstörten Jobs im Tagebau sind besonders bitter in NRW. Das sind sichere Jobs mit einer hohen Wertschöpfung und mit einer guten Bezahlung.

Die Arbeiter dort vor Ort bauen mit ihren Familien Häuser, sie gehen zum Bäcker, sie gehen in die Kneipe, sie lassen eine ganze Region leben, und Sie, Herr Laschet, zerstören diese Region.

Sie glauben jetzt, dass 18.000 Arbeitsplätze, die direkt und indirekt vom Tagebau abhängig sind, mit ein bisschen Fördergeld ersetzt werden können, Herr Laschet – 14 Milliarden Euro für NRW verteilt auf 20 Jahre, während das EEG-Kartell in nur einem einzigen Jahr 23 Milliarden Euro von den Deutschen abgreift.

Nein, Ihr Weg, Herr Laschet, ist ein Irrweg. Weil dies alle Länder in der Welt sehen können, werden Sie das warnende Beispiel sein, von dem alle anderen Abstand nehmen werden.

(Beifall von der AfD)

Dann stellt sich auch die Frage für Sie: Sollen 200 Hektar Forst oder zum Beispiel die Dörfer in einem anderen Abbaugelände gerettet werden? – Sie haben sich für den Forst entschieden und damit den Terroristen recht gegeben.

Dabei ist der Hambacher Forst bereits über die Renaturierung der Sophienhöhe ausgeglichen. 700 Hektar mehr renaturierte Fläche als benötigt. Das ist Ihnen aber anscheinend egal.

Bezahlen werden Ihren erneuten Markteingriff die Verbraucher, die Unternehmen und die Arbeitnehmer, denn die Preise werden weiter steigen, die Black-Out-Gefahr wird zunehmen, denn Sie schalten ab, sagen aber nie, was denn zugeschaltet wird.

Bereits jetzt investieren die Unternehmen in NRW kaum noch. Das wurde uns in zahlreichen Anhörungen, aber auch bei Treffen wie „Frühstück mit der Industrie“ gesagt, denn die Versorgungssicherheit ist bereits jetzt am Ende, und für das nächste Jahr gibt es bereits Szenarien, die davon ausgehen, dass im Januar 2021 5 GW an sicherer Leistung fehlen könnten. Das ist die Leistung von fünf Großkraftwerken, und Sie, Herr Laschet, schalten weitere Kraftwerke ab.

In dieser Gemengelage fragte ein Herr Kämmerling von der SPD im Sommer die Landesregierung, wann denn endlich die Kraftwerke in Belgien abgeschaltet

werden. Gerade in diesem Zusammenhang erkennt man die Lächerlichkeit Ihrer Aktuellen Stunde, liebe SPD, denn da ruft der Dieb: Haltet den Dieb!

Inzwischen liegen die Kosten für die Stabilisierung der Netze in Deutschland bei jährlich mehr als 1 Milliarde Euro – Tendenz steigend, Kosten, die wieder die Verbraucher, die Menschen in Deutschland zu tragen haben. Das führt dazu, dass immer mehr Unternehmen Deutschland den Rücken kehren und damit viele Arbeitsplätze verloren gehen.

Wir haben bereits jetzt die höchsten Strompreise in Europa, hohe Abgabenlasten und Löhne, und das alles belastet insbesondere die kleine und mittelständische Industrie, die unser Rückgrat in Deutschland ist.

Vor diesem Hintergrund stellt sich jetzt die Frage: Was werden Sie eigentlich als Nächstes zerstören, Herr Laschet? Was ist ein Versprechen noch wert, wenn beispielsweise nur drei Jahre nach der Leitentscheidung zur Braunkohle in NRW die Rolle rückwärts von Ihnen kommt?

Die Grünen haben bereits den Gaskraftwerken den Kampf angesagt, von SPD über alle anderen Parteien hin kämpfen Sie jetzt gerade gegen die Automobilbranche. Das Muster ist das Gleiche: Wieder das Rezept des Sozialismus: Subventionen auf der einen Seite für E-Autos, die keiner will, und Einschränkungen für die Verbrenner auf der anderen Seite.

Nur selber machen Sie sich nicht mehr die Hände schmutzig. Das überlassen Sie dieses Mal auf deutschen Druck der EU mit völlig unrealistischen Vorgaben für den Spritverbrauch bei den Autos.

Wer wird sich die E-Autos denn leisten können? – Das sind nicht die Malocher, die morgens zur Schicht müssen. Das sind die Reichen, die jetzt schon zwei Autos haben und dann ein E-Auto als Drittauto in ihrer Garage unterbringen.

Aber es hat ja auch Vorteile: E-Auto-Subvention ist doch etwas Tolles. Da gibt es die nächsten Milliardäre, die Geld abgreifen werden. Jetzt kommt die Musterfirma Tesla. Die erhält in Brandenburg 300 Millionen Euro Subventionen, zahlt für ein Grundstück nur ein Drittel und holt sich dann ihre Arbeitnehmer aus Polen, natürlich mit der Ankündigung, dass sie sich nicht an Tarifverträge halten werde.

Das ist ein Verrat an unserer deutschen Industrie, das ist ein Verrat an unseren deutschen Arbeitnehmern und mit Unterstützung der Bundesregierung ein Verrat, den Sie alle begrüßen.

Für die Tesla-Fabrik werden übrigens vermutlich mehr Bäume abgeholzt, als im Hambacher Forst aktuell noch stehen. Ein Jahrzehnt der Unvernunft schließt mit der Zerschlagung der Energieindustrie in Deutschland.

Wir als AfD stehen hier, um die Stimme der Bürger zu erheben und alle demokratischen Mittel zu nutzen, um wenigstens zu verhindern, Herr Laschet, dass Sie nicht auch noch die Automobilindustrie mit den Hunderttausenden von Arbeitnehmern mit in den Abgrund reißen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche* (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Bürgerinnen und Bürger verfolgen jetzt seit knapp zwei Stunden eine interessante Debatte in diesem Hohen Haus. Wir haben bemerkenswerte Reden gehört.

Armin Laschet hat gezeigt, wie man ein Land wie Nordrhein-Westfalen in die Energiewende führt, und das erfolgreich und mit Perspektiven.

Marc Herter hat bewiesen, dass man auch als Oppositionspartei Verantwortung übernehmen kann und zu seinen Überzeugungen steht,

(Monika Düker [GRÜNE]: Ja! Super!)

auch hier am Redepult.

Monika Düker hat für die Grünen genau das Gegenteil bewiesen, wie man als Opposition keine Verantwortung übernimmt,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Doch!)

wie man seine eigene Vergangenheit in Regierungsverantwortung verleugnet.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bodo Löttgen hat in einer bemerkenswerten Rede gezeigt, was für Nordrhein-Westfalen wichtig ist und

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Oberlehrer!)

wie groß der Unterschied zwischen den Grünen auf der einen Seite und der CDU und dem Hohen Haus auf der anderen Seite ist.

Bei Herrn Loose war der meistgenutzte Begriff „Sozialismus“.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Am Schluss fielen dann auch noch Worte wie „Verrat“. Wer wissen möchte, in welcher Ecke die AfD in Nordrhein-Westfalen steht,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

muss sich die Wortwahl der Rede von Herrn Loose anschauen; dann weiß man: ganz rechts außen.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Wir reden heute über Kohleausstieg, Energiewende und die Bund-Länder-Vereinbarung. Unsere Ziele sind klar: Wir wollen eine saubere Umwelt, verlässlichen, bezahlbaren Strom, die Sicherung der Arbeitsplätze, die Sicherung von sozialen Standards.

Wir wollen die Chancen, die sich aus dieser Situation ergeben, für Nordrhein-Westfalen und für unsere Bürgerinnen und Bürger nutzen. Wer sonst kann so eine gewaltige Aufgabe stemmen, wenn nicht dieses starke Land Nordrhein-Westfalen?

Marc Herter sprach von einem Einstieg in die Energiewende, von einem Einstieg in die Chancen für Nordrhein-Westfalen. Damit hat er recht.

In Nordrhein-Westfalen haben wir im Jahre 2013 die Klimaziele festgelegt.

(Marc Herter [SPD]: Manche von uns!)

– Genau, Herr Herter. Wenn ich sage „wir“, spreche ich von Rot-Grün. Damals wurde eine CO₂-Reduktion in Höhe von 25 % in Bezug auf das Jahr 1990 festgelegt. Wir haben schon im vergangenen Jahr nicht nur 25 %, sondern 28 % erreicht. Alle Fachleute, alle Wissenschaftler sagen, dass die Wahrscheinlichkeit sehr hoch ist, dass wir im Zieljahr 2020 sogar 30 % erreichen.

Die NRW-Koalition setzt weiterhin auf Innovation und Forschung. Wir haben im Bereich Klimaschutz die Haushaltsmittel verfünffacht im Vergleich zu Rot-Grün.

Diese Regierung und diese Koalition stehen zu ihrer Verantwortung für Klimaschutz, für die Menschen in diesem Land und damit auch für bezahlbaren Strom für den Hausgebrauch, aber auch für Mittelstand und Industrie, wo es immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt, die um ihren Arbeitsplatz und ihre Zukunft Angst haben.

Schauen wir einmal – Bodo Löttgen hat es vorhin auch getan – von Nordrhein-Westfalen nach Baden-Württemberg. Da haben wir einen grünen Umweltminister. Sein Ziel für das Jahr 2020 war eine CO₂-Reduktion von 25 %. Die Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg stehen im Moment bei 12 %. Das ist ein gewaltiger Unterschied in der Entwicklung zu Nordrhein-Westfalen.

Unterm Strich heißt das: Wo die Grünen nicht regieren, werden die Ziele erreicht, und wo die Grünen regieren, werden die Umweltziele nicht erreicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben gestern einen verzweifelten Hilferuf der deutschen, der nordrhein-westfälischen Gewerkschaften zu Datteln 4 wahrgenommen. Sie fordern

endlich Sachlichkeit in der Diskussion und in der politischen Auseinandersetzung. Wen die da wohl meinen? – Natürlich, die Grünen.

Die Gewerkschaften fordern die Inbetriebnahme von Datteln 4 – und das mit guten Gründen. Wir haben gemeinsam im Kohleausstiegsgesetz die Obergrenzen für die Steinkohle festgelegt. Die stehen fest. Die werden auch nicht verschoben.

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Für eines der modernsten Kohlekraftwerke der Welt müssen andere Kapazitäten aus dem Markt genommen werden, die alle – jedes Kraftwerk für sich – eine schlechtere CO₂-Bilanz haben. Datteln 4 ist also eines der saubersten Kraftwerke, die es gibt. Datteln 4 spart Milliarden Euro an Entschädigungen. Datteln 4 sichert die Versorgung. Datteln 4 versorgt rund 100.000 Haushalte mit Fernwärme.

Was denn sonst wäre klug und logisch, wenn wir es nicht zulassen würden, Datteln 4 ans Netz zu nehmen? Datteln 4 muss ans Netz, weil es in jeglicher Hinsicht klug und gut ist – für Nordrhein-Westfalen und seine Menschen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann sehen wir heute einen Entschließungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, in dem die Thematik „Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit“ überhaupt nicht vorkommt. Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit spielen für Bündnis 90/Die Grünen überhaupt keine Rolle.

(Christian Loose [AfD]: Für Sie doch auch nicht!)

Monika Düker sagte eben in ihrer Rede, es gehe um die Menschen. Warum kann man dann in Ihrem Antrag gar nicht lesen, dass es Ihnen überhaupt um die Menschen geht? Das ist doch gar nicht wahr.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Wibke Brems [GRÜNE])

Nirgendwo geht es Ihnen in Ihrem Antrag und in Ihrer Politik um die Menschen.

Bei den Grünen gibt es einen Mythos: Grün würde in der Praxis „klimafreundlich“ bedeuten. Wir haben ja eben schon gesehen, dass das mit Blick auf Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gar nicht der Fall ist.

Mythen erheben einen Anspruch auf die Geltung für die von Ihnen behauptete Wahrheit. Genauso passt das zu den Grünen. Dazu kommen dann die typischen Symbole wie Hambach und jetzt vielleicht Datteln 4.

Doch was ist an diesem Mythos und an diesen Symbolen dran? – Symbole können zum Beispiel auch Unterschriften sein, grüne Unterschriften, die die

Bagger für die Rodung des Hambacher Forstes freigegeben haben. Grüne Unterschriften, da sitzen sie. – Mit Ihren Händen haben Sie das unterschrieben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Symbole könnten auch die Unterschriften unter der Leitentscheidung vom 5. Juli 2016 sein. Frau Düker hat eben behauptet, dass man damals noch gar nichts von den Pariser Klimaschutzziele gewusst habe.

(Zuruf von der CDU)

Die wurden aber schon am 12.12.2015 beschlossen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Was haben Sie denn eben da erzählt? Was wollen Sie den Menschen denn weismachen?

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Ihre Rede, Frau Düker, war eine Flucht aus der Verantwortung,

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

eine Flucht aus der Regierungszeit – sieben Jahre Rot-Grün zwischen 2010 und 2017.

Die Grünen behaupten heute in manchen Hintergrundgesprächen, dass sie damals – Stichwort „Leitentscheidung“ – gegen ihr Gewissen entscheiden mussten.

(Monika Düker [GRÜNE]: So ein Quatsch!)

Wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, ich bringe Ihnen mal ein Beispiel, wo eine Fraktion, eine Partei hier im Hohen Haus zu ihrem Gewissen gestanden hat.

2012 – Schuldenhaushalt, Umfragewerte 2 % und drunter. Trotzdem hat diese stolze FDP-Fraktion zu ihrer Überzeugung und zu ihrem Gewissen gestanden.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Sie haben das Gegenteil gemacht. Dass Sie heute behaupten, Sie hätten es damals tun müssen und nicht zu Ihrem Gewissen stehen dürfen, ist der Beweis Ihrer Schwäche, der Beweis der Schwäche der Grünen schlechthin.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben jetzt eine grüne Bürgermeisterkandidatin in Mülheim. Ihre Handschrift hat auch für eine Unterschrift gesorgt, nämlich unter dem Beschluss der Rodung des Hambacher Forstes.

(Zuruf von der FDP: Echt?)

Wenn die Grünen sagen, sie konnten damals ihrem Gewissen nicht folgen, was machen sie dann heute? Heute wählen sie eine Oberbürgermeisterkandidatin, die ganz aktuell sogar dafür sorgt, dass der Hambacher Forst gerodet werden kann. Sie hatten damals kein Gewissen, und Sie haben es heute auch nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Das sind die Grünen mit den zwei Gesichtern: mal in Regierungsverantwortung, mal in Opposition, mal in Baden-Württemberg, mal in Nordrhein-Westfalen. Marc Herter benutzte vorhin die Formulierung „Wirklichkeitsverweigerung“.

(Marc Herter [SPD]: Das habe ich nicht gesagt, nein! Wir können mal ins Protokoll schauen!)

Man konnte sogar sehen, wohin Herr Herter schaute: in Richtung Bündnis 90/Die Grünen, und damit hat er recht gehabt. Sie verweigern Ihre eigene Wirklichkeit, Ihre eigene Geschichte, Ihre eigenen Beschlüsse.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

Das hat am Ende, liebe Kolleginnen und Kollegen, etwas zu tun mit gesellschaftlichem Frieden, für den wir alle werben, den die Grünen auch immer für sich reklamieren.

(Zuruf von der FDP – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf von den GRÜNEN)

Wer aber ausgehandelte Kompromisse hintergeht, lautstark ankündigt, das Gesetz mit allen Möglichkeiten zu bekämpfen, gefährdet gesellschaftlichen Frieden, er stützt ihn nicht. Genau das muss man den Grünen vorwerfen.

(Beifall von der FDP)

„Ende Gelände“ kündigt große Proteste an, sagt „wie bei Hambach“. In Hambach war vieles Rechtsbruch; das ist unbestritten. In Hambach war und ist vieles Rechtsbruch. Wir haben alle die Bilder vor Augen, als Arbeiter und Polizisten mit Fäkalien beschmissen wurden – und das immer wieder, nicht nur einmal.

Die Anwohner verstehen diese Ankündigung von Protesten, die in Hambach stattgefunden haben und jetzt in Datteln stattfinden sollen, als Drohung. Die Bevölkerung dort hat Angst vor diesen Aktivisten.

(Zuruf von der FDP)

Diese Aktivisten werden von den Grünen motiviert, genau so zu handeln.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn also jemand den gesellschaftlichen Frieden gefährdet, dann sind das Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich appellieren an die Kollegen von CDU und natürlich an die FDP, aber auch, Marc Herter, an die SPD: Demokratische Parteien müssen Rechtsbruch begegnen, klipp und klar, ohne Ausnahme. Recht ist Recht; so hat es gestern auch Innenminister Reul gesagt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wenn die Bundesvorsitzende der Grünen, Frau Baerbock, gestern sagt, die Grünen fordern Siemens auf, Vertragsbruch zu begehen, Strafe spielt keine Rolle, dann ist das nichts anderes als Rechtsbruch. Vertragsbruch ist Rechtsbruch, und genau dazu rufen die Grünen öffentlich auf – nicht irgendeiner, sondern die Bundesvorsitzende dieser Partei.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von den GRÜNEN)

Oder gibt es vielleicht unterschiedliche Maßstäbe in diesem Land: Was ist Recht, was ist Unrecht? Schweben die Grünen jetzt sogar auf einer Welle, dass sie bestimmen wollen, was Recht und was Unrecht ist? Muss sich Recht nach grüner Moral ausrichten? Muss sich Recht nach grünen Interessen ausrichten?

(Monika Düker [GRÜNE]: Nach Gesetzen vielleicht! – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Wir erleben im Moment eine Partei – Bündnis 90/Die Grünen – auf dem Höhenflug. Wir haben mit Martin Schulz so etwas auch schon einmal bei der SPD erlebt.

(Marc Herter [SPD]: Was haben Sie da erlebt?)

Die Grünen opfern für diesen Höhenflug verdammt viel. Die Grünen machen Stimmung mit falschen Behauptungen. Wo sie regieren, passiert nichts im Klimaschutz. In Nordrhein-Westfalen leugnen sie ihre Regierungsarbeit. Sie motivieren Aktivisten zum Rechtsbruch. Sie gefährden den gesellschaftlichen Frieden. Und das für ein bisschen Höhenflug. Meine Damen und Herren, das geht zu weit.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Es geht wirklich auch anders. Wir können uns am liebsten gemeinsam für eine Energiepolitik für eine saubere Umwelt, für sichere Energie und für bezahlbare Preise, für Klimaschutz, für soziale Standards

und für Arbeitsplätze, Wohlstand, Chancen und persönlichen Aufstieg einsetzen. Marc Herter hat eben gesagt, die Arbeit ist noch nicht beendet.

(Marc Herter [SPD]: Jetzt ist aber genug!)

– Ja, das dritte oder vierte Mal schon heute, Marc.

Die Arbeit ist mit dieser Bund-Länder-Vereinbarung noch nicht beendet. – Stimmt. Sie fängt aber auch nicht erst heute an, sondern wir befinden uns mitten in der Arbeit, seit Wochen und seit Monaten. Sie wird uns noch Jahre begleiten, um die Energiewende in Nordrhein-Westfalen zu einer Erfolgsstory zu machen.

Die NRW-Koalition ist bereit, Verantwortung zu übernehmen. Sie macht rationale und vernünftige Politik. Ich würde mir wünschen, das ganze Haus würde unserer Politik folgen – und die Menschen in diesem Land auch. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben hier in den letzten zwei Jahren immer wieder darüber gesprochen, wie wir die Klimapolitik, die Wirtschaftspolitik, die Energiepolitik und die Energieversorgungssicherheit für Nordrhein-Westfalen, für Deutschland auf eine dauerhaft stabile, nachhaltige Grundlage stellen können.

Es war der Wunsch der Großen Koalition in Berlin, für die klimapolitischen Fortschritte, die in anderen Sektoren nicht in der Geschwindigkeit erreicht werden konnten, wie in dem – Herr Ministerpräsident hat es gesagt – durch ETS gesteuerten Energie- und Industriesystem, einen Zusatzbeitrag auf dem energiewirtschaftlichen Sektor zu organisieren, damit Deutschland seine Klimaziele auch mittel- und langfristig würde erreichen können.

Wir haben von Anfang an deutlich gemacht, dass Nordrhein-Westfalen dazu bereit ist. Aber Nordrhein-Westfalen kann nur bereit sein, einen Sonderbeitrag für die Klimapolitik in Deutschland zu leisten, wenn dadurch die Industriestrukturen und die energiewirtschaftliche Sicherheit Nordrhein-Westfalens nicht beeinträchtigt werden.

Dies muss so organisiert sein, dass neue Strukturen vor- und parallel laufend aufgebaut werden können, die Energieversorgungssicherheit zu jedem Zeitpunkt sichergestellt werden kann und die energiein-

tensive Industrie in diesem Zeitraum durch Strompreiskompensation, aber vor allem durch Modernisierung so transformiert werden kann, dass Nordrhein-Westfalen, dass Deutschland bis zur Mitte dieses Jahrhundert Klimaneutralität erreichen kann.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben deutlich gemacht: Dies ist ein großes und starkes Land mit vielen tollen Menschen, die hart arbeiten, die hier ihr Know-how bereitstellen, damit wir solche großen Aufgaben stemmen können. Aber Nordrhein-Westfalen kann dies für Deutschland nicht ohne faire Rahmenbedingungen und auch nicht ohne eine hinreichende wirtschaftliche Unterstützung des Transformationsprozesses organisieren.

Damit ist klar – das hat der Ministerpräsident in seiner Einführungsrede für die Landesregierung ganz besonders unterstrichen –: All dies lässt sich nicht in wenigen Monaten oder Jahren umsetzen.

Nach dem Transformationsprozess, den wir in der Metropole Ruhr in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, stehen wir an den Braunkohle- und Steinkohlekraftwerksstandorten erneut vor einem sehr großen Transformationsprozess. Parallel dazu wird die energieintensive Industrie in Nordrhein-Westfalen, wenn wir ehrlich sind, einen noch viel größeren Transformationsprozess erleben.

Deswegen war es so wichtig, dass all die verschiedenen Facetten – der Klimaschutz, die Energieversorgung, die Frage des Strukturwandels, die Frage, wie wir die neuen Themen auch für diese Regionen nutzbar machen können – von der WSB-Kommission in ihrer Komplexität bearbeitet und im vergangenen Jahr – von Januar 2019 bis heute – von der Bundesregierung gemeinsam mit Kraftwerksbetreibern und den betroffenen Ländern zur Umsetzung gebracht worden sind.

Es ist alles andere als selbstverständlich, ein komplexes Paket ganzheitlich so zu bearbeiten, dass wir heute feststellen können: Das, was die WSB-Kommission vorgeschlagen hat, wird mit dem, was sich jetzt an Eckpunkten zeigt und durch das Gesetzgebungsverfahren möglich ist, eins zu eins umgesetzt. Es ist eine riesige Chance für den Klimaschutz, für die Energiepolitik, für eine moderne Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland.

(Beifall von der CDU und der FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Dann erklären Sie das doch mal Herrn Schellnhuber!)

Ganz wichtig dabei ist, dass Nordrhein-Westfalen vorgeht. Das haben wir von Anfang an in der WSB-Kommission gesagt. Nordrhein-Westfalen geht zu Beginn voran mit rund 3 GW, die wir bis 2023 vom Netz nehmen. Das sind immerhin 24 bis 28 Millionen t CO₂ jährlich oder 35 % der CO₂-Emissionen im Braunkohlebereich. Wir haben dann ein weiteres gutes Drittel zur Abschaltung bis einschließlich 2029.

Das sind noch mal 35 % der CO₂-Mengen. Das heißt, 70 % CO₂-Minderung im Braunkohlebereich setzt Nordrhein-Westfalen in diesem Jahrzehnt um.

Das ist ein sehr großes Entgegenkommen. Das wäre nach WSB-Beschluss nicht notwendig gewesen. Nordrhein-Westfalen hätte langsam aus der Braunkohle herausgehen können.

Ich verstehe überhaupt nicht, Frau Düker und liebe Vertreterinnen und Vertreter der Grünen-Fraktion, warum Sie – das muss man Ihnen ja zugutehalten –, die bei der Braunkohle doch immer mehr wollten, in der politischen Verantwortung jedoch nicht so viel haben umsetzen können, so reagieren. Wir wissen natürlich auch, dass man Kompromisse machen muss.

Aber wenn Ihnen das ein großes Herzensanliegen wäre – nicht ideologisch, sondern klimapolitisch –, dann hätten Sie doch auf die Rede des Ministerpräsidenten und das hier Erreichte sagen müssen: Es ist toll, dass Nordrhein-Westfalen an der Stelle nicht nur den WSB-Bericht für Nordrhein-Westfalen umsetzt, sondern übererfüllt, noch mehr tut, damit Deutschland insgesamt bei seinen Klimazielen vorankommt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das hätte hier eine aus Ihrer Sicht, wie ich meine, gerechtfertigte Antwort sein müssen.

(Zuruf von der FDP in Richtung der GRÜNEN: Das ist unterirdisch! – Gegenruf von Christof Rasche [FDP])

Dann möchte ich etwas zur Energieversorgungssicherheit und auch zu Datteln sagen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Alternativen ...)

– Frau Düker, ich komme gleich noch auf Ihre Rede. Lassen Sie mich noch einen Satz zur Energieversorgungssicherheit sagen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE] – Zuruf von Ralf Witzel [FDP] – Michael Hübner [SPD]: Können Sie mal mit dem Minister reden!)

Frau Düker, Sie haben hier gegen Datteln gesprochen und erklärt, Sie fänden es gar nicht gut, dass modernste Kraftwerke möglicherweise auch bundesgesetzlich zu Zwecken der Energieversorgungssicherheit geregelt werden sollen.

Ich frage Sie allen Ernstes: Finden Sie es dann auch nicht gut, dass in Baden-Württemberg fast 1 GW Steinkohle aus Netzstabilitätsgründen gesetzlich an der Stilllegung gehindert wird, um die Energieversorgung im Bereich südlich der Main-Linie sicherstellen zu können? Finden Sie es dann auch nicht richtig, dass moderne Steinkohlekraftwerke von fast 2 GW in Mannheim und Rheinhafen nach 2010 in Betrieb gegangen sind? Die wurden nämlich in demselben Zeitraum geplant und gebaut wie Datteln. Aber dort

wurde nicht dagegen demonstriert, deswegen konnten sie früher ans Netz gehen. Datteln ist daran gehindert worden, ans Netz zu gehen.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

– Das Kraftwerk Datteln ist noch moderner, das ist auch wieder richtig.

Es sind moderne Kraftwerke. Die werden in Süddeutschland noch ganz lange am Netz bleiben müssen, um die Versorgungssicherheit im Süden zu regeln. Das wird von Ihrem Ministerpräsidenten, wo immer man ihm in Berlin begegnet, auch mannhaft verteidigt. Warum? Weil er sich vor die Menschen seines Landes stellt, weil er sich vor die Menschen in den Unternehmen, in den Fabriken stellt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Und Sie kritisieren uns hier dafür, dass wir die modernsten Kraftwerke möglichst lange in der Vorsorge halten wollen, damit das für Nordrhein-Westfalen auch gelingen kann? Das kann doch nicht ernst gemeint sein, liebe Frau Düker.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das kann nicht ernst gemeint sein.

(Henning Rehbaum [CDU]: Grüne Doppelmoral!)

Dann möchte ich einen weiteren Punkt anfügen. Es spricht ja noch ein Redner von Ihnen; vielleicht will Frau Brems das aufgreifen.

(Zuruf)

Jetzt wird schon so getan, als wäre alles erledigt, wenn wir heute darüber beraten, als würden wir sagen: Das ist wunderbar; demnächst wird alles per Gesetz beschlossen, und dann haben wir die Ziele erreicht. Herr Herter hat gesagt: Jetzt geht die Arbeit erst los.

(Marc Herter [SPD]: Ja!)

Ich würde sagen, sie geht mit Hochdruck weiter.

(Vereinzelt Beifall von der FDP – Marc Herter [SPD]: Davon sehe ich nur wenig!)

Dazu werden wir alle unsere Beiträge leisten müssen; denn eines ist doch klar: In dem WSB-Beschluss und auch in den gesetzlichen Ausführungen steht doch ganz deutlich, dass wir beim Netzausbau jetzt umso mehr Gas geben müssen, wenn wir 65 % Erneuerbare bis 2030 erreichen wollen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Wir müssen auch bei den Erneuerbaren Gas geben und vorankommen.

(Marc Herter [SPD]: Sagt er und tut es nicht! Das ist ein Memo an ihn selbst!)

Dazu eine kleine statistische Zahl: 2018 ist die Kapazität an zusätzlichen Erneuerbaren in Nordrhein-Westfalen um 20 % stärker gestiegen als im Zeitraum zwischen 2014 und 2016, also im Durchschnitt Ihrer Regierungszeit. Das sage ich nur, damit Sie sehen: Wir sind da schon unterwegs.

Es muss aber noch viel mehr geschehen. Wir haben dazu ein Entfesselungspaket vorgelegt. Wir wollen die Erneuerbaren in aller Breite ausbauen.

Lieber Herr Herter, wir freuen uns, wenn die Bundesregierung endlich – dazu ist es bisher ja nicht gekommen – mit der Länderarbeitsgruppe einen gemeinsamen Vorschlag vorlegt, wie wir eine hinreichende Akzeptanz schaffen können, um die Erneuerbaren noch stärker auszubauen. Wir sind offen für diese Arbeiten. Aber bisher liegt uns dazu nichts vor.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Wir werden daran mitarbeiten. Aber alle müssen mitarbeiten. Sie müssen nicht nur hier im Parlament mitarbeiten und Forderungen stellen. Draußen in der Landschaft, wo die Masten, die Windräder und die Photovoltaikanlagen aufgebaut werden, brauchen wir dann auch die Naturschutzverbände. Da brauchen wir dann auch die Umweltverbände.

Wir brauchen diese Unterstützung nicht nur heute und morgen, sondern über Jahre, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir brauchen Unterstützung bei den benötigten Speichern und bei der Flexibilisierung der Netze, die wir noch nicht haben.

Heute müssen wir feststellen: Es ist viel erreicht worden, aber die Arbeit muss mit Hochdruck in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Wir müssen die Bürger gerade bei diesen Umsetzungsschritten mitnehmen; denn uns werden nicht überall Blumen zugeworfen, höchstens jene, an denen unten noch die Töpfe hängen. Aber darauf müssen wir uns eben auch einstellen.

Ich erwarte gerade von den Grünen, dass sie sich jetzt nicht wegducken nach dem Motto: Klimaschutz hätten wir gern, aber wenn es konkret wird, sind wir nicht dabei. – So einfach wird das nicht zu haben sein.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

In Ihrem Beitrag, Frau Düker, haben Sie von zwei Verlierern gesprochen. So genau habe ich Ihrer Rede gar nicht entnehmen können, wer die beiden Verlierer sein sollen. Sie haben über die Dörfer gesprochen, und Sie haben über Datteln gesprochen.

Zu den Dörfern will ich Folgendes festhalten: Die WSB hat sich in ihrem Beschluss – den müssen Sie auch mal lesen – grundsätzlich zu sozialen und wirtschaftlichen Belangen bei der Umsiedlung geäußert. Es gibt keine Befassung mit konkreten Umsiedlungen. Es gibt nicht, wie etwa beim Hambacher Forst

oder bei anderen Punkten, eine Konkretion, dass irgendetwas nicht erfolgen sollte. Das werden Sie in dem Bericht nicht finden.

Von einer immer wieder kritisierten Zerstörung von dörflichen Strukturen kann meines Erachtens auch nicht die Rede sein; denn dies ignoriert völlig den aktuellen Stand der Umsiedlungsabschnitte. Hierzu sind wir mit den Menschen, die dort betroffen sind, im Gespräch. Mehr als 70 % der Eigentümer im dritten Umsiedlungsabschnitt haben ihre Immobilien bereits veräußert. Das heißt, die Dörfer haben sich damit auseinandergesetzt, wie sie diesen Umbau, diese Umsiedlung für sich organisieren wollen. Das ist eine große Herausforderung für die Menschen. Das verdient unseren höchsten Respekt.

Aber es kann doch nicht sein, dass jetzt die Menschen, die versucht haben, das für sich, für ihre Familien und ihre Nachbarn zu planen und umzusetzen, dafür in Geiselhaft genommen werden, dass einige da noch eine Bewegung am Leben halten wollen.

Wir wollen das so sozialverträglich wie möglich umsetzen. Wir wollen die Menschen mitnehmen. Dafür muss alles unternommen werden. Wir werden das Unternehmen nicht aus der Verantwortung entlassen, damit das alles erfolgt und wir als Land unsere Aufgaben erledigen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hier allerdings zu sagen, das seien jetzt die Verlierer, obwohl Sie es waren, die diese Dörfer 2016 zum Abbruch freigegeben haben, ist nach meiner festen Überzeugung verantwortungslos.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein solcher Umbau findet ja nicht über Nacht statt. Er vollzieht sich über lange Jahre. Die Leute müssen sich darauf einstellen, sonst führt er zur Spaltung von Dorfgemeinschaften, zu erheblichen Verletzungen von Menschen. Man muss versuchen, all das verantwortungsvoll zu machen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Was haben Sie denn gemacht?)

Wir sind immer bereit, darüber zu sprechen, wie wir das organisieren können.

(Monika Düker [GRÜNE]: Was haben Sie denn für die Menschen gemacht? – Gegenrufe von Josef Hovenjürgen [CDU]: Was habt ihr denn für die Menschen gemacht?)

Sie haben über Datteln als zweiten Verlierer gesprochen. Dazu habe ich mich schon ...

(Gegenrufe von Monika Düker [GRÜNE] und Josef Hovenjürgen [CDU])

– Frau Düker, Sie haben sich als zweiten Verlierer, so habe ich es verstanden, mit ...

(Fortgesetzt Gegenrufe von Monika Düker [GRÜNE] und Josef Hovenjürgen [CDU])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann mir vorstellen, dass es zu diesem Thema großen Debattenbedarf gibt. Jetzt hat aber Herr Minister Professor Pinkwart für die Landesregierung das Wort. Vielleicht ist es auch zuträglich, ihm zuzuhören.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ganz herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Sie haben sich dann mit Datteln als zweitem Verlierer beschäftigt und die CO₂-Minderung thematisiert. Hierzu ist zweierlei festzustellen:

Wir kennen jetzt die Braunkohlereduktionspläne. Wir kennen aber noch nicht die Steinkohlereduktionspläne. Die werden noch vorgelegt.

Nicht nur die Bundesumweltministerin, wenn ich das ergänzen darf, lieber Herr Herter, sondern auch der Bundeswirtschaftsminister hat ganz klar gesagt:

(Marc Herter [SPD]: Wenn Sie dem folgen, ist es doch gut!)

Wenn dieses modernste Kraftwerk den Betrieb weiterführen kann – denn es gibt schon Betriebsaufnahmen, so ist es ja nicht –, dann wird im Zweifel durch Sonderauktionen sichergestellt, dass eine entsprechende Menge älterer Steinkohlekraftwerke noch früher vom Netz genommen wird.

An den vorliegenden Ergebnissen ist auch kritisiert worden, es gäbe keinen linearen Abbauplan. Fakt aber ist: Man wird seitens der Bundesregierung im Einvernehmen mit den Ländern die Auktionierung des Steinkohleausstiegsplans so gestalten, dass wir einen linearen Verlauf bekommen.

Hier ist uns in Nordrhein-Westfalen ganz besonders wichtig, dass die Standorte, die davon berührt sind, möglicherweise früher davon berührt sind, auch eine angemessene Entschädigung bekommen und wir den Strukturwandel an den Stellen möglichst schnell zur Umsetzung bringen. Das wollen wir sicherstellen.

Aber eines ist gewährleistet – darauf drängen wir auch beim Bund –, nämlich dass es bei diesem linearen Pfad, den wir uns vorgenommen haben, bleibt, dass es für die Mitarbeiter und für die Regionen, die davon betroffen sind, bei der Steinkohle genauso fair läuft wie bei der Braunkohle.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich werde den Eindruck nicht los, als ich Ihnen zugehört habe, Frau Düker, und Sie die beiden Verlierer dafür anführten, warum Sie nicht zustimmen können, dass es noch einen dritten Verlierer gibt, den Sie uns aber nicht benennen wollen, der Sie daran hindert,

hier zuzustimmen. Ich will das nicht weiter ausführen, weil ich mich als Mitglied dieser Regierung und als Nichtmandatsträger nicht zu sehr in die parteipolitische Debatte einschalten möchte. Aber ich möchte es mal in den Raum stellen: Vielleicht gibt es für Sie einen dritten Verlierer, den Sie antizipieren, der von Ihnen in der Debatte nicht benannt worden ist, sie aber verantwortlich leitet.

Abschließend möchte ich gerne noch etwas zur SPD sagen. Sie haben – das möchte ich anerkennen, weil das für unser Land sehr wichtig ist – deutlich gemacht, dass Sie den WSB-Beschluss und das, was jetzt vorliegt, auch in Ihrer Berliner Mitverantwortung hier als Opposition mittragen wollen. Das ist ein wichtiges Signal.

Ich möchte aber schon gerne sagen dürfen mit Blick auf die Zukunftsorientierung, die Sie hier angemahnt haben – einsteigen, einschalten, umbauen, Aufbrüche –:

Ich habe von meinem geschätzten Amtsvorgänger, Herrn Duin, industriepolitische Leitlinien aus Gesprächen, die er mit der Industrie und den Gewerkschaften geführt hat, vorgefunden. Die habe ich als eine Programmatik verstanden, die eher dadurch bestimmt war, diese Bereiche vor Angriffen Dritter zu verteidigen. In dem Papier, in den Leitlinien ist eine Abwehrhaltung formuliert worden. Man könnte auch sagen: eine Abwehrhaltung gegenüber Ihrem damaligen Koalitionspartner, um Schlimmeres zu verhindern.

Es war noch nicht das Papier, das genau das beschreiben könnte, was Sie hier angemahnt haben, nämlich Nordrhein-Westfalen nicht in einen Gegensatz zwischen Wirtschaft und Umwelt zu bringen, sondern dem Land eine Perspektive zu geben, wie wir produktiv Umweltschutz für eine moderne Industrie nutzen können und umgekehrt. Genau das haben wir getan. Wir haben die Überlegungen und Vorgespräche von Herrn Duin genutzt und als neue Landesregierung gesagt: Wir wollen hier eine andere Perspektive haben. Wir wollen das ganzheitlich denken.

Deswegen haben wir uns mit dem industriepolitischen Leitbild sehr viel Zeit genommen. Wir haben Gespräche mit allen Akteuren gesucht und gefragt: Wie können wir unser Land zukunftsfest machen? Wie können wir Klima- und Umweltschutz zu einem Aktivposten für dieses Land machen?

Seitdem haben wir viele Initiativen ergriffen: Wir haben die Energieversorgungsstrategie vorgelegt. Wir haben IN4climate gegründet. Wir haben das Spitzencluster SPIN im Ruhrgebiet gegründet, um die Energietechnologieunternehmen hin zu den neuen Technologien zu führen. Wir haben mit dem Rheinischen Revier ein Konzept für eine europäische Modellregion für Energieversorgungs- und Ressourcensi-

cherheit vorgelegt. Wir haben Pläne für die Gestaltung der klimaneutralen Industrie auch unter Nutzbarmachung der Wasserstofftechnologie in Arbeit, nicht nur im Rheinischen Revier, aber auch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind der festen Überzeugung, dass mit dem, was sich jetzt als große Herausforderung für Nordrhein-Westfalen stellt, unglaubliche Chancen verbunden sind, unsere Industrie mit den Beteiligten so zu modernisieren, dass Nordrhein-Westfalen nicht als Verlierer aus diesem Transformationsprozess herausgeht, sondern als Gewinner, dass sich Nordrhein-Westfalen in Deutschland, in Europa wieder so positionieren kann, wie es das über lange Zeit war, nämlich als eine der modernsten Industrieregionen in Europa mit hoher Wertschöpfung, mit guter Arbeit, mit Forschung, mit Technologie und mit hoher Umweltkompetenz.

All das müssen wir in Nordrhein-Westfalen zeigen können. Ich denke, wir haben hier auch mit den Mitteln, die der Bund bereitstellt, wenn wir es gut umsetzen, beste Chancen. Schön, wenn Sie im Hohen Hause möglichst im breiten Konsens daran mitwirken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Kapteinat das Wort.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor fast genau 20 Jahren hat die damalige rot-grüne Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen und einvernehmlich mit den Energieunternehmen geregelt. Das war neu, das war modern, und das ist immer noch richtig.

Zehn Jahre später hat eine schwarz-gelbe Bundesregierung diesen Konsens wieder aufgemacht, die Laufzeit der Atomkraftwerke mindestens teilweise verlängert. Erst nach der Tragödie von Fukushima wurde alles wieder zurückgedreht. Für diesen schwarz-gelben Ausflug ins Mittelalter hat der Steuerzahler ein paar Milliarden geblecht. Das erinnert an die Pkw-Maut. Manche Dinge ändern sich offensichtlich nie.

Heute, im Jahr 2020, sind wir dabei, nicht nur aus der Atomenergie, sondern auch aus der Förderung und Verstromung von Kohle auszusteigen. Allein die Tatsache, dass alle demokratischen Fraktionen gemeinsam das Ziel teilen und wir nur noch über den Weg streiten, halte ich für bemerkenswert, ja sogar für historisch. Auch das ist richtig, und auch das ist modern.

(Beifall von der SPD)

Es ist aber auch verdammt schwierig, denn kaum eine andere Region Europas hat so sehr auf Kohle gebaut wie Nordrhein-Westfalen. Die Kohle hat dieses Land groß gemacht. Neben der Kohle entstand die Industrie. Die Wege zwischen Stromproduzenten und Stromverbrauchern waren kurz.

Jetzt ist es unsere Aufgabe, den Umstieg auf die erneuerbaren Energien so zu gestalten, dass dieses Land gewinnt und nicht nur einige wenige. Die Energiewende ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

Dabei geht es mir nicht nur um die Arbeitsplätze in der Kohle, sondern auch in den vielen Zulieferbetrieben. Es geht um die vielen Arbeitsplätze in der Industrie. Die energieintensivsten Betriebe in Nordrhein-Westfalen brauchen Versorgungssicherheit.

Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Ihnen bewusst ist, dass im letzten Jahr die energieintensivsten Betriebe in Nordrhein-Westfalen mehrfach zwangsweise vom Netz genommen werden mussten, weil nicht genug Strom vorhanden war. Ohne Strom gibt es keine Industrie! Deshalb muss der konsequente Umstieg auf erneuerbare Energien jetzt erfolgen. Er soll gerne mit dem Hochdruck erfolgen, den Sie gerade erwähnt haben, Herr Minister Pinkwart, und gerne auch in der Windenergie.

Es geht mir aber auch darum, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien nicht zu einer weiteren gesellschaftlichen Spaltung führt. Wenn wir CO₂ zu teuer machen, machen wir das Leben für viele Menschen zu teuer.

Wir wollen mit der CO₂-Steuer die Umwelt schonen. Wir müssen aber sehr darauf achten, dass wir dadurch nicht die Gesellschaft in zwei Teile spalten, denn der wohlhabende Teil bemerkt die 10 Cent mehr pro Liter Sprit ab nächstem Jahr nicht wirklich. Im Gegenteil, Tanken, Fliegen, Kreuzfahrten, alles wird teurer, aber dann kann man mit ruhigem grünen Gewissen mitfahren, frei nach dem Motto: Ich habe es schließlich bezahlt.

Dieses System kennt auch Verlierer. Das sind die vielen Menschen, die mehr Angst vor dem Monatsende als vor dem Ende der Welt haben. Diese Menschen wissen dann nicht mehr, wie sie das Benzin an der Tankstelle bezahlen sollen.

Hier hilft nicht jedem die Erhöhung der Pendlerpauschale. Wer kein Einkommen erzielt, weil er zum Beispiel arbeitslos oder in Rente ist, profitiert von dieser Verbesserung nicht. Die, die ohnehin am wenigsten haben, würden dann in Wahrheit die höchste Last tragen. Wenn wir es nicht schaffen, die soziale Ungleichheit einzudämmen, dann wird sie unserer Gesellschaft genau die Kraft rauben, die wir brauchen, um aus Wandel Fortschritt zu machen.

Ja, es muss sich lohnen, CO₂ einzusparen. Deshalb müssen CO₂-Emissionen einen Preis haben. Wir wollen aber, dass sich bei „Fridays for Future“ die

echten Leistungsträger unserer Gesellschaft – die Pflegerinnen, die Reinigungskräfte, die Erzieher und die Facharbeiterinnen – an der Seite der jungen Menschen sehen und nicht auf der Gegenseite.

(Beifall von der SPD)

Klimaschutz geht nur gerecht, wenn er funktionieren soll. Wir wollen eine Energiewende, die für alle funktioniert. Dafür haben wir als einzige Fraktion in diesem Parlament ein Konzept. Dieses Konzept heißt Klimaprämie. Das, was der Staat an CO₂-Steuer einnimmt, muss er als Klimaprämie an jede Bürgerin und jeden Bürger zurückzahlen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und das Institut für Makroökonomie haben die Verteilungswirkung einer solchen Prämie durchgerechnet. Bei einem CO₂-Preis von beispielsweise 35 Euro je Tonne erhält jedes Familienmitglied 100 Euro pro Jahr als Prämie.

Das würde in der Konsequenz bedeuten: Menschen mit einem geringen Einkommen, die als Verkäuferinnen oder Putzkraft arbeiten, könnten sich unter Umständen trotz CO₂-Steuer über einen Einkommenszuwachs freuen. Familien mit einem Durchschnittseinkommen würden dank der Prämie nicht zusätzlich belastet werden. Durch ein klimafreundliches Verhalten hätten aber auch sie am Ende des Jahres mehr Geld zur Verfügung.

Die sozialdemokratische Klimaprämie vereint Umverteilung, sozialen Ausgleich und Klimaschutz miteinander.

(Beifall von der SPD)

Die sozialdemokratische Klimaprämie sorgt für mehr Verteilungsgerechtigkeit zwischen Menschen mit hohem und geringem Einkommen in unserer Generation. Sie sorgt aber auch für Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Generationen.

Statt den Ausbau der erneuerbaren Energien allein über die EEG-Umlage zu finanzieren, sollten wir den Ausbau aus einem Zukunftsfonds finanzieren. Dieser Fonds sammelt 10 Milliarden Euro pro Jahr am Kapitalmarkt ein und investiert in die Energiewende. Im Gegenzug sinkt die EEG-Umlage, und mit der EEG-Umlage sinkt der Strompreis. So entlasten wir Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern um 10 Milliarden Euro pro Jahr.

Und nicht nur das: Auch kleine und mittelständische Unternehmen würden vom sozialdemokratischen Zukunftsfonds profitieren, weil sie eben nicht wie die energieintensive Industrie von der EEG-Umlage befreit sind.

Das ist die Energiewende, die für uns alle funktionieren kann, die in der Gesellschaft akzeptiert wird, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von Unternehmen. Klimaschutz geht nur gerecht. Die SPD hat dafür das Konzept. – Danke sehr.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kapteinat. An der Stelle darf ich Ihnen den Hinweis geben, dass noch rechtzeitig eine Kurzintervention angemeldet worden ist, die wir aus technischen Gründen hier nicht mehr anzeigen können. Es steht Ihnen frei, diese vom Rednerpult oder von Ihrem Platz aus entgegenzunehmen und darauf zu erwidern.

(Zuruf von der SPD: In der Aktuellen Stunde gibt es keine Kurzintervention!)

– Entschuldigung, alles gut. Ich empfehle auch mir die Lektüre der Geschäftsordnung.

Wir versuchen auch, das Knacken in den Lautsprechern in den Griff zu bekommen. Im Augenblick wird daran noch gearbeitet.

Ein Blick in die Geschäftsordnung ist an der Stelle doch wieder hilfreich. Wir haben hier zwar eine verbundene Debatte zur Unterrichtung durch die Landesregierung und zu den Aktuellen Stunden; da dafür aber die Regeln für die Unterrichtung gelten, ist eine Kurzintervention doch zulässig. – Herr Kollege Loose, Sie haben das Wort.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Frau Kapteinat, es ist schon erstaunlich, dass Sie plötzlich das Herz für die Menschen wiederentdeckt haben. Wo waren Sie denn all die Jahre in der Bundesregierung, als die EEG-Umlage in die Höhe geschraubt ist? Erst knöpfen Sie den Menschen das Geld ab, um es ihnen wieder hinterrücks als Almosen zurückzugeben.

Wir haben doch schon 300.000 Stromsperrern. 300.000 Haushalte sind davon betroffen. Das ist die soziale Kälte, die Sie nie beachtet haben.

Jetzt soll es aber das Klimageld der SPD geben. Das ist doch – das Wort, das ich sagen wollte, darf ich nicht sagen – eine Täuschung der Bürger, eine Täuschung der Wähler, insbesondere der Geringverdiener und der Arbeitslosen, die aufgrund Ihrer Politik der letzten Jahrzehnte ihren Arbeitsplatz verloren haben. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Kapteinat, bitte.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Herr Loose, egal wer sich in diesem Hohen Hause – mit Ausnahme Ihrer Fraktion – Ihre Konzepte, Papiere und Ideen, die Sie für Geringverdiener und für Arbeitslose haben, anschaut: Niemand würde auf die Idee kommen, dass irgendeines Ihrer Worte gerade ernst gemeint war

und dass Sie Interesse daran haben, den Menschen zu helfen, die wenig verdienen.

(Beifall von der SPD – Andreas Keith [AfD]: Schade, dass Sie es nicht gelesen haben! – Frank Müller [SPD]: Schade, dass man das, was man selbst schreibt, nicht liest! – Helmut Seifen [AfD]: Die Wähler werden Ihnen Bescheid geben! – Markus Wagner [AfD]: Aber so was von!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das waren Kurzintervention und Erwidern. – Jetzt hat als nächster Redner für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Hovenjürgen das Wort.

Josef Hovenjürgen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin da bei Frau Kapteinat: Sie leben von der Angst der Menschen, wir hingegen wollen den Menschen die Angst vor der Zukunft nehmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Insofern sehen Sie es mir nach, dass ich heute auf Sie gar nicht eingehe. Sie haben in der ganzen Debatte bis heute keinen ernst zu nehmenden Beitrag geleistet.

(Christian Loose [AfD]: Meiner war der einzige!)

Wir haben durch die Unterrichtung der Landesregierung mitbekommen, welche Dimension an Aufgaben heute vor uns liegt und wie wir gemeinsam dieses große Werk angehen können.

Ich bin Herrn Herter dankbar für seine Einlassungen, weil er deutlich gemacht hat, dass man auch für die noch vorhandenen Bedenken zu Dattel 4, zum Beispiel seitens Bündnis 90/Die Grünen, Lösungen finden kann. Das, was Sie, Herr Herter, eingeworfen haben, halte ich durchaus für bemerkenswert. Insofern sollten wir das sicherlich auch noch einmal gemeinsam bedenken und erörtern, damit wir einen möglichst breit getragenen Konsens bekommen – um das ganz deutlich zu sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Marc Herter [SPD]: Schön, dass Sie es noch einmal sagen!)

An die Grünen im Haus: Frau Düker, ich bin über die Formulierung „Beschluss der Unmenschlichkeit“

(Helmut Seifen [AfD]: Enttäuscht!)

entsetzt. Das, was geleistet worden ist, war eine Kraftanstrengung für alle. Es ist im Haus mehrfach deutlich geworden – Herr Herter hat es gesagt, die FDP hat es gesagt, Bodo Löttgen hat es gesagt –: Wir haben an alle zu denken, an Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer, an Junge und Alte, an Menschen, die dort wohnen und die Sorge haben, dort wegziehen zu müssen. Das alles müssen wir gemeinsam ernst nehmen, und deswegen widmen wir uns dem auch mit der entsprechenden Ernsthaftigkeit.

Dass am Ende aber ein Kompromiss stehen muss, das macht Politikfähigkeit aus. Wer den Kompromiss ablehnt, ist nicht politikfähig, Frau Düker. Das muss man an dieser Stelle einfach festhalten.

(Beifall von der CDU)

Eines darf ich Ihnen auch nicht durchgehen lassen: Als Sie Verantwortung trugen, haben Sie keine Probleme gelöst, Sie haben vielmehr Probleme hinterlassen.

Nehmen wir mal nur die Klagen der Umwelthilfe, die 2015 gegen die rot-grüne Landesregierung, gegen den grünen Landesminister Remmel wegen Untätigkeit in der Umweltpolitik eingereicht worden sind. Wir lösen die Probleme, die Sie uns hinterlassen haben. Wir haben Fahrverbote für Dortmund und Essen abgewendet. Dies haben wir gemeinsam mit den Städten, mit den Regierungspräsidien, mit der Umwelthilfe getan. Dort, wo Sie keinen Dialog geführt haben, haben wir den Dialog zum Erfolg geführt – um auch das einmal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Überhöhen Sie sich doch nicht permanent in dieser Art und Weise als Wächter der wahren Haltung. Das sind Sie nicht, und diese Haltung haben Sie nicht, und zwar deshalb nicht, weil Sie aus meiner Sicht – ich formuliere es vorsichtig – zum Beispiel der Gewalt im Hambacher Forst nicht entschieden genug entgegengetreten.

(Monika Düker [GRÜNE]: Och, nein!)

Sie nehmen in Teilen diese Dinge, die dort passieren, billigend in Kauf, weil sie in Ihre Handlungsstränge hineinpassen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Haben Sie das nötig?)

Meine Damen und Herren, wir können es uns nicht erlauben, dass Aktivisten das Recht haben, Recht zu brechen. Das können wir uns nicht erlauben – um auch das noch einmal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Recht gilt in diesem Land für jedermann und jedefrau, für Jung und Alt, für Aktivisten oder Nicht-Aktivisten. An die Normen, die wir uns gesetzt haben, hat sich jeder zu halten, und der Staat hat dafür zu sorgen, dass diese Normen durchgesetzt werden.

Manche stellen das infrage und sagen: Aber es ist doch für ein höheres Ziel, und deshalb darf ich. – Nein, auch dann darf ich nicht. Der Platz der Ause-

inandersetzung ist das Parlament. Der Platz der Legitimation für politisches Handeln ist das Parlament. Die Diskussion sowie die Suche und das Ringen um den Kompromiss sind hier im Parlament zu führen und nicht auf der Straße. Die Straße hat nicht das Recht, das Parlament zu diktieren, aber die Straße kann natürlich ...

(Monika Düker [GRÜNE]: Ganz vorsichtig! Geht's noch?)

– Demonstrationsrecht, liebe Kollegin, ja, aber ohne Gewalt – damit das noch einmal ganz klar ist. Man darf natürlich auf der Straße seine Haltung zum Ausdruck bringen. Aber muss man dafür mit Steinen werfen?

(Monika Düker [GRÜNE]: Klar, wir laufen ständig durch die Gegend und verprügeln Menschen! Geht's noch?)

Muss man dafür gegen Polizisten hetzen? Muss man dafür blockieren? Muss man dafür Ordnungswidrigkeiten begehen? Ich meine, nein. Haltung kann man draußen in Demonstrationen zeigen, aber am Ende ...

(Monika Düker [GRÜNE]: Warum gucken Sie mich dabei so an?)

– Ich gucke Sie an, weil ich bei Ihnen, liebe Frau Düker, feststelle, dass ich das Gefühl haben muss, dass Sie ein weniger konsequentes Handeln anlegen, als Sie es von anderen einfordern – um es einmal so zu formulieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich könnte jetzt eine Reihe von Beispielen aufzählen. Den Kohleausstieg Steinkohle haben wir auf den Weg gebracht. Wir steigen jetzt auch aus der Braunkohle aus, mit der Unterstützung vieler. Dieser Weg – im Übrigen begleitet von der WSB-Kommission – ist möglich gemacht worden, und jetzt wird der Dialog, der geführt worden ist, der Kompromiss, der erarbeitet worden ist, wieder infrage gestellt. Mein Fraktionsvorsitzender hat es soeben gesagt: Wieder nicht genug! Es muss noch ein bisschen mehr sein.

Meine Damen und Herren, wir schließen nicht aus, dass wir noch schneller werden können. Wir schließen nicht aus, dass wir noch besser werden können, aber wir haben jetzt erst einmal einen Pfad beschrieben, auf den wir uns begeben wollen, und mit diesen Beschlüssen können wir arbeiten. Wir können in der Zeit bis 2038 um so viel besser werden, dass wir auch schneller entscheiden können. Aber ob wir es erreichen, wissen wir eben nicht.

Deswegen müssen wir den Menschen Sicherheit geben und sie nicht in Angst versetzen. Deswegen müssen wir den Menschen zuhören, wir müssen mit ihnen reden und ihnen deutlich machen, dass sie in

diesem Land eine Perspektive im Hinblick auf industrielle Arbeitsplätze haben werden und sie ihre Arbeitsplätze behalten können, weil wir uns gemeinsam für ihre Zukunft einsetzen werden. Das ist die Botschaft, die von dem nordrhein-westfälischen Landtag heute ausgehen muss.

Wir gehen auf einen großen, ambitionierten Weg. Wir glauben, dass wir ihn erfolgreich gestalten können, und wir werden alles dafür tun, dass wir ihn möglichst schnell erfolgreich gestalten. Sie sind eingeladen, mitzugehen. Kommen Sie endlich wieder in der Verantwortung an! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hovenjürgen. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Brems das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss schon sagen, dass es wieder mal spannend ist, was hier passiert. Sowohl die Mitglieder der regierungstragenden Fraktionen – ganz besonders Herr Löttgen – als auch der Minister haben es nicht geschafft, sich mehrheitlich auf das heutige Thema zu konzentrieren. Stattdessen beschäftigen sie sich damit, was wir Grünen machen, beschimpfen uns und bringen zum Schluss auch noch unhaltbare Vorwürfe gegen uns vor. Das ist schon etwas kurios.

Sie haben sich an anderen Bundesländern und anderen Ländern abgearbeitet, anstatt sich mit dem heutigen Thema zu beschäftigen und sich auf das Bundesland zu konzentrieren, für das Sie die Verantwortung tragen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Anstatt sich mit der Zukunft und den Herausforderungen der Zukunft in diesem Bereich zu beschäftigen, versuchen Sie sich an Legendenbildung und Vergangenheitsbewältigung und verweigern sich jeglichen Veränderungen, die in den vergangenen Jahren stattgefunden haben.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Vom Pariser Klimaschutzabkommen bis zum Kohlekompromiss – all das sind Dinge, die Veränderungen herbeigeführt haben. Sie beschäftigen sich aber immer nur mit der Vergangenheit, anstatt zu schauen, was in der Zukunft wirklich zu tun ist.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das machen wir doch gerade!)

– Nein, Herr Ministerpräsident. Sie behaupten, dass Sie das gerade machen würden, aber in allen Reden zu diesem Thema ging es immer nur darum, was wir

Grüne irgendwann mal gemacht und gesagt haben. Das ist wirklich albern.

(Markus Wagner [AfD]: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern! – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU] – Weitere Zurufe)

– In was für ein Wespennetz habe ich jetzt gerade gestochen?

Kommen wir noch mal zu den Punkten, die Sie hier genannt haben. Es gibt viele Behauptungen, die vorne und hinten einfach nicht stimmen.

Ich fange mit dem wichtigsten Punkt an: Es gibt keine Eins-zu-eins-Umsetzung, wie Sie immer behaupten. Monika Düker hat in ihrer Rede eben dargestellt, dass es Umwelt- und Betroffenenverbände gibt, die sich in den letzten Tagen so geäußert haben. Sie antworten darauf trotzig: Doch, ist aber so; wir finden, das ist eine Eins-zu-eins-Umsetzung. – Wo sind wir denn hier? Das ist doch total ...

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Die Fakten muss man angucken!)

– Ja, genau, Herr Ministerpräsident, die Fakten. Das ist keine Eins-zu-eins-Umsetzung.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Im Papier der Kohlekommission steht, dass im Rheinischen Revier bis 2023 3 GW Kraftwerksleistung abgeschaltet werden sollen. Sie kommen auf 2,8 GW. Natürlich kann man aufrunden, aber dann kann man nicht sagen, dass es in Nordrhein-Westfalen eine Übererfüllung gebe. Das ist keine Eins-zu-eins-Umsetzung.

Der nächste Punkt: Wir hören immer, dass es gleichzeitig darum geht, auch die erneuerbaren Energien auszubauen. Das passt einfach vorne und hinten nicht, wir bekommen dazu nur blumige Ankündigungen. Damit das gelingen kann, muss das 65%-Ziel bis 2030 erreicht werden. Die Kohlekommission hat in ihrem Papier festgehalten, dass man dafür Flächen und klare Vorgaben braucht.

Flächen für Windenergie – und genau das ist das Problem – reduzieren Sie in Nordrhein-Westfalen um zwei Drittel. Wie wollen Sie damit eine Verdopplung der Windenergie hinbekommen? Das passt einfach nicht, und das ist auch keine Eins-zu-eins-Umsetzung des Kohlekompromisses.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt – auch hier gibt es wieder keine Umsetzung dessen, was die Kohlekommission beabsichtigt hat – ist die Mogelpackung Datteln 4. Ich muss Ihnen ganz klar sagen, dass ein Ausstieg aus der Kohleverstromung nicht mit dem gleichzeitigen Einstieg eines neuen Kraftwerks anfangen kann. Dass dieses neue Kraftwerk – wie Sie es in den ver-

gangenen Tagen und Wochen immer behauptet haben – dazu führt, dass es weniger CO₂-Emissionen gibt, wird mittlerweile von der Bundesregierung bestritten: Diese Rechnung könne man so nicht aufmachen.

Es ist nicht ehrlich, wie Sie hier vorgehen. Sie haben einfach versucht, Ihr Ding durchzudrücken, und Sie wollen nicht wirklich etwas für den Klimaschutz tun.

(Henning Rehbaum [CDU]: Warum sind Sie eigentlich gegen effiziente Kraftwerke?)

Abschließend möchte ich noch einmal auf die Dörfer zu sprechen kommen. Leider muss ich wiederholen, dass es aus unserer Sicht einfach unmenschlich ist, was da gerade passiert. Sie haben eben angemahnt, dass wir die Machbarkeit beachten sollen. Wir haben uns das genau angeschaut: Wie viel Kohle liegt noch im Hambacher Tagebau und im Tagebau Garzweiler? Und wie viel brauchen wir noch, um die Kohlekraftwerke im Rheinischen Revier für die nächsten Jahre, bis maximal 2038, mit Kohle zu versorgen?

Selbst mit den Veränderungen, die Sie mit unterschrieben haben und die eine deutliche Verlängerung nach hinten heraus bedeuten, könnte man den Hambacher Wald und die Dörfer retten und hätte gleichzeitig noch genug Kohle aus den Tagebauen Hambach und Garzweiler zur Verfügung. Das sind Überlegungen zur Machbarkeit, das sind Fakten, mit denen Sie sich auseinandersetzen müssen.

(Zurufe von Bodo Löttgen [CDU] und Henning Rehbaum [CDU])

Stattdessen ziehen Sie sich einfach auf das zurück, was die Bundesregierung sagt. Das haben Sie sich von der Bundesregierung schön bestellt. Sie sagen, dass die Bundesregierung die energiewirtschaftliche Notwendigkeit festgestellt habe, und schieben die Verantwortung auf die Bundesregierung ab. Dabei liegt die Verantwortung hier, und hier müsste diese Frage beantwortet werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben eben darauf abgezielt – und das möchte ich gerne unterstützen –, dass dieser Kommission mühsam erarbeitet war. Es war ein von Gewerkschaften, Industrieverbänden, Umweltverbänden und Betroffenenverbänden breit getragener Kompromiss.

Ein Teil der Menschen, die in dieser Kommission saßen und sich lange mit dem Thema beschäftigt haben, sagen Ihnen und der Bundesregierung aber, dass mit dieser Vereinbarung der Kompromiss aufgekündigt wurde. Darauf sagen Sie einfach: Nein. – Damit, mit dieser Aufkündigung gefährden Sie den gesellschaftlichen Frieden in der Region; diesen Schuh müssen Sie sich anziehen.

(Henning Rehbaum [CDU]: Das sehen die Gewerkschaften aber anders!)

Noch viel schlimmer ist, dass Sie damit Ihre eigene Glaubwürdigkeit verspielen. Sie haben vorher immer gesagt, es eins zu eins umsetzen zu wollen. Sie tun es aber nicht.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das wird eins zu eins umgesetzt!)

– Nein, Sie tun es einfach nicht.

(Zuruf von der CDU: Doch! – Weitere Zurufe)

Das ist komplett politisch unglaubwürdig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dem müssten Sie sich stellen, und Sie müssten jetzt noch diese Veränderungen herbeiführen, damit es auch wirklich eine Eins-zu-eins-Umsetzung ist. Denn das, was Sie hier machen, ist das nicht.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

– Sie können noch so oft „doch“ sagen wie ein kleines trotziges Kind. Es stimmt einfach vorne und hinten nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Brockes das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Dietmar Brockes* (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Liebe Kollegin Brems, wenn Sie von einem kleinen trotzigem Kind sprechen, dann passt das sehr gut zu Ihrem Auftritt gerade.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie haben eben beklagt, die Debatte sei am eigentlichen Thema vorbeigegangen, weil sehr viele der Redner auf Ihre grüne Politik eingegangen seien. Daran wird aber deutlich, dass genau dies das Thema der heutigen Debatte ist.

Wer ist bereit, diesen schwierigen Weg für unser Land mitzugehen und Verantwortung für das Klima und unser Land zu übernehmen? Dazu sind die Grünen leider nicht bereit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich sage ganz deutlich, dass ich sehr froh bin, dass es, während die Extreme von Grünen und AfD nicht bereit sind,

(Marc Herter [SPD]: Das ist doch unterirdisch! Herr Brockes, das ist doch unter aller Würde! – Weitere Zurufe von Josefine Paul [GRÜNE] und Helmut Seifen [AfD])

diesen Weg mitzugehen, in diesem Hause eine breite Mehrheit von SPD, CDU und FDP gibt, die bereit ist, für dieses Land Verantwortung zu übernehmen und diesen schwierigen Weg zu gehen.

(Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Frau Düker, Sie haben eben – das war wirklich völlig daneben –

(Norwich Rüße [GRÜNE]: So, wie Ihr Beitrag gerade!)

„alternative Fakten“ vorgeworfen, als Minister Pinkwart gesprochen hat. Dabei hat eben zu Beginn der Unterrichtung Herr Ministerpräsident Laschet kleinteilig nachgewiesen, wie das Ergebnis der WSB-Kommission hier eins zu eins umgesetzt wurde. Sie hätten nicht Ihre alte Rede halten sollen, sondern sich anhören müssen, was der Ministerpräsident gesagt hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben nämlich zwar gesagt, der Kompromiss würde grob verletzt, aber keine einzige konkrete Aussage getroffen. Ja, Sie sind enttäuscht, weil Ihre grünen Erwartungen von dem Kommissionsbericht nicht erfüllt worden sind. Sie haben so verhandelt bzw. Sie wollten zu dem Ergebnis kommen, dass beide Tagebau zwingend verkleinert werden müssen. Das ist nicht der Fall. Ich sage Ihnen, es ist auch gut und richtig, dass die Große Koalition festgehalten hat, dass eine energiepolitische Notwendigkeit für den Tagebau Garzweiler besteht.

Meine Damen und Herren, wer mir in dieser Debatte aber zu kurz kommt, sind die wirklich betroffenen Menschen. Das sind sowohl diejenigen, die von der Umsiedlung betroffen sind, als auch die Beschäftigten.

Zur Umsiedlung: Ja, es ist für die 50 von den 1.700 Menschen, die umsiedeln müssen und sich bis zuletzt dagegen gesperrt haben, natürlich schwierig, jetzt einzusehen, dass leider kein Weg daran vorbeiführt. Aber wir müssen auch die vielen Hundert Menschen sehen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben und das Thema für sich endlich abschließen wollen. Da darf es nicht dazu kommen, dass zukünftig Kriminelle in ihrer alten Heimat, in ihren alten Wohnungen herumtreten. Deshalb ist es wichtig, dass die Umsiedlung und der Abriss der betroffenen Ortschaften durchgeführt werden.

(Beifall von Henning Rehbaum [CDU])

Aber auch für die Beschäftigten – und da geht es nicht nur um den Bergbaubetrieb, sondern auch um die Zulieferer, die energieintensiven Unternehmen – ist es ein gutes Signal, dass wir, wie ich eben schon sagte, hier heute eine solch breite Mehrheit haben; denn es ist erklärungsbedürftig, dass wir diesen Weg gehen.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Da ist es gut, wenn dies auf einer so breiten politischen Basis geschieht.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch sagen, dass wir hohe Erwartungen haben. Wir wollen gemeinsam erreichen, dass Nordrhein-Westfalen das Energie- und Industrieland Nummer eins bleibt, das es ist. Das ist eine große Herausforderung, der wir uns aufgrund des globalen Klimawandels stellen wollen.

Für uns ist auch wichtig, dass das Rheinische Revier Energieregion bleibt. Wir wollen hier neue Technologien entwickeln und Innovationen hervorrufen.

Dabei habe ich auch hohe Erwartungen an den Energieversorger, der bereits heute drittgrößter Produzent erneuerbaren Stroms ist. Bleiben Sie stark in der Region, investieren Sie in der Region – gerade bei den Erneuerbaren. Es gibt nämlich gerade in diesem Gebiet den Ausbau der Windenergie betreffend große Potenziale, weil wir dort nicht wie in anderen Teilen des Landes die Problematik hinsichtlich der Abstände oder des Erhaltes des Naturschutzes haben. Wir haben dort große Potenziale, die genutzt werden können – ebenso wie beim Photovoltaikausbau, wo bereits heute Flächen, Abbruchkanten etc., die sich für den Aufbau von Photovoltaik eignen, über längere Zeit zur Verfügung stehen genauso wie schwimmende Anlagen auf den für lange Zeit zu füllenden Restseen.

Meine Damen und Herren, es liegt eine große Verantwortung auf unseren Schultern. Die große Mehrheit des Hauses stellt sich dieser und will diesen Weg gemeinsam gehen. Dies ist meiner Meinung nach ein gutes und richtiges Zeichen, das wir heute setzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU – Stefan Kämmerling [SPD]: Herr Brockes, das war Ihre schlechteste bisher!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Laschet, Ihre Politik des Kohleausstiegs ist einzig ein Quantensprung zur Zerstörung der Industriearbeitsplätze – alles für diese hochgelobte CO₂-Reduzierung. Dafür haben Sie aus Ihrer Sicht ein-drucksvolle Zahlen vorgelegt und diese dann mit Zahlen von Miniländern innerhalb der EU verglichen.

Schauen wir uns doch mal den Vergleich mit anderen Ländern an. Das ist einfacher Dreisatz, Herr Laschet. 565 Millionen Tonnen, so sagten Sie, wollen Sie im Rheinischen Revier in den nächsten Jahren, also bis 2038 – in 18 Jahren –, sparen. Das war Ihre Aussage vorhin. Diese Menge an CO₂ pulvern die Chinesen in nur 18 Tagen in die Luft. Pro Jahr emittieren die Chinesen 11,25 Milliarden Tonnen CO₂ – Milliarden, nicht Millionen, Herr Laschet. Einfacher Dreisatz!

Noch einmal: Das, was Sie in 18 Jahren sparen wollen, pulvern die Chinesen in 18 Tagen in die Luft. Allein daran merkt man die Arroganz Ihrer Politik – eine Arroganz, zu glauben, Sie könnten in Deutschland Kohlekraftwerke abschalten und damit die ganze Welt retten, eine Arroganz, die am Ende Tausenden von Arbeitern den Arbeitsplatz kosten wird.

Stattdessen bauen die Chinesen Hunderte von Kohle- und Kernkraftwerken. Chinas Wirtschaft blüht, und Deutschlands Wirtschaft wird durch Ihre Politik geschwächt. Wir verlieren mit Ihrer Politik die Basis für den Wohlstand in Deutschland. Und das wird am Ende alle Menschen in Deutschland treffen. Denn wer soll die Renten bezahlen? Wer soll die Steuern bezahlen, wenn nicht die gut bezahlten Industriearbeiter, die Malocher, die jeden Morgen aufstehen und zur Arbeit fahren, die auch das Geld für die Lehrer und Polizisten oder auch Politiker erwirtschaften?

Erzählen Sie den Menschen bei uns im Revier, in NRW und in Deutschland endlich die Wahrheit! Das Rheinische Revier wird die Blaupause für die größte staatlich verordnete Arbeitsplatzvernichtung seit dem Ende der DDR. Sie sind Vorreiter bei der Vernichtung der Versorgungssicherheit. Sie sind Vorreiter bei der Vernichtung der Arbeitsplätze, Herr Laschet. Sie reden davon, dass die Kernkraftwerke abgeschaltet werden. Sie reden davon, dass die Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Aber Sie reden nicht davon, wo denn genau der Strom herkommen soll, was der Strom kosten soll und wie das Ganze gesichert wird.

Stattdessen kommen Luftblasen mit irgendwelchen PV-Anlagen auf Seen. Wieviel brauchen Sie denn dafür, Herr Brockes? Sie haben keine Transportwege, Sie haben keine Speicher, Sie haben nur Ideen aus der Mottenkiste. Brennstoffzellen gibt es seit 1838. Das wollen Sie uns als Zukunft verkaufen? Das gibt es; daran sollte man forschen. Aber es ist halt energieintensiv. Wo soll denn die Energie für die Umwandlung des Wasserstoffs herkommen?

Sie haben damit schlichtweg keinen Plan, Herr Laschet: planlos in Düsseldorf. Aber es geht noch weiter. Sie versprechen wieder, dass kein Bergmann ins Bergfreie fallen wird, so wie Sie und Frau Kraft dies bereits den Bergleuten beim Steinkohlebergbau versprochen hatten – ein Versprechen, das im letzten Jahr gebrochen wurde. Denn im Sommer wurde 200 Bergleuten gekündigt.

Die Bergleute waren hier, sie haben demonstriert. Sie alle haben denen die kalte Schulter gezeigt. Diese Bergleute mussten dann vor Gericht ziehen, um für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen. Zumindest freuen wir uns jetzt, dass einer von ihnen vor Gericht einen kleinen Teilerfolg erreicht hat – ein Mitarbeiter der Kaue.

(Beifall von der AfD)

Die Menschen in Deutschland müssen sich jetzt schon vor Gericht gegen Ihre Politik wehren. Sie alle halten hier doch nur Sonntagsreden. Ihnen ist doch sonst der Klimaschutz völlig egal. Oder wie kann man sich erklären, Frau Kapteinat, dass die SPD auf ihrer Internetseite Hochseekreuzfahrten oder auch Flugreisen nach Südamerika anbietet?

(Helmut Seifen [AfD]: Hört, hört! – Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Oder Sie, Herr Rehbaum, Sie sagen im Ausschuss, dass es nicht darum geht, ob man Klimaschutz betreibt, sondern nur noch darüber diskutiert wird, wie man das umsetzen soll. In Ihrem Kreisverband gibt es ein Angebot für eine siebentägige Flugreise nach Bilbao. Bei den Kollegen der CDU Borken geht es gleich nach Kuba: Wasser predigen und Wein saufen, Herr Rehbaum. Das ist die Leitlinie Ihrer Politik.

(Beifall von der AfD)

14 Milliarden Euro soll NRW für den Kohleausstieg bekommen. CO₂ wird damit nicht eingespart. Was könnte man denn wirklich mit 14 Milliarden Euro machen? Sie könnten tatsächlich sechshundert Millionen Tonnen CO₂ aus dem Markt nehmen, indem Sie Zertifikate aufkaufen und löschen. Das ist übrigens mehr als das, was Herr Laschet in 18 Jahren sparen will. Man könnte auch das Engagement der Welthungerhilfe für die nächsten 70 Jahre finanzieren. Man könnte ein Jahr lang 150 Millionen Kinder in Afrika ernähren. Man könnte Millionen von Brunnen oder Sanitäreinrichtungen bauen. Sie wissen ja: Zwei Milliarden Menschen auf der Welt haben kein sauberes Trinkwasser, und 800 Millionen Menschen müssen ihre Notdurft im Freien verrichten, weil es keine Sanitäreinrichtungen für diese Menschen gibt. Aber Sie verplempern lieber Geld.

Es gibt viele Menschen, die das auch so sehen auf der Welt. In Davos sprachen andere Jugendliche als Greta auch diese Themen an. Die junge Autumn Peltier kämpft beispielsweise für sauberes Trinkwasser. Der junge Salvador Gómez-Colón kämpft darum, die Armen von Puerto Rico mit Strom und Waschmaschinen zu versorgen, denn sie sehen: Günstiger Strom ist überlebenswichtig. Und die junge Natasha Mwansa streitet für Kinder- und Frauenrechte. Sie setzt sich beispielsweise dafür ein, dass Kinder nicht zwangsverheiratet werden.

All das sind reale Probleme, die schon heute gelöst werden können – Probleme, für deren Lösungen

man keine Computermodelle braucht, Lösungen, die direkt Leben retten können oder das Leiden von Kindern abmildern können.

Aber Sie alle wollen lieber Kohlekraftwerke abschalten und Tausende Menschen entlassen, um anschließend Strom aus Kernkraftwerken aus Frankreich zu importieren.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr, lass Hirn regnen!)

Wir als AfD stehen damit als Einzige für die Menschen da draußen, die dank Ihrer Politik ihren Arbeitsplatz verlieren werden – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Loose für die Fraktion der AfD. – Nun hat für die Landesregierung noch einmal Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte gerne noch einmal einen Punkt aus der Debatte aufgreifen, den Frau Brems angesprochen hatte, um deutlich zu machen, dass der Ministerpräsident, die Landesregierung nicht richtig lägen mit der Feststellung, dass wir eins zu eins umsetzen. Und dabei haben Sie die 3 GW genannt, die bis Ende 2022 bei der Braunkohle hier vom Netz gehen sollten.

Ich möchte Sie herzlich bitten, sich mit dem WSB-Bericht noch einmal auseinanderzusetzen. Darin steht, dass man davon ausgeht, dass sich Ende 2022 18 GW Braunkohlekapazität im Netz befinden sollen. Das ist eine Prognose. Dann steht darin: Dieses soll durch den Beschluss, durch das, was verhandelt werden soll, reduziert werden auf maximal 15 MW im Markt. Das ist genau das, was hier erreicht worden ist, genau das, was hier durch Nordrhein-Westfalen erreicht worden ist, indem wir 2,82 GW vom Markt Braunkohleverstromung wegnehmen und damit maximal auf 15 GW Braunkohle im Markt kommen.

An anderer Stelle heißt es bezogen auf die Stilllegungen, es sollten annähernd 5 GW aus diesem Schritt und außerdem das zurückgenommen werden, was seinerzeit von der alten Bundesregierung in die Sicherheitsreserve verhandelt worden ist. Der Bericht spricht von „annähernd“ und von „im Markt befindlichen Leistungen“. – Genau das wird erreicht.

Es wäre doch schön, wenn auch Sie anerkennen könnten, was im Bericht steht und was hier vorgelegt worden ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir nun am Schluss der Aussprache angelangt sind. Ich schließe damit die Aussprache zu der Unterrichtung der Landesregierung sowie zu den Aktuellen Stunden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD.

Abschließend bleibt, über den Entschließungsantrag der Fraktion der Grünen Drucksache 17/8513 abzustimmen. Wer diesem Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen möchte, den darf ich um ein Handzeichen bitten. – Das sind erwartungsgemäß die Abgeordneten der antragstellenden Fraktion. Gegenstimmen? – Der Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD. Ich frage der guten Ordnung halber, ob es Enthaltungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass der **Entschließungsantrag Drucksache 17/8513** abgelehnt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe damit die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 1 und rufe auf:

2 Schulpolitische Halbzeitbilanz: Die Landesregierung ist noch nicht in ihrer Regierungsverantwortung angekommen. Sie sollte endlich anfangen zu regieren!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8425

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD dem Kollegen Jochen Ott das Wort. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Jochen Ott (SPD): Besten Dank. – Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Der Ministerpräsident hat eben gesagt – um noch einmal auf die vorherige Debatte zurückzukommen –, der Wald sei ein Symbol. Das ist ein verdammt teures Symbol. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir für die Kinder im Land ein Symbol aussenden, indem wir allen im Ganztage eine gute, warme Mahlzeit bezahlen. Das wäre ein vernünftiges Symbol, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Unsere Kinder bekommen in Kürze Halbjahreszeugnisse. Nach nunmehr zweieinhalb Jahren mit einer schwarz-gelben Landesregierung haben wir uns die Zeit genommen, einmal auf deren Halbzeit zurückzuschauen. Wo gab es auch aus unserer Sicht sinnvolle Initiativen? Welche Versprechen konnten eingelöst werden?

Wir haben uns auch die Zeit genommen, zu prüfen, was wir vorher falsch gemacht haben und wo wir ansetzen müssen. Wir haben ein neues Programm geschrieben. Deshalb geht es nicht um Besserwisserei, sondern ich werde Fragen aufrufen, und meine Kollegin Eva-Maria Voigt-Küppers wird später exemplarisch Vorschläge nachliefern.

Mit einem Blick auf die Anträge von CDU und FDP fällt auf: Es gab, zusammengerechnet mit zwei Entschließungsanträgen, elf Anträge. Die berufliche Bildung haben Sie partiell in den Blick genommen. Wir haben gestern darüber gesprochen, wie wichtig es gewesen wäre, unser Angebot, eine gemeinsame Vorgehensweise zu entwickeln, anzunehmen. Aber dazu ist es leider nicht gekommen. Trotzdem haben wir Ihren Anträgen zugestimmt.

Der Antrag „Auf die Lehrkräfte kommt es an – Lehrkräfteversorgung sicherstellen und begonnene Maßnahmen fortsetzen“ und der Antrag „Die Lehrerfortbildung zeitgemäß und passgenau entwickeln“ sind Anträge, die zumindest teilweise schön und gut sind. Beide Anträge sind aber Symbolanträge, weil aus ihnen nichts gefolgt ist.

Zu allen Anträgen wollten Sie keine Anhörung. Wir haben keine Experten gehört. Ich frage mich: Warum lassen Sie die Experten nicht mitreden?

Dann haben Sie Anträge zu Schülerlotsen und zur Laienreanimation eingebracht. Das sind wichtige Themen. Wir haben auch zugestimmt. Aber sind das die Antworten auf die aktuellen Herausforderungen in der Bildungspolitik?

Wir finden es wichtig und richtig, dass die Landesregierung den Gesetzentwurf zu G9 eingebracht hat. Darauf sollten Sie aber nicht allzu stolz sein, weil Sie selbst es waren, die das Turboabi von G8 eingeführt haben. Sie haben also Ihre eigene Idee wieder zurückgeholt.

(Henning Höne [FDP]: Was ist los? Sie haben im Fach Geschichte wohl nicht aufgepasst!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber welche Fragen bewegen die Menschen in den Schulen? Welche Fragen liegen den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern, den Schülerinnen und Schülern am Herzen? Wen müssen wir in den Blick nehmen?

Da ist das Mädchen auf einem Gymnasium, das mit seiner alleinerziehenden Mutter zusammenlebt. Die Mutter bekommt ihr Leben nicht in den Griff. Aber wie Pippi Langstrumpf ist die Tochter stark und organisiert schon mit zehn Jahren die Mutter und das Leben zu Hause. Sie schläft und lebt tagsüber mehrere Tage lang in denselben Klamotten, hat chaotische Materialien, und vom Pausenbrot ist nicht zu sprechen. Sie schafft trotzdem G8. Die Unterstützung solcher Kinder darf nicht vom Zufall abhängen.

(Beifall von der SPD)

Da ist der Junge aus Indien, der Mathematik und Englisch perfekt beherrscht, aber mit den vielen Anforderungen in der deutschen Sprache in der gymnasialen Oberstufe nur schwer zurechtkommt. Ermöglichen wir internationale Abschlüsse!

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Was für Vorurteile!)

Da seine Eltern kein Geld haben, geht er nicht auf eine Privatschule, wo so etwas möglich wäre. Ist das so richtig?

Da ist das Mädchen, das in der 5. Klasse mit Sonder-schulempfehlung

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Förderschule!)

auf die Gesamtschule kommt und ein Zentralabitur mit der Durchschnittsnote 2 macht. Da ist das 14-jährige Mädchen auf der Förderschule, das weinend vor mir gesessen hat und gesagt hat: Ich möchte einen Hauptschulabschluss machen; aber die Förderschule lässt mich nicht ziehen.

Da sind die krebserkrankten Kinder, die in den Ferien auch gerne Unterricht hätten. Aber die Schule für Kranke darf das nicht ermöglichen. Wie überwinden wir Barrieren, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Da sind die Kinder, die im Alter von 14 oder 15 Jahren vom Gymnasium abgeschult werden, oft direkt an die Hauptschule, und an sich und ihren Fähigkeiten zweifeln. Wie stärken wir Kinder?

Da ist das Mädchen, das wegen Essstörungen in der Jugendpsychiatrie behandelt wird und bei der Rückkehr im Physikkurs mit den Worten „Da hast du aber zugenommen“ begrüßt wird. Wie stärken wir Pädagogik?

Da ist die Heilpädagogin, die seit zehn Jahren als Vertretungslehrerin in Grundschulen arbeitet, sich aber auf eine reguläre, unbefristete Stelle nicht bewerben darf, oder der Werkstattdesigner, der fachlich topfit ist, aber nicht die theoretische Prüfung abnehmen darf. Er macht es trotzdem, verdient aber weniger Geld. Wie nutzen wir die Potenziale?

Da ist die junge Frau, die seit zehn Jahren an einer Schule den Offenen Ganztagsunterricht leitet und kündigt, um dann ein Grundschullehrerstudium aufzunehmen und komplett von vorne anzufangen. Kompetenzen hat sie anscheinend in zehn Jahren nicht erworben. Wie erkennen wir Kompetenzen an?

Da ist der junge Mann im Offenen Ganztagsunterricht, der befristet in Teilzeit als Erzieher arbeitet und mit seinem Gehalt und den Rahmenbedingungen keine Möglichkeit hat, eine Familie zu ernähren.

Da sind die Schulleiterinnen der Grundschulen und Gesamtschulen in herausfordernden Stadtteilen, die spüren, wie ihre Kollegen dem Burn-out nahe sind. Wie unterstützen wir Engagierte?

Da ist die Mutter, die keinen Ganztagsplatz findet und deshalb arbeitslos bleibt.

Wie sichern wir Plätze und Qualität?

Da ist der Berufsschulleiter, der den Unterricht nicht mehr anbieten kann, weil er die Lehrer nicht zur Verfügung hat. Wie ermöglichen wir qualifizierten Seiteneinstieg?

Da ist der Handwerksmeister, der gerne dringend einen Auszubildenden einstellen möchte und sich über nicht ausbildungsfähige Azubis beschwert. Wie begleiten wir entwurzelte und individualisierte Kinder oder junge Leute in den Beruf?

Da ist die junge Frau, die seit ihrer Kindheit Lehrerin werden möchte und ihr Studium nach einigen Semestern wieder abbricht, oder der Abiturient, der wegen des zu hohen Numerus clausus keinen Studienplatz für ein Grundschullehramt findet. Wie organisieren wir das Studium, und wie sichern wir Fachkräfte?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich könnte noch viele Beispiele vortragen. Die Herausforderungen im Bildungsbereich sind enorm. Die Fragestellungen, die wir zu erarbeiten haben, benötigen tief greifende Veränderungen. Wir wissen aber, dass das sehr schwierig ist. Ich möchte nur ein Beispiel nennen. Die Implementierung von multiprofessionellen Teams in Schulen ist insbesondere vor dem Hintergrund des Beamtenrechts eine unglaubliche Aufgabe. Deshalb geht es darum, gemeinsam Antworten zu finden.

Die Sozialdemokratie ist bereit, für diese großen Herausforderungen gemeinsame Lösungen zu finden. Unser Blick ist der Blick vom Kind aus. Wir müssen alles versuchen, um all diese Geschichten zu einem guten Ende zu wenden. Jeder Mensch besitzt Begabungen und Fähigkeiten, die er in der Gesellschaft einbringen kann. Aktuell ist dies aber oft nicht möglich.

Kaum ein anderes Land der Welt hat einen so starken Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Deshalb – Leistung und Anstrengung sind selbstverständlich Voraussetzung – geht es darum, und zwar nicht nur aus humanistischen Gründen, sondern auch aus ökonomischen Gründen, die Fachkräfte der Zukunft zu sichern und deshalb gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung alle verfügbaren Ressourcen zu mobilisieren, um unseren Kindern in diesem Land das Beste zu ermöglichen.

Wir haben diesen Antrag deshalb gestellt, weil wir davon überzeugt sind, dass das Entscheidende gar nicht der parteipolitische Blick auf die Dinge ist, sondern die Frage: Haben wir den Mut, die Kraft und die Bereitschaft, die Strukturen über die Ebenen hinweg zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie zwischen den Ressorts zu verändern?

Wir wissen, dass das schwierig ist. Wir schätzen die Bemühungen – das will ich ausdrücklich lobend erwähnen – der Landesregierung zum Thema „Sozialindex“ sehr. Die spannende Frage kommt ja, wenn es um die Umsetzung geht. Was bedeutet es denn für die Ressourcenverteilung? An diesem Beispiel kann man deutlich sehen, wie wichtig ein parlamentarischer Konsens wäre.

Wir sind bereit, an der Zukunft mitzuarbeiten, und schlagen deshalb in unserem Antrag vor, im Rahmen von Expertenkommissionen gemeinsam an diesem wichtigen Thema zu arbeiten – zum Wohle der Kinder in diesem Land und damit das Abschlusszeugnis für diese Landesregierung am Ende besser ausfallen kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Ott. – Jetzt spricht Herr Rock für die CDU-Fraktion.

Frank Rock (CDU): Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Ott, Sie haben hier sehr versöhnliche Worte nach vorne gerichtet. Das muss ich ausdrücklich wahrnehmen. An Ihrem Angebot, in den Dialog zu den Herausforderungen einzutreten, sind wir ständig dran. Aber wir haben natürlich auch vieles auf der Agenda. Das haben Sie angesprochen.

Ihre warmen Worte – und das kritisiere ich ein wenig – finde ich in dem vorliegenden Antrag eigentlich nicht wieder. Aber den vorliegenden Antrag beginnen Sie mit einem Zitat von Molière zum Thema „Verantwortung“.

Informiert man sich über das Leben des zitierten Franzosen einmal genauer, stellt man fest, dass dieser im 17. Jahrhundert lebte und Theaterdirektor, Dramatiker und Schauspieler war. Die berufliche Perspektive des klugen Franzosen passt auf viele Anträge der Opposition hier im Landtag. Es hat etwas mit Schauspiel und mit Getöse, teilweise auch mit großen Worten zu tun. Das bedaure ich sehr, weil meist keine eigenen Lösungsvorschläge vorgelegt werden.

Deshalb bin ich gespannt, was Ihren Hinweis angeht, dass Frau Voigt-Küppers im zweiten Teil die Lösungen der SPD heute einmal einbringt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie mir heute die Chance geben, über diesen Antrag zu sprechen, muss ich auch noch einmal den Blick zurück wagen. Im Jahr 2017, im Jahr der Landtagswahl, und auch in den Jahren davor konnte man zunehmend feststellen, dass die Menschen in NRW sehr unzufrieden mit der Bildungspolitik der damaligen Regierung waren. Man kann auch sagen, dass die verfehlte Schulpolitik der Vorgängerregierung unter Führung der grünen Bildungsministerin unter anderem zum Absturz der

Grünen auf 6,4 % – also minus 4,9 Prozentpunkte –, aber auch zum schlechtesten Ergebnis der Sozialdemokratie hier in NRW beigetragen hat. Der Stimmenanteil der Grünen halbierte sich. Das wurde in Teilen ja schon anerkannt und führte auch zu der Entschuldigung von Sylvia Löhrmann – ich zitiere mit Erlaubnis der Ministerin –: „Es tut mir leid.“ Die Entschuldigung kam leider zu spät, aber völlig zu Recht.

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass wir im Sommer 2017 einen kranken Patienten bzw. ein marodes Unternehmen übernommen haben. Das haben wir sehr gerne gemacht, weil wir bis heute mit der festen Überzeugung agieren, bessere Ideen und Konzepte zu haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Kommen wir noch einmal auf den kranken Patienten zurück. Was machte den Patienten so krank? – Das ist einfach und sollte hier noch einmal kurz dargestellt werden. Es waren die brutale Umsetzung der schulischen Inklusion, das Aufbrechen von gewohnten Strukturen, die Schließung von Förderschulen, aber auch von Haupt- und Realschulen, der ideologische Kampf gegen das gewohnte und größtenteils bewährte dreigliedrige Schulsystem, das Beharren auf G8 und die vielen, teilweise auch von Herrn Ott angesprochenen, Ungerechtigkeiten im schulischen Bereich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was machen Ärzte und Insolvenzverwalter in solchen Situationen? Sie machen eine Analyse, eine Diagnose, eine Bestandsaufnahme im unternehmerischen Sinne.

Über Ihren Vorwurf, Ihr Ott, die Landesregierung habe ihre Regierungszeit bisher vornehmlich für Betrachten, Analysieren und Auswerten genutzt, kann ich mich einfach nur wundern. Denn hätten Sie in Ihrer Regierungszeit nur einmal mehr betrachtet und analysiert, wäre Ihre Schulpolitik nicht so krachend gescheitert.

(Beifall von der CDU und der FDP – Franziska Müller-Rech [FDP]: Richtig!)

Wir haben im Dreiklang von Zuhören, Entscheiden und Handeln vor allem die Schulpolitik mit Ruhe und Gründlichkeit angegangen. Hierzu möchte ich Ihnen einige Beispiele nennen.

Wir haben eine Lehrerbedarfsanalyse erstellen lassen, die Grundlage unseres Handelns ist. Die gab es bei Ihnen nicht.

Wir haben die Lehrerfortbildung von einem unabhängigen Experten überprüfen lassen, leider mit verheerenden Ergebnissen. Dies gab es bei Ihnen auch nicht.

Wir haben mit der Einbringung von Qualitätskriterien in der Inklusion umgesteuert. Die gab es bei Ihnen auch nicht.

Wir haben in rekordverdächtiger Zeit einen gemeinsamen gesellschaftlichen Konsens für den Umbau von G8 auf G9 geschaffen. Den gab es bei Ihnen auch nicht.

Wir haben mit drei Maßnahmenpaketen über 1.700 weitere Stellen im Grundschulkapitel geschaffen. Die gab es bei Ihnen auch nicht.

Wir haben 1.200 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase geschaffen und diese größtenteils nach dem Sozialindex verteilt. Die gab es bei Ihnen auch nicht.

Wir haben mehr als 6.000 Stellen, bei denen Sie einen kw-Vermerk gesetzt haben, dauerhaft im Haushalt gesichert. Die wären jetzt nicht mehr vorhanden.

Wir haben fast 100 neue Stellen in den Beratungsstellen für die Schulen geschaffen, die vor allem bei oder gegen Diskriminierung, Salafismus und Antisemitismus agieren. Auch die gab es bei Ihnen nicht.

Wir haben mit dem Moratorium das Förderschulsterben im Land gestoppt und somit die sonderpädagogische Expertise in unseren Förderschulen gestärkt. Das gab es bei Ihnen auch nicht.

Wir haben mit der deutlichen Erhöhung der Landeszuschüsse um über 20 % für den Offenen Ganzttag die Grundlage dafür geschaffen, dass mit mehr Geld für den Ganzttag auch die Qualitätsverbesserung zur Verfügung steht. Auch das gab es in dieser Höhe bei Ihnen nicht.

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Zu guter Letzt haben wir, was die Ausbildungskapazität angeht, die Studienplätze an den Hochschulen in den drei Jahren beim Grundschullehramt um mehr als 700 Plätze und beim Lehramt für Sonderpädagogik um 750 Plätze gesteigert. Auch das gab es bei Ihnen nicht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die gibt es doch noch gar nicht! Die sind noch gar nicht in der Verhandlung!)

Ich könnte hier noch Weiteres aufzählen, was schon alles geschafft worden ist, an das Sie nie gedacht hätten.

Aber es gehört schon ein großes Selbstbewusstsein dazu – ich würde fast schon sagen: ein wenig Unverschämtheit –, sich am Anfang des Jahres hier hinzustellen und zu sagen, wir sollten erst einmal anfangen.

Anscheinend haben Sie Ihre schulpolitische Demenz auch nach fast drei Jahren nicht abgelegt. Sie können und dürfen kritisieren, dass wir in Ihren Augen das Falsche machen.

(Jochen Ott [SPD]: Die Rede passt nicht mehr zum Debattenverlauf!)

Aber Sie können doch nicht ernsthaft behaupten, wir hätten nichts getan.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Gegensatz zu der Vorgängerregierung sprechen wir die Dinge und Probleme an und verniedlichen und verharmlosen sie nicht. Wir wissen um die Not in der Lehrerversorgung und ringen jeden Tag um weitere Ideen.

Ihr einziger Vorschlag, wir könnten das Problem mit einer Besoldungserhöhung lösen – wegen einer breiteren Steuerung –, läuft völlig ins Leere. Liebe Damen und Herren in der SPD, die fast siebenjährige Ausbildung geht auch dann nicht schneller, wenn das Gehalt anschließend höher ist.

Sie tragen eine große Mitverantwortung für die Misere bei der Lehrerversorgung. Sie haben Frau Löhrmann einfach machen lassen und Ihrem Koalitionspartner freie Hand gelassen.

Wir würden uns hier auch eine konstruktivere Zusammenarbeit wünschen – und nicht nur leere Worthülsen und große Verunsicherung für unsere Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Lieber Herr Ott, im Ausschuss erklären und erläutern Sie dauernd, dass diese unsere Politik uns auf die Füße fallen werde. – Das mag richtig sein, beruht aber nur darauf, dass wir nach sieben Jahren rot-grüner Schulpolitik ein gebranntes Kind sind.

Ihr Vermächtnis bei der Umsetzung der schulischen Inklusion, welches einen nachhaltigen, enormen Schaden angerichtet hat, können wir auch durch unser Umsteuern nicht direkt ändern. Sie haben Vertrauen zerstört und alle Beteiligten im Regen stehen lassen.

Die von Ihnen immer wieder kritisierten Qualitätskriterien greifen erst seit Sommer des letzten Jahres und auch nur für die jetzigen 5. Schuljahre.

Das Chaos bei den nicht zugewiesenen Stellen und bei der nicht vorhandenen sonderpädagogischen Expertise beruht doch noch auf Ihrer Politik der Gießkanne und der Nichtsteuerung.

Jedes Jahr werden jetzt in den neuen 5. Schuljahren die Kriterien angewendet und erhebliche Personalkapazitäten zugewiesen. Das wird zukünftig für eine deutliche Verbesserung sorgen.

Ja, auch wir wissen, dass die Inklusion weiterhin eine riesige Herausforderung ist. Wir versuchen, an den Standorten, an denen die Herausforderungen besonders groß sind, zu helfen. Aber Sie suggerieren in Ihren Darstellungen immer wieder, dass es landauf und landab nicht klappt. Das ist mitnichten so. Auch das wissen Sie.

Ein gutes Beispiel in Sachen Inklusion ist das dauernde Bashing der Gymnasien. Das bringt uns bei

den großen Herausforderungen durch die steigende Heterogenität in den Klassen nicht einen Schritt weiter.

Wir möchten die Schulen mit Fortbildungen und mit sehr guten Schulkonzepten zu wirklich inklusiven Schulen fortbilden und weiterentwickeln. Dann werden sich zukünftig auch weitere Schulen auf den Weg machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die NRW-Koalition hat im schulischen Bereich schon sehr viele Felder bis zur Halbzeit abgeräumt und den schwerfälligen Tanker Schule in die richtige Richtung gelenkt. Wir werden die nächsten Wochen und Monate im zweiten Teil dieser Legislaturperiode nutzen, weiter gute Politik für die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrerinnen und Lehrer zu machen, um den kranken Patienten nach und nach zu heilen.

Der Masterplan Grundschule, ein neues Schulfreiheitsgesetz und weitere Maßnahmen gegen den Lehrermangel werden für uns höchste Priorität haben. Hierzu benötigen wir keine negative Worthülse wie „Bildungsnotstand“, sondern ein tägliches Arbeiten an den Herausforderungen in unseren Schulen.

Wer negativ denkt, darf nichts Positives erwarten. – In diesem Sinne freue ich mich auf die weiteren interessanten Gespräche.

Ich möchte für Ihre Aufmerksamkeit danken, darf aber zum Schluss noch einmal Molière zitieren: „Fehlplanung ist etwas, was viele Menschen mit Schicksal verwechseln.“ Und wer hier fehlgeplant hat, habe ich zu Beginn meiner Rede gesagt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Rock. – Jetzt spricht Frau Müller-Rech für die FDP-Fraktion.

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Selten war ich so dankbar für einen Antrag der SPD. Ich habe hier heute die Gelegenheit, in acht Minuten Redezeit unsere Halbzeitbilanz, nämlich die vielen Erfolge der schwarz-gelben Schulpolitik, darzustellen. Herzlichen Dank dafür.

Ich habe mich ein bisschen gewundert, warum die SPD das heute macht. Vielleicht ist der Grund, dass wir uns – für die Westfalen hier im Raum – mitten in der Karnevalssession befinden. Man bekommt den Eindruck, dass da wahrscheinlich schon eine ganze Menge Fasteleer im Spiel war. Jetzt fehlt eigentlich nur noch der Tusch.

Die SPD schreibt in ihrem Antrag:

„Die Antwort auf das Regierungshandeln der SPD spiegelt sich in folgenden parlamentarischen Initiativen wider ...“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wahrscheinlich haben Sie selber noch nicht gemerkt, dass Sie hier nicht mehr regieren.

Wissen Sie, wer es gemerkt hat? Das ganze Land. Wir haben nämlich schon richtig viel erreicht. Eine deutliche Trendwende

(Zuruf von der SPD: Wo ist die?)

und ein positiver Richtungswechsel sind spürbar. Das ist auch das, was wir in den Schulen widergespiegelt bekommen.

Was haben wir hier gemacht? – Unsere allererste Amtshandlung betraf ein ganz wichtiges Thema. Da ging es direkt um Inklusion, es ging um die Förderschulen. Wir haben nämlich als erste Amtshandlung die wichtigen Förderschulen gerettet.

(Zurufe von der SPD: Hey, hey!)

Sie waren dabei, diese Förderschulen abzuschaffen. Noch letzte Woche hat Kollegin Beer im Schulausschuss gesagt – ich zitiere –: Eine Reduzierung der Förderschulen macht allerdings auch Sinn. Das bestreiten Sie ja. – Ja, das bestreiten wir, und zwar in vehemente Form. Wir brauchen die Förderschulen hier in NRW.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Sie haben die 100%-Inklusionsquote als Ziel und Steuerungsgröße herausgegeben. – Das ist etwas, dem wir vehement widersprechen. Denn eine Inklusionsquote von 100 % ist kein Indikator dafür, ob Inklusion gelingt oder nicht. Und genau deswegen erhalten wir die Förderschulen.

Wir schaffen jetzt für die Eltern Wahlmöglichkeiten zwischen zwei hervorragenden Systemen. Es ist unser Ziel, dass sich Eltern entscheiden können zwischen hervorragenden Förderschulen, die gut aufgestellt sind und ihre erfolgreichen Konzepte weiterfahren können, auf der einen Seite und einem hervorragenden gemeinsamen Lernen, das wir Schritt für Schritt auch besser ausstatten, auf der anderen Seite. Diese Wahlmöglichkeiten der Eltern zwischen zwei hervorragenden Systemen zu schaffen, ist der Inklusionsansatz der NRW-Koalition. Und das ist eindeutig der bessere Weg, als auf 100 % Inklusion zu setzen.

(Beifall von der FDP)

Die Idee, die wir hier haben, wird von fast allen Fraktionen im Haus getragen. Es wird gesagt, dass Inklusion eine hervorragende Idee ist. Das steht, wie gesagt, fast – leider nur fast – außer Frage.

Was Sie gemacht haben, ist Folgendes: Sie haben die Inklusion schlampig umgesetzt. Sie haben Schulen und Kinder sich selbst überlassen. Sie haben keine verlässlichen Zahlen erhoben. Sie haben keine Qualitätsstandards gesetzt.

Alles das holen wir jetzt mit unserer Umsteuerung nach: das Chaos beseitigen, verlässliche Zahlen erheben, dadurch Transparenz schaffen, feste Strukturen und Qualitätsstandards schaffen, Ressourcen bündeln und stärken. Das ist unser Umsteuern in der Inklusion; Herr Kollege Rock hat es gesagt.

Wir sind diesen ersten wichtigen Schritt gegangen. Leider sind wir noch lange nicht am Ende. Aber dieses Umsteuern ist ein wichtiger Weg dahin, dass Inklusion in NRW endlich gelingen kann.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das zweite verheerende Erbe, das Sie uns hinterlassen haben, ist der Lehrermangel. Kollege Rock hat es auch schon gesagt. Die letzte Lehrerbedarfsprognose wurde 2011 durchgeführt. Seitdem hat man nach dem Motto „Augen zu und durch“ gehandelt.

Das Ergebnis unserer Lehrerbedarfsprognose, die wir auch im ersten Schritt durchgeführt haben, ist verheerend. Uns werden 15.000 Lehrkräfte fehlen, vor allem an den Grundschulen, an den Förderschulen und an den Berufskollegs. Gleichzeitig – das ist der nächste bittere Punkt – werden wir 16.000 Lehrer mit Sekundarstufe-II-Befähigung für Gymnasium und Gesamtschule mit unglücklichen Fächerkombinationen zu viel haben.

Wir haben also 15.000 zu wenig und 16.000 zu viel. Das ist das Ergebnis davon – das Zitat von Molière war wirklich sehr treffend –, wie Sie hier Verantwortung interpretiert haben. Sie haben es nämlich als Schicksal gesehen. Wir räumen jetzt zum Glück endlich auf.

Das machen wir mit drei Maßnahmenpaketen. Die Sekundarstufe-II-Lehrer, die wir zu viel haben, wollen wir gerne an den Grundschulen einsetzen. Wir haben auch den Seiteneinstieg an den Grundschulen erweitert: Englisch, Sport, Musik und Kunst. 666 Seiteneinsteiger sind seitdem an unseren Grundschulen im Einsatz. Außerdem haben wir 800 Pensionäre für den Schuldienst geworben sowie neue Studienplätze geschaffen: 400 Studienplätze im Grundschullehreramt, weitere 300 angekündigt; 250 Studienplätze in der Sonderpädagogik, weitere 500 angekündigt.

Wir haben auch Zuschläge für Schulen möglich gemacht, die Stellen haben, die seit über zwölf Monaten nicht besetzt werden konnten, weil wir wirklich jede Möglichkeit ausschöpfen wollen, endlich mehr Lehrer an unsere Schulen zu bekommen und dem Lehrermangel entschieden etwas entgegenzusetzen.

1.700 Stellen mehr wurden dadurch schon besetzt – 1.700 Stellen, die heute nicht besetzt wären, wenn Sie weiterregiert hätten.

(Zuruf von Christian Dahm [SPD])

Das dritte große Thema, die Rückkehr zu G9, ist auch schon angesprochen worden. Dieses Thema haben wir zur völligen Zufriedenheit gelöst. Das mussten sogar Sie hier im Hohen Haus anerkennen. Da geht ein großes Kompliment an Yvonne Gebauer und ihr Ministerium. Dieses Gesetz hat den Landtag ohne Gegenstimme passiert. Das ist in der Schulpolitik eine Seltenheit und zeigt, wie perfekt das organisiert worden ist.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ein ganz entscheidender Unterschied zur Vorgängerregierung ist, dass wir dabei auch die Konnexität geklärt haben. Das haben Sie bei der Inklusion nicht getan. Die Anhörung zur Konnexität war damit schnell erledigt. Man war sehr froh darüber, dass dieses Thema ordentlich gelöst wurde und die Kommunen nicht im Stich gelassen wurden. Das ist auch ein roter Faden, der sich durch die Politik der NRW-Koalition zieht. Auch das ist etwas, das man unbedingt hier nennen muss.

Viertens. Was haben wir für die Grundschulen schon getan? Erste Schritte zur Entlastung waren 600 neue Stellen für multiprofessionelle Teams und 1.750 Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte zur Unterstützung der Schuleingangsphase. Wir haben auch die Besoldungserhöhung für die Konrektoren nachgeholt, die Rot-Grün einfach vergessen hatte. Außerdem kommt der Masterplan Grundschule. Darin werden noch weitere Maßnahmen enthalten sein, mit denen wir unsere Grundschulen entlasten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Fünftens. Die OGS ist ein unverzichtbarer, wichtiger Bestandteil unserer Bildungslandschaft. Es geht ja nicht nur darum, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Vielmehr ist diese Maßnahme auch aus sozialen Gründen unheimlich wichtig. Sie schafft soziale Gerechtigkeit, insbesondere in Stadtteilen mit den größten sozialen Herausforderungen. Wir haben die Teilnahmeregelung flexibilisiert. Das war sowohl für die Träger selber als auch für die Eltern ein ganz wichtiges Thema. Wir haben weiterhin an der Qualitätssteigerung gearbeitet und die Zahl der Plätze ausgebaut.

Wir haben also Haushaltsmittel erhöht, Fördersätze erhöht und Platzzahlen erhöht. Das ist unsere Bilanz in der OGS-Politik, mit der wir auch weitergehen werden. 2020/21 planen wir mit einer Rekordzahl von 329.670 Plätzen. Das sind 22.000 mehr als bei unserem Amtsantritt.

Sechstens: Schulfach Wirtschaft. Wie wir alle wissen, sollten wir immer darauf achten, dass wir dann,

wenn es in der Allgemeinbildung Fehlbedarfe gibt, auch an unseren Lehrplänen arbeiten. Es war uns einfach wichtig, die Verbraucherbildung zu stärken. Darum geht es im Schulfach Wirtschaft. Wir wollen doch, dass unsere Schülerinnen und Schüler als kompetente und mündige Bürger und Verbraucher die Schule verlassen. Deswegen war es auch ein wichtiger Aspekt, dass wir das schnell umgesetzt haben. An den Gymnasien ist das mit den Kernlehrplänen im Rahmen von G9 jetzt an den Start gegangen. Die weiteren Schulen der Sekundarstufe I folgen.

Das alles haben wir gemacht, ohne bei der politischen Bildung zu kürzen. Wir haben dafür die Ergänzungsstunden genutzt. Auch das ist eine ganz wichtige Nachricht für unsere Schulen und vor allem für unsere Schülerinnen und Schüler im Land.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Jetzt läuft mir langsam die Zeit davon. Das ist schade; denn eigentlich habe ich noch ganz viel anzusprechen. Aber das Gute ist ...

(Karl Schultheis [SPD]: Obwohl Sie so schnell sprechen!)

Die Zwischenfragen sind leider ausgeblieben. Vielleicht war das, was wir als Bilanz darstellen können, einfach zu eindrücklich.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie haben zu schnell gesprochen!)

Ein paar Punkte habe ich noch.

(Christian Dahm [SPD]: Ich bin auch nachhaltig beeindruckt!)

Das Schöne ist ja, liebe Kollegen der SPD: Sie haben diesen Antrag auch noch zur Überweisung in den Ausschuss gestellt. Darauf freue ich mich besonders. Denn dann kann ich meine vielen anderen Punkte – Talentschulen, Gedenkstättenfahrten, Erhöhung der Schul- und Bildungspauschale und ganz viel mehr – dort noch vortragen.

Darauf freue ich mich richtig; ich glaube, das haben Sie mir heute auch angemerkt.

Sie sehen, wir haben schon viel geschafft. Wir haben auch noch viel vor. Ich möchte mich noch mal für diese prominente Gelegenheit bedanken, dass ich jetzt unsere Erfolge in so kurzer Zeit vorstellen durfte.

Wie gesagt: Ich freue mich auf den Ausschuss. Ich hoffe, wir machen auch eine Anhörung, weil wir sehr viele Zeugen haben, die uns gern erzählen, wie viele tolle Erfolge wir schon gebracht haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Müller-Rech. – Jetzt spricht Frau Beer für Bündnis 90/Die Grünen.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gerade rückgekoppelt, Frau Kollegin Müller-Rech. Gute Nachricht: Es wird eine Anhörung geben.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Ja!)

Wir freuen uns auch sehr darauf, weil dann ein paar Dinge noch etwas eingeordnet werden.

(Jochen Ott [SPD]: Mit den Experten!)

Ich erfülle jetzt dem Kollegen Rock einen Wunsch, der gesagt hat, wir sollten ihm sagen, was er falsch gemacht hat. Dazu will ich gern ein wenig ausholen und meine Zeit nutzen.

Zu Anfang ein Dankeschön und die Unterstützung dafür, dass der Bildungshaushalt weiter aufgestockt worden ist. Es sind mittlerweile mehr als 2 Milliarden Euro.

Doch Sie müssen auch zugestehen, dass das in einer Haushaltssituation passiert, in der Sie sehr gut hätten noch mehr investieren können und wo die Notwendigkeiten dafür bestehen, denn ganz wesentliche Punkte haben Sie leider nicht erledigt.

Herr Rock, ich verstehe es nicht: Die Debatte um A 13 muss endlich kommen. Sie hätten die finanziellen Mittel dazu, aber Sie tun es nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir leben immer noch in dieser Zeit nach dem Motto für die Sek-II-Lehrkräfte „Wir sind gekommen, um wieder zu gehen“, denn wenn es nicht das Angebot für A13 gibt, wird die Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen die Grundschulen wieder verlassen, die sie eingearbeitet und sorgfältig begleitet haben. Das schafft Frust vor Ort.

Deswegen ist A13 auch wichtig, um mehr Personal für die Grundschulen zu gewinnen. Das müssen Sie doch endlich mal anerkennen. Ich verstehe nicht, dass Sie als Grundschulleiter, der aus diesem Dienst in die Politik gekommen sind, das immer wegschwiebeln und das leugnen wollen. Das ist kein guter Dienst für die Grundschulen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Nächste, wofür Sie – leider – das Geld hätten, sich aber herauswemeln, ist die Ausstattung mit digitalen Medien und Endgeräten für die Lehrkräfte. Was machen Sie? – Sie nehmen den Digitalpakt, schieben das an die Kommunen und sagen, 20 % der Mittel könnten dann für die Ausstattung ausgegeben werden.

Doch die Schulträger haben den Schwarzen Peter zu fragen: Geht es an die Kinder? Geht es in die Klassen? Oder sollen die Lehrkräfte damit ausgestattet werden? – Das ist unredlich. Das hätten Sie anders systematisch auf den Weg bringen können. Sie hätten die Mittel dazu.

Deswegen ist es ein ganz bewusstes Aussetzen dieser notwendigen Maßnahmen. Ich muss sagen: Das machen Sie grundlegend falsch, und daraus können Sie sich auch nicht herauswemeln.

Es ist schon häufig G9 angesprochen worden. Ja, das ist gut und reibungslos gelaufen. Es gab dazu aber auch einen parlamentarischen Konsens, dass sich etwas tun muss. Das war entsprechend vorbereitet. Es war also keine große Aufgabe, das zu handeln. Das ist gut gelaufen, doch es war eine Konzentration. Zwei Jahre ist alles andere liegen geblieben, und darauf warten zum Beispiel die Grundschulen heute noch.

Wir können es mal unter zwei Mottos stellen. Entweder heißt es „Und täglich grüßt das Murmeltier“, wenn das Thema „Masterplan Grundschule“ aufgerufen wird, oder wir versuchen es mit Franz Beckenbauers Frage „Jo mei, ist denn heit scho Weihnachten?“

(Beifall von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Zu welchem Weihnachtsfest soll denn jetzt der „Masterplan Grundschule“ mal auf den Tisch kommen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Oder ist es Ostern vielleicht soweit? – Es ist so eine Sache: Wenn Ostern, Pfingsten und Weihnachten auf einen Tag fallen, ist Masterplan. Wir werden schauen, wann endlich geliefert wird.

Wir haben gestern schon auf die Agenda zur Stärkung der Beruflichen Bildung hingewiesen. Unter „Prüfaufträge stärken, unterstützen“ ist materiell auch nichts drin. Sie könnten es leisten. Sie könnten es für die technischen Lehrkräfte leisten, Sie könnten es für die Werkstattlehrkräfte leisten, Sie könnten es für die Fachlehrkräfte leisten, weil jetzt das Geld im System vorhanden ist. – Nein, Sie tun es nicht.

Für 2020 war die Enttäuschung auch aufseiten der Grundschulen sehr groß, dass die multiprofessionellen Fachkräfte für die Schuleingangsphase weiter nicht aufgestockt wurden, obwohl es versprochen war, und das bei dieser Haushaltssituation. Das ist Verweigerung von Regierungsverantwortung,

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

denn Sie regieren hier. Dass Sie zur Halbzeit hier heute noch stehen,

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

zurückschauen und sagen, das müssten Sie noch alles erzählen, wo Sie doch in Regierungsverantwortung sind. – Packen Sie es doch endlich mal an. Sie haben die Mittel. Die Dinge liegen auf dem Tisch, doch es läuft leider quer.

Frau Kollegin Müller-Rech, zum Fach „Wirtschaft“. Nein, da ist keine Verbraucherbildung vorangetrieben worden. Es ist ein rückwärtsgewandter Wirtschaftsbegriff, der da zum Tragen kommt.

(Beifall von den GRÜNEN – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Genau!)

Anstatt die politische Bildung und die Demokratiebildung

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

in unseren Schulen zu stärken, haben Sie das aus ideologischem Überbau und Übermut in die Schulen hineingesetzt.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Das ist soziale Marktwirtschaft!)

Sie belegen damit außerdem noch genau die Ergänzungsstunden. Sie machen die Räume bei den Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen enger. Das ist fahrlässig. Das ist genau die falsche Akzentsetzung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Demokratiebildung und nicht diesen rückwärtsgewandten Wirtschaftsbegriff.

(Zurufe von Franziska Müller-Rech [FDP] und von Matthias Kerkhoff [CDU])

Was machen Sie im nächsten Schritt? – Wir haben es im letzten Jahr bei den Gymnasien erlebt: Jetzt greifen Sie tief in die Organisationsstruktur der Gesamtschulen in diesem Bereich ein.

Frau Müller-Rech schüttelt den Kopf; ich will das für das Protokoll sagen.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

– Nein, nicht zu Recht, sondern ziemlich ignorierend, was in den Schulen dazu im Augenblick diskutiert wird. Das ist ein tiefer Eingriff in die Organisationsstruktur und die Festlegung für die Gesamtschulen. Das greift in die Fächer, in die Organisation des Lernbereichs Arbeitslehre ein. Das scheint Ihnen alles nicht präsent zu sein.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Wir werden das auch noch debattieren. Im Rahmen des 15. Schulrechtsänderungsgesetzes warten doch die Kommunen darauf, dass Sie ihnen ermöglichen, den § 132c auszuweiten. Nichts ist da. Da wird Schulentwicklung unter den Tisch gekehrt.

Realschulen sollten die Möglichkeit haben, ihren Schülerinnen und Schülern den Hauptschulabschluss anzubieten, und zwar überall. Das haben Sie

nicht angenommen. Es war die Bitte der kommunalen Spitzenverbände; das war auch die Bitte vieler anderer. Aber Sie haben es offensichtlich auf Einwirken von „LehrerNRW“ wieder herausgestrichen.

Welche Lobby bedienen Sie eigentlich mit Ihrer Politik? – Es ist nicht die Lobby der integrierten Schulform, um das noch mal zu sagen.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Kommen wir doch zur Inklusion. Sie tragen dafür die Verantwortung, dass eine Schulform – und das ist ein politischer Ansatz, den Sie zu verantworten haben ... Das sind nicht die Gymnasien, die in diesem Prozess erfolgreich waren und sich ja beklagen, dass sie aussteigen müssen, weil die Bedingungen jetzt so sind, wie sie sind.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Sie nehmen eine Schulform aus der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Inklusion,

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

in die mehr als 40 % aller Kinder in diesem Land gehen. Das ist ein gesellschaftspolitischer

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Fehlstart, den Sie hingelegt haben. Diese Fehlsteuerung ist fatal,

(Markus Wagner [AfD]: Die haben Sie zu verantworten!)

weil sie die Gesellschaft auseinandertreibt

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

und weil das der gesellschaftlichen Anforderung nicht gerecht wird.

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Dafür haben Sie die Verantwortung. Da steuern Sie genau falsch; das ist ganz klar.

Wie ist die Perspektive der PRIMUS-Schulen? – Ungeklärt, obwohl dazu schon die Evaluationsberichte vorliegen, die ganz deutlich sagen: Sie gehen in die richtige Richtung und brauchen jetzt eine verlässliche Perspektive.

Ich habe noch viel auf der Liste; das werden wir bei der Anhörung debattieren.

Mein letzter Punkt sind die Talentschulen. Ich finde, das ist ein Desaster für die Schulen, die sich bewerben, die nicht zum Zuge kommen – wiederholt nicht zum Zuge kommen – und damit getröstet werden, dass die Ministerin sie im Blick hat. Das reicht leider nicht, auch wenn die Ministerin nett gucken mag.

Die Schulen brauchen aber was anderes: materielle Unterstützung,

(Zuruf von Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung)

einen flächendeckenden Sozialindex. Dann brauchen wir diesen Talentschulversuch, bei dem man sechs Jahre auf die wissenschaftliche Evaluation warten muss, nicht. Wir brauchen einen ganz anderen systemischen Ansatz, den Sie auch finanzieren könnten.

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

Aber auch das verweigern Sie.

(Beifall von den GRÜNEN – Matthias Kerkhoff [CDU]: Leider nichts vorgefunden!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Beer. – Jetzt hat Herr Seifen für die AfD-Fraktion das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem mir vorliegenden Antrag zur schulpolitischen Halbzeitbilanz hat die SPD endlich einmal einen Antrag vorgelegt, der eine lohnende Auseinandersetzung und Debatte um die Bildungspolitik in diesem Land zum Gegenstand hat.

Allerdings wird die Debatte vielleicht nicht so verlaufen, wie Sie sich das vorstellen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, denn Ihr Antrag, auch wenn er als Anklage gegen die augenblickliche schwarze Regierung zu verstehen ist, enthält eben auch eine Selbstoffenbarung der eigenen ideologischen Positionierung und der eigenen Irrtümer der Vergangenheit, die zu der Misere im schulischen Bereich geführt haben, die wir jetzt alle beklagen.

Sie lasten der jetzigen Regierung den Lehrermangel an, doch Sie haben durch Ihre Politik in den vergangenen Jahren massiv zu diesem Lehrermangel beigetragen, unter anderem auch dadurch, dass die Arbeitsbedingungen vor allen Dingen an den Grundschulen, aber auch an den weiterführenden Schulen massiv erschwert worden sind. Ein Beispiel darf ich nennen:

Durch Ihre verfehlte Inklusionspolitik, die auf völlig falschen Vorstellungen von Inklusion beruht, gepaart mit der hohen Anzahl von Kindern aus Migrantenfamilien – dafür ist nun wiederum Frau Merkel verantwortlich – ist die Zusammensetzung der Klassen vor allem in den Grundschulen derartig heterogen, dass effizienter und freudvoller Unterricht kaum mehr möglich ist.

Diese Heterogenität zwingt vor allem die Grundschullehrkräfte, mit Kindern in einer Klasse Lernvorgänge zu initiieren, die völlig verschiedene Lernvoraussetzungen oder eben keine Lernvoraussetzungen mitbringen.

Dann bemängeln Sie Missstände, die Sie längst selbst hätten beseitigen müssen: die Verbesserung der beruflichen Bildung, den Ausbau der Offenen Ganztagschule und die Einführung eines Sozialindexes.

Wo waren Sie denn in diesen sieben Jahren? – All diese Dinge haben in Ihrer Politik keine Rolle gespielt. Ihr einziges Ziel in den sieben Jahren Ihrer Regierung – diesen Eindruck musste man haben – war die Zerstörung des gegliederten Schulsystems durch verschiedene Maßnahmen.

Eine davon ist die Durchsetzung der Inklusion, wie Sie sie verstehen: Kinder mit besonderem Förderbedarf werden in Lerngruppen der Regelschule eingegliedert und zieldifferent unterrichtet.

Dass das für alle Beteiligten eine kaum zu lösende Aufgabe ist, zeigt die Praxis in allen Regelschulen – übrigens im In- und Ausland –, die mit dem zieldifferenten Unterricht zu tun haben.

Unter anderem damit zerstört man die Leistungsfähigkeit der jeweiligen Lerngruppen und fördert auch die Kinder mit besonderem Förderbedarf nicht. Das ist das Eigentliche, das einen schmerzt. Im Gegenteil: Gerade diese Kinder leiden besonders unter dieser Praxis.

Die Gymnasien, die Ihnen immer schon ein Dorn im Auge waren, haben Sie zwar nicht beseitigen können, aber Sie haben deren Qualität massiv gesenkt, zum Beispiel durch die Herabsetzung des Anforderungsniveaus in verschiedenen Fächern und durch den Zwang, jedes Kind unabhängig von der Qualität des Grundschulgutachtens aufzunehmen, wenn die Eltern diesen Wunsch haben.

Zu diesen Maßnahmen des Qualitätsabbaus kann man auch noch die Etablierung offener Unterrichtsformen durch die didaktischen Vorgaben über die Fachleitungen und über die Qualitätsanalysen zählen.

Letztlich haben Sie Ihr Ziel – und das ist von entscheidender Bedeutung –, das Sie seit den 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts verfolgen, nie aufgegeben, nämlich die Abschaffung des gegliederten Schulwesens und die Schaffung einer Einheitsschule für alle.

In den 70er-Jahren haben Sie das mit dem Gesetz zur Einführung der Koop-Schule vom 26.10.1977 brachial versucht und sind am Widerstand der Bevölkerung und der bürgerlichen Kräfte in Politik und Gesellschaft gescheitert. Damals war die CDU noch eine bürgerliche Partei und hat die Kampagne maßgebend gesteuert.

Der Nachfolger von Heinz Kühn als Ministerpräsident – denn Heinz Kühn ist dann infolge des Gelingens des Volksbegehrens zurückgetreten –, Johannes Rau, stellte es dann wesentlich geschickter an.

Er rief eine Reihe von Gesamtschulbefürwortern aus Wissenschaft und Gesellschaft zu einer Bildungskommission zusammen, die von 1992 bis 1995 Ihr Utopia von einer ganz neuen Schule entwerfen konnte.

In deren Denkschrift ist bereits das gesamte politische Programm enthalten, das die Regierung von SPD und Grünen umgesetzt hat: Marginalisierung der Lehrkräfte im Unterrichtsgeschehen, Auflösung der leistungshomogenen Lerngruppen, Inklusion und Auflösung der Förderschulen, klassenübergreifende Lerngruppen, Abbau des Leistungsgedankens und anderes mehr.

Also, meine Herrschaften, nicht die Behindertenrechtskonvention von 2006 hat die Bestrebungen der rot-grünen Regierung veranlasst, die Förderschulen aufzulösen. Nein, dies war bereits Absicht in der Denkschrift der Bildungskommission von 1995. Insofern ist Ihre Argumentation, die sich auf die Behindertenrechtskonvention beruft, eine völlige Täuschung.

(Beifall von der AfD)

Nun stehen Sie vor dem Scherbenhaufen Ihrer Schulpolitik: Die Abiturienten meiden das Lehramtsstudium. Zahlreiche Lehrkräfte sind nervlich völlig überfordert.

Die Leistungsergebnisse bei internationalen Tests sind besorgniserregend: NRW liegt im bundesweiten Vergleich der Leistungstests auf einem der letzten Plätze.

Ausbilder in Betrieben, die Lehrkräfte in den Berufskollegs und die Professoren klagen über die hohe Zahl an Schulabgängern, welche die Voraussetzungen für Studium und Ausbildung einfach nicht mitbringen. Die Abbrecherquote bei Ausbildung und Studium ist so hoch wie noch nie.

Der Wähler hat Sie dafür mächtig abgestraft, aber das alles kümmert Sie nicht. Haben Sie doch einfach mal wenigstens Erbarmen mit den jungen Leuten, die zur Schule gehen und glauben, sie hätten mit dem Abschluss die Studierfähigkeit und Ausbildungsreife in der Tasche.

Wie reagieren Sie stattdessen? – Sie kehren nicht etwa um und gehen in Sack und Asche ob Ihrer schweren bildungspolitischen Sünden und ob des schweren Unrechts, das Sie Schülern, Lehrern und Eltern angetan haben,

(Marlies Stotz [SPD]: Ich glaube es nicht! Geht es noch doller?)

ganz zu schweigen von den gesellschaftlichen Schäden, die Ihre Bildungspolitik angerichtet hat.

(Jochen Ott [SPD]: Ihre Sprache verrät Sie!)

Nein, Sie führen Ihre Art der Bildungspolitik mit anderen Mitteln fort. All die Anträge, die Sie in Ihrer Oppositionszeit gestellt haben, haben lediglich den Zweck,

an den Symptomen der von Ihnen verursachten Krankheiten im Schul- und Bildungswesen herumzukurieren.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Sie haben es nicht verstanden!)

Eine Abkehr von Ihren völlig falschen Vorstellungen ist eben nicht festzustellen. Da geht es bei Ihnen um Schulsozialarbeit, um multiprofessionelle Teams, um Ganztagschulen, natürlich um Inklusion und um die Einheitsschule.

Wie sagte in der letzten Anhörung eine sachverständige Grundschullehrerin? Früher habe sie alleine eine Grundschulklasse mit 30 Kindern problemlos unterrichtet. Heute hielten sich in einer Klasse mit 24 Kindern bis zu sechs Erwachsene auf,

(Jochen Ott [SPD]: Aus dem AfD-Landesvorstand!)

um in der hyperheterogenen Lerngruppe so etwas Ähnliches wie Unterricht stattfinden zu lassen.

Das wollen Sie aber nicht hören – im Gegenteil: In der Anhörung greifen Sie Sachverständige an, wenn die Dinge sagen, die Ihnen nicht passen. Das ist – das muss ich Ihnen sagen – eine Unerhörtheit, die ihresgleichen sucht.

(Beifall von der AfD)

Die jetzige Landesregierung hat in den letzten zwei Jahren tatsächlich den alten Kurs an einigen Stellen korrigiert gegen die bisherigen SPD-Vorstellungen und Vorstellungen der Grünen. Insofern ist die im SPD-Antrag geäußerte Kritik an der Landesregierung verständlich, aber sie ist in vielen Fällen nicht gerechtfertigt.

Allerdings möchte ich die Landesregierung derart kritisieren, dass sie nicht weit genug geht und immer noch an den Dingen festhält, die damals in der Denkschrift der Bildungskommission enthalten waren. Auch Sie kurieren letztlich an den Symptomen herum.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Vieles davon ist erfolgreich, vieles ist notwendig, aber Sie müssen völlig umdenken. Schmeißen Sie diese Denkschrift der Bildungskommission endlich in den Papierkorb und sehen Sie zu, dass Sie aufgrund unserer deutschen Bildungstradition ein Bildungssystem aufbauen, das erfolgreich ist und das in der Vergangenheit Erfolg gezeigt hat. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Seifen. – Jetzt spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Gebauer.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion habe ich mit einiger Verwunderung zur Kenntnis genommen. Ich möchte Ihnen erklären, warum mich sowohl der Zeitpunkt als auch ein Stück weit der Inhalt dieses Antrags so verwundert haben.

Am 13. Januar dieses Jahres, also vergangene Woche Montag, wurde ein Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion veröffentlicht, ein Interview von Herrn Kutschaty, in dem in der Bildungspolitik Gemeinsamkeiten zwischen der SPD als Oppositionspartei und uns, der FDP, als Regierungspartei ausgemacht werden. Dort hat Herr Kutschaty gesagt – mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich –:

„mit den Liberalen in NRW sehe ich durchaus Gemeinsamkeiten. (...) Gerade in der Bildungspolitik lässt sich an alte sozialliberale Zeiten anknüpfen“.

Er hat weiter ausgeführt:

„Schulministerin Gebauer will – wie ich lese – jetzt ja offenbar einen Sozialindex einführen“.

Ich denke, er meint den schulscharfen Sozialindex.

„Das ist schon lange unsere Forderung.“

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren, und dann sehe ich den Antrag. Dort heißt es in der Überschrift:

„Schulpolitische Halbzeitbilanz: Die Landesregierung ist noch nicht in ihrer Regierungsverantwortung angekommen. Sie sollte endlich anfangen zu regieren!“

Dann lese ich, dass sich die Landesregierung intensiv mit der Rückschau befasst, anstatt die Zeit zu nutzen und endlich die volle Regierungsverantwortung zu übernehmen.

(Jochen Ott [SPD]: Stimmt ja auch!)

Und dann lese ich, dass die Landesregierung sich einer Kooperation mit den Oppositionsparteien verweigert.

(Jochen Ott [SPD]: Stimmt auch!)

Vor dem Hintergrund frage ich mich: Was soll ich von diesem Vorhaben des Bräutigams, Kutschaty, bei dem Werben um die FDP halten, wenn einen Tag nach diesem Interview der Braut, sprich: mir, vorgeworfen wird, dass ich mich einer Kooperation verweigere?

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

– Hier steht ausdrücklich „die Landesregierung“. Man muss schon lesen, was man selbst schreibt. Hier steht, dass die Landesregierung sich einer Kooperation mit den Oppositionsparteien verweigert.

Liebe SPD, den Worten sollten auch Taten folgen. Sie müssen übereinstimmen, wenn man denn einen Erfolg möchte. Das ist nicht nur in der Liebe so, das gilt auch für die Politik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Trotz dieser Verwunderung über Ihren Antrag bin ich aber auch ein Stück weit dankbar für Ihren Antrag, weil dieser mir heute noch einmal die Gelegenheit gibt, Ihnen allen die zentralen schulpolitischen Maßnahmen, die die Landesregierung bisher äußerst erfolgreich auf den Weg gebracht hat, darzulegen.

Ja, es ist richtig: Wir haben einen ambitionierten Koalitionsvertrag vereinbart. Diesen arbeiten wir Schritt für Schritt ab.

Tatsache ist: Wir müssen gleichzeitig Versäumnisse, Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen aufarbeiten und natürlich auf aktuelle Situationen, auf aktuelle Entwicklungen reagieren und handeln. Wir müssen in der Bildungspolitik neue Impulse setzen.

Wer wirklich beste Bildung erreichen will – und das wollen wir –, der braucht natürlich auch beste Rahmenbedingungen, formale Rahmenbedingungen, aber auch inhaltliche.

Im Jahr 2019 haben wir 18,8 Milliarden Euro in die Schulen investiert, im Jahre 2020 werden es 20 Milliarden Euro sein.

Wir haben bis zum Haushalt 2020 insgesamt 6.300 Stellen entfristet und ebenfalls bis zum Haushalt 2020 neue 3.121 zusätzliche Stellen geschaffen. Insgesamt sind das über 9.400 Stellen.

Endlich haben wir die notwendigen zusätzlichen Studienplätze für das Grundschullehramt und die Sonderpädagogik geschaffen, um langfristig genügend ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer einstellen zu können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Leitentscheidung für G9 wurde im Konsens mit allen Beteiligten erfolgreich umgesetzt. Hierzu eine Korrektur, Herr Ott: Der Gesetzentwurf für das G8, das damals alle demokratischen Fraktionen wollten, ist im Jahr 2004 unter Rot-Grün eingebracht worden.

Umgesetzt worden ist er dann durch die nachfolgende Landesregierung. Eingebracht und getragen worden ist er aber von allen demokratischen Fraktionen, die damals in der Legislaturperiode 2000 bis 2005 im Landtag vertreten waren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Ott?

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Aber natürlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist sehr freundlich von Ihnen. – Bitte schön, Herr Ott.

Jochen Ott (SPD): Das ist sehr nett. Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben völlig Recht. Würden Sie mir aber zustimmen, dass der besondere Veränderungsdruck insbesondere dadurch entstanden ist, dass in der Sek. I ein Schuljahr herausgenommen wurde, sodass am Ende zwar die Verbände am G8 festhalten wollten, sich an der Basis aber der Widerstand formiert hat? Sind Sie mit mir darin einig, dass das der Ausgangspunkt für die Problematik des G8 war?

(Zuruf von der FDP: Sie haben aber nichts gemacht!)

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die Korrektur nur deswegen angesprochen, weil Sie gesagt haben, dass der Gesetzentwurf von uns umgesetzt worden ist. Das ist völlig richtig. Sie hatten aber bezogen auf die Landesregierung in der Zeit von 2005 bis 2010 eingeführt; das habe ich korrigiert.

Dass es bei der Umsetzung Luft nach oben gegeben hat und dass man im Nachhinein bestimmte Regeln hätte anders treffen können und sicherlich auch treffen müssen, darin stimme ich Ihnen zu.

Sie, die SPD-Fraktion, haben – das ist gut, und das haben wir auch freudig zur Kenntnis genommen – die Leitentscheidung für G9 mitgetragen.

Sie haben auch das Belastungsausgleichsgesetz mitgetragen. Wir haben den Kommunen 518 Millionen für die Zukunft versprochen.

Sie haben auch den islamischen Religionsunterricht mitgetragen; auch dieser Gesetzentwurf fand Ihre Zustimmung.

Zurück zu dem, was wir auf den Weg gebracht haben. Wir haben für die Inklusion klare Qualitätsstandards gesetzt. Bis zum Schuljahr 2024/2025 werden wir für die Inklusion mindestens 6.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben.

Wir haben den Eltern die Wahlmöglichkeit zwischen Regel- und Förderschule wiedergegeben.

Den Schulträgern stehen für die Jahre 2017 bis 2020 6 Milliarden Euro für Investitionen in moderne Schulräume zur Verfügung.

Der Digitalpakt ist mit einer weiteren Milliarde gestartet; das wissen Sie. Wir erwarten nun auch massive zusätzliche Investitionen – das sage ich bei so viel Geld auch – von den Schulträgern.

(Beifall von der FDP)

Dann werden wir in diesem Jahr noch den schulbezogenen Sozialindex vorstellen.

Der Masterplan Grundschule – das habe ich schon gesagt – befindet sich in der finalen Abstimmung.

Die Stärkung, die Flexibilisierung und der qualitätsorientierte Ausbau der offenen Ganztagschule sind auf den Weg gebracht worden. Ich spreche von rund 20.000 zusätzlichen Plätzen. Zudem wurde die Förderung um 110 Millionen Euro für die offenen Ganztagsangebote erhöht.

Wir haben die Zahl der sozialpädagogischen Fachkräfte in der Schuleingangsphase der Grundschule nahezu verdreifacht: Wir liegen jetzt bei über 1.700 Plätzen.

In 60 Talentschulen erproben wir neue Konzepte für eine bessere Entkopplung des Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Bildungserfolg.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf das eingehen, was Sie, Frau Beer, hier gesagt haben. Sie sprechen von nicht vorhandenen systemischen Ansätzen.

Frau Beer, jetzt frage ich Sie hier und heute: Wo war denn Ihr systemischer Ansatz beim Sozialindex, den sich die rot-grüne Landesregierung sieben Jahre lang vorgenommen hat, aber nichts erreicht hat? Wo war denn Ihr systemischer Ansatz?

(Beifall von der FDP)

Jetzt frage ich Sie noch etwas: Wo war denn Ihr systemischer Ansatz bei der Bekämpfung des Lehrermangels besonders an den Grundschulen? In den vergangenen sieben Jahren sind von drei Bewerberinnen für das Grundschullehramt zwei abgewiesen worden. Sind in Ihrer Regierungszeit irgendwelche Studienplätze für das Lehramt an Grundschulen geschaffen worden? – Ich kann mich an keine erinnern.

(Beifall von der FDP)

Wo war Ihr systemischer Ansatz bei der Inklusion, außer dass Sie ein Förderschulsterben eingeleitet haben, dass Sie das Wahlrecht der Eltern massiv beschnitten haben und dass Sie entgegen aller Vorwarnungen von allen Seiten allen Beteiligten eine Inklusion übergestülpt haben?

Meine Damen und Herren, wir handeln und regieren, und wir setzen unsere Vorhaben Stück für Stück und Schritt für Schritt um. – Herzlichen Dank.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Jetzt erteile ich Frau Voigt-Küppers für die SPD-Fraktion das Wort.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Normalerweise bin ich niemand, der seine Gefühlslagen veröffentlicht, aber an dieser Stelle will ich das einmal tun, weil ich bedrückt

bin. Mein Kollege Jochen Ott hat hier gestanden und von dem Mädchen erzählt, dass gerne zum Gymnasium gehen möchte und nicht genug Fördermöglichkeiten findet, damit ihr Wunsch erfüllt werden könnte. Mein Kollege hat erzählt, dass es einen krebskranken Jungen gibt, der auch in seinen Ferien lernen will. Mein Kollege Jochen Ott hat erzählt, dass es viele Kinder in diesem Land gibt, denen nicht die Möglichkeiten geboten werden, die sie haben sollten.

Was erlebe ich als Antwort darauf? – Ein paar warme Worte von Herrn Rock, der dann aber in den üblichen Modus des Verteidigens seiner Politik um jeden Preis geht; ein paar Hinweise von Frau Müller-Rech, die wir schon wiederholt hier gehört haben, die aber an dem Kern der Dinge, die wir bemängeln, vorbeigehen.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Was soll das denn heißen?)

Und ich höre die Rechtfertigungspolitik einer Ministerin, der ich zugegebenermaßen gerne das Zeugnis ausstelle, dass sie stets bemüht ist.

Wir leben in einem Land – das wird uns von allen Bildungswissenschaftlern bestätigt –, in dem die Disparität zwischen Kindern, die Chancen haben, und Kindern, die keine Chancen haben, größer ist als kaum irgendwo anders.

(Helmut Seifen [AfD]: Gehen Sie mal nach England!)

– Ja, Herr Seifen, es mag sein, dass das in England noch viel schlimmer ist. Ich will Ihnen aber sagen: Ich habe in diesem Land Verantwortung übernommen.

(Beifall von der SPD)

Und ich will meine ganze Kraft dafür einsetzen, dass es den Kindern, die Herr Ott beschrieben hat, in Zukunft besser geht.

Ich will Ihnen ehrlich sagen: Ich bin es leid, dass ich mit ständig gleichen Diskussionen Lebenszeit verplemper. Immer und immer wieder sagen wir Ihnen ...

(Beifall von der SPD – Franziska Müller-Rech [FDP]: Dann hören Sie mal auf, solche Anträge zu stellen!)

– Ja, Frau Müller-Rech, das was Sie hier als Rapport abgeliefert haben, erkennen wir an.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Stellen Sie andere Anträge!)

Es nützt aber weder dem Kind noch seinen Eltern, wenn wir hier ständig hin und her diskutieren, wer nun wirklich Verantwortung trägt.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Wer stellt denn immer dieselben Anträge?)

Wir alle wissen, dass Bildungsprozesse nicht abhängig von Legislaturperioden sind. In Erkenntnis dieser Tatsache bieten wir Ihnen an, gemeinsamen für die Lösung der großen Probleme dieses Landes zu kämpfen.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Aber doch nicht auf diese Art wie in Ihrem Antrag!)

Alles, was Sie immer dazu sagen ist: Sie haben es ja noch viel schlechter gemacht, und wir haben es immerhin gemacht.

(Martina Hannen [FDP]: Sie haben es schlechter gemacht!)

Ich will ein Beispiel nennen. Ja, Frau Ministerin, wir erkennen an, dass im Bereich der Ganztagschule eine Menge passiert ist. Aber wenn wir Ihnen sagen, es handele sich um einen Teil des Weges, es besser zu machen, aber das strukturelle Problem sei nicht gelöst, dann tauchen Sie ab.

Ich war am Montag mit meinem Kollegen Jochen Ott in Berlin auf einem großen Kongress zum Ganztage. Frau Familienministerin Giffey hat einen einleitenden Vortrag gehalten, Bildungsökonominnen wie Herr Rauschenbach haben ausgerechnet, was ein Ganztage ohne Qualitätsverbesserung in Zukunft kosten würde. Es sind enorme Investitionen.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Ach, tatsächlich?)

Wir haben in diesem Landtag auch über die Beteiligung des Bundes und über die Frage, wie der Ganztage im Zusammenwirken mit allen Kräften entwickelt werden muss, gesprochen. Wir haben Sie aufgefordert, alle Kräfte an einen Tisch zu holen, mit allen gemeinsam über die enormen Herausforderungen zu sprechen und Lösungen zu entwickeln. Ich erinnere mich, dass Sie gesagt haben: Frau Giffey bietet 2 Milliarden Euro an, und wenn das das letzte Gebot ist, dann ist Nordrhein-Westfalen nicht mit dabei.

Wiederholt habe ich Sie gefragt, was das für den Ganztage in Nordrhein-Westfalen bedeutet. Die Antwort, die ich von Ihnen und auch von den regierungstragenden Fraktionen bekommen habe, war: Es gibt doch positive Beispiele in Nordrhein-Westfalen. – Ja, die gibt es, aber wir alle wissen, wenn wir die Frage ehrlich beantworten, dass die positiven Beispiele die reichen Kommunen betreffen. Die armen Kommunen haben nicht das Geld, ihren Kindern einen guten Ganztage mit Qualitätsstandards anzubieten.

Da sind wir bei der nächsten Frage: Alle Wohlfahrtsverbände haben Demonstrationen veranstaltet und gesagt, dass wir Qualitätsstandards brauchen. Das ist für die Kinder wichtig, denn Ganztage ist nur ein Mittel zum Ausgleich von Bildungsungleichheiten, wenn es Qualitätsstandards gibt.

(Franziska Müller-Rech [FDP] signalisiert in Richtung von Vizepräsident Oliver Keymis, hinter dem Präsident André Kuper steht.)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage? Das war ein Tipp des Präsidenten, dass ich jetzt einfach mal reingehe. Wenn Sie es erlauben, dann dürfte Frau Müller-Rech nun eine Zwischenfrage stellen.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das ist sehr nett von Ihnen. – Bitte schön, Frau Müller-Rech.

Franziska Müller-Rech (FDP): Erst einmal einen herzlichen Dank an die beiden Präsidenten. – Herzlichen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Ich freue mich sehr, zu hören, dass Sie die Gelegenheit hatten, mit unserer Familienministerin Franziska Giffey zu sprechen. Deswegen die Frage an Sie: Haben Sie sie gefragt, wann denn die Summe von 7 Milliarden Euro kommt? Das ist ja immer noch offen.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Frau Kollegin Müller-Rech, ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die Familienministerin gesagt hat: Wenn die 2 Milliarden Euro nicht ausreichen, dann brauchen Sie mich gar nicht darauf hinzuweisen, dann werde ich zum Finanzminister gehen und ihm sagen, dass das Geld nicht ausreicht.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Hört, hört!)

Das würde ich mir auch hier mal wünschen.

(Heiterkeit von Franziska Müller-Rech [FDP])

Wenn wir uns zum Beispiel eine Besoldungsgleichstellung A13 wünschen, würde ich mir wünschen, dass auch hier beim Finanzminister ein ähnliches Plädoyer vorgetragen wird, damit diese Aufgabe endlich erledigt werden kann.

(Beifall von Regina Kopp-Herr [SPD])

Übrigens ist ein Teil davon, Grundschule deutlich attraktiver zu machen und Leute zu motivieren, den Beruf der Lehrerin und des Lehrers anzunehmen.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Frau Kollegin ...

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Das wäre eine der Lösungen. Eine andere Lösung ist zum Beispiel: Statt Talentschulen wäre ein schulscharfer Sozialindex durchaus hilfreich.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Den haben Sie ja sieben Jahre lang nicht eingeführt!)

Wir haben einen Antrag vorgelegt – damit Sie nicht sagen, wir blieben Ihnen die Antworten und Lösungen schuldig –, der besagt, dass wir durchaus den Anfang machen wollen, Bildungsungleichheiten zu beseitigen, indem wir an den 1.000 Schulen im Land, die unter besonders schlechten Bedingungen arbeiten müssen, einen schulscharfen Sozialindex einführen.

(Alexander Brockmeier [FDP]: Sie haben sieben Jahre lang nichts gemacht!)

Dazu hören wir seit geraumer Zeit: Das ist in Arbeit. Wir sind dabei: Ganztagschule, Schulsozialindex.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Sie haben es doch sieben Jahre lang nicht gemacht!)

– Ich sage Ihnen: Ich führe diese Diskussionen nicht mehr, wer woran schuld ist. Denn solange wir in diesem Land Diskussionen um „ihr, wir, sie“ führen, werden radikalere Kräfte, undemokratische Rechte von unserem Streit leben. Und das will ich auf jeden Fall verhindern.

(Beifall von der SPD)

Es ist dringend notwendig, dass die demokratischen Kräfte sich zusammenschließen.

(Helmut Seifen [AfD]: Blockparteien!)

Es geht hier nicht um parteipolitische Interessen, es geht hier nicht um Macht. Es geht darum, dass es den Kindern in diesem Land gut gehen soll. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Frau Kollegin, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Ihrem Parteifreund Herrn Ott.

(Lachen von der CDU und der FDP – Zurufe: Oh! – Helmut Seifen [AfD]: Und ich dachte, es geht um Problemlösung!)

Jochen Ott (SPD): Da wir so schön über den Montag gesprochen haben, können wir vielleicht noch auf eins hinweisen. Es ging um die Frage, wie der Ganztags umgesetzt wird. Habe ich es richtig verstanden, dass die Bildungswissenschaftler am Montag dargestellt haben, dass man ausschließlich mit Erzieherinnen und Erziehern gerechnet hat und die Frage, was schulisch passiert, bei dieser Berechnung überhaupt keine Rolle spielte?

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Das ist wirklich peinlich! Das ist unwürdig für dieses Parlament!)

Präsident André Kuper: Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Frau Müller-Rech, war ich gefragt oder Sie?

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Sie blamieren sich bis auf die Knochen! – Weitere Zurufe)

Ich will Ihnen darauf gerne eine Antwort geben. Es gibt in der Tat noch eine ganze Menge von Fragen und Problemen bezüglich der Umsetzung des Ganztags, der als Bildungsinstrument dienen soll.

Die Zusammenarbeit der Jugendhilfe und der Schule ist sicherlich ein ganz wichtiges Thema.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Es gibt natürlich auch die Frage danach, wie groß der Anteil ist und von wem er finanziert wird. Es geht darum, welche Berufsgruppe die Bildung und die Betreuung bzw. das gemeinsame Zusammenspiel ausfüllen soll.

Das, was Herr Rauschenbach ermittelt hat – ungefähr 5 Milliarden Euro Investitionskosten und ungefähr 3 Milliarden Euro Betriebskosten –, ist konservativ gerechnet, da es sich auf bestehende Modelle und nicht den Ausbau des qualitativen Ganztags bezieht. – Danke.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Rock noch einmal das Wort.

Frank Rock (CDU): Liebe Frau Voigt-Küppers, liebe SPD, lieber Herr Ott, ich empfand die Diskussion als sehr enttäuschend. Ich erkläre Ihnen auch, warum.

Herr Ott hat in seiner – wie ich finde – sehr charmannten Art gesagt, dass er Dinge ansprechen und Frau Voigt-Küppers die Lösungen liefern würde. Im Vortrag von Frau Voigt-Küppers habe ich aber keine Antworten bzw. Ideen bezüglich der Veränderung der Schulsituation gehört.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Voigt-Küppers hat sich wie immer auf das Thema „OGS“ gestürzt und ihr großes Herz präsentiert. Aber von den Lösungen, die ich nach Ihrer Rede, Herr Ott, erwartet habe, war nichts zu hören.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Sie können gerne mit uns ins Gespräch kommen! – Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Ich bin auch enttäuscht, dass sich Frau Beer auf den Weg gemacht hat und der Diskussion nicht folgt. Sie folgt unseren Wortmeldungen eigentlich nie, weil sie in Redesituation immer beschäftigt ist. Das ärgert

mich ein bisschen, weil ich immer versuche, sehr intensiv zuzuhören. Leider ist Frau Beer gegangen.

Ich bin aber auch noch aus einem anderen Grund enttäuscht von Frau Beer.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie ist in keinem Wortbeitrag auf den Antrag eingegangen. Der vorliegende Antrag fordert den Landtag auf, etwas zu tun. Darauf ist Frau Beer leider mitnichten eingegangen. Und wie immer ist sie auch nicht auf die Hinweise eingegangen, dass in den vergangenen Jahren Fehler gemacht wurden. Frau Beer sitzt das aus und sagt einfach, dass wir so weitermachen könnten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Die Ministerin ist Frau Gebauer, nicht Frau Beer!)

Ich erwarte von unserer Opposition eine ehrliche und sachliche Diskussion.

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Ich mache es am Beispiel A12/A13 fest.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ja, wir müssen über Besoldung, Gerechtigkeit, Arbeitsbelastung und viele Dinge sprechen. Was ich aber nicht redlich und ehrlich finde, ist, dass die Opposition diesen Aspekt immer wieder in das Thema „Lehrermangel“ einbindet, obwohl er nur minimale Auswirkungen darauf hat. Die gerechte Besoldung im Zusammenhang mit A12 bzw. A13 in unserem System hat nichts mit dem bestehenden Lehrermangel zu tun. Auch wenn wir A13 bezahlen würden, würde er nicht verschwinden. Hier würde ich mir eine ehrliche Diskussion wünschen.

(Beifall von der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist Quatsch!)

– Ja, Herr Mostofizadeh, jetzt ist kein anderer da, der schreien kann, also schreien Sie. Das ist völlig klar.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist Unfug, was Sie da erzählen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben angefangen mit Molière, und ich möchte auch enden mit Molière.

(Unruhe – Glocke)

Das berühmteste Drama von Molière ist „Der eingebildete Kranke“. Es handelt von einem Hypochonder, Argan, der sich einbildet, krank zu sein. Die Ärzte, die ihn beraten, unterstützen dies, damit sie gut an ihm verdienen.

Übertragen wir das auf den Antrag und die SPD-Politik, kann ich feststellen, dass die SPD ein bisschen wie der eingebildete Kranke ist. Sie bildet sich weiterhin ein, die richtigen Antworten zu haben. Aber

jetzt kommt der entscheidende Punkt: Die Kolleginnen und Kollegen der Grünen unterstützen dies, nutzen aber die gute Situation und die guten Ideen, die die SPD in der Bildungspolitik bestimmt hat, aus.

Liebe Herren und Damen der SPD, ich kann Ihnen nur empfehlen, sich nach nunmehr zehn Jahren vom Gedanken einer Einheitsschule und einer dadurch gerechteren Bildungspolitik zu verabschieden und zu einer zielgerichteten vernünftigen Schulpolitik zurückzukehren.

(Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Eine weitere Auflösung und Zerstörung der Gymnasien durch das Zweisäulenmodell der Grünen ist nicht die richtige Antwort auf die schulpolitischen Herausforderungen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Ott noch einmal gemeldet.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Stellen Sie jetzt die Zwischenfragen, Frau Voigt-Küppers?)

Jochen Ott (SPD): Herr Präsident! Diese Debatte ist beschämend. Ich habe ganz bewusst versucht, Probleme zu benennen, die die Menschen in diesem Land bewegen. Und ich bin der festen Überzeugung, dass die Leute da draußen im Zusammenhang mit der Bildungspolitik ganz genau wissen, dass alle, die in den vergangenen 70 Jahren in Regierungsverantwortung waren, auch Fehler gemacht haben.

Die Zeiten sind vorbei, die Leute wollen das so nicht mehr hören. Deshalb sollten wir herausarbeiten, wo es Unterschiede gibt; aber da, wo wir ein objektives Problem haben, sollten wir es gemeinsam angehen.

Frau Müller-Rech, ich weiß nicht, ob Sie das nicht empfinden können, aber ich will es Ihnen sagen. Wenn der Anteil – ich mache Ihnen das noch mal ganz bewusst – der Kinder mit geistiger Behinderung in den letzten Jahren dermaßen zugenommen hat wie bei uns in Nordrhein-Westfalen, diese Kinder aber keine Chance haben, einen Schulabschluss zu machen, und ich auf einer Veranstaltung wie der des BDKJ letzte Woche auch von immer mehr Kindern höre, dass sie gerne einen Schulabschluss machen würden, das an dieser Förderschule aber nicht möglich ist, dann können wir doch nicht so tun, als ob es das nicht gäbe.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Ich bitte Sie darum, die Probleme der Menschen da, wo es geht, gemeinsam anzugehen, mit Expertenkommissionen – nicht nur mit Geschwafel aus der

Politik, sondern auch mit Leuten von außen – Lösungen zu erarbeiten und dann zu streiten. Dann bringen wir diese Demokratie auch wieder voran.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** dieses **Antrags Drucksache 17/8425** an den **Ausschuss für Schule und Bildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es jemanden, der gegen diesen Vorschlag ist? – Jemanden, der sich enthalten möchte? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

3 Chancen der Digitalisierung für Einbürgerungen nutzen!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8421

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion erteile ich als erster Rednerin der Kollegin Wermer das Wort.

Heike Wermer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Seit knapp zwei Jahren wirbt die Landesregierung mit der Kampagne #IchDuWirNRW für die Integration in Nordrhein-Westfalen. Die Kampagne wirbt für Chancengleichheit, sie wirbt für Unterstützung und sie signalisiert: Wenn du möchtest, dann können wir alle gemeinsam an einem besseren NRW arbeiten.

Die Kampagne soll alle Seiten der Integration ansprechen: die aufnehmende Gesellschaft, also uns Deutsche, und diejenigen, die neu zu uns gekommen sind oder neu kommen. Sie drückt aus: Wir schätzen jedes Engagement, egal woher du kommst. Nur so kann aus einem Du und einem Ich ein Wir werden.

Meine Damen und Herren, es ist kein neuer Gedanke, dass für die CDU am Ende eines langfristigen und erfolgreichen Integrationsprozesses die deutsche Staatsbürgerschaft steht. Die NRW-Koalition möchte die Zahlen der Einbürgerung in NRW steigern. Diese Zielsetzung findet sich auch bei der Kampagne #IchDuWirNRW sowie in der „Integrationsstrategie 2030“ wieder.

Aktuell nutzt nur ca. 1 % der ausländischen Mitbürger in NRW – nämlich 27.650 Personen im Jahr

2018 – die Möglichkeit zur Einbürgerung. Dabei hat fast die Hälfte der Ausländer bei uns die Mindestaufenthaltsdauer von acht Jahren erreicht und tendenziell die Möglichkeit, deutscher Staatsbürger zu werden.

Deshalb wollen wir weitere Schritte unternehmen, um mehr Einbürgerungen zu erreichen; denn die Einbürgerung ist das Ziel am Ende eines langen Weges, des Integrationswillens und der Heimatfindung in Deutschland.

Wir möchten den Weg dafür ebnen, dass sich ein Ausländer nach acht Jahren hier bei uns entscheidet, deutscher Staatsbürger zu werden. Der Wille und der Mut, einen Einbürgerungsantrag zu stellen, senden uns ein Signal, nämlich auch mit allen Rechten und Pflichten zur Gesellschaft dazugehören zu wollen. Ein besseres Zeichen kann man unserer Gemeinschaft nicht geben.

Aber darin äußert sich natürlich auch eine gewisse staatliche Erwartungshaltung an ausländische Staatsbürger, die hier seit vielen Jahren leben und ihren Alltag meistern.

Wenn wir diese Erwartung hegen und dieses Ziel einer Einbürgerung voraussetzen, dann müssen wir den Weg dorthin auch angemessen pflastern. Genau das bedenkt unser Antrag. Wir von CDU und FDP sehen einen Mehrwert in einem Onlineinformationsportal. Hier können wir zeigen, wie die Digitalisierung der Integration nützlich sein kann. Dazu wird E-Government weiter umgesetzt. Wir wollen, dass eine Vorabprüfung den Antragsweg erleichtert.

Uns erscheint ein Onlineportal notwendig, das ansprechend über die Möglichkeiten der Einbürgerung informiert und auch dazu motiviert. Notwendige Voraussetzungen, einzureichende Unterlagen – all das soll digital überprüft werden und Zeit sparen, und zwar beim Antragsteller wie auch bei den Behörden.

Das hat zwei entscheidende Vorteile:

Erstens: eine Entlastung der Mitarbeiter in den Behörden. Viele Beratungsangebote könnten somit digital angeboten und abgerufen werden. Das wäre ein weiterer Schritt zur Entbürokratisierung; viele andere wurden durch die NRW-Koalition bereits unternommen.

Zweitens. Daneben fördert ein digitales Serviceportal auch den Abbau von gewissen Hemmnissen und schafft eine Erleichterung bei der Informationsfindung für die Antragsteller. Man kann sich zu Hause genügend Zeit nehmen, alle Informationen zu studieren, die Vorabprüfung selbst vornehmen und sich so den Gang zum Amt sparen.

Das Onlineportal ist also ein weiterer Schritt der NRW-Koalition für Bürgerfreundlichkeit. Es vereinfacht und beschleunigt die Aufklärung zum Thema „Einbürgerung“.

Natürlich bleiben neben den Formalia – der Mindestaufenthaltsdauer und dem Nachweis des selbstständigen finanziellen Lebens – auch die weiteren Kriterien zur Einbürgerung wie die Einstellung zu unserem Staat und ein Bekenntnis zu unseren demokratischen Werten erhalten.

Ein digitales Serviceportal für Einbürgerungsverfahren darf keine Zukunftsmusik bleiben. Das Digitallabor zeigt uns Möglichkeiten auf, neue Konzepte für die Behördenarbeit zu nutzen. Das hilft unseren Kommunen; denn das Portal ist zum einen eine Entlastung für Mitarbeiter in den Verwaltungen, vor allem aber eine Hilfe für Einbürgerungsinteressenten. Deshalb bitte ich im Namen meiner Fraktion um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Lenzen das Wort.

Stefan Lenzen (FDP): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als Abgeordnete erhalten wir von den Bürgerinnen und Bürgern sehr viele Fragen. Gerade Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit stellen Fragen wie die folgenden: Ich möchte gerne Deutscher werden, was muss ich da eigentlich machen? An wen muss ich mich wenden? Wie kann ich mich einbürgern lassen? Welche Unterlagen benötige ich? Wie läuft das Verfahren zur Einbürgerung ab? Welche Voraussetzungen muss ich erfüllen? Wie gut muss ich Deutsch sprechen? Wie sieht es mit einem Einbürgerungstest aus? Wie kann ich vielleicht meine alte Staatsbürgerschaft noch behalten? Was kostet das am Ende eigentlich?

Diese und viele weitere Fragen erreichen bestimmt auch den einen oder anderen Kollegen, die eine oder andere Kollegin. Man könnte die Antworten einfach mal zusammentragen.

Wir als Freie Demokraten wollen außerdem, dass die Verwaltung einfacher wird. In der Digitalisierung sehen wir eine Chance, Verwaltung einfacher zu machen, Hürden abzubauen und den Menschen gesetzliche Ansprüche so zuzuführen, dass sie sie auch wahrnehmen können.

Wir haben es eben von der Kollegin Wermer gehört. Wenn man weiß, dass rund 2,65 Millionen Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit bei uns in NRW leben und, wenn man nach der Aufenthaltsdauer geht, jeder zweite theoretisch eingebürgert werden könnte, es aber am Ende nur zu 1 % Einbürgerung kommt, dann müssen wir hinterfragen, ob es nicht vielleicht einer von vielen Gründen sein könnte, dass wir es den Menschen einfach zu schwer machen.

Nur die Einbürgerung ermöglicht doch die uneingeschränkte Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte wie beispielsweise des Wahlrechts. Die Einbürgerung steht für uns am Ende – wir haben es schon gehört – für einen erfolgreich abgeschlossenen Integrationsprozess.

Wenn wir dieses Ziel mit vielen Menschen, die das auch wollen, erreichen möchten, dann sollte die Politik einen Beitrag dazu leisten, die gut integrierten ausländischen Mitbürger auf dem Weg zur deutschen Staatsangehörigkeit zu unterstützen. In diesem Sinne wollen wir die Möglichkeiten nutzen und die Verwaltung digitaler machen.

Wir stellen uns ein digitales Serviceportal vor, auf dem sich Interessierte informieren können und zahlreiche Hilfestellungen erhalten. Sie können als ersten Schritt schon vor der Antragstellung selbst ganz transparent prüfen lassen: Wie sieht es aus? Welche Anforderungen erfülle ich für die Einbürgerung? Was fehlt vielleicht noch? Beim digitalen Antrag kann man mit entsprechender Hilfestellung schon das Ausfüllen unterstützen.

Man entlastet aber auch unsere Verwaltungen – das darf man nicht vergessen –, wenn man denjenigen, die sich einbürgern lassen möchten, Hilfestellungen gibt, indem man die Informationen strukturiert aufbereitet bis hin zu einer Prüfung für die Verwaltung. Auch das muss man mal erwähnen. Es ist ein Win-win-Effekt für alle Beteiligten.

Wenn wir diese Chancen hier sehen, dann, so bin ich der Meinung, sollten wir als NRW-Koalition diese auch nutzen.

(Beifall von der FDP)

Wir Freie Demokraten meinen, dass man auf unnötige Behördengänge getrost verzichten kann. Wir wollen die Vorteile der Digitalisierung nutzen und, wie erwähnt, die Behörden auch entlasten.

Wir haben schon mitbekommen: Die Landesregierung hat den Gedanken aufgegriffen und in einem „Digitallabor“ in Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern, mit Einbürgerungsbehörden, mit Fachexperten entsprechende Ideen entwickelt. Wie können die Verfahren besser werden? Wie kann man das Ganze umsetzen?

Wir wollen – das ist das Ziel der NRW-Koalition – auf Basis der Ergebnisse dieses Digitallabors alle technischen und organisatorischen Voraussetzungen für eine flächendeckende Umsetzung eines digitalen Serviceportals in NRW schaffen.

Wir wollen dabei die Menschen, die entsprechende Erfahrungen gesammelt haben, im gesamten Einbürgerungsprozess bis hin zu einer bürgerfreundlichen Gestaltung erreichen. Wir wollen das Ganze nutzen und legen großen Wert darauf, dass es kompatibel ist mit anderen Serviceportalen des Landes.

Lassen Sie uns die Chancen für vereinfachte Verfahren, für mehr Einbürgerungen nutzen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat nun die Abgeordnete Frau Stock das Wort.

Ellen Stock (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag zur Digitalisierung von Einbürgerungsverfahren liest sich im Prinzip sehr vielversprechend. Die Idee, ein Onlineserviceportal einzurichten, um den Einbürgerungsantrag zu erleichtern und die Verwaltung zu entlasten, finde ich ausgesprochen gut und richtig.

(Beifall von Stefan Lenzen [FDP])

Diesen Schritt im Zuge der Digitalisierung der Landesverwaltung mitzuplanen, ist logisch und auch berechtigt. Die Vereinfachung der Verfahren ist zweckmäßig und pragmatisch. Ich gehe aber davon aus, dass die finanziellen Mittel dann hoffentlich auch aus dem Digitalisierungsbereich kommen und nicht bei den Integrationsmitteln angerechnet werden.

Denn – und jetzt kommt meine Kritik – als Integrationsinstrument nutzt das Onlineeinbürgerungsportal voraussichtlich nicht viel.

Das Ziel der Landesregierung, die Einbürgerungsquote zu erhöhen und allen, die hier dauerhaft gut integriert leben, auch staatsbürgerliche Rechte zu gewähren, unterstützen wir durchaus. Wir wissen aber, dass die Entscheidung für die deutsche Staatsbürgerschaft eine sehr emotionale Angelegenheit ist. Es ist offenkundig, dass es den Betroffenen häufig schwerfällt, die ursprüngliche Staatsbürgerschaft abzulegen. Aber es ist auch belegt: Einbürgerung fördert die Integration nachhaltig. Deshalb muss die Integrationspolitik intensiv für die Einbürgerung werden.

Doch gerade bei einer derart emotionalen Frage kann ein Onlineportal sicherlich keine große Hilfe leisten. Es ist äußerst fraglich, ob die vorherrschenden Hindernisse für eine Einbürgerung durch ein Onlineverfahren beseitigt werden können und es dadurch vermehrt zu Einbürgerungen kommt.

Ich habe mir einmal die Einbürgerungszahlen in Sachsen-Anhalt angesehen, wo bereits ein Einbürgerungsportal existiert. Da kann man ablesen, dass bestenfalls eine minimale, kaum bemerkenswerte Steigerung vorliegt. Der persönliche Beratungsbedarf liegt bei einer solch einschneidenden Entscheidung wie bei der Einbürgerung viel höher als bei anderen verwaltungstechnischen Fragen. Daher darf das Verfahren nicht auf einem rein onlinebasierten System beruhen.

Die Werbung der Landesregierung für eine Einbürgerung muss vielmehr auf politischer und emotionaler Ebene erfolgen. Dafür sollten Mittel aufgewendet werden. Dabei sollten die Regierungsfractionen dringend noch einmal ihre Einstellung zur doppelten Staatsbürgerschaft überdenken. Wir plädieren nach wie vor für eine doppelte Staatsbürgerschaft, die sicherlich vielen die Entscheidung für eine Einbürgerung bei Beibehaltung der ursprünglichen Staatszugehörigkeit erleichtern würde.

Alles in allem halten wir generell, aus rein praktischer Sicht, ein Onlineportal für eine sehr gute Idee. Wir bezweifeln aber den Nutzen für die Steigerung der Einbürgerungsquote. Vielmehr sind wir der Ansicht, dass die finanziellen Mittel in anderen Maßnahmen effektiver eingesetzt werden können.

Insbesondere sollte die Landesregierung über sinnvollere politische Steuerungsmöglichkeiten zur Förderung von Einbürgerung nachdenken. Wir haben uns deshalb entschieden, uns bei diesem Antrag zu enthalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun der Abgeordnete Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben es gerade schon gehört: Im Antrag wird eine schöne digitale Welt skizziert. Natürlich ist ein Serviceportal gut und schön. Der Plan klingt gut; er ist möglicherweise sogar geeignet, dem Ziel, die Zahl der Einbürgerungen zu erhöhen, das wir auch teilen, etwas näherzukommen.

Aber die Welt, wie sie im Antrag skizziert wird, und die Welt, wie sie tatsächlich ist, haben schlicht und ergreifend überhaupt nichts miteinander zu tun. Das ist natürlich sehr bedauerlich, an einigen Stellen ist es aber auch politisch absehbar gewesen.

Sieht man sich den Sachstandsbericht der Landesregierung zum E-Government-Gesetz an – das wird im Antrag auch mehrfach erwähnt –: Da musste die Landesregierung sich selbst attestieren, dass sie für diese wichtige Zukunftsaufgabe zu wenig Personal und zu geringe finanzielle Ressourcen bereitstellt. Die elektronische Aktenführung, um ein Beispiel zu nennen, wird vermutlich nicht wie geplant bis 2022 realisiert werden können – jedenfalls dann nicht, wenn die Landesregierung so weitermacht wie bisher und nicht endlich gegengesteuert.

Die Koalition feiert heute einen Entwurf für ein neues E-Government-Gesetz, der diesem Parlament aber überhaupt noch nicht vorliegt. Vielleicht liegt er in der Welt von Ankündigungsminister Pinkwart vor, aber nicht in der Realität. Und an dieser Stelle hat Minister

Pinkwart sich den Titel „Ankündigungsminister“ auch tatsächlich redlich verdient.

Im Ausschuss für Digitalisierung und Innovation kündigte er am 04.10.2018 – Sie alle wissen, wie lange das her ist – an, dass dieser Gesetzentwurf bis Ende 2018 oder Anfang 2019 vorliegen werde. In der E-Government-Strategie von Dezember 2018 wird er dann für das erste Quartal 2019 angekündigt. Als das vorbei ist, kündigt Herr Pinkwart das Gesetz am 29.05.2019 für vor der Sommerpause 2019 an. Und als dieser Zeitpunkt wiederum vorbei war, kam die nächste Ankündigung: Am 2. August 2019 wurde das Gesetz für Ende 2019 angekündigt.

Sieht man sich jetzt nach dem Gesetzentwurf um: Es gibt ihn nicht. Schwarz-Gelb läuft sehenden Auges in ein absolutes E-Government-Desaster. Handeln Sie seitens der Landesregierung endlich. Machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben in diesem wichtigen Bereich!

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben ja durchaus richtig die Vorzüge der Digitalisierung für die Verwaltung benannt – auch für die Einbürgerung. Da haben wir inhaltlich auch überhaupt gar keinen Dissens. Das ist alles schön und gut. Aber eine Regierung ist doch nicht nur dazu da, gute Dinge in der Welt zu sehen und sie dann zu bewundern, sondern eine Regierung ist dazu da, hart zu arbeiten, damit diese Chancen auch endlich gehoben werden können. Aber Sie machen es nicht.

Um Ihre Untätigkeit zu kaschieren, kommen nun dieser Antrag mit einem bunten Sammelsurium von Allgemeinplätzen und noch mehr Ankündigungen wie das Vorhaben der digitalen Einbürgerungslösung. Wir haben viele blumige Worte dazu gehört. Das wurde bereits im letzten November als gemeinsames Projekt mit Bayern, unterstützt durch Brandenburg, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern, angekündigt, und es wird hier jetzt noch einmal als politische Initiative von CDU und FDP abgefeiert.

Da zeigt sich doch einfach mal wieder, dass dieses Parlament, dieses Hohe Haus, dieser Landtag für diese Koalition eigentlich nur die Marketingbude für Regierungs-PR ist, aber dass Sie sich offensichtlich nicht dafür interessieren, was tatsächlich passiert und was diese Regierung tatsächlich treibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Projekt eines digitalen Einbürgerungsportals würden wir durchaus begrüßen.

(Zuruf von Heike Wermer [CDU])

Wir brauchen definitiv leichtere Wege zur Einbürgerung, wir brauchen schlanke, faire und schnelle Verfahren. Aber wir brauchen eine Regierung, die sich auch endlich mal bequem, zu handeln, die Digitalisierung mutig voranzubringen und sie zum Nutzen

für die Menschen zu entfalten. All das sehen wir an dieser Stelle nicht, und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun die Abgeordnete Walger-Demolsky das Wort.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gehen wir zunächst mal auf eine Zeitreise. September 2000 in Hannover: Der deutsche Bundeskanzler heißt damals noch Gerhard Schröder und verspricht in einer Rede auf der Weltausstellung Expo eine Revolution der deutschen Verwaltung. Ämter sollen ihre Dienstleistungen künftig auch im Netz anbieten. Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger.

Heute, knapp 20 Jahre später: Schröder ist seit Langem in Rente, doch in der Verwaltung hat sich wenig geändert. Steuererklärungen kann man online abgeben, aber das ist eine der seltenen Ausnahmen in der Beziehung zwischen Bürgern und Beamten. Wer umzieht, wer heiraten oder bauen will, wer Kinder- oder Elterngeld braucht, füllt wie eh und je Formulare aus, kopiert Belege und zieht Wertmarken fürs Warten. Großes Glück empfindet, wer wenigstens den Termin online machen konnte und wenn der dann auch nicht wieder abgesagt wurde.

Es gibt also viele Bürger in unserem Land, die seit Jahrzehnten darauf warten, dass sich etwas digital, also in Nullen und Einsen, auf den Weg macht und sich in den Amtsstuben unserer Kommunen bewegt.

Bis 2022 will die Politik die deutsche Verwaltung in einem Hauruckverfahren digitalisieren. Die Erfolgsaussichten erscheinen jedoch äußerst gering, wenn man sich die Probleme vor Ort ansieht. Unsere Städte müssen ca. 180.000 Implementierungen von Onlinedienstleistungen bewerkstelligen. Probleme dabei sind unterschiedliche IT, unterschiedliche Register, unterschiedliche Verwaltungsvorgänge usw.

Während erfolgreiche E-Government-Länder ein einheitliches Bürger- und Unternehmensportal haben, setzt Deutschland auf die Verknüpfung bestehender Portale.

Die Folge ist: Im aktuellen E-Government-Ranking der EU-Kommission belegt Deutschland Platz 24 von 28 Plätzen. Eine Studie des Industrieländerklubs OECD zeigt unter anderem Dänemark, Finnland, Belgien, Österreich, Spanien und Frankreich. Dort hat sich die Quote der Nutzer amtlicher Onlineformulare im vergangenen Jahrzehnt mehr als verdoppelt. In Deutschland passiert fast nichts.

Nun gibt es natürlich eine Priorisierung, die eigentlich festlegen soll, welche Verwaltungsdienstleistungen

zuerst ins digitale Zeitalter transferiert werden. Es wurde in zwei Blöcke unterteilt, und in der Tat hat man erkannt: Es gibt Leistungen, die einer schnelleren Umsetzung bedürfen. Dazu gehören zum Beispiel Kfz-Zulassungen, Um- und Abmeldungen, aber auch Meldebestätigungen und Personalausweise.

Wer von Ihnen hat zuletzt An- oder Ummeldungen machen müssen? Wer weiß, wie viele Behördengänge zum Beispiel nach einem Portemonnaie-Diebstahl erforderlich werden? Bis alles wieder da ist, gehen möglicherweise viele Monate Wartezeit, viele Stunden in Warteräumen und Bürgerämtern verloren.

Unter Prio 2 findet sich auch das Einbürgerungswesen, dem aber hier heute eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll. Die Frage ist: Warum? – Zum einen ist es ein einmaliger Verwaltungsakt und nicht, wie zum Beispiel bei Fahrzeugangelegenheiten ein immer wiederkehrender. Ist dennoch gerade hier eine besondere Anstrengung zur Umsetzung notwendig? – Wir meinen: Nein. Denn Priorität muss doch haben, worauf unsere Bürger schon länger warten.

Der Migrant, der im Jahre 2000 dem Altkanzler Schröder zugehört hat, ist doch längst eingebürgert. Ganz im Gegenteil: Er muss seinen deutschen Personalausweis in diesem Jahr schon zum zweiten Mal erneuern, und zwar nicht digital. Wir können uns auch fragen, wie oft der wohl schon beim Straßenverkehrsamt gesessen hat.

Herr Minister Stamp hat schon vor drei Monaten über die Zusammenarbeit mit Bayern zu einer schnelleren Entwicklung eines Onlineverfahrens öffentlich berichtet. Wofür also heute dieser Antrag? – Sie arbeiten ganz toll mit. Da sind wir uns einig, auch ohne solche Schaufensteranträge. – Wie wenig ernst Sie das Ganze meinen, sieht man daran, dass Sie ihn heute direkt abstimmen lassen wollen. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp^{*}, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die volle und gleichberechtigte Teilhabe an Staat und Gesellschaft ermöglicht einzig und allein die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie alleine ermöglicht die uneingeschränkte Wahrnehmung aller staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.

Das ist der Grund, warum wir im Rahmen unserer Kampagne #IchDuWirNRW eben auch ganz gezielt

für Einbürgerungen werben. Wir arbeiten gleichzeitig daran, Einbürgerungen konkret zu erleichtern.

Ja, Frau Stock, dazu gehört auch, dass wir uns Gedanken darüber machen, wie man beim Staatsbürgerschaftsrecht zu Veränderungen kommen kann. Uns schwebt vor, dass wir in einem ersten Schritt für die erste Generation der Einwanderer, der sogenannten Gastarbeitergeneration, hier entsprechende Erleichterungen schaffen.

(Ellen Stock [SPD]: Das haben Sie schon sehr lange!)

Ich danke jedenfalls den regierungstragenden Fraktionen für diesen Antrag, der nämlich genau das unterstreicht, was notwendig ist: Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und Verwaltung effizienter und bürgerfreundlicher zu gestalten. Dafür bietet die Digitalisierung ohne Zweifel große Chancen. Das gilt natürlich auch für Einbürgerungen.

Bereits seit einigen Monaten hat mein Haus zusammen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration im Rahmen eines sogenannten Digitalisierungslabors Grundlagen für die digitale Antragstellung geschaffen. Sie wurden gemeinsam mit kommunalen Einbürgerungsbehörden in Nordrhein-Westfalen entwickelt.

Mein Interesse ist es, die Kommunen in den Aufgaben des Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrechts zielgerichtet zu unterstützen. Wir haben dazu von unserem Haus aus in den Sommerferien Gespräche mit 70 Ausländerbehörden hier in Nordrhein-Westfalen geführt und haben uns auch angehört, wo die Problemlagen liegen, dass es zum Teil bei der Einbürgerung noch nicht in dem Maße weitergeht, wie wir uns das wünschen.

Aber wir wollen eben sehen, dass die Digitalisierung des Antragsverfahrens ein modernes und wirksames Instrument ist, das im ersten Schritt schon einen Großteil der persönlichen Vorsprachen erspart. In Kooperation mit der Stadt Solingen und weiteren Städten in Nordrhein-Westfalen erfolgt jetzt die technische Umsetzung eines digitalen Einbürgerungsantrags.

Da wende ich mich noch einmal an Sie, Frau Stock.

(Ellen Stock [SPD] ist im Gespräch mit Fraktionskollegen.)

– Frau Kollegin? Ich spreche Sie gerade an, weil ich Ihrer Rede zugehört habe

(Ellen Stock [SPD]: Ich bin ganz Ohr!)

und auch gemerkt habe – ich kenne das ja auch noch aus meiner Zeit als Oppositionspolitiker –: Da gibt es einen guten Antrag von den regierungstragenden Fraktionen, und eigentlich will man dem zustimmen,

muss dann aber händeringend irgendwelche Argumente suchen, damit es doch zu einer Enthaltung reicht.

Sie haben eben vorgetragen, dass für Sie ein Kritikpunkt ist, dass es nicht klar ist, wie die Finanzierung gestaltet wird. Ich kann Ihnen in dem Zusammenhang sagen, dass jetzt gerade, was unser Modell mit Solingen betrifft, die Mittel aus dem Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie kommen, meine Damen und Herren.

(Ellen Stock [SPD]: Händeringend irgendwas zu finden, ist nicht der Fall!)

Ziel ist es, dass Anfang 2021 für alle Einbürgerungsinteressierten unabhängig vom Aufenthaltsort ein Antrag online zur Verfügung gestellt werden kann. Von jedem Ort aus soll der Antrag gestellt werden können und dann bei der zuständigen Behörde eingehen und bearbeitet werden können.

Meine Damen und Herren, ob die Voraussetzung für eine Einbürgerung vorliegen, ist durchaus eine rechtlich komplexe Frage. Ein sogenannter Quick-Check soll eine erste Möglichkeit sein, mit der interessierte Personen mit einfachen Fragen ihre Chancen auf eine erfolgreiche Einbürgerung prüfen können, bevor sie die entsprechenden Anträge stellen. Das ist zum Beispiel etwas, was uns die Ausländerbehörden im persönlichen Gespräch geschildert haben, dass sehr viel Zeit darauf verwandt wird, Gespräche zu führen, um dann festzustellen, dass bestimmte Kriterien nicht erfüllt sind. Wenn man das vorher mit einem solchen Quick-Check online erledigen kann, ist beiden Seiten deutlich geholfen.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns über diesen Antrag. Ich hoffe, ich habe der Kollegin Stock und den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hier im Hause noch einmal dargelegt, dass Sie sich an dieser Stelle durchaus einen Ruck geben können, sich nicht enthalten müssen, sondern auch einfach zustimmen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/8421. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Grünen, die AfD und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Enthaltungen? – Enthaltung der SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8421** gleichwohl **angenommen**.

Ich rufe auf:

4 Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8298 – Neudruck

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der Grünen dem Abgeordneten Rimmel das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Johannes Rimmel* (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir legen Ihnen hier und heute eine kleine Novelle des Denkmalschutzgesetzes NRW vor.

Wir haben bislang freundlicherweise gewartet, weil die Landesregierung angekündigt hatte, eine eigene umfassende Novelle vorzulegen. Das wird wahrscheinlich auch noch kommen, aber bis zum Ende des Jahres 2019 lag es nicht vor. Bisher habe ich auch noch nicht vernommen, dass eine Verbändeanhörung eingeleitet worden ist.

Insofern haben wir uns gesagt, bei einem wichtigen Punkt, über den debattiert wird, brauchen wir Entfesselung. Dazu legen wir eine kurze, kleine und knappe Novelle vor. Es geht um die Frage der Energieeffizienz und der energetischen Sanierung von Denkmälern.

Klar ist, dass Denkmäler Bestandteile des kulturellen Erbes sind. Sie sind identitätsstiftend. Aber sie sind zu einer Zeit gebaut worden, in der die Nutzung unter den damaligen Bedingungen im Vordergrund stand. Die Nutzungszwecke haben sich im Laufe der Zeit allerdings geändert. Insofern entsteht ein latenter Interessenskonflikt zwischen auf der einen Seite dem Erhalt und auf der anderen Seite der Nutzung der historischen Bausubstanz.

Wenn man aktuell historische Bausubstanz nutzt, weiß man, was es heißt, eine entsprechende energetische Anpassung vorzunehmen. Das muss nämlich beantragt und genehmigt werden. Derzeit sieht unser Denkmalschutzgesetz an dieser Stelle zumindest keine Abwägung mit solchen Überlegungen vor – beispielsweise wenn es darum geht, eine Solaranlage zu installieren oder Fenster einzubauen, die zwar den historischen Fenstern entsprechen, aber doppelt oder dreifach verglast sind. Hier gibt es dann die entsprechenden Einwände und man ist der Abwägung der jeweiligen unteren Denkmalschutzbehörde, ich will nicht sagen: ausgeliefert, aber es gibt dazu keine Leitlinien.

Andere Bundesländer, insbesondere Hessen – wir haben uns an Hessen orientiert und gar nichts selber

erfunden –, haben eine entsprechende Abwägungsklausel in das Gesetz aufgenommen. Das Gleiche schlagen wir für Nordrhein-Westfalen vor. Wir erhoffen uns ein schnelles und zügiges Gesetzgebungsverfahren, um diese Entfesselung in einem zugegebenermaßen kleinen Teilbereich tatsächlich auf den Weg zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei der Durchsicht des Denkmalschutzgesetzes ist uns allerdings noch etwas aufgefallen, was bezogen auf die aktuelle Debatte anschlussfähig ist. Im nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetz gibt es nämlich eine einzigartige Privilegierung bestimmter Vorhaben im Bereich der Rohstoffgewinnung. Wir haben das mit den Denkmalschutzgesetzen anderer Bundesländer verglichen. Eine vergleichbare Privilegierung findet sich nirgendwo, es gibt sie nur in Nordrhein-Westfalen.

Es geht darum, dass hier insbesondere das Unternehmen RWE bei Tagebauen nicht wie alle anderen Grundstückseigentümer warten muss, bis die entsprechenden Denkmäler durch die zuständigen Behörden katalogisiert, kategorisiert worden sind, dass man also einfach weiter baggern kann.

Hinzu kommt – das ist unter Beihilfegesichtspunkten nicht unwichtig –, dass der Eigentümer im Gegensatz zu allen anderen Eigentümern in diesem Fall von Kosten entlastet wird, also keine Kosten zu zahlen hat.

Beide Punkte sind aus unserer Sicht angesichts der Diskussion um den Kohleausstieg nicht mehr zeitgemäß. Deshalb haben wir die Streichung dieser Paragraphen gleich mit beantragt. Es ist also eine kleine, feine Novelle, und ich bitte um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Als Nächstes spricht für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Schruppf.

Fabian Schruppf (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Rimmel, wir als NRW-Koalition haben vom ersten Tag in Regierungsverantwortung an deutlich gemacht, dass uns die Denkmalförderung am Herzen liegt.

Durch eine deutliche Erhöhung der Landesmittel zur Denkmalpflege bis auf zuletzt 16 Millionen Euro in 2019 unterstützen wir Privatpersonen wie Kommunen dabei, die Bau- und Bodendenkmäler in unserem Land zu erhalten. Dies gilt auch im neuen Jahr unverändert fort.

(Beifall von der CDU)

In der Debatte zum Antrag der NRW-Koalition zur Stärkung von Denkmalschutz und Denkmalpflege im

vergangenen Jahr habe ich hier vor Ihnen gestanden und gesagt: Wir müssen die Denkmäler in unserem Land fit für das 21. Jahrhundert machen, indem wir Barrierefreiheit, Umwelt- und Brandschutz, energetische Sanierung, die Nutzung regenerativer Energien, aber auch neue zukunftsfeste Nutzungsmöglichkeiten von Denkmälern besser mit den Zielen des Denkmalschutzes in Einklang bringen. Auch das gilt unverändert fort.

Wir hatten dazu einen guten und, wie ich finde, konstruktiven fachlichen Austausch im Ausschuss im Rahmen einer sehr hilfreichen und weiterführenden Anhörung. Mein persönlicher Höhepunkt, Herr Kollege Remmel, war Ihre Einsicht, dass die drastische Kürzung der Fördermittel für die Denkmalpflege unter Rot-Grün ein schwerer Fehler gewesen ist.

Das machte durchaus Hoffnung auf die Bereitschaft der Grünen für eine weitere konstruktive Mitarbeit beim Thema „Denkmalschutz“. Umso mehr verwundert uns daher der nun vorgelegte Gesetzesentwurf, der lediglich zwei Teilaspekte aus dem Denkmalrecht sozusagen vorwegnimmt.

Anders als Sie betrachten wir als NRW-Koalition das Denkmalschutzgesetz als Ganzes. Es ist nicht zielführend, sich lediglich zwei einzelne Aspekte herauszupicken, wie es hier mit den §§ 9 und 19 der Fall ist. Dadurch drängt sich vielmehr die Frage auf, worum es Ihnen wirklich geht. Wollen Sie Rosinenpickerei betreiben? Wollen Sie – Sie sagten es ja eben selbst ein Stück weit – anknüpfend an die Debatte von heute Morgen weiterhin dem Abbau von Bodenschätzen Steine in den Weg legen? Worum geht es Ihnen?

Auch wenn die Erleichterungen der energetischen Sanierung von Denkmälern sicherlich sinnvoll sind – unser Antrag, ich hatte es gesagt, hatte diese auch bereits vorgesehen –, sollten wir das nicht losgelöst etwa von dem wichtigen Thema „Barrierefreiheit“ sehen.

Der zweite Teil Ihres Gesetzesentwurfs behandelt aus meiner Sicht – wenn es Ihnen wirklich darum geht – einen klassischen Zielkonflikt, der sich jedoch nicht einseitig durch eine bloße Streichung im Gesetzestext wird lösen lassen.

Dem Risiko des Verlustes von Bodendenkmälern stehen die berechtigten Bedürfnisse der Bevölkerung und Wirtschaft nach Rohstoffen zur Energiegewinnung, zum Bau von Straßen, von Gebäuden oder zur Herstellung chemischer Erzeugnisse gegenüber.

Sehr geehrte Damen und Herren, richtig ist sicher, dass der Abbau von Rohstoffen in einer Größenordnung von jährlich rund 360 ha Fläche das zuständige Bodendenkmalpflegeamt und die archäologischen Arbeiten in den Abbaugebieten seit Jahren vor erhebliche Herausforderungen stellt. Die 1990 gegrün-

dete Stiftung zur Förderung der Archäologie im rheinischen Braunkohlerevier gibt daher den Archäologen vor Ort die Möglichkeit, Bodendenkmäler zu untersuchen, zu dokumentieren und auszuwerten. Dem Risiko des Verlustes historischer Substanz auf der einen Seite stehen aber auch Chancen auf der anderen Seite gegenüber. So sieht es im Übrigen auch die vorgenannte Stiftung.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, ich muss kurz unterbrechen. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage. Lassen Sie sie zu?

Fabian Schrumpf (CDU): Wenn die Zeit eingehalten wird, gern.

Präsident André Kuper: Ja, das kriegen wir noch hin. – Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich möchte kurz zum vorherigen Punkt zurückkommen und Sie fragen, warum Sie denn einen Punkt ablehnen, der so eins zu eins in Hessen, wo ja die CDU auch mitregiert, durchgeführt wird? Warum lehnen Sie also die Vereinbarkeit und die Abwägung zwischen Denkmalschutz und Klimaschutz bzw. dem Einsatz von erneuerbaren Energien ab, obwohl dies an anderer Stelle von der CDU befürwortet und sogar eingeführt wurde?

Fabian Schrumpf (CDU): Frau Kollegin Brems, wenn Sie mir zugehört hätten, hätten Sie auch herausgehört, dass ich diesen Punkt eben nicht ablehne, sondern vielmehr gesagt habe: Unser Antrag hatte diesen Punkt bereits zum Inhalt, und zwar als einen Aspekt von mehreren. Was wir jedoch nicht möchten, ist, dass Sie jetzt Rosinenpickerei betreiben und herausgelöst von der Novelle des Denkmalschutzes schon einmal so tun, als würden Sie ihn sich zu eigen machen. Wir haben angekündigt, eine umfassende Novelle des Denkmalschutzgesetzes vorzulegen, wo das ein Teilaspekt neben anderen ist.

Warum haben Sie denn nicht zum Beispiel das berechtigte Anliegen nach Barrierefreiheit ebenfalls aufgegriffen? Ich finde, bei dieser Vorgehensweise drängt sich doch vielmehr der Eindruck auf, es geht Ihnen mehr um den zweiten Aspekt, und den ersten unstreitigen bringen Sie nebenher mit hinein, sodass am Ende des Tages nicht auffällt, dass es Ihnen eigentlich wiederum um eine verkappte Kohledebatte geht.

(Beifall von der CDU)

Ich war aber bei den Chancen, die auch einen Abtrag von Kulturlandschaften, die zurück bis in die Jungsteinzeit reichen, bedeuten können. Denn so kann die Archäologie ganze Siedlungsräume komplett untersuchen. Durch den großflächigen Abtrag wurden bereits tatsächlich historische, kulturelle sowie geologische Erkenntnisse gewonnen, die andernorts in der Form und Größenordnung schlichtweg nicht mit vertretbarem Aufwand möglich gewesen wären. Sie sehen also, wie so oft im Leben gibt es auch in diesem Kontext zwei Seiten einer Medaille.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bürgerschaftliche Engagement zum Erhalt des baukulturellen Erbes unseres Landes gilt es zu unterstützen. Dazu benötigen wir ein modernes Regelwerk, welches zeitgemäß und zukunftsfest den Herausforderungen im Denkmalschutz begegnet. Die Landesregierung hat hierzu angekündigt, noch in diesem Jahr einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen, der im Gegensatz zu dem hier vorliegenden Entwurf der Grünen sämtliche Aspekte einbeziehen wird.

Wir als NRW-Koalition werden uns also dafür einsetzen, dass dem neuen Denkmalschutzgesetz eine ganzheitliche Betrachtung von Denkmalschutz und Denkmalpflege zugrunde gelegt wird, die neben Barrierefreiheit, Brandschutz, energetischer Sanierung eben auch den Umweltschutz und Einsatz erneuerbarer Energien einbezieht.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, es gibt einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Fabian Schrumpf (CDU): Jetzt gerne die Zwischenfrage.

Präsident André Kuper: Bitte.

Johannes Remmel^{*)} (GRÜNE): Schönen Dank für die Möglichkeit, auch noch einmal zwischenzufragen. – Sie haben gerade die Landesregierung zitiert. Wir sind allerdings jetzt im Jahre 2020. Das Zitat der Landesregierung, noch in diesem Jahre eine Novelle des Denkmalschutzgesetzes einzubringen, hat sich meines Wissens auf das Jahr 2019 bezogen. Würden Sie mir da zustimmen?

Fabian Schrumpf (CDU): Herr Kollege Remmel, ich rede nicht mit Ihnen über Zitate; ich rede darüber, wie wir eine gutes, umfassendes Denkmalschutzgesetz für unser Land bekommen, was eben nicht einzelne Teilaspekte herausgreift, sondern was die gerade von mir skizzierten Punkte mit berücksichtigt. Da geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Ich dachte immer, da hätten wir beide – zumindest auch aus fachlicher Sicht – Konsens und wären sicher, dass wir ein gutes Denkmalschutzgesetz machen wollen, was für

die nächsten 20, 30 Jahre auch hält. Jetzt über Semantik und ein, zwei Monate zu streiten, finde ich ein wenig kleinkariert.

Ich komme zurück. Ich war dabei, dass es auch darum geht, erneuerbare Energien und Umweltschutz einzubeziehen. Wir sind also offen für einen produktiven weiteren Austausch. Für Rosinenpickerei oder die Blockade der Gewinnung von Bodenschätzen

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

mittels Denkmalschutzrecht stehen wir aber sicher nicht zur Verfügung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Herr Becker das Wort.

Andreas Becker (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Stoßrichtung des Antrags ist uns ja noch einmal vorgestellt worden. Mit Blick auf die Zuschauer, denke ich, muss man einmal sagen, dass der eine oder andere Abgeordnete ein Déjà-vu hatte, weil wir uns ja genau am 24. Mai 2019 schon einmal mit einem Antrag zum Denkmalschutz und zur Denkmalförderung beschäftigt haben.

Damals haben die Regierungskoalition – ich habe es im Protokoll noch einmal nachgelesen – wie auch die Landesregierung darauf hingewiesen, dass in diesem Jahr, in dem wir das vierzigjährige Jubiläum des Denkmalschutzgesetzes begehen, ein neues Denkmalschutzgesetz verabschiedet werden soll. Darauf kann man jetzt warten. Im letzten Jahr wurde gesagt, es soll kommen.

Deshalb nehme ich das Ende einmal vorweg: Wir sind der Auffassung, dass es sich hier um sehr interessante Themen handelt, und werden daher der Überweisung gerne zustimmen. Wir freuen uns auf eine erkenntnisbringende Anhörung, ob allein zu diesem Gesetzentwurf oder gemeinsam mit einem anderen der Landesregierung oder der Koalitionsfraktionen, sei dahingestellt.

Zwei Dinge sind uns aber jetzt schon wichtig, die man in die Diskussion einbringen kann. Die Diskussion um die Nutzungsmöglichkeiten von Baudenkmalern, die Herstellung von Barrierefreiheit, die Nutzung regenerativer Energien oder den Brandschutz ist ja nicht neu. Auch dass die Rechtstellung der Unteren Denkmalbehörden in Rede steht, ist auch nicht neu. Was ist also neu?

Im Kern geht es in dem vorgelegten Gesetzentwurf um die Veränderungsgenehmigungen nach § 9. In diesem Zusammenhang wird auf die Bedeutung der

jeweiligen Denkmalbehörde verwiesen. Das sind faktisch die jeweiligen Kommunen und die Unterausschüsse der entsprechenden Ausschüsse.

Es wird eine Klarstellung in § 9, Erlaubnispflichtige Maßnahmen, vorgeschlagen, und zwar dergestalt, dass in Abs. 2 folgender Satz eingefügt wird:

„Die Behörden haben bei allen Entscheidungen und Genehmigungen die Belange des Klima- und Ressourcenschutzes besonders zu berücksichtigen.“

Dieser Vorschlag ist aus Sicht meiner Fraktion problematisch. Er würde praktisch zu einem Paradigmenwechsel in der Baudenkmalpflege führen. Konkret würden Klima- und Ressourcenschutz vor denkmalpflegerische Aspekte gestellt. Das ist nach unserer Ansicht – bei allem Verständnis – über das Ziel hinausgeschossen. Denn auch wenn es rund 86.000 Denkmäler in unserem Land gibt, werden diese für die Erreichung der Klimaschutzziele sicher nicht entscheidend sein.

Insgesamt betrachtet – das gilt auch für den CDU-Antrag aus dem letzten Jahr – ist der Ansatz der Nutzung von Denkmälern und letztlich ihrer wirtschaftlichen Verwertung sicher nicht die Perspektive, die ein verantwortungsvoller Denkmalschutz als Erstes braucht. Das ist vergleichbar mit der Behauptung, dass der Erhalt von Denkmälern nur an moderner Nutzung und deren wirtschaftlichen Betrieb hänge. Aber denkmalwürdige Gebäude sind auch ohne diese Aspekte erhaltenswert.

Deshalb wären wir gut beraten, mit Augenmaß eine Modernisierung des Denkmalschutzes als lohnende Aufgabe zu begreifen, bei der das Baudenkmal mit seinem zentralen Charakter im Mittelpunkt steht und bleibt – also kein Stillstand, sondern situativ angepasste Maßnahmen in Absprache mit Denkmalschutz, Kommune und Eigentümer.

Was den zweiten Teil des Gesetzentwurfs angeht, gebe ich ebenfalls zu bedenken, ob Sie mit Ihrem Vorschlag nicht über das Ziel hinausschießen. Ich frage mich, ob Kern Ihres Interesses die Erhaltung von Bodendenkmälern oder der Stopp des Braunkohletagebaus ist. Denn klar ist doch: Wenn Sie die Ausnahmeregelungen für festgesetzte Abgrabungsgebiete von Bodenschätzen abschaffen wollen, müssen Sie sehen, dass diese riesigen Flächen dem Bodendenkmalschutz wie andere auch unterliegen.

Es erscheint uns fraglich, ob nach Beschluss dieser Änderungen für die Abbaugelände nicht ein Bestandsschutz gelten würde. Insofern wäre kein Sicherungseffekt, wie von Ihnen intendiert, erzielbar.

Meine Damen und Herren, es bleiben für uns also noch viele Fragen offen. Daher besteht auch hier unser großes Interesse an einer Überweisung des Gesetzentwurfs in die beteiligten Ausschüsse mit einer Expertenanhörung, um den Dingen auf den Grund

gehen zu können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die FDP spricht Herr Kollege Paul.

Stephen Paul (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erkenne, lieber Herr Remmel, dass Sie sich bei den Grünen Gedanken darüber machen, wie Denkmäler genutzt und dadurch erhalten werden können. Sie haben also verstanden: Übertriebener Denkmalschutz, der die Nutzung von Gebäuden erschwert, führt auch zum Verfall.

82.000 Denkmäler sind es ja, darunter 6.100 Bodendenkmäler, die auch hier angesprochen worden sind – alles Zeugen unserer Siedlungsgeschichte, unserer Kultur und unserer Identität, vor allen Dingen aber des bauhandwerklichen Könnens vergangener Generationen.

Unsere Mehrheit im Landtag Nordrhein-Westfalen aus Freien Demokraten und Christdemokraten hat, wie wir finden, seit 2017 schon vieles erreicht, um den Denkmalschutz in unserem Land wieder zu stärken. Mehr Förderungen für private Eigentümer, Kirchen und Kommunen belegen das. In diesem Jahr stehen übrigens inklusive Verpflichtungsermächtigungen 25 Millionen Euro bereit. Daneben gewährt die NRW.BANK zinsgünstige Darlehen in Höhe von bis zu 100 % der Investitionen.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen helfen aber auch – das gehört zum Gesamtbild dazu – viele mit, das baukulturelle Erbe zu erhalten. Dafür sind wir parteiübergreifend sicher dankbar.

Die NRW-Stiftung ist einmal vom Land mit der Absicht gegründet worden, ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen. Sie fördert die Initiativen, die sich um den Naturschutz, die Sicherung denkmalgeschützter Gebäude – da sind wir bei unserem Thema – und die Aufarbeitung historischer Spuren kümmern.

Ich möchte ferner die Deutsche Stiftung Denkmalschutz und natürlich auch die KfW-Bank nennen, die gerade bei der energetischen Sanierung von Denkmälern besondere Hilfen leistet.

Positiv auf das Anliegen des Denkmalschutzes in unserem Land wirkt sich direkt, aber auch indirekt das aus, was wir in jüngster Zeit unter der Ägide unserer Ministerin Ina Scharrenbach aufgebaut haben, nämlich die Heimatförderung, beispielsweise der Heimat-Scheck und das Heimat-Zeugnis. Oder denken Sie einmal an die von uns ausgebaute Förderung des Städtebaus und besonders stark der Dorferneuerung.

Zahlreiche Kommunen – wir sind im Kommunalwahljahr – in unserem Land verfügen über eigene Denkmalförderprogramme. Wenn eine Kommune den privaten Eigentümern Mittel zur Verfügung stellt, etwa für Fassaden in den Innenstädten, unterstützt das Land dies mit zusätzlichem Geld, den sogenannten kommunalen Pauschalmitteln.

Mit dem heute vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden im Wesentlichen zwei Änderungen im Denkmalschutzgesetz vorgeschlagen: erstens ein Vorrang von Klima- und Ressourcenschutz bei allen Entscheidungen in § 9 Denkmalschutzgesetz und zweitens die Abschaffung von Sonderregeln für Abgrabungsgebiete, also in erster Linie Kohleabbaugebiete; Kollege Becker ist gerade darauf eingegangen.

Uns beschleicht auch der Eindruck, den der Redner der SPD eben schon wiedergegeben hat: Es geht bei dem Antrag der Grünen nicht nur um die Denkmäler, sondern auch um Energiepolitik.

Es irritiert schon, dass im Antrag behauptet wird, es würden wertvolle archäologische Funde durch die Kohlebagger zerstört. Fakt ist jedoch, dass selbstverständlich ausreichend Gelegenheit besteht, die Grabungsgebiete vorab fachwissenschaftlich zu untersuchen. Auch eine fortlaufende Überprüfung wird durch das Denkmalschutzgesetz gewährleistet. Diese Maßnahmen bieten doch schon ausreichend Schutz für Bodendenkmäler. Uns ist außerdem kein Fall bekannt, in dem in einem Abgrabungsgebiet ein Grabungsschutzgebiet ausgerufen worden wäre. Die Unterstellungen in der Formulierung des Antrags erscheinen uns also aus der Luft gegriffen. Aber vielleicht erfahren wir in der fachlichen Beratung im Ausschuss ja noch mehr.

Dem Vorschlag zu § 9, lieber Herr Rimmel, können wir als Freie Demokraten etwas abgewinnen. Wir sind nämlich auch der Auffassung, dass wir Baudenkmäler besser schützen können, indem wir ihre Nutzung erleichtern und attraktiver machen. Ihrem Umsetzungsvorschlag können wir aber aus mehreren Gründen schon heute nicht zustimmen.

Erstens. Ein genereller Vorrang von Klimaschutz schießt über das Ziel hinaus.

Zweitens. Nur die energetische Sanierung zu betrachten, greift wohl zu kurz.

Ja, auch wir wollen es den Eigentümern von Baudenkmälern, die größtenteils Private sind, erleichtern, Strom aus Sonne, aus Wasser oder aus anderen natürlichen Kraftquellen für ihre Denkmäler zu nutzen.

Wir wollen da aber nicht stehen bleiben, sondern insgesamt die wirtschaftliche Nutzung von Baudenkmälern in unserem Land erleichtern. Wir sind überzeugt: Nur wenn Baudenkmäler genutzt werden können, können sie auch wirksam geschützt werden.

Ich habe wohl deutlich gemacht, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Grünen mit ihrem Antrag etwas zu kurz springen. Am 24. Mai 2019 – Kollege Fabian Schrupf ist darauf eben persönlich eingegangen – hat der Landtag unseren CDU/FDP-Antrag „Starke Denkmalpflege – starke Heimat! Eigentümer beim Erhalt und der Nutzung von Denkmälern unterstützen“ mit Mehrheit beschlossen. Die SPD hat seinerzeit dagegen gestimmt. Die Grünen haben sich lediglich enthalten.

Wir haben unsere Haltung als NRW-Koalition mit dem Beschluss klargemacht. Wir stehen an der Seite der vielen Tausend privaten, kirchlichen und kommunalen Eigentümer von Denkmälern in unserem Land. Sie erhalten von uns eine immer bessere Unterstützung.

In unserem Auftrag prüft jetzt die Landesregierung die rechtlichen Rahmenbedingungen. Wir rechnen Mitte dieses Jahres mit einem Vorschlag der Landesregierung, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Stephen Paul (FDP): ... wie eine Verbesserung des Denkmalrechtes aussehen kann.

Wir feiern in diesem Jahr gemeinsam 40 Jahre Denkmalschutzgesetz. Das ist wirklich ein guter Zeitpunkt, um ein modernes neues Denkmalschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen zu beschließen. – Danke.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Für die AfD-Fraktion spricht Frau Kollegin Walger-Demolsky.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Grünen entdecken das Thema „Heimat und ihre Denkmäler“. Sie wollen einen Beitrag dazu leisten, diese Aufgabe noch besser zu bewältigen. Dies wäre durchaus lobenswert. Aber ist es auch glaubhaft? Wäre es glaubhaft, wäre es zumindest handwerklich schlecht gemacht.

Lassen Sie uns in die zwei angesprochenen Themen der beabsichtigten Gesetzesänderung im Einzelnen einsteigen und mit der energetischen Modernisierung beginnen.

Zu Recht stellen Sie fest, dass es bei historischen Bauten einen Zielkonflikt zwischen der wirtschaftlichen Nutzung eines historischen Gebäudes und der Verwirklichung heute geltender Ansprüche an Energieeffizienz und klimafreundliche Energieversorgung gibt. Da ist von den Denkmalbehörden im Einzelfall zu klären, welche Veränderungen möglich sind, ohne

die Schutzaspekte zu beeinträchtigen. Hier ist nicht nur Einfühlungsvermögen der Sachbearbeiter, sondern auch eine hohe Sachkenntnis gefordert.

Zu Recht fordern Sie eine Klarstellung im Gesetz ein, um Rechtssicherheit für eine Abwägungsentscheidung zu schaffen. Aber dann schütten Sie das Kind gleich mit dem Bade aus. Indem Sie die Belange des Klima- und Ressourcenschutzes besonders berücksichtigen wollen, engen Sie den Abwägungsspielraum wieder unangemessen ein.

Sinnvoll und hilfreich wäre eine Formulierung gewesen, nach der die Belange im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten angemessen zu berücksichtigen sind. Aber dies tun Sie dann ja bewusst nicht. Die beabsichtigte Klarheit wird verfehlt.

Das zweite Thema ist der Schutz von Bodendenkmälern. Warum überrascht es mich nicht, dass Ihnen der Schutz von Bodendenkmälern in Abbaugebieten von Bodenschätzen und in Braunkohletagebauflächen am Herzen liegt? Haben Sie sich nicht schon früher intensiv dafür eingesetzt, Sand- und Kiesabbau massiv zu reduzieren?

Auch Ihr Engagement und die Unterstützung von Linksradikalen oder, wie Sie es nennen, Aktivisten gegen den Braunkohleabbau sprechen doch eine eindeutige Sprache, worum es Ihnen in Wirklichkeit geht. Nun wollen Sie sich als Schutzpatron hehrer Schutzzwecke von Bodendenkmälern hervortun. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Sie führen dann eine dramatisch niedrige Zahl von nur 5 % der Tagebauflächen im Rhein-Erft-Kreis an, die durch das Amt für Bodendenkmalpflege des Landschaftsverbands Rheinland archäologisch untersucht werden. Damit werden 95 % der Fläche nicht untersucht. Hätten Sie die Zahlen für das ganze Land herangezogen, hätte sich die im Antrag aufgebaute Dramatik wahrscheinlich schnell relativiert; denn das Gesamtergebnis läge wohl kaum anders.

Wie fällt denn eine entsprechende Prüfung von Flächen für Windparks und Solarparks aus? Hätten Sie auch eine entsprechende Prüfung für Windparks und Solarparks eingefordert, die mit der Abschaltung von Atomkraftwerken und Kohlekraftwerken ja in großem Umfang erforderlich sind? Dann hätte man Ihren hehren Zielen vielleicht noch Glauben schenken können.

Und wo sollen, bitte schön, all diese Denkmalpfleger eigentlich herkommen, die auch diese Flächen dann noch prüfen müssten?

Aber Sie wollen auch noch private Ausbauunternehmen einbinden und finanziell unterstützen. An wen haben Sie denn da gedacht?

Nichts davon, keine Klarheit dazu steht in Ihrem Antrag. Aber für gute Zwecke dürfen auch Fledermäuse

geschreddert, Flächen zubetoniert und in der Umgebung wohnende Menschen beeinträchtigt werden.

Es sind viele Fragen offen. Wir werden sehen, ob Sie mehr wollen, als Sand ins Getriebe des Rohstoffabbaus zu streuen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Walger-Demolsky. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach¹⁾, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung hat zugesagt, im 40. Jahr des Bestehens des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen eine Änderung vorzulegen. Das werden wir auch tun. Sie wissen, dass das Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen vom 11. März 1980 stammt. Insofern werden Sie in diesem Jahr einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Beratung bekommen.

Wir haben uns ganz bewusst viel Zeit genommen, weil es, wie Sie alle miteinander wissen, zahlreiche Akteure im Denkmalschutz gibt und dort viele Interessen gewogen werden dürfen und auch gewogen werden müssen, um ein modernes Denkmalschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu bringen.

Insofern, sehr geehrter Herr Rimmel, ist die beste Lösung für ein Denkmal ohne Frage eine Nutzung. Das schließt natürlich auch eine Anpassung an heutige Erfordernisse im Zusammenhang mit der energetischen Ausstattung bzw. der energetischen Optimierung von Gebäuden ein.

Aber genauso richtig ist das, was der Abgeordnete Schrupf formuliert hat. Wir müssen auch das Thema „Barrierearmut und Barrierefreiheit“ mitdenken; denn wir haben ganz viele Denkmäler, die heutigen Wohnansprüchen letztendlich nicht Genüge tun und im Besonderen für ältere Bewohner, die möglicherweise eine Mobilitätseinschränkung haben, so gut wie gar nicht mehr nutzbar sind.

Deswegen macht es Sinn, sich so viel Zeit für eine Neufassung des Denkmalschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen genommen zu haben. Wir werden im ersten Quartal 2020 in die regierungsinterne Abstimmung eintreten. Dann werden Sie zeitnah einen entsprechenden Entwurf erhalten, der auch umfassender ist als diese punktuelle Änderung, die Sie hier heute vorlegen.

Gestatten Sie mir bitte, noch kurz auf die angeregte Streichung des § 19 Abs. 1 einzugehen, die zur Folge hätte, dass die Regelungen der folgenden Pa-

ragrafen für Bodendenkmäler in Abgrabungsgebieten wieder Anwendung finden würden, nämlich der § 14, Grabungsschutzgebiete, der § 25, Denkmalpflegeplan, und der § 30, Enteignung. Diese Regelungen sind ihrerseits für den Schutz von Bodendenkmälern aber praktisch nicht entscheidend.

Das sollte insbesondere vor folgendem Hintergrund betrachtet werden: Nach Angaben der Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen wird von der Möglichkeit, Grabungsschutzgebiete als ein zusätzliches Schutzinstrument zu nutzen und für archäologische Fundstellen auszuweisen, in der Praxis keinen Gebrauch gemacht.

Darüber hinaus hat die Regelung des § 25, Denkmalpflegeplan – die Gemeinden sollen ihn aufstellen –, keine rechtliche Wirkung und ist damit für den Schutz von Bodendenkmälern nicht maßgebend.

Die Enteignungsvorschrift des § 30 ist bereits aufgrund des verfassungsrechtlich gebotenen eng begrenzten Anwendungsbereichs sehr restriktiv auszulegen und entsprechend zu handhaben.

Die darüber hinaus vorgeschlagene Anfügung in § 19 Abs. 3 zur Kostenübernahme verweist auf eine ohnehin geltende Rechtslage und ist mit Blick auf das Gebot, Wiederholungen im Gesetz möglichst zu vermeiden, abzulehnen.

Der Umstand, Herr Abgeordneter Rimmel, auf den Sie eingegangen sind, dass im Rahmen der Braunkohleabtragung eine Kostentragung in der Vergangenheit nicht gemäß § 29 Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen erfolgt, ist – offen gesagt – auf seinerzeit zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der ehemaligen Rheinbraun AG geschlossene Verträge zurückzuführen. Nun ist Rheinbraun 2003 aufgelöst worden. Das war die Regierungszeit von Steinbrück und Vesper, also SPD und Grünen.

Vielleicht hören Sie einmal nach, warum zu Ihrer Zeit ein entsprechender Vertrag geschlossen wurde. Ziel und Zweck war es, dass die strittige Frage der Kostentragungspflicht durch die Regelung des Vertrages ausgeräumt werden sollte. Insofern: Pacta sunt servanda; Verträge sind einzuhalten. Daran halten wir uns auch als Landesregierung.

Wir freuen uns auf die weiteren Beratungen mit Ihnen und im Besonderen auf den weiteren Austausch zu einem Denkmalschutzgesetz. Wir hoffen natürlich als Landesregierung, dass wir ein Denkmalschutzgesetz im Laufe dieses Jahres, im Laufe des 40-jährigen Jubiläums des bestehenden Gesetzes, in einem größtmöglichen Konsens im nordrhein-westfälischen Landtag auf den Weg bringen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/8298 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**. Dieser Ausschuss hat die Federführung. Daneben gibt es mitberatene Ausschüsse, nämlich den **Wissenschaftsausschuss**, den **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz** sowie den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**. Möchte jemand den Gesetzentwurf nicht überweisen? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir ihn so überwiesen.

Ich rufe auf:

5 Abschiebeinitiative 2020 – Stärkung der zentralen Ausländerbehörden

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8415

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin hat für die antragstellende Fraktion der AfD Frau Kollegin Walger-Demolsky das Wort.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! 250.000, also eine Viertelmillion, ausreisepflichtige Personen gibt es aktuell in Deutschland. 30 %, knapp 73.000 Personen, davon kommen aus NRW.

Umfangreiche Initiativen zur Steigerung der Abschiebezahlen wurden dem Bürger 2017 versprochen. Die Kanzlerin versprach eine nationale Kraftanstrengung. Ihr Motto damals: Rückführungen, Rückführungen, Rückführungen.

Auch Sie, Herr Stamp, hatten 2017 noch ein sehr vernünftiges Positionspapier auf den Weg gebracht. Aber was ist geblieben? Knapp 5.000 Abschiebungen von Januar bis September 2019 – bei knapp 73.000 Ausreisepflichtigen. Das ist klar erkennbar zu wenig.

Führt man sich vor Augen, dass allein jeder vierte Ausreisepflichtige aus den Balkanstaaten stammt, stellt sich dem Beobachter die Frage: Was ist hier seit 2017 alles versäumt worden?

2017 hatten Sie angekündigt, das Rückführungsmanagement komplett auf der Länderebene zu zentralisieren. Genau das findet man auch im Landtagswahlprogramm der AfD. Und genau hier liegt der Schlüssel für den Erfolg, meine Damen und Herren.

Wenn die Ausreisepflicht auf kommunaler Ebene scheinbar nicht in ausreichendem Maße vollzogen

wird oder werden kann, weil die Gegenspieler das verhindern, muss die Aufgabe zentral vom Land übernommen werden. Genau in diesem Zusammenhang sind die Zentralen Ausländerbehörden bedarfsgerecht noch weiter auszubauen.

Jeder zwangsweisen Rückführung ist die freiwillige Rückkehr vorzuziehen. Auch in diesem Bereich ist von einem Entfesselungspaket der Landesregierung keine Spur zu entdecken. Im Gegenteil: Die Anzahl der bewilligten Anträge ging von Januar bis September 2019 um fast 30 % zurück.

(Zuruf von der AfD: Hört! Hört!)

Bereits im Juli 2018 haben wir mit dem Programm „Fit4Return“ – ähnlich dem Programm des Bundes „Rückkehr in Würde“ – eine weitere Möglichkeit vorgestellt, Menschen sinnvoll auf die Rückkehr in ihre Heimat vorzubereiten. Interesse bei der Landesregierung: nicht vorhanden.

Wichtig ist natürlich nach wie vor die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Fast auf den Tag genau vor einem Jahr gab es zu diesem Thema in diesem Hause eine Aktuelle Stunde. Titel: „Akzeptanz für unser Asylrecht erhalten – Algerien, Tunesien, Marokko und Georgien als sichere Herkunftsstaaten anerkennen“. Was ist daraus geworden? Richtig: nichts. Auch hier: kein Entfesselungspaket. Da ist der Einsatz bei der Bundesregierung oder im Bundesrat offensichtlich noch nicht so richtig durchgedrungen.

Auch an anderer Stelle fehlt es auf Landes- und auf Bundesebene an jeglicher Durchsetzungskraft. Wie geht man mit den Staaten um, die ihre Landsleute nicht zurücknehmen oder bei der Beschaffung von Ersatzpapieren wenig Einsatz zeigen? Gibt es Probleme bei Rückführungen mit Charterflügen? Nutzen Sie doch die Kapazitäten der Luftwaffe im Rahmen der Amtshilfe. In Zusammenarbeit mit der Bundespolizei und der Bundeswehr ist das rechtlich durchaus möglich. Nutzen Sie diese Kapazitäten!

Die negativen Begleiteffekte Ihrer Politik: Während die Zahl der Abschiebungen zu gering ist, steigt die Anzahl der extremistischen Salafisten in NRW, nämlich von 500 Personen in 2011 auf 3.200 Personen in 2019. Das ist eine Steigerung um 540 %. Das sind richtig tolle Zahlen.

Die Anzahl der Gefährder aus dem Bereich religiöse Ideologie in NRW: 2010 waren es 24 Personen; 2019 waren es 221 Personen. Auch das ist eine tolle Steigerung, nämlich um 820 %.

Herr Minister Stamp, kümmern Sie sich dringend um die Abschiebung von Gefährdern und Gewaltverbrechern. Schöpfen Sie hier endlich alle Ihre rechtlichen Möglichkeiten aus. Reden Sie nicht nur darüber. Tatsächlich hat NRW von Januar bis Oktober 2019 nur zehn Gefährder abgeschoben.

Abschließend möchte ich Sie alle in diesem Haus erneut an das Grundgesetz und das Aufenthaltsgesetz erinnern, wonach ein Ausländer zur Ausreise verpflichtet ist, wenn er keinen erforderlichen Aufenthaltstitel besitzt.

Da der Ausreisepflicht derzeit augenscheinlich in viel zu geringer Weise nachgekommen wird, benötigen wir für NRW dringend eine Abschiebeinitiative 2020. Wenn es bei dieser Abschiebeinitiative nicht nur um Sisyphusarbeit gehen soll, müssen wir zudem den Grundkonflikt zwischen Dublin und Schengen bei gleichzeitig offenen EU-Außengrenzen lösen und geltendes Recht nicht länger komplett ignorieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Walger-Demolsky. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Hoppe-Biermeyer.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Integration von Geflüchteten ist eine der wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen unserer Zeit. Von gelungener Integration profitieren alle. Damit diese aber gelingen kann, müssen auf der anderen Seite dort, wo es nötig ist, auch Abschiebungen stattfinden. Nur wenn diejenigen abgeschoben werden, die kein Bleiberecht erhalten haben, kommt die Integrationsarbeit dort an, wo sie ankommen soll, nämlich bei denen, die in Deutschland bleiben, leben und arbeiten werden. Das alles sollte hinlänglich bekannt sein.

Seit der Regierungsübernahme im Jahr 2017 sind wir das Bundesland mit den meisten Abschiebungen pro Jahr. Allein im Jahr 2018 wurden aus Nordrhein-Westfalen 6.603 Abschiebungen vorgenommen. Im gleichen Zeitraum kam Bayern nur auf 3.265 Abschiebungen, also auf weniger als die Hälfte.

Diese Landesregierung setzt sich für eine gelingende Integration ebenso ein wie für die konsequente Anwendung der Gesetze, was Rückführungen angeht. Dieses Antrages hätte es also nicht bedurft.

Was finden wir in diesem Antrag der AfD überhaupt vor? – Ein Sammelsurium an Zitaten und Zahlen, die Sie so lange drehen und wenden, bis sie in Ihr verqueres Weltbild passen.

Wenn Sie schon dabei sind, werden auch gleich die Zahlen der Schutzberechtigten ausführlich analysiert. Sie schreiben zwar, dass auch diese Zahlen betrachtet werden müssen. Ich frage mich aber, warum. Die Gesamtzahl der Personen mit Bleibeperspektive ist doch für das Thema „Abschiebungen“ überhaupt nicht relevant. Die Zahl ist aber schön groß und dient Ihnen ausschließlich für Ihre übliche Stimmungsmache.

Beschäftigen wir uns wieder mit dem Thema „Abschiebungen“. Trotz aller Bemühungen wird es nach wie vor Abschiebungen geben müssen. Dass diese oft teuer, umständlich und nicht immer beim ersten Mal erfolgreich sind, ist eine Tatsache, die sich nicht verleugnen lässt. Es ist menschlich nachvollziehbar, wenn sich Personen gegen ihre Abschiebung wehren. Der Staat muss dabei besonnen, aber auch nachdrücklich arbeiten und die beteiligten Bediensteten bestmöglich unterstützen und schützen.

In einem Rechtsstaat haben alle Menschen die gleichen Rechte, auch wenn Ihnen das nicht gefällt. Jedem Menschen steht es frei, alle juristischen Optionen zu nutzen – auch dann, wenn ein Scheitern absehbar ist. Diese finanzielle Belastung muss und kann unsere Demokratie aushalten.

Sie dagegen wollen immer nur eines: Sie wollen spalten. Zu diesem Zweck zitieren Sie munter drauflos und vermischen blindlings EU-, Bundes- und Landesangelegenheiten miteinander. Ich habe den Eindruck, dass Sie eilig einen Antrag zusammengeschustert haben, um einmal mehr die Gelegenheit zu bekommen, im Plenum über Ihr Lieblingsthema schwadronieren zu können.

Es gehört schon viel Fantasie dazu, hier im Landtag über den Einsatz der Bundeswehr diskutieren zu wollen. Nimmt man Ihrem achtseitigen Antrag alles weg, was nicht mit NRW zu tun hat, bleibt nicht viel übrig. Sie fordern lediglich, dass die Rückkehrberatung, die es bereits heute gibt, gebündelt werden soll.

Wenn es nicht mehr zu beanstanden gibt, sagt das einiges über die gute und funktionierende Arbeit dieser Landesregierung aus. Mit dieser Arbeit werden wir weitermachen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hoppe-Biermeyer. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Yetim.

Ibrahim Yetim (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Projekte zur Rückkehrberatung und freiwilligen Rückkehr wurden von der damaligen SPD-geführten Landesregierung eingeführt und unterstützt. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass es der beste Weg ist, Menschen zu beraten und ihnen, wenn sie keinen Grund haben, bei uns zu bleiben, einen Start in ihrer Heimat zu ermöglichen.

Die AfD positioniert sich in ihrem Antrag so, dass sie diese Beratung abschaffen oder, besser gesagt, zentralisieren will. Sie will sie von den Wohlfahrtsverbänden wegholen. Ich halte es für falsch, die soziale Beratung derjenigen, die geflüchtet sind und viel-

leicht zurückkehren wollen, von den Wohlfahrtsverbänden als neutralen nichtstaatlichen Akteuren wegzuholen.

(Zuruf von der AfD: Von der AWO!)

– Ja, genau. Die AWO und auch andere Wohlfahrtsverbände sind an dieser Stelle genau die richtigen Ansprechpartner hinsichtlich der Beratung von Geflüchteten.

Kern des Problems ist doch, dass die Landesregierung den Kommunen versprochen hat, ihnen nur noch anerkannte Asylbewerber zuzuweisen. Dieses Versprechen ist bis heute noch nicht eingelöst worden. Dadurch entsteht für viele Kommunen das Problem der Abschiebung.

Dass in den letzten Jahren verstärkt darüber geredet wird, wie toll wir in Nordrhein-Westfalen, aber auch in anderen Bundesländern abschieben, fällt doch auf. Herr Hoppe-Biermeyer hat das gerade auch noch einmal getan. Meines Erachtens kann man nicht mit Stolz vor sich hertragen, wie viele Menschen man schon abgeschoben hat.

Ich will Sie darauf hinweisen, dass wir 2016 – nur um die Zahlen noch einmal anzuführen – in Nordrhein-Westfalen 8.400 freiwillig Zurückgekehrte hatten. Wir haben aus Nordrhein-Westfalen 2.600 Menschen abgeschoben. Haben Sie jemals gehört, dass hier jemand gesagt hat, wir seien stolz darauf, dass wir diese Menschen abgeschoben haben? – Niemals.

Bei jeder Abschiebung müssen wir auch immer daran denken, mit den Menschen, die abgeschoben werden, die ausreisen müssen, auch menschlich umzugehen. Wir sollten auch die Würde des Einzelnen, der abgeschoben wird, betrachten und uns nicht darüber freuen, dass wir schon soundsoviele Tausend Menschen abgeschoben haben.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

2016 übrigens – um das an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich zu sagen – war Nordrhein-Westfalen Vorreiter vor allen anderen Bundesländern, was die freiwillige Rückkehr, aber auch die Abschiebungen betraf. Auch das ist kein Grund, sich zu freuen, sondern das zeigt einfach nur, dass wir unsere Arbeit gemacht haben.

Ich glaube auch nicht, dass es der eigentliche Kern der Arbeit der Landesregierung ist, sich darüber zu freuen, dass man Menschen abgeschoben hat. Bei Straftätern bin ich voll an Ihrer Seite, Herr Minister – da ist das auch richtig –, aber jede Abschiebung bedeutet auch einen tiefen menschlichen Einschnitt.

Noch eine grundsätzliche Bemerkung zu dem AfD-Antrag. Frau Walger-Demolsky hat gerade das Stichwort „Abschiebeinitiative 2020“ genannt. Jetzt, wo wir feststellen, dass immer weniger Menschen zu uns kommen und bei uns Schutz suchen, bricht der AfD

das Thema „Flucht, Zuwanderung und Integration“ weg.

Die Zahlen der Geflüchteten, die hier bei uns Arbeit aufnehmen, gestalten sich immer positiver. Laut der letzten Statistik sind über 400.000 Menschen, die geflüchtet waren, in Arbeit gekommen.

Die AfD versucht nun, dieses Thema noch einmal anders zu besetzen. Das merkt man auch daran, dass Sie Stichworte wie „Messereinwanderung“ und jetzt das nächste Stichwort „Abschiebeinitiative 2020“ benutzen. Sie versuchen, Menschen zu stigmatisieren, somit die Gesellschaft zu spalten und auch zu radikalisieren.

(Christian Loose [AfD]: Das überlassen wir Ihnen!)

Das ist das Gefährliche an dem, was Sie tun.

Ich bin sehr froh darüber, dass ich überall dort in der Gesellschaft, wo ich bin, feststelle, dass diese Versuche, die Gesellschaft zu radikalieren und zu spalten, immer mehr ins Leere laufen.

(Christian Loose [AfD]: Sagen Sie das Ihren Antifa-Freunden!)

Ihre Positionen werden von der Mehrheit der Gesellschaft immer weniger akzeptiert. Die Gesellschaft wehrt sich immer mehr gegen die AfD und ihre Positionen, und das ist ein gutes Signal. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Dr. Ralf Nolten [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Yetim. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Lenzen das Wort.

Stefan Lenzen (FDP): Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon seit mehr als zweieinhalb Jahren die Ehre, diesem Haus anzugehören. Ich darf für meine Fraktion zu arbeits- und sozialpolitischen Themen sprechen.

Es waren schon 29 Reden zu Gesetzentwürfen und Anträge aus den Reihen der Koalitionsfraktionen sowie von SPD und Grünen. Aber nur ein einziges Mal durfte ich zu einem Antrag der AfD sprechen.

(Helmut Seifen [AfD]: Sonst durften Sie es eben nicht!)

Das lag nicht daran, dass ich nicht wollte, sondern es gab keinen weiteren.

(Andreas Keith [AfD]: Wir haben die meisten Anträge zu diesem Thema gebracht!)

Aber was interessiert sich die AfD auch für diese Themen? – Sie beehren uns heute wieder mit einem

Antrag zur Abschiebepolitik. Man könnte auch sagen: Nichts Neues am rechten Rand.

Die soziale Lage in unserem Land, die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, die Integration von Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Behinderungen oder jungen Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen in den Arbeitsmarkt – das alles interessiert Sie nicht. Das haben Sie damit in den letzten zweieinhalb Jahren dokumentiert.

(Andreas Keith [AfD]: Das stimmt doch überhaupt gar nicht!)

Das sagt einiges über Sie aus.

Ich muss nicht mit Stolz sagen, dass die NRW-Landesregierung mit unserem Minister Stamp, getragen von CDU und FDP, auch Erfolge bei dem Thema „Rückführungen“ vorweisen kann, ob es sich nun um Ausreisen freiwilliger Art handelt oder um Abschiebungen. Wir liegen in dieser Hinsicht nun einmal prozentual, aber auch in absoluten Zahlen an der Spitze der Bundesländer.

Wir haben auch mit dem Asylstufenplan die Aufenthaltszeiten in den Landeseinrichtungen verlängert, um zu schauen, wie wir nur noch die Geflüchteten mit einer guten Bleibeperspektive auf die Kommunen verteilen können. Das ist das klare Ziel.

Wir haben beschleunigte Verfahren für Asylsuchende, gerade aus sicheren Herkunftsstaaten und dem Kaukasus. Das Ganze wickeln wir über zentrale Landeseinrichtungen ab.

Wir haben die Dublin-Überstellungen schrittweise zentralisiert.

Wir haben in jedem Regierungsbezirk eine Zentrale Ausländerbehörde, und wir haben Essen und Coesfeld neu dazugenommen. Davor haben wir dies schon im Kreis Unna, in Köln und Bielefeld gehabt. Damit unterstützen wir die Kommunen bei dem schwierigen Thema „Rückführungen“.

Wir sind auch an der Spitze, wenn es um das Thema „Abschiebung von Gefährdern“ geht. Wir haben im vergangenen Jahr elf islamistische Gefährder abgeschoben. Kein anderes Bundesland kann solche Zahlen vorweisen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Für uns als NRW-Koalition, für uns Freie Demokraten und Christdemokraten gilt

(Christian Loose [AfD]: Das ist doch Schwachsinn!)

– auch wenn Sie jetzt dazwischen schreien, Herr Kollege Loose – weiterhin der klare Zweiklang. Der wird Ihnen auch an letzter Stelle abhandeln kommen. Wir wollen neben der konsequenten Rückführung, vornehmlich von Gefährdern und Straftätern, auch Chancen für Integrationswillige schaffen. Diesen

Weg werden wir fortsetzen; daran ändert auch Ihr xter Antrag zu diesem Thema nichts.

Zum Schluss: Soeben hat Kollegin Walger-Demolsky an das Grundgesetz erinnert. Als Anhänger der AfD wäre ich vorsichtig, Artikel 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ anzuführen: Daran sollten Sie die anderen Fraktionen nicht erinnern. Da wäre ich vorsichtig.

(Beifall von der FDP und Verena Schäffer [GRÜNE] – Andreas Keith [AfD]: So miese Unterstellungen!)

Schauen wir uns den Antrag noch einmal an. Trotz der aktuellen politischen Lage sagen Sie allen Ernstes: Wir schicken mal Bundeswehrmaschinen in den Iran, die sollen mal rüberfliegen und Amtshilfe leisten.

(Helmut Seifen [AfD]: Was? – Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Steht das da? – Dr. Christian Blex [AfD]: Sie haben das gar nicht gelesen!)

Sie haben ja mit Ihrem Ausflug nach Syrien bewiesen, dass Sie mit menschenverachtenden Diktaturen das Gespräch suchen.

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

Wir sind uns – zumindest mit anderen Fraktionen – hier im Hause einig: Unsere Soldatinnen und Soldaten werden wir vor derartigen außen- und sicherheitspolitischen Blindflügen schützen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Loose, Entschuldigung, wir konnten Ihren Wunsch gerade nicht mehr anzeigen. Es wurde aber rechtzeitig mitgeteilt, dass der Wunsch nach einer Kurzintervention besteht, und zwar von Frau Kollegin Walger-Demolsky. – Herr Lenzen, Sie können die Kurzintervention gleich von hier vorne beantworten oder auch von ihrem Platz aus, wie Sie möchten.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Herr Lenzen, ich bin es ja gewohnt, dass es bei Ihnen nicht auf das ankommt, was irgendwo steht und was gesagt wird. Aber sagen Sie mir doch einmal, an welcher Stelle Sie das mit den Abschiebeflügen der Bundeswehr in den Iran gehört, gelesen oder gefunden haben. – Das haben Sie frei erfunden, Herr Lenzen.

(Andreas Keith [AfD]: Die Hälfte der Rede!)

Auf diese freien Erfindungen habe ich einfach keine Lust mehr. Das ist ein Verhalten, das so nicht geht. Auch das ist unparlamentarisch.

(Beifall von der AfD)

Stefan Lenzen (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Schön, dass ich Gelegenheit habe, Sie noch mal an Ihren eigenen Redebeitrag von gerade zu erinnern.

Sie haben sich an den Minister gerichtet und ihm gesagt, er solle sich Hilfestellung holen und die Bundeswehr hinzunehmen. Die Bundeswehr solle NRW bzw. den Minister im Zusammenhang mit den vermeintlich sicheren Herkunftsstaaten unterstützen.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Aber doch nicht in den Iran! – Zuruf von Andreas Keith [AfD])

Schauen Sie doch mal in Ihrer Liste, welche Länder Sie darin aufführen. Sie halten doch sogar Syrien für einen sicheren Herkunftsstaat. Jetzt wollen Sie mir auf einmal erklären, nirgendwo stünde etwas vom Iran – oder nennen Sie es Irak?

Sie führen Länder auf und haben den Minister ganz klar dazu aufgefordert, er solle sich diesbezüglich Hilfestellung bei der Bundeswehr holen. Wie meinen Sie es denn dann in der Praxis? Soll die Bundeswehr einfach nur dabeistehen? – Natürlich meinen Sie die Bundeswehr mit ihren Soldaten und Flugzeugen. Genau das meinen Sie doch.

(Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Sie wollen doch in vermeintlich sichere Herkunftsstaaten abschieben;

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Afghanistan zum Beispiel!)

das haben Sie doch eben gesagt. Jetzt veralbern Sie uns doch nicht.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Das stimmt nicht!)

Sie können so weitermachen; aber vielleicht schauen Sie mal ins Protokoll, was Sie eben in Richtung des Ministers gesagt haben. Ich glaube, dass alle anderen hier im Haus sehr wohl gehört haben, dass Sie den Minister dazu aufgefordert haben,

(Beifall von der FDP – Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

sich entsprechende Amtshilfe bei der Bundeswehr zu holen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Aber doch nicht in den Iran! – Weitere Zurufe von der AfD)

Erzählen Sie den Leuten hier doch keinen Quatsch.

(Widerspruch von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das war die Erwiderung von Herrn Lenzen.

(Ibrahim Yetim [SPD]: Die war gut!)

Jetzt hat für Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Schäffer das Wort.

(Beifall von den GRÜNEN und Heike Wermer [CDU])

Verena Schäffer* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich nur anschließen: Die 30. Rede war wirklich gut. Dafür auch von meiner Seite vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Zum Antrag der AfD ist jetzt schon viel gesagt worden. Ich möchte trotzdem darauf hinweisen, dass die Intention dieses Antrags sehr eindeutig ist: Es geht darum, dass Sie geflüchtete Menschen abschieben wollen. Sie wollen die Abschiebungszahlen deutlich erhöhen und zeichnen in diesem Antrag ein völlig überzogenes Bild der Probleme bei der Durchführung von Abschiebungen.

Ich kann mich den Vorrednern nur anschließen – auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen: Fakt ist, dass die Zahl der Abschiebungen nach wie vor stabil ist. Fakt ist auch, dass NRW bei den freiwilligen Ausreisen an erster Stelle liegt.

Ich finde es aber auch wichtig, einen weiteren Fakt anzuführen, nämlich dass viele Personen wirklich zu Recht aus humanitären Gründen nicht abgeschoben werden können bzw. dürfen. Das unterschlägt die AfD hier ganz klar, und es scheint ihr – das kennen wir ja – nicht wirklich wichtig zu sein.

Ich möchte gerne meine Rede nutzen, um auf die Schutzquoten hinzuweisen, aus denen hervorgeht, dass Menschen bei uns Schutz vor Verfolgung und Krieg suchen. Die bereinigten Schutzquoten liegen zum Beispiel für Syrien insgesamt bei fast 100 %, für Nigeria bei 15 %, für den Irak bei 53 %, für die Türkei bei 51 %, für Afghanistan bei 63 %, für Somalia bei 67 % und für Eritrea sogar bei 90 %.

Diese Schutzquoten fast aller Hauptherkunftsländer belegen eindeutig, dass es einen erheblichen Schutzbedarf gibt; die Praxis wird trotzdem zunehmend restriktiv.

Deswegen will ich deutlich formulieren: Wir Grüne wollen, dass Menschen, die aufgrund von Krieg, Verfolgung und Vertreibung Schutz suchen, diesen auch bekommen. Das unterscheidet uns ganz eindeutig von der AfD. Für uns ist das ein Gebot der Humanität.

Woran wir als Grüne weiter arbeiten wollen und was wir brauchen, sind faire, schnelle und gute Asylentscheidungen. Wir brauchen bessere Einwanderungsmöglichkeiten. Wir brauchen eine schnellere Integration von Geflüchteten. Wir brauchen die Eingliederung in Arbeit und Ausbildung.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten; ich glaube, das wäre wirklich wichtig. Anträge wie diesen von der AfD brauchen wir in der Debatte sicherlich nicht. – Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp*, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Walger-Demolsky, Sie haben hier eben davon gesprochen, wir sollten mit Flugzeugen der Bundeswehr diejenigen, die ausreisepflichtig sind, in ihre Länder zurückbringen.

(Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Daraufhin hat der Kollege Lenzen zu Recht gefragt, wie Sie sich das eigentlich vorstellen, und den Iran als Beispiel genannt. Ich kann aber auch andere Länder nennen, wenn Sie das gerne möchten.

Es geht doch nicht darum, dass wir keine Flugzeuge hätten oder dass wir nicht in der Lage wären, Maschinen zu chartern, sondern es geht um die Frage der Akzeptanz der Herkunftsländer.

In der Konsequenz würde das, was Sie hier vorge tragen haben, bedeuten, dass Sie mit Flugzeugen der Bundeswehr diejenigen, die hier abgelehnt worden sind, in ihren Heimatländern abwerfen wollen. Oder wie sollen wir uns das vorstellen? – Das wird es mit uns nicht geben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich muss ganz ehrlich sagen: Dieser Antrag ist so unterkomplex, dass ich eigentlich kaum mehr Lust habe, mich damit weiter auseinanderzusetzen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Minister, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Frau Walger-Demolsky würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Joachim Stamp*, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Nein, sie hat ihre Redezeit gehabt, und wir müssen das, was sie hier vorge tragen hat, nicht auch noch weiter fortsetzen.

(Beifall von Volkan Baran [SPD])

Meine Damen und Herren, wir machen eine aktive Migrationspolitik. Wir sind auf der einen Seite bei den Rückführungen, insbesondere bei den Rückführungen von Gefährdern, konsequenter als beispielsweise die CSU in Bayern.

Wir schaffen auf der anderen Seite im Rahmen dessen, was möglich ist und was das Bundesrecht hergibt, gute Bleiberechtschancen für gut integrierte Geduldete.

Das ist es, was die Menschen von uns erwarten. Ich sage das – und deswegen spreche ich überhaupt noch zu dem Antrag –, weil uns auch im Netz, auf der Tribüne und anderswo Menschen zuhören: Lassen Sie sich nichts einreden. Hier wurden zum Teil völlig verzerrte Zahlen dargelegt.

Es geht aber auch darum, dass mit dem Begriffspaar „vollziehbar ausreisepflichtig“ Suggestionen erzeugt werden. Das ist ein juristischer Terminus. Wenn jemand vollziehbar ausreisepflichtig ist, fragen sich die Menschen natürlich: Wieso geht die Politik nicht hin und schiebt ihn am nächsten Tag ab?

„Vollziehbar ausreisepflichtig“ heißt aber nur, dass im juristischen Verfahren keine Möglichkeit mehr besteht, einen Bleibestatus nach dem üblichen Recht zu erhalten.

Das heißt aber nicht, dass beispielsweise die entsprechenden Passpapiere vorliegen und der Herkunftsstaat diese Leute wieder aufnimmt. Es gibt zig andere Gründe, warum wir vollziehbar Ausreisepflichtige nicht ausreisen lassen können.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

– Das ändert sich auch nicht, wenn Sie hinten aus der letzten Reihe zum fünfundzwanzigsten Mal dazwischen blöken.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Wir werden diese konsequente Politik fortsetzen, indem wir die Bleiberechte für diejenigen, die sich gut integriert haben, durchsetzen.

Gerade erst hat mich ein ostwestfälisches mittelständisches Unternehmen angeschrieben und mir anhand des Beispiels von fünf Azubis, die alle mit ganz unterschiedlicher Biografie hierhergekommen sind, sich top integriert haben, Klassenbeste sind, ihre Gesellenprüfung machen und die Ausbildung abschließen, geschildert, es sei mit diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesegnet.

Wollen Sie die abschieben?

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wahrscheinlich ja. Wir aber wollen, dass sie in der Mitte der Gesellschaft ihren Platz finden.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Sie sagen, die Zahlen der Rückführungen von Gefährdern seien zu gering. Wissen Sie, welche diplomatische Anstrengung es bedeutet, Gefährder in ihre Heimatländer zurückzuführen?

(Zuruf von Thomas Röckemann [AfD])

Schauen Sie sich doch allein mal an, welche Diskussionen wir bei der Rücknahme von deutschen ISIS-Kämpfern in Syrien haben.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie müssten sich einmal wirklich mit der Sache beschäftigen, statt die Bevölkerung mit dümmlichen Klischees und falschen Zahlen zu verunsichern.

(Beifall von Hannelore Kraft [SPD])

Mit dieser Politik muss Schluss sein. Wir machen eine konsequente Migrationspolitik:

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Bleiberecht für all diejenigen, die sich integrieren, und Rückführungen bei denjenigen, wo das notwendig ist. Das ist unser Kurs, und den setzen wir fort; da können Sie beantragen, was Sie wollen. – Danke schön.

(Beifall von der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8415 an den Integrationsausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung stattfinden. Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Beides war nicht der Fall. Damit haben wir entsprechend überwiesen.

Ich rufe auf:

6 Einsetzung einer Enquete-Kommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe. – Zukunftschancen für die nordrhein-westfälische Landwirtschaft gestalten, mittelständische Betriebe stärken, hohe Standards in Ernährung und Umweltschutz gemeinsam sichern.“

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8414

Ich eröffne die Aussprache. Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Diekhoff das Wort.

Markus Diekhoff* (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum beantragt die FDP-Landtagsfraktion die Einsetzung einer Enquete „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“?

Vordergründig sehen wir vor allem Proteste von Landwirten, die in ehrlicher Angst um ihre Zukunft und die Zukunft ihrer Familien und Betriebe – teilweise arbeiten sie seit Jahrhunderten auf der gleichen Scholle – auf die Straße gehen.

Wir sehen berechtigten Protest, und zwar weil Landwirte seit Jahrzehnten darunter leiden, dass sie an einer Hauptkonfliktlinie gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzung agieren.

Zwischen diesen Fronten des Politischen werden vor allem unsere kleinen und mittelständischen Familienbetriebe in der Landwirtschaft hier in Nordrhein-Westfalen zerrieben.

Das dürfen wir nicht zulassen, denn Landwirtschaft ist die Grundlage unseres Lebens. In jedem Lebensmittel steckt Landwirtschaft.

Deshalb ist es ein besonderes Thema, da es jedermann jeden Tag betrifft und nahezu jeder auch eine Meinung dazu hat – oft aber leider keine Ahnung.

In der gesellschaftlichen und politischen Debatte der letzten Jahre wurde der Eindruck vermittelt, nur ein Ziel könne erreicht werden: Entweder geht es den Betrieben gut – dann werden die Umwelt und die Qualität der Produkte vernachlässigt –, oder die Umwelt wird geschützt; dann geht es den Betrieben schlecht.

Wir möchten mit dieser ewigen Entweder-oder-Debatte Schluss machen und diese Ziele zusammenführen. Deshalb: Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Landwirte in Nordrhein-Westfalen zeigen nämlich seit Jahrzehnten, wie leistungsfähig sie sind und wie nachhaltig sie produzieren können. Das wird aber nicht honoriert, und das ist das Problem.

Der Protest der Bauern ist vor allem Ausdruck ohnmächtiger und ehrlicher Ratlosigkeit.

(Zuruf von der AfD)

Egal, was auf dem Acker oder im Stall passiert – es kommt immer jemand und weiß alles besser. Ob das am Ende umsetzbar ist, ist egal, und bezahlen will das auch keiner. „Man müsste mal“, „man könnte mal“, „man muss doch verstehen“ – so geht es einfach nicht weiter.

Es gibt Nebelkerzenbegriffe wie „Agrarwende“, die eigentlich nicht mit Leben gefüllt sind. Was der Landwirt da wirklich tun soll, bleibt im Unklaren. Darunter leiden die Landwirte, und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch persönlich durch Anfeindungen, Mobbing von Landwirtkindern in der Schule oder in sozialen Netzwerken.

Dabei betreibt die Landwirtschaft aktiven Klima- und Umweltschutz, ernährt uns und schafft Arbeitsplätze

und Wertschöpfung. Ohne Landwirtschaft gibt es keine funktionierende Gesellschaft. Deshalb brauchen Landwirte Planungssicherheit und zuverlässige Rahmenbedingungen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Landwirte planen und investieren nämlich nicht in Wahlperioden, sondern in Jahrzehnten – Waldbauern sogar in Jahrhunderten.

Leider haben sich Teile der Verbraucher und der Landwirte ungesund weit voneinander entfernt. Gegenseitiges Verständnis oder gegenseitiger Respekt haben stark gelitten.

Wir als Freie Demokraten wollen mit dieser Enquete-Kommission zwischen diesen einzelnen Akteuren vermitteln. Es gibt ein gesamtgesellschaftliches Interesse an gesunden Betrieben und einer sicheren Versorgung mit Lebensmitteln; essen müssen schließlich alle. Es ist im Prinzip noch wichtiger als die Debatte um die Energiesicherheit, die hier im Haus ja auch mit großer Verve geführt wird. Essen ist genauso wichtig und substanzial für unser Leben.

Wenn wir nicht aufpassen und nicht aufhören, auf diese Art und Weise mit unserer Landwirtschaft zu streiten und umzugehen, werden wir sie in Teilen aus Deutschland, aus Nordrhein-Westfalen heraustreiben. Wir kennen das aus anderen Bereichen, und das wäre dramatisch. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir vom Import von Nahrungsmitteln abhängig werden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vor diesem Hintergrund ist die Enquete eine großartige Chance. Sie bietet erst- und einmalig die Möglichkeit, die drängenden Fragen der Landwirtschaft und die damit zusammenhängenden Aspekte „gesunde Umwelt“ und „gesundes Essen“ in einer überfraktionellen wissenschaftlichen Kommission zu diskutieren – unabhängig vom täglichen politischen Klein-Klein, zusammen mit Landwirten, Sachverständigen, Verbänden, Umweltschützern, Wissenschaftlern und natürlich auch der Industrie.

Wir brauchen nicht mehr und nicht weniger als einen neuen gesellschaftlichen Konsens für die Zukunft der Landwirtschaft, für unsere Ernährung und unsere Umwelt.

Ich freue mich, dass diese Enquete hoffentlich diesen wichtigen Fragen auf den Grund geht und dass sie unideologisch und ehrlich diese Arbeit aufnimmt jenseits des Parteigezänks. Das sind wir auf jeden Fall unseren Landwirten hier in Nordrhein-Westfalen, aber auch unserer eigenen Zukunft schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Diekhoff. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Nolten.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Missverständnisse zwischen landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerung nehmen zu. Sie betreffen die Produktionsweise – Latzhose und Gummistiefel kontra Melkroboter und Sensortechnik –, die Umweltwirkungen – Gülle gleich Gift oder Teil der bedarfsgerechten Düngung – und die soziale Nachhaltigkeit – selbstbestimmtes Arbeiten, Agrarromantik versus Regulierungswut, fehlende Work-Life-Balance und Hofnachfolge.

Die Bilder der Schlepperkonvois fordern zurzeit die Agrarpolitik heraus; deswegen kommt der Antrag zur rechten Zeit.

Die Agrarpolitik soll dem Konzept der multifunktionalen Landwirtschaft folgend mehrere Ziele erreichen, von denen der Titel der Enquete einige heraushebt: die Sicherstellung der Versorgung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln, eine Erzeugung mit geringstmöglichen Einflüssen auf die natürlichen Ressourcen unter Förderung der Biodiversität sowie die Lösung des Problems der Einkommensdisparität. Landwirte brauchen attraktive Entgelte für ihre Produkte und Dienstleistungen, sonst fehlt morgen der qualifizierte Nachwuchs.

Die wichtigsten Sachgebiete der Agrarpolitik sind die Agrarmarkt- und Preispolitik, die Agrarumweltpolitik, die Agrarstrukturpolitik, die Agrarsozialpolitik, die Agrarkreditpolitik und die Agrarbildungs- und -wissenschaftspolitik. Sie alle spricht der Antrag an.

In entwickelten Volkswirtschaften wie der unsrigen mit einem Erwerbstätigenanteil von 1,4 % und einer Bruttowertschöpfung von 0,9 % erfolgt häufig eine mangelnde Rücksichtnahme der Politikverantwortlichen auf die Besonderheiten in der Landwirtschaft. Das Mercosur-Abkommen ist zurzeit ein gutes Beispiel hierfür.

Warum ist Agrarpolitik so wichtig? – Sie muss neben den thematischen auch zeitliche, räumliche und soziokulturelle Aspekte beachten. Ein Beispiel: Wir sprechen häufig von Schweinemästern oder Milchbauern, aber es gibt individuell ganz unterschiedliche Betriebsleitereigenschaften. Sie zu differenzieren, dient der besseren Zielgruppenbestimmung bei Dienstleistungen und Serviceangeboten.

Mit dem allgemeinen Trend zur Spezialisierung differenziert sich die Food-Chain aus: von den Vorleistungen der landwirtschaftlichen Produktion über die Erfassung, die Verarbeitung in Ernährungshandwerk und -industrie, den Lebensmitteleinzelhandel bis hin zu den unterschiedlichen Verbraucherguppen.

Mit der abnehmenden Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe sinkt tendenziell der Einfluss der Produzenten in dieser Kette.

Es sinkt auch die Zahl der Landwirte und ihrer Familienangehörigen, die als Kommunikatoren in der breiten Bevölkerung ein realistisches Bild einer zeitgemäßen Landwirtschaft vermitteln könnten.

Auf der einen Seite sind Nahrungsmittelerzeugung und Verarbeitung so effizient, dass wir nur noch 14 % für Nahrungsmittel ausgeben müssen. Damit verschiebt sich aber auch der Wahrnehmungsfokus von uns Verbrauchern immer weiter.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wer weiß noch, warum und wie gepflügt wird, warum bei der Milchproduktion Kälber anfallen oder wie eine Flüssigfütterung funktioniert? Wer weiß noch, was PSE-Fleisch ist oder die Bezeichnung „schnittfester vierter Aggregatzustand von Wasser“ für Hollandtomaten?

Metzger klagen schon lange über den Verlust von Fertigkeiten in der Essenzubereitung, Allgemeinmediziner über zunehmende Fälle von Diabetes und Adipositas.

Was bedeutet dann die bekundete Zahlungsbereitschaft situativer Einzelesser à la „Kevin alleine vor dem Kühlschrank“, wenn er weder den Prozess noch die Produktqualität abschätzen kann?

Wenn die wenigen Alltagsgespräche über und nicht mit der Landwirtschaft imagebildend sind, werden wir vor diesem Hintergrund Akzeptanz finden, wenn demnächst KI-Roboter und Drohnen den menschlichen Arbeitseinsatz auf dem Acker und im Stall entbehrlich machen? Was können wir tun, um Konflikte zu versachlichen und die Akzeptanz zu befördern?

Der Erfolg agrarpolitischer Maßnahmen hängt nach Niehaus davon ab, dass sie den gesellschaftlichen Normen entsprechen, der Wirtschaftsstruktur angepasst sind, mit übergeordneten Politikzielen verträglich sind und zum richtigen Zeitpunkt eingesetzt werden.

Insofern ist die Einsetzung einer Enquetekommission das richtige Signal. Wir hören zu. Wir wollen gerade im Vorfeld der neuen GAP-Förderperiode die richtigen Maßnahmen für unser Handeln in NRW definieren.

Wir werden vermutlich nicht alle relevanten Aspekte beleuchten können, aber unsere Landwirtschaft, unsere Landwirte haben es verdient, die Wertschätzung einer solchen Enquete zu erfahren. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Nolten. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren mit einigen Kolleginnen und Kollegen auf der Grünen Woche. Da rollten die Trecker – wir haben das beeindruckt feststellen können – sowohl am Freitag als auch am Samstag. Die eine Aktion der Landwirte heißt „Land schafft Verbindung“. Am Samstag fand zum zehnten Mal „Wir haben es satt!“ statt.

Im ganzen Land, auch bei uns, gehen die Landwirte auf die Straße, weil – das müssen wir schon feststellen – sie sich von der Politik im Stich gelassen fühlen.

Seit 2005 ist das Landwirtschaftsministerium – das muss man schon feststellen – in CDU- und CSU-Hand. In dieser ganzen Zeit sind wichtige Fragen wie Ferkelkastration, wie Kennzeichnung Fleisch, wie Kastenstand bei den Sauen oder aber auch die Düngerverordnung nicht geregelt worden.

Dass das zu Unfrieden in der Szene führt, ist doch klar – gerade jetzt, wo die Strafandrohung im Raume steht. Bis Mai/Juni muss das von Deutschland geliefert werden; sonst kommen Strafzahlungen auf uns zu. Deswegen muss endlich reagiert werden. Das weiß Frau Klöckner, und das müssen auch die Bauern zur Kenntnis nehmen.

Des Weiteren kommt hinzu, dass sich die Landwirtschaft seit Jahrzehnten nach dem Prinzip ausrichtet – ich bin Bauerntochter; ich habe das selbst mitbekommen –: wachsen, weichen, spezialisieren und für den Weltmarkt produzieren. Heute sage ich: Diese Geschichte ist zu Ende erzählt. Die Landwirte merken, dass sie von dem, was sie heute produzieren, nicht mehr leben können.

Zu der Großen Anfrage zur Ernährungsindustrie liegt uns eine klare Antwort vor: Es wird eine Menge an der Landwirtschaft verdient, aber nicht mit der Landwirtschaft. Das Geld wird vor allen Dingen im nachgelagerten Bereich verdient. Daher ist es verständlich, dass viele Landwirte jetzt auf die Straße gehen.

Doch wer trägt daran die Schuld? Ist es etwa nur die Politik? Ich glaube, diese Kritik greift zu kurz; denn die Erlöse der landwirtschaftlichen Betriebe sind einem großen Preisdruck ausgesetzt. Das ist vorhin auch von Herrn Nolten gesagt worden. Die enorme Marktmacht der Lebensmittelkonzerne und des Einzelhandels drückt die Erzeugerpreise immer weiter in den Keller. Die Landwirte sollen immer günstiger produzieren und dabei gleichzeitig immer mehr Anforderungen erfüllen, die die Verbraucherinnen und Verbraucher an sie stellen.

Schaut man in die Obst- und Gemüsetheken, stellt man fest: gutes Angebot. Aber wir geben nur noch

11 % unseres Einkommens – so sind meine Zahlen – dafür aus.

Doch zu den geringen Erträgen kommt noch ein weiteres Problem, das ich schon in einigen meiner Reden klargemacht habe: der enorme Kapitaleinsatz, der in diesem Bereich notwendig ist. Hinzu kommen die hohen Pacht- und Bodenpreise, die ebenso stark angestiegen sind. Das alles heizt den Strukturwandel an.

Nur wenn wir es schaffen, mit allen Akteuren und Interessenvertretern diese Erwartungen und Herausforderungen zu meistern, wird daraus ein Zukunftsplan für die Landwirtschaft. Svenja Schulze, unsere Bundesumweltministerin, sagt: Wir brauchen einen Gesellschaftsvertrag in dieser Sache. – Wir hoffen darauf, dass die Enquetekommission diese Zukunftsstrategien entwickeln und erarbeiten kann. Insofern werden wir natürlich der Einsetzung dieser Enquetekommission zustimmen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Wir brauchen vor allem eine starke, eine heimische, eine regionale Landwirtschaft – eine Landwirtschaft, die durch moderne, umweltverträgliche und vor allem nachhaltige Bewirtschaftung eine Perspektive für die Zukunft hat, indem sie vor Ort ihre Produkte produziert, die hier in der Region auch verkauft und konsumiert werden. Da verweise ich wieder auf unseren Antrag zu guter Kita- und Schulverpflegung, mit dem wir das verbinden können.

Nun wird es demnächst, im Frühjahr 2020, in der Europäischen Kommission die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ geben. Das wird eine gute Orientierungshilfe sein, die auch für unsere gemeinschaftliche Arbeit in der Enquetekommission eine gute Hilfestellung sein kann. Ich habe Till Backhaus, den Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, bei der Eröffnung der Grünen Woche erlebt, wo er gesagt hat: Landwirtschaft ist Teil der Lösung und nicht Teil des Problems.

In diesem Sinne freuen wir uns auf die Erkenntnisse und Ergebnisse der Enquetekommission. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und Dietmar Brockes [FDP])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Rüsse das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Norwich Rüsse (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab: Vielen Dank an die FDP für das unserer Meinung nach spannende Thema „Landwirtschaft“.

(Henning Höne [FDP]: Bitte!)

Diese Enquetekommission kommt natürlich zur richtigen Zeit. Das ist gar keine Frage, und dazu ist auch schon einiges gesagt worden.

Herr Diekhoff hat, meine ich, das Wort „Agrarwende“ aufgegriffen. Ich glaube, dass dieser Begriff gar nicht so verkehrt ist, weil uns allen klar ist, dass wir in einer Endphase und an einem Punkt angekommen sind, an dem wir sagen, dass wir Landwirtschaft so nicht weiterbetreiben können. Wir haben die entsprechenden Konflikte. Wir wissen, dass wir jedes Jahrzehnt etwa ein Viertel der Bauernhöfe verlieren. Wir können also eigentlich jetzt schon sagen: Ein Viertel der 30.000 bestehenden Betriebe wird in zehn Jahren nicht mehr da sein. – Das ist ein Prozess, den wir so nicht haben wollen. Da sind wir alle uns einig.

Gleichzeitig diskutieren wir seit dem Jahrzehnt, in dem ich schon hier im Landtag bin, darüber, dass wir die Probleme nicht wegstreichen. Es ist eben nicht nur ein Problem der Darstellung gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern, sondern tatsächlich sind noch andere Probleme vorhanden.

Die Frage, wie wir Tiere halten, beschäftigt die Menschen heute mehr als vor 30 Jahren, als wir die Richtung eingeschlagen haben, über Tierhaltung zu diskutieren. Daher ist es gut, wenn wir diese Enquetekommission haben, um das Thema aufzugreifen und zu schauen, wohin es sich entwickeln muss.

Zur Problematik der Umweltbelastung: Ja, die Bäuerinnen und Bauern sind auf der Straße. Sie demonstrieren gegen die Düngeverordnung. Die Frage ist, wie man die Umweltbelastung steuern kann. Die Bäuerinnen und Bauern thematisieren auch, ob sie immer richtig behandelt werden.

Ich sage immer wieder, dass das eigentliche Kernproblem dahinter ist, dass sie mit ihren Produkten einfach zu wenig Geld verdienen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Unsere Landwirtschaft kann sich den Umweltschutz, den wir von ihr erwarten und der auch sein muss, im Prinzip nicht mehr leisten. Das ist ein Armutszeugnis. Dann ist es gut, wenn wir uns mit solch einer Enquetekommission im Landtag auf den Weg machen, um zu prüfen: Wie bekommen wir eine Produktion hin, die das alles miteinander verknüpft? Wie schaffen wir es, für die Landwirte einen Mehrwert zu erzeugen, sodass sie pro Tier tatsächlich wieder mehr einnehmen, als es im Moment der Fall ist?

Wir haben auch gestern kurz darüber diskutiert, und ich habe das Beispiel des Bullenkalbs angesprochen. Wenn ein Kalb einen Wert von 10 Euro hat, dann ist das in der Tat eine Schieflage, die wir so nicht akzeptieren können.

Über die Herausforderungen des Klimaschutzes haben wir noch heute Morgen gesprochen, Stichwort

„Kohleausstieg“ usw. Wir alle wissen, dass die Landwirtschaft einen Anteil von etwa 14 % hat. Natürlich wird auch die Landwirtschaft ihren Beitrag leisten müssen. Sie wird klimaeffizienter werden müssen. Das ist sicherlich ein wichtiges Thema.

Herr Diekhoff, da der Begriff „Agrarwende“ von Ihnen nicht geliebt wird, können wir uns für die Landwirtschaft vielleicht auf den Begriff „Zeitenwende“ einigen. Das ist, glaube ich ...

(Henning Höne [FDP]: Muss denn immer alles eine Wende sein?)

– Herr Höne, wenn Probleme groß sind und man in eine neue Richtung gehen müssen ... Sie lachen ein bisschen darüber.

(Henning Höne [FDP]: Aber mit Ihnen!)

Ich erkenne in der Landwirtschaft sehr viel Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Ich sehe, mit wie viel Interesse sich Bäuerinnen und Bauern Offenstallhaltungen ansehen und es als spannend empfinden, was mittlerweile bei diesen Ställen möglich ist; sie haben bezweifelt, dass so etwas funktioniert. Daran besteht ein enormes Interesse. Wir haben Veränderungen vor uns, die man nicht unterschätzen sollte.

Das gilt auch für den Acker. Die Frage der Digitalisierung ist in Ihrem Antrag genannt. Was passiert denn, wenn tatsächlich Roboter in der Lage sind, Unkräuter gezielt zu jäten? Wie wird sich unser Ackerbau an der Stelle verändern? – Das ist Zeitenwende.

Ich nenne Ihnen noch ein anderes Beispiel. Wir sind mit dem Münsterland ein sogenannter Veredelungsstandort. Was passiert denn, wenn sich Laborfleisch tatsächlich durchsetzt? Wenn ein Unternehmen in den USA, ein Start-up, 180 Millionen Euro von Investoren einsammeln kann, um die Frage von in Fabriken erzeugtem Fleisch voranzutreiben, dann wissen diese Investoren doch, warum sie das tun. Jetzt müssen wir überlegen, was das am Ende für unsere Landwirtschaft bedeutet. Wir müssen auch über solche Fragen sprechen. Wir befinden uns in einem Prozess, bei dem wir noch gar nicht genau wissen, wo er schließlich enden wird.

Wir werden Veränderungen bekommen. Aber wie können wir neue Felder für die Landwirtschaft erschließen? Welche Antworten haben wir darauf? Ich bin gespannt, was wir der Landwirtschaft anbieten können, damit sie diesen Weg mitgehen kann.

Thematisch haben Sie drei Blöcke benannt: die Umwelt, die landwirtschaftlichen Betriebe und gesunde Ernährung. Ich finde, das ist umfassend dargestellt. Damit kann man arbeiten.

Insgesamt freuen wir uns als Fraktion. Ich persönlich freue mich auch sehr darauf, in dieser Enquetekommission mitarbeiten zu können. Das wird eine span-

nende Arbeit. Ich hoffe, dass wir am Ende gemeinsam ein gutes Ergebnis vorlegen können. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rütze. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Dr. Blex das Wort.

Dr. Christian Blex (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 22. Oktober 2019 sind über 6.000 Landwirte nach Bonn gefahren. Sie haben auf einer der bisher größten Kundgebungen gegen die Agrarpläne der CDU-Agrarministerin protestiert. Ja, das hört die CDU ungern. Das ist Ihre Agrarministerin.

Heute, drei Monate und viele Proteste später, sind wir immer noch meilenweit von einer bauernfreundlichen Politik entfernt. Allen voran macht sich die Nestlé-Agrarministerin Klöckner immer noch zur Erfüllungsgehilfin der BUND-Umweltministerin Schulze. Eine verschärfte Düngemittelverordnung wider den gesunden Menschenverstand, weitere Einschränkungen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und eine massive links-grüne Umverteilung von EU-Agrarsubventionen – all das – das muss auch noch gesagt werden – mit freundlicher Unterstützung der NRW-Landesregierung und ihrer grünen Umweltministerin Frau Heinen-Esser.

Wer die Landwirte ernst nehmen möchte – offensichtlich sind wir immer noch die Einzigen, die das tun –, der muss auch über die Themen „Düngemittelverordnung“, „Pflanzenschutz“ und insbesondere „EU-Agrarsubventionen“ sprechen sowie für Herrn Rütze anscheinend auch noch über „Protektionismus“.

Nitrate gehören zu den wichtigsten Grundbausteinen und Nährelementen in der Lebensmittelproduktion. Die Nutzpflanzen nehmen diese Grundbausteine auf und wandeln sie durch Fotosynthese in lebenswichtige Proteine um. Eine ausreichende Versorgung der Nutzpflanzen mit Nitraten ist für das Pflanzenwachstum und zum Schutz der Bodenfruchtbarkeit ganz einfach unverzichtbar.

Wie der Name schon sagt: Es sind Lebensmittel, also Mittel zum Leben. Wir brauchen sie, und die Pflanzen brauchen entsprechend die Nitrate.

So unterschiedlich die Böden sind, so wenig hilfreich ist ein einheitlicher EU-Grenzwert für Nitrate in ganz Europa. Das Problem, das hier also von der Politik geschaffen wurde, ist einfach künstlich erzeugt worden. Bis heute fehlt der wissenschaftliche Anspruch bei der Beurteilung der Nitratbelastung. Ein aussagekräftiger Gesamtwert für die Nitratbelastung, den

man auch mit anderen Bundesländern vergleichen kann, existiert einfach nicht.

Anstatt mit dem Finger auf die Landwirte zu zeigen und wie die FDP von nebulösen Zukunftschancen zu schwadronieren, sollten erst einmal die Probleme der Gegenwart beantwortet werden.

(Norwich Rütze [GRÜNE]: Der Einzige, der schwadroniert, sind Sie!)

Das sind, Herr Rütze, rein politisch zu verantwortende Probleme, die Sie alle hier zu verantworten haben. Anstatt diese Probleme zu lösen, wollen Sie jetzt in einer Enquetekommission einfach mal ein bisschen darüber reden, damit die FDP versuchen kann, die Bauern, die von der CDU mittlerweile genug haben, abzugreifen. Das werden die Bauern aber nicht machen; denn sie sehen, was sie von der FDP haben. Sie wissen es.

In Ihrem Antrag wird von gesunden landwirtschaftlichen Betrieben gesprochen, Herr Diekhoff. Von welchen gesunden Betrieben, die nicht erst hohe Investitionen wieder einfahren müssen, spricht die FDP eigentlich? Es gibt gerade im landwirtschaftlichen Raum einen Flächenbrand. Jeder landwirtschaftliche Betrieb wird von Ihrer und auch von der FDP-Politik gegängelt.

Die Agrar- und Umweltpolitik der EU ist an einem irrsinnigen Punkt der Überregulierung angelangt. Die Laschet-Parteien sind auch bereit, die Landwirte für ihre Klimaideologie zu opfern. So heißt es in dem FDP-Antrag: „Auch die Landwirtschaft muss selbstverständlich einen Beitrag leisten“ – natürlich zu den Pariser Klimaschutzziele. Wenn es schon die Chinesen, die US-Amerikaner, die Russen usw. nicht tun, dann müssen es die deutschen Landwirte machen. Vielleicht müssen die Kühe einfach weniger Methan ausrülpfen. Ich weiß nicht, wie Sie das ansonsten meinen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Glauben Sie eigentlich den Unsinn, den Sie erzählen?)

Nach außen mag sich die FDP gemäßiger geben als die Grünen, aber Sie träumen mittlerweile von den gleichen Umverteilungsfantasien und beten ebenso die heilige Greta und die „Church of Global Warming“ an.

Gleich viermal hat sich die FDP in ihrem Antrag selber als Partner der Landwirte gelobt, wenn es sonst schon keiner macht. Vielleicht meinen Sie, dass man eine Fantasievorstellung nur oft genug wiederholen muss, damit sie zur Wahrheit wird.

(Norwich Rütze [GRÜNE]: So machen Sie das doch!)

So recht glauben, dass die FDP ein Partner der Landwirte ist, können wir das nun wirklich nicht. Wer

zeigt sich denn uneinsichtig, wenn landwirtschafts-fremde Spekulanten reihenweise Ackerflächen aufkaufen? Das sind Sie von der FDP.

Seit über zwei Jahren stehen Sie schon in der Regierungsverantwortung. Wir haben überhaupt nicht gesehen, dass Sie sich ernsthaft für die Landwirtschaft einsetzen. Das Spielchen mag vielleicht auf der Bundesebene mit der One-Man-Show Lindner ein ganz klein wenig funktionieren, nicht aber hier in Nordrhein-Westfalen; denn hier steht die FDP noch in der Regierungsverantwortung.

Es gibt viel zu viel, wofür die Landesregierung kritisiert werden kann. Schlussendlich geht es uns jedoch darum, ob der Landwirt etwas davon hat oder nicht.

Wir glauben, dass sich die Gegner der Bauernschaft nicht mehr so leicht wegducken können, wenn wir die Landwirte als Sachverständige hier in den Landtag einladen.

Wir werden unseren Auftrag als einzige konservative Oppositionspartei selbstverständlich auch in der Enquetekommission zur Landwirtschaft wahrnehmen. Wenn ich die Reden hier gehört habe, dann weiß ich, dass das auch dringend nötig ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Blex. – Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung beantragt. Ich darf deshalb fragen, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/8414 seine Zustimmung erteilen möchte. Ich bitte um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der FDP, der CDU, der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Der guten Ordnung halber frage ich, ob es Neinstimmen gibt. – Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8414** einstimmig vom Hohen Hause angenommen worden.

Ich rufe auf:

7 Fair geht mehr: Digitale Daseinsvorsorge nicht dem Markt überlassen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8423

Ich darf die Aussprache eröffnen und für die antragstellende Fraktion der SPD Frau Kollegin Kampmann das Wort geben. Bitte sehr.

Christina Kampmann (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich einmal vor, eine digitale Revolution erfasst unser Land, und eine Partei gibt vor, sich diese ganz oben auf die Fahne zu schreiben. – Herr Hafke nickt schon.

Diese Revolution erfasst alle Bereiche unseres Lebens: die Wirtschaft, die Arbeit, die Kommunikation und letztlich auch unsere Städte und Gemeinden. Als sie schon ganz weit fortgeschritten war und sich viele Bürgermeisterinnen und Landräte – die meisten übrigens von anderen Parteien als dieser einen – längst ihre Gedanken gemacht und Projekte angestoßen hatten, kam der Minister dieser Partei plötzlich auf die Idee, sich ein paar Kommunen herauszugreifen und diese mit ganz viel Geld auszustatten, um dort richtig tolle Vorzeigeprojekte anzustoßen.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ja!)

Was die anderen Kommunen davon haben, fragen Sie sich vielleicht. Lassen Sie mich kurz nachdenken: Erst mal gar nichts – obwohl die digitale Revolution schon längst im Gang ist und die Mehrzahl der Menschen, die in diesen Kommunen leben, zum Beispiel nicht länger einen Tag Urlaub nehmen wollen, um Verwaltungsdienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

Aber halt, da gab es doch mindestens ein Versprechen, das denen, die nicht im elitären Kreis der Modellkommunen sein sollten, gegeben wurde: Sie sollten Geld bekommen, um eigene Projekte besser finanzieren zu können. „K400 – Kommunal wird Digital“ sollte der wohlklingende Titel dieses Fonds sein, ausgestattet mit 100 Millionen Euro.

Doch während die Modellkommunen längst arbeiten und jede Woche ein neues tolles Vorzeigeprojekt präsentiert wird, konnte der Minister keine Angabe dazu machen, was mit diesem Fonds eigentlich passiert ist.

Die anderen Kommunen hätten also jetzt allen Grund, traurig ihre Köpfe hängen zu lassen. Aber das tun sie zum Glück nicht, weil dort großartige und engagierte Menschen auch ohne die Unterstützung des Landes Verantwortung haben und ihre Stadt in eine digitale Zukunft führen.

„Smart City“ ist längst kein Schlagwort mehr. Dahinter verbergen sich etliche großartige Ideen, wie wir unsere Städte und Gemeinden lebenswerter und vor allem auch moderner machen können.

In Duisburg wird gerade an einem Konzept für smarte Quartiere gearbeitet, in Dortmund an innovativen Einsatzfeldern für Augmented Reality in Binn- und Seehäfen. Hier in Düsseldorf geht es um intelligente Fuhrparks, die das Fahrzeugaufkommen vermindern sollen. Auffällig ist übrigens, dass so

viele SPD-geführte Kommunen an dieser Stelle schon so weit sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können festhalten, dass viele Projekte auch ohne die Landesregierung schon auf einem guten Weg sind. Fakt ist aber auch, dass es trotzdem falsch bleibt, sich jenseits der Modellkommunen aus diesem wichtigen Thema herauszuhalten; denn das Land sollte dort Unterstützung liefern, wo sie tatsächlich gebraucht wird.

Gerade kleinere Kommunen – das ist uns in unserem Antrag besonders wichtig – haben es bei Verträgen mit Privaten oft schwer, sich durchzusetzen, etwa wenn es um die Frage geht, wem eigentlich die Daten gehören, beispielsweise bei Verträgen zum Thema „Bike Sharing“.

Wir diskutieren seit ganz vielen Jahren das Thema „Open Data“. Deshalb wäre es jetzt nur folgerichtig, dafür zu kämpfen, dass die Daten aus Smart-City-Projekten auch denen gehören, die sie am Ende liefern, nämlich den Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb müssen diese Daten in der öffentlichen Hand bleiben. Dafür müssen wir den Kommunen die entsprechende Unterstützung leisten.

Wir dürfen die Kommunen bei diesem Thema nicht alleinlassen. Denn wenn die Daten erst einmal aus der Hand gegeben sind, wenn die Daten erst einmal weg sind, dann lässt sich das nicht so schnell wieder rückgängig machen. Dabei wäre dies für die Zukunft, wenn wir auf das Thema „Künstliche Intelligenz“ blicken, wenn wir uns die Verkehrsplanung anschauen, sehr wichtig, weil Kommunen mit diesen Daten unglaublich viele Möglichkeiten hätten. Deshalb gehören diese Daten in die öffentliche Hand.

Wir müssen die Kommunen zum Beispiel auch bei der technischen Infrastruktur zur Speicherung und zur Auswertung der Daten unterstützen. Da lässt die Landesregierung die Kommunen leider gerade im Stich und alleine.

Wir fordern Sie mit diesem Antrag auf, die Kommunen zu unterstützen und nicht im Regen stehen zu lassen. Denn wenn Sie heute nicht handeln, geben Sie für die Zukunft eine unglaublich große Chance aus den Händen. Das wäre für uns alle fatal. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt und freuen uns auf die weitere Diskussion. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Kampmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Franken das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Björn Franken (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, liebe Frau

Kampmann, das war ein sympathischer Vortrag – so will ich es einmal zusammenfassen –,

(Heiterkeit von der CDU)

aber trotz aller Sympathie können Sie leider nicht darüber hinwegtäuschen, dass kein Fleisch am Knochen ist. Man hat den Eindruck, aus der Kommandozentrale wäre die Aufforderung ergangen: Ihr müsst im Digitalisierungsbereich noch etwas machen.

(Zuruf von der SPD)

Man nimmt zwei Seiten Prosa, Allgemeinplätze zur Digitalisierung, was man in jedem Schüleraufsatz über Digitalisierung lesen kann, und schon hat man wieder einen Arbeitsnachweis fertig.

Sie haben in der Tat recht: In unserem Haushalt ist bislang noch nicht die Rede von K400 gewesen. Ein Koalitionsvertrag geht aber, wie wir wissen, immer über fünf Jahre. Da ist noch Zeit.

Entscheidend ist aber – und das ist der Denkfehler in Ihrem Antrag –: Wir sind längst unterwegs, die im Koalitionsvertrag weiter aufgeführten Bestandteile dieses Fonds K400 umzusetzen. Dort haben wir entsprechende Maßnahmen aufgezählt – das können Sie nachlesen –, die wir schon umsetzen.

Ich denke zum Beispiel an das Förderprogramm „Digitale Modellkommunen“, seit 2018 auf den Weg gebracht. Im nächsten Jahr stecken wir 90 Millionen Euro in die Förderung.

Wir haben 53 Projekte, die mit mehr als 86 Millionen Euro gut unterwegs sind und auch eine gute finanzielle Unterstützung seitens des Landes erhalten.

Seit diesem Jahr bekommen unsere Kommunen eine zusätzliche Unterstützung für die Umsetzung der Vorhaben aus dem Onlinezugangsgesetz. Im Haushalt sind dafür 26 Millionen Euro bereitgestellt.

Mit weiteren 65 Millionen Euro fördern wir die Umsetzung zentraler und dezentraler Projekte im Hinblick auf das E-Government-Gesetz.

Auch der Auf- und Ausbau sowie die Partizipation an Onlineverwaltungsleistungen und einem Portalverbund zwischen Land und Kommunen wird von uns gefördert.

Allerdings können diese finanziellen Mittel erst dann voll durchschlagen und wirklich Wirkungen entfalten, wenn die Kommunen auch auf die notwendige digitale Infrastruktur zurückgreifen können.

Hier kommen Sie wieder ins Spiel, liebe Frau Kampmann. Sie haben in den vergangenen Jahren der rot-grünen Regierung viel zu lange geschlafen und wichtige Akzente beim Ausbau nicht gesetzt. Da kommen Sie nicht drum herum.

(Beifall von der CDU)

Wir dagegen haben die Zeit genutzt und holen den erheblichen Nachholbedarf in den Bereichen „Breitband“ und „Mobilfunkausbau“ endlich auf. Mit unserer Digitalstrategie, mit unserem Gigabit-Masterplan NRW, mit den Geschäftsstellen Gigabit NRW, unserem Mobilfunkpakt oder auch der 5G-Mobilfunkstrategie haben wir in den vergangenen zweieinhalb Jahren mehr erreicht als Sie während sage und schreibe sieben Jahren.

Wir haben Nordrhein-Westfalen digitaler gemacht. Wir haben als erstes Bundesland durch unseren Minister Professor Pinkwart einen Mobilfunkpakt ausverhandelt. Dadurch haben wir bereits riesige Schritte beim Schließen von Mobilfunklöchern absolviert. Das 4G-Netz wird immer engmaschiger, der 5G-Ausbau läuft bereits.

Auch beim entsprechenden Ausbau der gigabitfähigen Netze haben wir bereits wichtige Meter gemacht. So sind heute über 70 % der Haushalte mit mindestens 40 MBit/s versorgt. Die Bundesförderung schlägt nach und nach weiter durch, sodass wir auch endlich in die Fläche kommen, in die ländlichen Gebiete. Hier kofinanziert das Land die Förderung des Bundes zum Breitbandausbau mit schnellen und unkomplizierten Mittelzusagen und wenig Bürokratie.

Natürlich sind – Sie haben es angesprochen – die Kommunen immer ein wichtiger Akteur und Partner für uns. Das gilt für alle Themen. Das gilt aber natürlich auch bei der Digitalisierung unseres Landes. Dass die digitale Transformation eine große strukturelle, finanzielle, aber auch gesellschaftliche Herausforderung ist, das steht völlig außer Frage. Deshalb unterstützt die Landesregierung ja auf so vielfältige Weise unsere Städte und Gemeinden beim Übergang zu Smart Citys.

Wir dürfen festhalten: Wir liegen voll im Zeitplan. Wir holen Ihren Rückstand auf und legen vor mit unserer Digitalstrategie. Ihren Antrag hätten wir und auch die Menschen in Nordrhein-Westfalen dafür nicht gebraucht. Dennoch freuen wir uns natürlich auf die Diskussion. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Franken. – Für die Fraktion der FDP hat nun Herr Abgeordneter Hafke das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Vorbereitung auf die Debatte zum vorliegenden Antrag der Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion habe ich mich dauernd gefragt, woran mich der Antrag ein Stück weit erinnert. Weil wir zwei kleine Kinder im Haus haben und ich deshalb bei Märchen und Geschichten mittlerweile etwas sattelfester bin, ist es

mir eingefallen. Der Inhalt und die Forderung des Antrags erinnern mich doch sehr an die Erzählung vom Hasen und vom Igel, bei der der Hase immer ein bisschen der Musik hinterherrennt.

Genauso verhält es sich mit Ihrem Antrag. Dabei sind wir uns doch alle eigentlich einig. Digitalisierung ist eine Gestaltungsaufgabe und kein Schicksal. Gerade in den Kommunen – nahe an den Bürgerinnen und Bürgern – bietet die digitale Transformation Möglichkeiten, den Alltag zu erleichtern, die Teilhabe zu ermöglichen und Prozesse effizienter zu gestalten. Gerade bei der kommunalen Daseinsfürsorge muss die Digitalisierung immer vom Menschen aus gedacht werden; denn nur so bekommen wir Akzeptanz und Mehrwert für die digitale Gesellschaft bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Allein der Tonfall und die Forderung Ihres Antrags passen nicht so recht zusammen bei dem, was von uns schon alles in die Wege geleitet wurde und was unser geschätzter Digitalminister Dr. Andreas Pinkwart in den letzten zweieinhalb Jahren alles bewegt hat.

Meine Damen und Herren, Sie schreiben in dem Antrag, dass Sie den flächendeckenden Ausbau der Glasfaserinfrastruktur fördern wollen, dass er vorangetrieben werden muss. Ich will in dieser Debatte daran erinnern, was Sie damals unter Rot-Grün gemacht haben. Sie haben noch nicht einmal von Glasfaser gesprochen. Sie haben über Megabit und 50-MBit-Breitbandleitungen gesprochen, aber niemals den Glasfaserausbau als Ziel in den Fokus gesetzt. Genau das machen wir nun anders.

Wir haben den flächendeckenden Glasfaserausbau als klares Ziel in den Koalitionsvertrag geschrieben. Der Unterschied ist, dass wir das nun entsprechend umsetzen. Deswegen gibt es jetzt die Digitalstrategie. Die beinhaltet unter anderem das Förderprogramm K400, das von Ihnen angesprochen wurde. Wir unterstützen die Kommunen bei Planungsvorhaben, bei Glasfaserprojekten, bei der IT-Sicherheit, bei Open-Data-Strategien, bei allem, was die Kommunen entsprechend benötigen.

Damit das gut funktioniert, haben wir entsprechende Gigabit-Geschäftsstellen in den Bezirksregierungen eingesetzt, die die Kommunen unterstützen. Ich glaube, das ist das Beste, was man machen kann; denn so wird Ihnen zielgerichtet geholfen.

(Beifall von der FDP)

Der heutige Stand sieht auch schon gut aus: Mehr als 70 % der Haushalte haben mindestens eine 400-MBit-Versorgung. Unser Ziel ist, dass bis 2022 alle Gewerbegebiete und Schulen mit entsprechenden Prioritätensetzungen mit Glasfaserausbau versorgt sind.

Meine Damen und Herren, wir sind auch das erste Bundesland, das eine eigene Mobilfunkstrategie für

das Thema „5G“ auf den Weg gebracht hat, weil es entscheidend ist, dass wir diese Grundvoraussetzung haben, damit Smart und digitale Lösungen in Nordrhein-Westfalen auch tatsächlich umgesetzt werden.

Dann entnehmen wir Ihrem Antrag, dass Sie sich zum Thema „Smart-City-Konzepte“ auf kommunaler Ebene äußern und diese in den Blick nehmen wollen. Auch hier skizzieren Sie eine Lage, die einfach der Wirklichkeit enorm hinterherhinkt. In den Modellkommunen, die wir ausgerufen haben, und in den Regionen des Landes werden projektbezogene Lösungen erarbeitet, und bei Mobilitätsfragen in der öffentlichen Verwaltung, bei dem Thema „E-Government“, aber auch bei der Vernetzung und bei Synergieeffekten bei Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft.

Aktuell laufen dort über 50 Projekte mit einem Volumen von 60 Millionen Euro. Das ist gerade die Idee, dass die anderen Kommunen davon genauso profitieren, es umsetzen können. Irgendwer muss aber anfangen. Eine entsprechende Hausaufgabe haben die Städte ja auch noch.

Meine Damen und Herren, wir fördern darüber hinaus die Entwicklung digitaler Bürgerservices, welche allen Kommunen lizenzfrei zur Verfügung gestellt werden. Das Land bietet dabei den interessierten Kommunen individuelle kostenlose Beratung zum Thema „Smart City“ an. Auch hier haben sich bereits über 35 Kommunen auf den Weg gemacht.

Wir sind also in der nordrhein-westfälischen Koalition nun dabei, die Weichen entsprechend richtig zu stellen und die Kommunen zu unterstützen. Selbstverständlich sind wir da noch nicht am Ende angekommen. Wir werden nach wie vor noch entsprechende Projekte auf den Weg bringen müssen.

Ich will zum Schluss aber noch zwei kurze Bemerkungen machen.

Erstens, meine Damen und Herren von der SPD, bin ich davon überzeugt, dass Sie sich hier auf dem Holzweg befinden. Wenn Sie den Markt, wie Sie es schreiben, hier mal wieder als Steigbügelhalter für Ihre eigene scharfe Linkskurve nutzen, werden wir das in dieser Form nicht mittragen, weil wir es schon richtig und entscheidend finden, dass in erster Linie auch Private gemeinsam mit den Kommunen die Lösungen erarbeiten und umsetzen. Wenn es dann nicht klappt, dann versprechen wir, staatlich entsprechend zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, zu diesen Punkten gibt es noch viel zu diskutieren. Da wir uns hier gut auf den Weg gemacht haben, freuen wir uns auf die Debatte im Ausschuss. Da brauchen wir uns nicht zu verstecken. Wir freuen uns auf die Punkte, die sich die SPD überlegt hat, damit es hier in diesem Land tatsächlich vorwärtsgeht. Guten Argumenten sind wir natürlich

immer aufgeschlossen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Bolte-Richter das Wort.

Matthi Bolte-Richter^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ja, wir haben es immer wieder in den letzten Wochen und inzwischen in den letzten Monaten und Jahren gehört, was sich die Landesregierung für schöne Strategien und Programme, Gipfelpakte, Masterpläne, Ankündigungen und was es noch alles so gibt, überlegt hat. Aber wenn man sich jetzt – ich finde, es ist nicht unfair, das nach fast drei Jahren zu tun – die tatsächlichen Bilanzen in den einzelnen Bereichen ansieht, dann sieht es nicht mehr ganz so rosig aus.

Sie kennen die Zahlen, was die Abrufquote bei den Fördermitteln angeht. Wenn wir 880 Millionen Euro Fördermittel für den Ausbau der digitalen Infrastruktur bereitstellen haben und davon 30 Millionen Euro bisher in den letzten vier Jahren abgerufen, abgeflossen und verbaut worden sind, dann zeigt sich da, dass es offensichtlich eine Lücke gibt zwischen dem, was die Landesregierung ankündigt und vorschlägt, und dem, was dann tatsächlich passiert.

Wenn man sich ansieht, dass in dem schon wieder viel gepriesenen Mobilfunkpakt steht, dass an den Hauptverkehrswegen, also an den Autobahnen und den ICE-Trassen, bis Ende 2019 alle Funklöcher geschlossen sein sollen, es überall LTE-Versorgung geben soll, und sich dann die Realität ansieht, dann ergibt sich, dass Schwarz-Gelb die Pendler inzwischen nicht mehr nur im Stau stehen lässt, sondern auch im Funkloch.

Wir haben Herrn Pinkwart mal gefragt, was denn eigentlich die Landesregierung an dieser Stelle tut und wie sie mit dieser Verpflichtung der Mobilfunkbetreiber umgeht. Er hat gesagt: Die haben sich dazu verpflichtet, und dann gehen wir mal davon aus, dass die sich schon daran halten werden.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Also, ein eigenes Monitoring an der Stelle brauchen Sie offensichtlich nicht. Denn wenn es schöne Versprechen gibt, dann sind Sie ja zufrieden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss zu diesem SPD-Antrag klar sagen, dass er in der Analyse an vielen Stellen richtig ist. Ich finde durchaus, dass man in den Beschlusspunkten an der einen oder an-

deren Stelle das zitierte Fleisch am Knochen durchaus auch mal suchen muss. Das stimmt. Aber damit passt der Antrag ganz gut zur Politik der Landesregierung, denn da fehlt das Fleisch am Knochen ja genauso.

Wenn man sich die Analyse ansieht. Der Wandel der Städte zu Smart Cities ist in vollem Gang. Natürlich sind da enorme Potenziale enthalten, wenn es etwa um die Energiewende, wenn es um Ressourcenschutz geht. Es sind nicht nur die Smart-City-Klassiker, sondern viele neue Entwicklungen, wo wir dahinkommen können, dass es eine Digitalisierung gibt, die den Menschen und unserem Planeten zugutekommt.

Es ist im Antrag erwähnt, dass an vielen dieser Entwicklungen Start-ups und andere Unternehmen beteiligt sind, sie von ihnen vorangetrieben werden. Insofern habe ich ein bisschen gestaunt, dass jetzt so ein klarer Dualismus „Der-Markt-ist-böse“ versus „Wer-auch-immer-soll-es-besser-machen?“ von der SPD gesehen wird. Ich fand ihn an dieser Stelle wirklich ein bisschen konstruiert. Das muss eigentlich nicht sein, weil wir sehen, dass viele Marktakteure sich in der Gestaltung von Smart City sehr engagieren.

Wenn man es kritisieren möchte: Es gibt sicherlich auch Entwicklungen, die zu kritisieren sind. Aber dann sollte man das vielleicht nicht auf der ideologischen Ebene tun, sondern man sollte tatsächlich schauen: Wie können sich diese negativen Entwicklungen in der Praxis einhegen lassen?

Das gilt genauso bei den Sicherheitsfragen. Wenn ich, Kollegin Kampmann, bei dem Projekt, wie es in Duisburg gemacht wird – ich habe es angesprochen –, eng mit Huawei kooperiere, einem Unternehmen, das massiven Spionagevorwürfen ausgesetzt ist, dann ist das wahrscheinlich nicht unbedingt der Sicherheit dienlich.

Genauso ist es beim Datenschutz. Der taucht in diesem Antrag zwar auf, aber eher so als Pflichtübung. Auch das passt zu einer SPD ganz gut, die im Bund mehrmals die Vorratsdatenspeicherung mit beschlossen hat und sich auch hier im Landtag für das Polizeigesetz von Schwarz-Gelb, dieses bürgerrechtsfeindliche Polizeigesetz, hergegeben hat. Auch hier bleibt es natürlich meilenweit hinter dem zurück, was eigentlich notwendig wäre, nämlich ein starker rechtsfester Datenschutz, der sowohl den Anbietern als auch den Kunden die Sicherheit gibt, ihnen souveräne Anwendungen von Smart-City-Dienstleistungen zu ermöglichen.

Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es meines Erachtens zu vielen Punkten in diesem Antrag noch eine Menge Diskussionsbedarf.

Wo der Antrag aber völlig richtig liegt, habe ich eingangs schon angerissen. Das ist die Kritik an einer

Landesregierung, die sich ganz große Ziele in der Digitalisierung und in der Digitalpolitik gesetzt hat, jetzt aber langsam sehen muss, dass es vielleicht nicht reicht, schöne Ziele zu definieren, sondern dass den schönen Worten des Ankündigungsministers Pinkwart in den Mühen der Ebene dann auch mal Taten folgen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wie man ganz deutlich sieht, reichen die zugesagten Mittel nicht aus – das kritisiert der Antrag im Detail völlig zutreffend –, um die großen Herausforderungen auf der kommunalen Ebene anzugehen. Die Koalition hat auch überhaupt nicht den Anspruch – das haben wir ja jetzt mehrfach gesehen –, dass überhaupt etwas passiert. Sie verlängern unnötig das Zeitalter der Modellprojekte. Die Entwicklung geht nicht in die Fläche.

Absolut desaströs sieht es abschließend bei der digitalen Verwaltung aus. Das hat die Landesregierung letzte Woche in ihrem Bericht zum E-Government-Gesetz selbst zugeben müssen. Die elektronische Aktenführung kommt vielleicht etwas später. Die Landesregierung attestiert sich jetzt erst mal selbst Personal- und Ressourcenmangel. Ob sie das abstellen will, wissen wir nicht. Vielleicht geschieht das durch ein neues E-Government-Gesetz, das laut Ankündigung von Herrn Pinkwart ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): ... schon vor einem Jahr vorliegen sollte. Bisher ist nichts passiert. Auf die Ausschussberatungen freue ich mich trotzdem. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte-Richter. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler* (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag erfüllt zwar das gegenwärtige Anforderungsprofil der Sozialdemokratie: irgendwas mit „modern“, irgendwas mit „digital“, am besten noch ein bisschen „fair“, „nachhaltig“, „klimagerecht“ und ganz viel Angst vor dem Markt.

Aber die Welt ist eben nicht ganz so einfach wie ein Tweet von Saskia Esken. Sie loben zum Beispiel die vermeintlich tollen Ergebnisse der NRW-Städte im Smart-City-Ranking. Gerade meinte Frau Kampmann dazu sogar noch, es seien im Besonderen die SPD-Kommunen. Tatsächlich finden sich aber weit

mehr davon am unteren Ende des Rankings. Bei denen, die zu den Spitzenreitern zählen, sind es häufig nur Einzelaspekte, die sie nach vorne bringen. Wahrscheinlich sind das dann eher die CDU-Kommunen.

Insgesamt wirkt das alles ein bisschen aus der Zeit gefallen. Sie möchten jetzt also, dass sich die Kommunen neu und besser zum Beispiel im KI-Bereich aufstellen und dabei am besten auf Angebote privatwirtschaftlicher Akteure verzichten.

Dabei geraten gerade öffentliche Stellen schon heute bei einfachsten digitalen Angeboten immer mehr ins Hintertreffen. Bestes Beispiel ist das Onlinezugangsgesetz aus dem Jahre 2017. Es definiert 575 Behördenangebote von „Abbruchgenehmigung“ bis „Wildursprungsschein“, die bis Ende 2022 online angeboten werden sollen. Von dieser Mammutaufgabe ist bisher kaum etwas umgesetzt, und niemand glaubt wirklich, dass sich daran bis zum Stichtag noch viel ändern wird.

Drei Viertel aller Staat-Bürger-Dienstleistungen erbringen aber die Kommunen, die hier nur freiwillig eingebunden sind. Hier im Kernbereich administrativer Verantwortung müssten sich die Bemühungen der Kommunen, ja aller staatlichen Akteure derzeit konzentrieren, um wenigstens noch Teilerfolge ermöglichen zu können. Hier bräuchten die Kommunen flächendeckend und schnell Unterstützung bei der Umsetzung. Aber genau hier passiert am wenigsten. Es ist schwer einzusehen, wie die Kommunen da jetzt noch die privaten Akteure in anderen Bereichen ersetzen sollen.

Auf der Smart Country Convention im letzten Jahr in Berlin zeigte die Privatwirtschaft ihr ungeheures Innovationspotenzial im Bereich der Smart Cities, das Sie nun fahrlässigerweise links liegen lassen. Wir glauben aber nicht, dass mehr Planwirtschaft der Weg ist, um Deutschland und NRW in das digitale Zeitalter zu führen. Im Gegenteil: Wenn wir das umsetzen würden, würde unser Rückstand im Vergleich zu anderen vermutlich immer noch größer.

Insgesamt beinhaltet der Antrag natürlich auch ein paar Dinge, an denen nichts auszusetzen ist, etwa die Forderung nach einem flächendeckenden Ausbau der glasfaserbasierten Infrastruktur. Nur hatten wir das jetzt schon ziemlich oft. Dafür hätte es dieses Antrags wirklich nicht bedurft.

Fast schon obligatorisch für einen Antrag von dieser Seite des Hauses ist die Forderung nach einem neuen Förderfonds. Das klingt immer erst mal nett, geht an der Realität aber doch ziemlich vorbei.

Wenn man mit den Verantwortlichen vor Ort spricht und sich auch die Zahlen anguckt: Es fehlt denen nicht an Förderprogrammen, sondern eher an der Möglichkeit, die Fördermittel abzurufen. Die verfallen

nämlich in vielen Fällen, weil die Programme zu bürokratisch sind. Aber auch das findet in diesem Antrag überhaupt nicht statt.

Es bleibt also im Endeffekt außer viel heißer Luft nicht viel übrig. Aber immerhin können wir zu den angerissenen Themen dann im Ausschuss mal wieder eine Anhörung machen, quasi als Fortbildungsmaßnahme. Das kann ja nicht schaden. Wir sind gern dabei. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tritschler. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben den Anspruch, in Nordrhein-Westfalen Vorreiter in Sachen Digitalisierung zu sein. Dabei spielt das Handeln auf kommunaler Ebene eine entscheidende Rolle.

Die von der antragstellenden Fraktion an die Landesregierung gerichteten Forderungen laufen aus meiner Sicht ins Leere. Ich habe das auch schon im Ausschuss dargelegt. Unsere Initiativen gehen bereits jetzt weit über den Inhalt Ihres Antrags, liebe Frau Kampmann, hinaus. Die geforderten Maßnahmen, die Sie darin vorschlagen, wurden längst ergriffen oder bereits umgesetzt.

Die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Aktivitäten unter der Überschrift „Förderprogramm K400“ befinden sich schon längst in der Realisierungsphase. Ich nenne Ihnen gern einige Beispiele.

Verstärkung des Breitband- und Mobilfunkausbaus: Dazu, lieber Herr Bolte-Richter, haben Sie Zahlen gegenübergestellt. Sie haben dankenswerterweise von vier Jahren zwischen Bewilligungsbescheid und Auszahlung und nicht nur von zweieinhalb Jahren gesprochen. Das liegt ganz wesentlich an den komplizierten Antragsverfahren, die es 2016 gab. Diese sind dann nicht zuletzt durch unseren Beitrag verbessert worden. Diejenigen, die am frühesten gestartet sind, brauchen am längsten für die Umsetzung. Das ist der komplizierten Regelung geschuldet.

Nichtsdestotrotz gibt die Diskrepanz zwischen fast einer Milliarde Euro und einem zweistelligen Millionenbetrag nicht wieder, was sich längst in der Umsetzung befindet. Wir wissen, die Kommunen machen, obwohl sie es könnten, keine Zwischenabrechnungen, sondern sie machen Endabrechnungen. Das heißt, vieles wird schon gebaut oder ist schon gebaut, ist aber noch nicht spitz abgerechnet. Man kann heute ja auch, wenn man Geld aufnimmt, mit

negativen Zinsen durchaus ein gutes Geschäft machen. Deswegen ist man auch nicht so eilig damit, sich das Geld abzuholen, wo es zur Verfügung gestellt wird. Es geht aber auch nicht verloren.

Wichtig ist aber eines: Als wir gestartet sind – da waren wir beim Breitband –, haben Sie immer noch von 50 MBit gesprochen. Da waren wir bei 83 %. Wir haben das auf 96 % ausbauen können. Den größten Teil davon haben wir durch privaten eigenwirtschaftlichen Ausbau ausbauen können, weil wir das ganze Thema ganz anders aufgebaut haben. Die Gigabitgeschäftsstellen bei den Bezirksregierungen, das enge Zusammenwirken mit den Gigabitbeauftragten in den Kommunen und eine ganz andere Prioritätensetzung in der Landespolitik haben sehr dazu beigetragen, durch eigenwirtschaftlichen Ausbau verschiedener Betreiber, mit denen wir eng zusammenarbeiten, schnell voranzugehen. Jetzt kommen die 2 % dazu, die wir öffentlich fördern. Also, hier ist sehr viel Bewegung.

Das gilt auch für den Mobilfunk. Ihr Standardsatz, Herr Bolte-Richter, ist: Wir erreichen die Ziele nicht. – Fakt ist aber: Sie wollen sich mit den Zahlen gar nicht auseinandersetzen,

(Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

weil sie für Sie unangenehm sind. Wir haben erneut die Zahlen im Bereich Mobilfunk vorliegen. Das heißt nicht, dass wir zufrieden sind, aber wir sind im Vergleich zu allen anderen Flächenländern sowohl bei Telefonica als auch bei Vodafone und Telekom ganz vorne. Das Ausbauziel, das sich der Bund bis 2021 gesetzt hat, haben wir beim Mobilfunk schon Ende des vergangenen Jahres erreicht. Sie können sagen, dass Sie noch mehr wollen. Da freut uns Ihre Unterstützung. Auch wenn wir demnächst noch einige Mobilfunkmasten zusätzlich aufstellen wollen, freuen wir uns über Ihre Unterstützung, auch über die Ihrer Parteifreunde vor Ort.

Aber anerkennen Sie doch bitte das, was erreicht worden ist. Wir waren die ersten in Deutschland, die einen Mobilfunkpakt gemacht haben. Dieser wirkt. Das können Sie statistisch nachlesen. Hier wird nicht nur geredet, hier wird gehandelt. Es ist messbar. Ich bitte, das einmal zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Frau Abgeordnete Kampmann würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Aber immer gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr.

Christina Kampmann* (SPD): Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. Es ist schön, dass es so viel um das Thema „Breitband“ und „Mobilfunk“ geht. Das ist ja auch ein Thema unseres Antrags. Aber ich habe in meiner Rede eben ein ganz konkretes Problem skizziert, auf das noch keiner der Vorredner eingegangen ist.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ich komme noch dazu!)

– Sie kommen noch dazu. Ich bitte um Ihre Einschätzung. Aus den Kommunen heraus wurde an uns die Problematik herangetragen, dass es beim Abschluss von Smart-City-Verträgen unklar ist, wer die Hoheit über die Daten hat. Mich würde interessieren, ob Sie die Linie von Herrn Hafke verfolgen und sagen, es ist eigentlich egal, Hauptsache die Daten liegen in den Händen Privater; die braucht die öffentliche Hand nicht. Oder stimmen Sie unserer Meinung zu und sagen, das sind Daten der Bürgerinnen und Bürger, und die gehören in die öffentliche Hand, weil es für die öffentliche Hand wichtige Daten zum Beispiel für Themen wie die Verkehrsplanung sein können?

Wenn Sie darauf noch eingehen, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Es tut mir leid, wenn ich Ihnen da vorgegriffen habe. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ich freue mich ja. Das wäre mein vierter Spiegelstrich gewesen. Insofern kommt mir das sehr entgegen, weil dies nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

Ich beantworte Ihre Frage an dieser Stelle: Wir sind natürlich für Open Data. Wir haben eine Open-Data-Plattform. Wir haben gerade unsere Seite dazu weiter verbessert. Wir kommen ja auch mit der E-Government-Novelle demnächst auf Sie zu. Sie können Sie ja gar nicht erwarten, was uns besonders freut. Dann werden wir uns zum Thema „Open Data“ ganz klar positionieren. Ich würde es nur etwas anders formulieren. Ich würde nicht sagen, die Daten der Bürger gehören der öffentlichen Hand, nein, die Daten der Bürger gehören den Bürgern, und die sollen sie nutzen können.

(Beifall von der FDP)

Das möchte ich voranstellen. Das sollten sie so unkompliziert und unter Wahrung des Datenschutzes so wirksam wie möglich tun können. Dafür setzen wir uns natürlich ein.

Ich komme zu dem anderen Punkt: Unterstützung beim kommunalen E-Government. Wir sind in einem

engen Konzert mit Bund, Ländern und Kommunen beim Onlinezugangsgesetz, wo wir bundesweit mit den Ländern verschiedene Arbeitspakete verabredet haben und uns natürlich mit den Kommunen, die überwiegend die Fachverfahren durchzuführen haben, eng abstimmen. Auch hier lassen wir die Kommunen natürlich nicht alleine, sondern der Finanzminister hat zusätzliche Mittel bereitgestellt, um die Kommunen entsprechend zu unterstützen.

Darüber hinaus – da bin ich bei meinem dritten Punkt – haben wir die digitalen Modellkommunen. Diese statten wir im Bundesvergleich mit ganz erheblichen Mitteln aus, und zwar nicht nur, damit in den fünf Modellkommunen und den Kommunen, mit denen sie in den fünf Modellregionen zusammenarbeiten, diese Erkenntnisse genutzt werden können, sondern auch, damit diese Erkenntnisse allen Kommunen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehen. Die Software, die da entwickelt und getestet wird, wird mit den Kommunen geteilt. Wir haben den nächsten großen Kongress mit allen Kommunen zu dem Thema im März. Der Termin ist bereits bekannt. Da teilen wir diese Informationen und diese Produkte.

Ich will nur eines nennen, das berührt 395 Gewerbeämter. Hierfür hat uns ja gestern Herr Fortmeier dankenswerterweise gelobt, wofür ich mich noch einmal bedanken möchte. Wir haben mit dem Gewerbe-Service-Portal nicht nur für Nordrhein-Westfalen endlich die Möglichkeit der digitalen Anmeldung, der Ummeldung, der Abmeldung und der anderen Fachverfahren geschaffen, die 395 Gewerbeämtern in Nordrhein-Westfalen auf einer Plattform zur Verfügung stehen. Die Technologie ist so gut, dass andere Bundesländer sie ebenfalls haben wollen. Wir sind in Kooperation mit anderen Ländern. Auch die Bayern wollen sie haben.

Das sind die ganz konkreten Sachen, die wir gemeinsam mit den Kommunen, mit allen Interessierten auch in der Wirtschaft erarbeiten. Das ist ein Stück Arbeit. Wir haben nicht allzu viel angetroffen, aber schon etwas bewegen können. Ich bin sehr zuversichtlich, in den nächsten zweieinhalb Jahren aus den Modellkommunen heraus noch mehr dieser Anwendungen für alle Kommunen im Land sehr konkret nutzbar zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Der guten Ordnung halber: Die Landesregierung hat ihre Redezeit um eine Minute zehn Sekunden überzogen und damit die vorherigen Redezeitüberziehungen der Fraktionen sozusagen im Nachhinein legitimiert. Ich frage aber trotzdem, ob es weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir am

Schluss der Aussprache zum Tagesordnungspunkt 7.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt uns die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8423 an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**. Die abschließende Beratung und die Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es hierzu Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann stelle ich die einstimmige Zustimmung des Hohen Hauses zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Ich rufe auf:

8 'Get Brexit done!' – NRW muss schnell und entschlossen auf das britische Wahlergebnis reagieren und Mehrkosten für den deutschen Steuerzahler verhindern!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8416

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler^{*)} (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem 12. Dezember vergangenen Jahres haben wir endlich Klarheit. Die Menschen in Großbritannien haben sich unmissverständlich für die Konservativen unter Boris Johnson und damit für einen Austritt aus der Europäischen Union entschieden. Labour erlitt dagegen unter dem radikal linken und, wie man liest, antisemitischen Jeremy Corbyn, bei dem sich die NRW-SPD gerne die Slogans anschaut, eine historische Niederlage. Dabei galten viele der verlorenen Wahlkreise bisher für Konservative als unerreichbar. Doch die Menschen im Vereinigten Königreich hatten tatsächlich genug.

2016 hatten sie sich in aller Klarheit in einem Volksentscheid für den Austritt aus der EU entschieden und mussten sich dann zwei Jahre lang ansehen, wie weite Teile des politischen Establishments versuchten, diese Entscheidung zu sabotieren. Das Referendum sei nur ein Ausrutscher gewesen. Die Leute hätten gar nicht gewusst, über was sie abstimmen, oder sie seien gar bösen Rattenfängern nachgelaufen. So war die arrogante Sicht der Dinge bei den Eliten diesseits und jenseits des Kanals.

Jetzt haben sie ihre Antwort bekommen. Erneut sind die Kräfte gestärkt worden, die den Brexit entschlossen durchführen wollten. Abgestraft wurden dagegen

diejenigen, die eine unklare Haltung einnahmen oder das Rad der Zeit sogar noch zurückdrehen wollten.

Ja, der Wahlabend war für uns, die AfD, erst einmal ein Grund zum Feiern. Das sei an dieser Stelle ganz ausdrücklich gesagt. Glückwunsch an Boris Johnson zu diesem großen Erfolg. Als Partei, die sich dem Brüsseler Zentralismus und seinen Handlangern von Anfang an entschlossen entgegengestellt hat, sehen wir den Brexit-Prozess natürlich auch mit einem weinenden Auge. Seit Margaret Thatcher war das Vereinigte Königreich die Bastion gegen den Macht- und Geldhunger der EU-Bürokratie. Ihr unvergessliches „No, no, no“ nach Brüssel hat uns bis heute vor den schlimmsten Exzessen eines übersteigenden EU-Zentralismus bewahrt.

Gleichzeitig waren die Briten trotz des Rabatts der zweitgrößte Nettozahler nach Deutschland. Der Abgang reißt nun ein gewaltiges Loch in die Kassen. So sehr wir uns über das Votum der Briten freuen und davon ausgehen, dass sie mittelfristig ein leuchtendes und erfolgreiches Beispiel für Freiheit und Souveränität in Europa sein werden, so sehr können die Folgen uns kurzfristig treffen.

Die Mitgliedsstaaten mit lockerem Verhältnis zum Geld, um es vorsichtig auszudrücken, vor allem zu deutschem Geld, werden zukünftig innerhalb der EU in der Mehrheit sein. Schon jetzt werden gierige Blicke auf unsere Steuerkasse geworfen. Kurz vor Weihnachten forderte der EU-Kommissar Hahn die Deutschen auf, zukünftig über 6 Milliarden Euro zusätzlich nach Brüssel zu überweisen. Zitat: „Deutsche müssen zeigen, was ihnen Europa wert ist.“

Noch größer ist allerdings das Risiko, das für uns in Deutschland, vor allem in NRW, mit den immer noch offenen und ungeklärten Handelsfragen einhergeht. Für Deutschland und insbesondere auch für Nordrhein-Westfalen als Industrieland spielt der Exportmarkt Großbritannien eine besonders große Rolle. Im Automobilsektor ist Großbritannien ein wichtigerer Handelspartner als Nord- und Südamerika zusammen oder auch ähnlich wichtig wie der gesamte asiatische Raum.

Nun muss schnell ein Handelsabkommen geschlossen werden, das diesen Markt weiter für unsere Exporteure offenhält. Das müssen wir als Industrieland offensiv fordern und dürfen die Verhandlungen nicht denen überlassen, die kaum eine Exportindustrie haben und daher andere Interessen bei diesem Prozess verfolgen.

Schließlich noch ein Wort zur Freundschaft mit Großbritannien. Sie wird im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb noch mit großen Worten hochgehalten. Taten hat die Regierung dem aber bisher nicht folgen lassen. Frankreich ist offenbar der neue Lieblingsfreund. Da ist die Regierung vermutlich genehmer und vor allem aber EU-treu. Die Briten dürfen sich nur noch als zweitklassige Freunde fühlen. Die

Briten sollten aber wissen, dass das nicht die Haltung aller Deutschen und aller Bürger Nordrhein-Westfalens ist. Wir gratulieren ihnen zu ihrem Mut, ihrer Entschlossenheit und ihrem Durchhaltevermögen. In uns haben sie einen fairen und verlässlichen Partner auch in der deutschen Politik. In diesem Sinne: „Get Brexit done!“

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Tritschler für die Fraktion der AfD. – Herr Abgeordneter Krauß hat nun als nächster Redner für die Fraktion der CDU das Wort.

Oliver Krauß (CDU): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Tritschler, das war eindrucksvoll. Aber schon heute auf den Tag genau vor einem Jahr haben wir uns mit der damaligen Ablehnung des Austrittsabkommens im britischen Unterhaus befasst. Seinerzeit haben Sie an Ihrer Gesinnung auch keinen Zweifel gelassen. Die Gemeinschaft sei nach der gesamten Gründungsidee zutiefst antidemokratisch, und Sie haben sie sogar mit einer Sekte verglichen. Gegeißelt wurden schon damals Zentralisierungsbestrebungen, prophezeit wurden eine ungezügelte Migration und die ständige Nettozahlerrolle. Heute schließen Sie nahtlos daran an und verdrehen auch wieder Prämisse und Aktion.

Wo wollen Sie aber hin mit Ihrem Antrag, wenn Ihren Forderungen schon abgeholfen ist? Eines vorweg: Demokratische Voten im Vereinigten Königreich haben wir nicht nur in diesem Haus stets respektiert. Es muss aber erlaubt sein, die Entscheidung der Briten zu bedauern und für falsch zu halten. Der Sieg der Konservativen bei den Unterhauswahlen – ich habe jetzt gelernt, dass die Tories Ihre Partnerpartei sind – ist getragen von dem Wunsch der Briten, endlich die Hängepartie beim Brexit durch klare Mehrheitsverhältnisse zu beenden. Sie konstruieren in Ihrer Rede, dass die unterlegene Labour-Partei für einen Verbleib in der EU eingetreten und die Unterhauswahl eine Abstimmung zwischen Brexit und Remain gewesen sei.

Meine Damen und Herren, der Brexit ändert doch gar nichts an unserer Freundschaft, auf die Sie hingewiesen haben, mit dem Vereinigten Königreich, die tagtäglich in Tausenden von Kontakten gelebt wird. So teilen wir auch zu dieser Stunde den Alltag mit rund 25.000 britischen Staatsangehörigen.

Nach dem Votum hat sich NRW von Beginn an auf die denkbaren Szenarien vorbereitet – an der Seite von EU und Bundesregierung, im Einvernehmen mit den Beschlüssen im Bundesrat, mit einem geeinten Eintreten für ein so enges künftiges Verhältnis zu Großbritannien, wie es unter den gegebenen Bedingungen eines Austritts überhaupt nur möglich ist, mit

dem hier beratenen Brexit-Übergangsgesetz, im Zusammenkommen mit unseren Unternehmen, den Kammern, den Gewerkschaften, den Sozialpartnern und Mitmenschen, mit der Aktivierung von NRW.INVEST und nicht zuletzt – last, but not least – in zahlreichen persönlichen Kontakten.

Die Landesregierung hat im Wirtschaftsausschuss am 3. April 2019 die Realität differenziert dargestellt – anders, als es der Antrag glauben machen will. Das Vereinigte Königreich war im Jahr 2015 unser viertwichtigster Handelspartner. Im Jahr 2018 lag es nur noch auf Rang 8. Zugleich rutschte Großbritannien im bundesweiten Ranking von Platz 3 auf Platz 7. Gesellschaft, Wirtschaft und Politik sind zusammengerückt, um Lösungen zu finden – über die Straße von Dover hinweg. Dies alles scheinen Sie mit Ihrem Antrag ausblenden zu wollen.

Was bleibt, ist die nackte Forderung, höhere Beiträge des größten Nettozahlers Deutschland an die EU strikt abzulehnen. Wieder einmal wird der Mythos vom Zahlmeister Europas gespielt. Doch Deutschland ist auch Nettoprofiteur.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Ja, Nettoprofiteur. Jeder Euro für die Kohäsionspolitik kommt zu einem großen Teil aus der Nachbarschaft zurück – als Auftrag für unsere Unternehmen und Ingenieure, die im Baugewerbe verdienen, bei den Investitionsgütern oder beispielhaft im Fahrzeugbau.

Sie lassen leider auch die Interessen unserer Landwirte und Verbraucher außen vor. Wir stehen aber für die robuste Finanzstärke der gemeinsamen Agrarpolitik in erster und in zweiter Säule.

In die Legende Ihres Antrags passt auch nicht, dass die Bundesrepublik Hauptgewinner der Gemeinschaftswährung ist und dass der Binnenmarkt der wohl größte Treiber unseres Wohlstands ist. An diesem Fakt und an der Wirklichkeit scheinen Sie kein Interesse zu haben.

Stattdessen wird vorgetäuscht, man setze sich für den deutschen Steuerzahler ein. Die politischen Herausforderungen verpflichten jedoch zu mehr Europa – gerade angesichts der Klimaveränderungen, in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, bei der inneren Sicherheit

(Dr. Christian Blex [AfD]: Glauben Sie das auch?)

– Herr Dr. Blex, ich glaube das sehr wohl; Sie können sich gerne zu einer Zwischenfrage melden –, bei der Energieversorgung oder bei der Regulierung der Märkte.

Der Überweisung an den Fachausschuss stimmen wir dennoch zu. Dort können wir auch noch einmal deutlich machen, dass die Partnerschaft, die Freundschaft mit dem Vereinigten Königreich bleiben wird,

auch nach dem Brexit und auch trotz der AfD. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Krauß. – Jetzt spricht für die SPD Frau dos Santos Herrmann.

Susana dos Santos Herrmann¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich durchaus manchem, was mein Vorredner gesagt hat, anschließen. Ich kann auch feststellen, dass der Antrag der AfD beim ersten Durchlesen zunächst einmal wie ein ganz gewöhnlicher Antrag aussieht. Er stellt korrekt dar, dass die Konservativen in Großbritannien gewonnen haben und dass offenbar viele Britinnen und Briten – Herr Krauß hat es soeben gesagt – die Hängepartie leid waren und dem ein Ende setzen wollten. So weit, so gut.

(Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales: Nicht gut!)

Liest man sich den Antrag dann allerdings ein zweites Mal durch, fällt auf, dass Sie nicht einmal ein Interesse daran haben, die Landesregierung konstruktiv zu kritisieren und aufzuzeigen, was wir denn in NRW tun könnten, um die Folgen des Brexits abzumildern, oder, wenn Großbritannien schon aus der EU ausscheidet, auch Nutzen für unser Bundesland zu generieren, zum Beispiel, indem man Unternehmen in unser Land holt. Wir wissen nun schon seit zwei Jahren, dass der Brexit-Beauftragte eher Phantom als Realität ist und entsprechend auch keine Ergebnisse gebracht hat.

(Beifall von der SPD)

Aber genau das stellen Sie nicht in den Mittelpunkt. Sie stellen Dinge in den Mittelpunkt, die wir in NRW und aus NRW heraus so gut wie gar nicht beeinflussen können. Sie sprechen vom EU-Finanzrahmen. Sie behaupten, Deutschland sei der größte Nettozahler in der EU.

(Sven Werner Tritschler [AfD]: Das behauptet die EU!)

– Ja, Sie haben recht. In absoluten Zahlen stimmt das. Aber wenn Sie immer so qualifiziert tun, dann seien Sie doch wenigstens so ehrlich, zu schauen, was das volkswirtschaftlich heißt.

(Beifall von der SPD und Thomas Nüchel [FDP])

Schaut man sich die Wirtschaftskraft Deutschlands an und setzt sie ins Verhältnis zu dem, was Deutschland in die EU einzahlt, sieht man, dass wir immerhin erst an dritter Stelle der Nettozahler stehen. Und wie

stark wir als exportorientiertes Land von der EU profitieren, hat Herr Krauß schon dargestellt. Das brauche ich nicht zu wiederholen.

Sie behaupten außerdem – auch das ist ein Thema, das wir direkt überhaupt nicht beeinflussen können – dass Deutschland allein für den Ausfall der Mittel im EU-Haushalt aufkommen müsse. Das ist aber gar nicht richtig. Erstens wird der Finanzrahmen zurzeit noch ausgehandelt. Zweitens gibt es einen Vorschlag des Haushaltskommissars Hahn, der Finanzrahmen für die Mitgliedsstaaten solle auf 1,1 % des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden. Das aber, sehr verehrte Kollegen, trifft alle und nicht allein Deutschland.

Mal ganz davon abgesehen – oder lassen Sie es mich auf Englisch sagen: by the way –, dass wir als Exportnation stark von der EU profitieren – und das stellen Sie überhaupt nicht dar bzw. nicht ins Verhältnis –: Eine solidarische Politik innerhalb der EU sollte eigentlich auch in Ihrem Interesse sein. Denn wenn wir es ermöglichen, dass Menschen aus ärmeren Ländern wirtschaftliche Perspektiven bekommen, wirken wir durchaus auch der Wirtschaftsmigration entgegen, die Sie ja immer anprangern und die Sie nicht haben möchten. Aber dazu gehört auch ein Stück weit die Bereitschaft zur Solidarität. Das möchten Sie nicht. Das nehmen wir zur Kenntnis. Aber so ist es nun einmal.

Lassen Sie mich noch auf einen Punkt hinweisen, der mir besonders wichtig ist, auch wenn ich dem Ausschuss nicht angehöre. Ich habe das hier schon mehrfach angesprochen und wiederhole ich es. Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU geht auch im Wissenschafts- und vor allen Dingen im Forschungsbereich einiges an Kooperation verloren. Die Landesregierung war bisher nicht in der Lage, uns auch nur darzustellen, wie das genau aussieht. Sie verweigern sich meines Erachtens.

Aber Sie tun auch nicht genug. Und das wäre in der Tat etwas, was wir als Land NRW machen könnten. Sie tun nicht genug, um diese Projekte zu sichern und dafür zu sorgen, dass wir nicht Geld ausgeben, das dann verloren ist, weil die Dinge, die dort erforscht und erarbeitet werden, am Ende nicht fortgeführt werden können. Da ist eine Lücke.

Andere Bundesländer wie Berlin, Hessen oder Bayern, wo explizit die Ludwig-Maximilians-Universität München Kooperationsvereinbarungen mit ihren Partnerhochschulen geschlossen hat, kümmern sich darum. Dieses Land tut das leider nicht. Das bedaure ich zutiefst.

Das wäre einer der Punkte, mit denen wir uns hier auseinandersetzen müssten. Aber auch das liefert Ihr Antrag nicht. Der Überweisung stimmen wir zu. Aber konstruktive Kritik mit Perspektiven für unser Land sieht anders aus.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau dos Santos Herrmann. – Jetzt spricht Herr Nüchel für die FDP-Fraktion.

Thomas Nüchel (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als ich den Antrag der AfD las, hatte ich das Gefühl, dass schon wieder Sommer ist; so viel heiße Luft enthält er. Irgendjemand in Ihren Fraktionsräumen hat wohl einen Plattitüdenautomaten an den Föhn angeschlossen.

(Heiterkeit und Beifall von der FDP – Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Das Ergebnis dieser technischen Meisterleistung liegt nun vor uns. Warum, bitte schön, soll der Landtag beschließen, was – jedenfalls für Demokraten – selbstverständlich ist?

Natürlich erkennen wir den Ausgang der Wahl an. Selbstverständlich wünschen wir uns weiterhin enge und freundschaftliche Beziehungen zu Großbritannien. Aber außer der AfD will ja auch niemand eine geschichtspolitische Wende um 180 Grad.

Der Brexit ist ein Problem. Aber eine enge Freundschaft, wie sie von Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland mit Großbritannien gepflegt wird, wird das überstehen.

Nicht ganz so begeistert, wie Sie es darstellen, sind die Briten vom Brexit. Von einem überzeugenden Votum der Briten zu reden, ist Unfug. Das Mehrheitswahlrecht verzerrt den Willen. Wenn man genau hinschaut, sieht man, dass die Parteien, die ein neues Referendum wollten, zusammen 52 % erzielten. Das hat bei diesem Wahlrecht aber wenig Bedeutung.

Danke auch für den Hinweis, dass der Brexit nicht problemlos ist. Aber das wissen wir hier alle. Das weiß die Landesregierung. Darüber haben wir im Landtag auch schon diskutiert.

Für eine Exportnation wie Deutschland, für ein Exportland wie NRW ist alles schlecht, was den freien Handel beschränkt – und damit auch der Brexit mit seinen Folgen. Die Verhandlungen liegen nun vor uns. Das ist Aufgabe der Europäischen Union. Im Gegensatz zu Ihnen stehen wir zur Europäischen Union.

Natürlich werden Gespräche zwischen Nordrhein-Westfalen, der Bundesregierung, den EU-Institutionen und Großbritannien stattfinden. Aber das sind diplomatische Gespräche. Sie finden gottlob nicht auf Twitter statt. Denn das muss in aller Ernsthaftigkeit und Seriosität erfolgen. Ich hoffe, dass man

eine anständige Einigung erzielen wird, die für beide Seiten gut und fair ist und eine Grundlage bietet.

Die interne Koordination innerhalb der Landesregierung erfolgt über interministerielle Arbeitsgemeinschaften zu den Brexit-Folgen. Das machen andere Bundesländer genauso. Minister Pinkwart reist auch mehrmals zu Gesprächen nach Großbritannien.

Seit dem Brexit-Referendum haben sich bereits über 100 Unternehmen aus dem Vereinigten Königreich in Nordrhein-Westfalen angesiedelt und 200.000 Arbeitsplätze geschaffen – so der Stand Ende letzten Jahres.

Es gibt viele Beratungsangebote der Landesregierung – zusammen mit den Industrie- und Handelskammern, aber auch mit anderen – im Netz und bei Veranstaltungen zur Vorbereitung auf den Brexit. Auch der enge und kontinuierliche Kontakt mit den IHKn und der Austausch mit den Wirtschaftsverbänden, den Gewerkschaften, den Zollbehörden und der Wissenschaft haben zum Ziel, NRW-Unternehmen bestmöglich vorzubereiten. Dort hat auch Friedrich Merz eine aktive Rolle inne, aber natürlich nicht offen als PR-Gag, sondern mit der notwendigen Zurückhaltung.

Die AfD versucht hier erneut, komplexe Themen grob zu vereinfachen. Beitragszahlungen kann man nicht einfach den Mitteln gegenüberstellen, die Deutschland aus EU-Programmen erhält. Deutschland und Nordrhein-Westfalen profitieren massiv von der Europäischen Union. Aber diese Unterkomplexität ist Ihr Prinzip.

Jetzt lassen Sie mich bitte eine Lanze für Boris Johnson brechen. Ich bin mit dem meisten, was dieser Mann tut und sagt, nicht einverstanden. Aber was Sie hier mit Ihrem Antrag versuchen, nämlich den Anschein zu erwecken, Sie seien seine politischen Freunde, ist eine Unverschämtheit. Denn Johnson ist Vorsitzender der konservativen Partei Großbritanniens, einer Partei mit einer fast 200-jährigen demokratischen Tradition. Ein britischer Konservativer ist nie ein Freund der AfD. Er muss sich so etwas von Ihnen auch nicht bieten lassen, glaube ich.

(Beifall von der FDP, Sven Wolf [SPD] und Ernst-Wilhelm Rahe [SPD])

Die Tories sind die Partei Winston Churchills – des größten Feindes, den Leute wie Sie in der Geschichte Europas jemals hatten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Nückel. – Jetzt spricht Herr Remmel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich mache da weiter, wo der Kollege Nückel aufgehört hat.

In der Tat: Die Freundschaft Nordrhein-Westfalens mit den Briten ist – im übertragenen Sinne – konstitutionell, da es unser Bundesland ohne die Briten gar nicht gäbe. Wir werden den Briten auf ewig dankbar dafür sein, dass sie uns vom Faschismus befreit haben. Dabei ist es egal, ob wir gemeinsam in der EU sind oder gemeinsam in Europa agieren. Wir werden den Briten – dem britischen Volk, der britischen Nation – auf ewig dankbar dafür sein, dass sie uns die Freiheit ermöglicht haben.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Zur Einordnung des Antrags: Wenn man die Schichten etwas abblättert, bleibt der Versuch, auf internationaler Ebene, auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene in irgendeiner Weise daran mitzuwirken, dass das beabsichtigte Handelsabkommen funktioniert. Ich glaube tatsächlich nicht, dass hier unsere Aufgabe liegt. Ein möglichst gutes Abkommen zu erzielen, ist Aufgabe der Bundesregierung und der EU-Verhandler. Dafür brauchen wir keine Anträge der AfD.

Wenn Sie sich wirklich damit beschäftigen wollen, welche Folgen das Ganze für Nordrhein-Westfalen hat und was man unternehmen kann, empfehle ich Ihnen, sich viel stärker in die Arbeit der Enquetekommission einzubringen. Warum sonst hat der Landtag extra dazu eine Enquetekommission eingesetzt? Meines Wissens waren Sie dort bisher jedenfalls nicht aktiv.

Deshalb will ich Ihnen hier und heute nicht mehr Platz und Raum dafür geben, dass Sie ständig ein nationalistisch-völkisches Ei über dem Brexit ausbreiten und sich damit eine Bühne bieten. Es geht Ihnen gar nicht um das Verhältnis zu Großbritannien, sondern darum, die EU schlechtzumachen und Ihren völkischen Nationalismus hier auszubreiten. Dafür stehe ich nicht zur Verfügung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Remmel. – Jetzt hat der Minister, Herr Dr. Holthoff-Pförtner, das Wort.

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Premierminister Boris Johnson und seine Partei haben bei den Wahlen im Dezember letzten Jahres einen Sieg erzielt. Am 31. Januar 2020 wird

das Vereinigte Königreich voraussichtlich die Europäische Union verlassen. Nach der gestrigen Ratifizierung durch das britische Parlament steht nächste Woche die Zustimmung durch das Europäische Parlament an.

Die Landesregierung bedauert das Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU zutiefst. Es ist uns wichtig, dass der Abschied Großbritanniens von der EU bei Weitem kein Abschied Großbritanniens aus Europa ist.

Uns verbinden mit Großbritannien – der Kollege Remmel hat darauf aufmerksam gemacht – gemeinsame Werte, gemeinsame Interessen und vor allen Dingen eine gemeinsame Geschichte. Nordrhein-Westfalen wäre ohne unsere britischen Freunde heute nicht das, was es ist.

Wir haben ein elementares Interesse daran, dass das Vereinigte Königreich nach dem Brexit eng an Europa angebunden bleibt – zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens.

Deshalb ist wichtig, was in den kommenden Monaten passiert. Mit dem 1. Februar 2020 beginnt eine Übergangsphase, die nach heutigem Stand bis zum 31. Dezember 2020 dauern wird. In dieser Zeit verhandeln die EU und das Vereinigte Königreich das zukünftige Verhältnis. Ziel ist ein umfassendes Abkommen für die Zeit nach der Übergangsphase. In diesen elf Monaten müssen sich die beiden Seiten bei so umstrittenen Themen wie „Handel“, „Sicherheit“, „Forschung“ und „Fischerei“ einigen.

Kommissionspräsidentin von der Leyen hat in ihrer Rede in London vor zwei Wochen betont, dass dieses Zeitfenster äußerst eng ist. Boris Johnson hat mittlerweile gesetzlich ausgeschlossen, die Übergangsphase zu verlängern.

Natürlich hat auch die Landesregierung ein Interesse daran, dass ein solches Abkommen zügig verhandelt wird. Die Unsicherheit der vergangenen Jahre muss ein Ende haben.

Zugleich muss das Abkommen für beide Seiten akzeptabel, fair und sinnvoll sein. Insofern liegt in sehr kurzer Zeit sehr viel Arbeit vor uns.

Die Landesregierung hat sich in den vergangenen Jahren auf den Brexit vorbereitet. Wenn das Vereinigte Königreich nächste Woche mit einem Abkommen aus der EU ausscheidet, wird das Brexit-Übergangsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen greifen. Damit ist sichergestellt, dass das Vereinigte Königreich während der Übergangsphase wie ein EU-Mitgliedsstaat behandelt wird. Für Bürgerinnen und Bürger wie für Unternehmen wird es daher erst einmal zu nur kaum spürbaren Änderungen kommen.

Weil auch der No-Deal-Brexit lange Zeit eine sehr wahrscheinliche Option war, hat die Landesregierung für dieses Szenario ebenfalls Vorbereitungen

getroffen. Dazu gehört eine enge Abstimmung mit dem Bund genauso wie der Austausch mit Wirtschaft und Unternehmen. Klar ist, dass der No-Deal-Brexit weitaus drastischere und unabsehbarere Folgen für unser Land haben würde. Für den Fall, dass es bis Ende des Jahres zu keiner Einigung kommt, ist die Landesregierung darauf vorbereitet und nicht stehen geblieben.

Sehr schnell und noch in diesen Tagen haben wir den Blick darauf gerichtet, wie wir die zukünftigen Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich pflegen, stärken und ausbauen können. Dazu gehören insbesondere unsere wirtschaftlichen Beziehungen. Nordrhein-westfälische Unternehmen sind eng mit der britischen Wirtschaft verflochten. Wir setzen uns dafür ein, dass diese unternehmerischen Beziehungen weiter bestehen bleiben und ausgebaut werden.

Das Wirtschaftsministerium hat dazu mit dem britischen Minister für Außenhandel einen regelmäßigen Austausch im Rahmen eines Technologiezusammenarbeitsdialoges verabredet. Wir wollen in den Bereichen „Digitalisierung“ und „sauberes Wachstum“ zusammenarbeiten, um zukünftige Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Natürlich ist auch ein möglichst barrierefreier Zugang zum Markt von großer Bedeutung.

Städtepartnerschaften werden bei der Frage unserer künftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich weiter eine große Rolle spielen. Sie sind seit Jahrzehnten ein bewährtes Instrument für den Austausch und die Verständigung auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Weil diese Städtepartnerschaften unabhängig von der EU-Mitgliedschaft bestehen, sind sie eine ideale Verbindung, die wir weiter nutzen wollen.

Seit dem Entscheid 2016 gab es mehr als 3.000 Einbürgerungen britischer Bürger nach Nordrhein-Westfalen. Uns ist daran gelegen, dass die engen familiären, freundschaftlichen und sozialen Bindungen mit unseren britischen Freunden hierzulande gestärkt und weiter ausgebaut werden.

Nach meinen Ausführungen ist es zwingend, dass dem vorliegenden Antrag inhaltlich nicht gefolgt werden kann. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner. – Bevor wir zur Abstimmung kommen: Es wurde eine persönliche Bemerkung nach § 30 unserer Geschäftsordnung angemeldet. Hierzu hat der Abgeordnete Herr Dr. Vincentz von der AfD-Fraktion das Wort gewünscht.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Vielen Dank, Herr Präsident. – In aller Kürze: Herr Remmel, Sie haben eben in Ihrem Redebeitrag behauptet, die AfD würde in der

Enquetekommission „Brexit“ nicht mitarbeiten. Das möchte ich nicht unwidersprochen stehen lassen.

Wie in jedem anderen Ausschuss tragen wir auch dort natürlich unseren Teil der Arbeit. Ich habe Sie Ihrerseits dort noch nie gesehen. Meine Wenigkeit hat, soweit ich mich erinnere, ein einziges Mal nicht teilgenommen; damals musste ich krankheitsbedingt eine Vertretung schicken. Sonst war ich immer anwesend. Genau wie ich tragen auch meine Mitarbeiter einen Teil der Arbeit.

Vielleicht überlegen Sie sich noch einmal, ob das, was Sie hier behauptet haben, nicht irgendwie die Unwahrheit war.

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Das war die persönliche Bemerkung nach § 30 unserer Geschäftsordnung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 17/8416** an den **Ausschuss für Europa und Internationales** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt für diese Überweisung? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

9 Sturmfreie Schiene – Deutsche Bahn muss Vegetationskontrolle und Grünschnitt verstärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8422

Die Aussprache ist eröffnet. An das Redepult tritt Herr Kollege Voussem für die CDU-Fraktion.

Klaus Voussem (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Werbeslogan der Deutschen Bahn lautet „Alle reden vom Wetter. Wir nicht.“, ein weiterer „Freie Fahrt der Bahn“.

Wir alle profitieren in Nordrhein-Westfalen von einem dicht ausgebauten Schienennetz. Die NRW-Koalition hat sich das Ziel gesetzt, den immer wichtiger werdenden Verkehrsträger Schiene attraktiver zu machen und auch weiterhin zu stärken.

Unsere Straßen sind überlastet und die Wohnungsmärkte in den Städten überlaufen. Wir müssen daher dringend unsere Straßen in den Ballungszentren entlasten und den ländlichen Raum verstärkt vernetzen.

Dafür brauchen wir eine schnellere und umweltfreundlichere Mobilität sowohl für die Menschen als auch für den Transport von Gütern.

Gerade die Deutsche Bahn steht sinnbildlich für diese umweltfreundliche Mobilität, kann sie doch Menschen und Güter über weite Strecken klimafreundlich transportieren. Der Deutschen Bahn bietet sich daher ein hohes Potenzial, durch Verbesserungen bei Infrastruktur, Innovation und Qualität mehr Kunden zu gewinnen sowie in Verbindung damit eine echte Alternative zum Individualverkehr zu werden und so den Ausstoß von CO₂ zu minimieren.

Meine Damen und Herren, der Preis ist nicht der Hauptattraktivitätsfaktor, sondern vielmehr die Zuverlässigkeit von ÖPNV oder SPNV. Denn „Wer zügig fahren will, fährt mit dem Zug“ – ein weiterer Slogan der Deutschen Bahn. Können Güter nicht oder mit nur großer zeitlicher Verzögerung transportiert werden, entstehen erhebliche volkswirtschaftliche Schäden.

Gründe für Verspätungen, die absolut vermeidbar wären, gerade in den Herbst- und Wintermonaten, sind die erheblichen Einschränkungen des Bahnverkehrs oder Streckensperrungen durch Gehölzabbrüche oder umgestürzte Bäume sowie Laubabwurf. Durch das sich wandelnde Klima und zunehmend extremere Wetterlagen sind in den vergangenen Jahren auch noch Störungen aufgrund von Sturmschäden hinzugekommen. Dies wird in Zukunft leider weiter zunehmen.

Nach Angaben der Bundesregierung ist die Zahl der Streckensperrungen infolge umgestürzter Bäume allein in den Jahren 2016 und 2017 von 2.328 um rund 1.300 auf 3.629 gestiegen. Vor allem nach Stürmen fallen Bäume auf Gleise. Bei täglich 40.000 Zugfahrten haben zum Beispiel die beiden Sturmtiefs „Friederike“ im Januar 2018 und „Xavier“ im Oktober 2017 rund 3.200 bzw. 4.000 ausgefallene Züge zur Konsequenz gehabt.

Die Sturmwahrscheinlichkeit bzw. die Baumschäden erhöhen das Risiko von sturmbedingten Ausfällen von Zügen und/oder Streckensperrungen. Der Waldzustandsbericht 2019 hat festgestellt, dass nur etwa jeder fünfte Baum in Nordrhein-Westfalen keine Schäden aufweist. Für die Jahre 2020 und 2021 wird ein trauriger Höhepunkt erwartet.

Für die Schiene gibt es aber in den meisten Fällen keine Ausweichrouten. Wenn wir die Attraktivität der Schiene für den Menschen und den Transport von Gütern erhöhen wollen, ist ein Baustein – neben Ausbau und Sanierung, die aber bekanntlich lange dauern – die Verlässlichkeit und hier insbesondere ein vorausschauender Umgang mit der Vegetation.

Der Verband Allianz pro Schiene, der Umweltdachverband Deutscher Naturschutzring und der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen haben Mitte 2019

ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht. Laut diesem Papier seien vor allem Änderungen im Eisenbahnrecht nötig. Das Eisenbahnbundesamt müsse die Möglichkeit bekommen, schnell etwas zu unternehmen, wenn Eigentümer gefährdete Bäume an Gleisen nicht beseitigen.

In einem Aktionsplan Vegetation hat die Deutsche Bahn bereits im vergangenen Jahr Maßnahmen für eine Verbesserung angekündigt. Mit den 125 Millionen Euro, die 2018 für das Programm bereitstanden, wurden Bäume von Oktober bis Februar auf 6 m Abstand von den Gleisen zurückgeschnitten. An Gefahrstellen geschieht das auch über diesen Abstand hinaus. Instabile Bäume werden durch widerstandsfähige Arten ersetzt.

Die Länder haben sich ebenfalls konstruktiv dafür eingesetzt, dass sich diese Situation verbessert. Im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz im April 2019 wurden auch die Stärkung der Vegetationskontrollen diskutiert und eine Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes – AEG – durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur befürwortet.

Das Eisenbahnrecht sieht derzeit anders als das Bundesfernstraßenrecht keine Eingriffsbefugnisse bei Vegetationsrückschnitten vor, die aus Sicherheitsgründen erforderlich sind. Analog zum Straßenrecht sollen an allen Grundstücken entlang des Schienennetzes effektive und in der Praxis durchführbare Vegetationsrückschnitte rechtssicher durchführbar sein. Wir brauchen dafür dringend eine klare Regelung im AEG.

Die NRW-Koalition sieht hier die Deutsche Bahn als Eigentümer und Betreiber des Netzes sowie den Bund als Eigentümer der DB AG in der Pflicht. Es muss eine angemessene Kontrolle sowie vorausschauende Vegetationsrückschnitte geben, die Verbindungen sichern und damit Voraussetzungen für eine bessere Qualität schaffen. Nur so wird die Attraktivität der Schiene dauernd gesteigert und gesichert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bereits im Jahre 2018 war das Leitmotiv der Deutschen Bahn: Die Bahn soll verlässlicher werden. – Nun soll dies auch Realität werden. Die Deutsche Bahn muss ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden. Bisher galt: Die Deutsche Bahn ist besser als ihr Ruf. – Jetzt hat es die Deutsche Bahn selbst in der Hand, mehr Fahrgäste in die Züge zu holen. Die Verlässlichkeit ist die Achillesferse der Deutschen Bahn. Nun ist es an diesem Konzern, die eigens gesteckten Ziele auch zu realisieren, damit ein weiterer Slogan der Deutschen Bahn Realität wird: „Besser mit der Bahn“. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Vossemer. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Reuter.

Ulrich Reuter (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Vossemer, der Slogan „Alle reden vom Wetter. Wir nicht.“ kam mir auch gleich in den Sinn. Diese Kampagne der Bundesbahn verdeutlichte den Anspruch, dass die Bahn bei allen Widrigkeiten fährt. Das ist leider lange her.

Danach kam die Bahnreform, und es scheint, als sei die Maxime „das Rad muss rollen“ zugunsten anderer Unternehmensziele etwas ins Hintertreffen geraten. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es gibt kein Zurück hinter die Bahnreform. Das ist keine Frage. Sie hat gerade im Personennahverkehr zu mehr Wettbewerb, mehr Leistung und – bei aller notwendigen Kritik im Einzelnen – auch zu mehr Qualität geführt.

Ein wesentlicher Kritikpunkt ist aber der, um den es zentral in unserem Antrag geht: die sogenannte Vegetationskontrolle. Für die DB AG und ihre Unternehmensteile Fernverkehr, Nahverkehr und Netz scheinen jedes Jahr Herbst und Winter völlig überraschend zukommen.

Gerade die sturmreichen Jahreszeiten führen regelmäßig aufgrund umgestürzter Bäume zu erheblichen Beeinträchtigungen des Bahnverkehrs. Bäume im Gleis oder auf der Oberleitung führen zu Streckensperrungen und Zugausfällen. Aber auch das Herbstlaub führte in der Vergangenheit immer wieder zu Störungen. Das ist für alle Betroffenen misslich und widerspricht dem Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen.

Das zugrunde liegende Problem ist aber mit einer passenden Vorsorge beherrschbar. Genau auf diese Vorsorge zielt der Antrag ab.

Wir wollen, dass es eine regelmäßige und effektive Vegetationskontrolle mit entsprechenden Maßnahmen gibt. Das ist im Bereich der Bundesfernstraßen gang und gäbe, sodass es hier selten zu Störungen des Verkehrs kommt.

Im Unterschied zum Bundesfernstraßenrecht sieht jedoch das Allgemeine Eisenbahngesetz bisher keine Eingriffsmöglichkeiten der Bahn vor. Wir wollen, dass dies geändert wird. Die entsprechenden Eingriffsbefugnisse müssen auch im Bereich der Schiene zu Rechtssicherheit im Umgang mit der Vegetation führen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die DB AG mit ihrem „Aktionsplan Vegetation“ das Problem an der Wurzel packt. Die Steigerung des hierfür zur Verfügung stehenden Budgets auf durchschnittlich 130 Millionen Euro pro Jahr ist ebenfalls sinnvoll.

Wie jedoch ein sinnvolles Konzept diese Kosten minimieren, sogar noch zu signifikanten Einnahmen führen und gleichzeitig einen nachhaltigen Beitrag für die Umwelt schaffen kann, zeigt das vom Regionalforstamt Hochstift für den Verkehrsträger Straße entwickelte Konzept der Mittelwaldähnlichen Waldrandgestaltung.

Dieser innovative Ansatz made in NRW erfuhr nationale Aufmerksamkeit und wurde in die Biodiversitätsstrategie des Landes aufgenommen. Das Besondere des Konzepts liegt darin, dass durch eine schematisch vorgenommene Pflanzung entlang der betroffenen Straßen nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern auch die Biodiversität erhöht und zugleich eine wirtschaftliche Bewirtung der Gehölze in einem mehrjährigen Rhythmus erzielt wurde. Zudem verringert sich der Aufwand für die eigentliche Vegetationskontrolle.

Es bietet sich an, dieses Konzept auf seine Eignung auch entlang von Bahntrassen zu überprüfen. Dazu soll die DB AG aufgefordert werden. Eine solche Vorgehensweise würde verkehrliche Sicherheit mit einer Stärkung der Artenvielfalt und mit gewerblichen Einnahmen verbinden.

Dies wäre ein innovativer Ansatz, Verkehr, Umwelt und Finanzen miteinander zu verbinden. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Reuter. – Nun spricht Herr Löcker für die SPD-Fraktion.

(Carsten Löcker [SPD]: Ich eile!)

– Nicht eilen, immer mit Weile. Nicht schneller werden als die Bahn.

Carsten Löcker* (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Herr Löcker ist immer pünktlich!)

– Das wüsste ich aber, dass die Bahn immer pünktlich wäre. Schön wärs.

Als ich mir den Antrag durchgelesen habe, habe ich mich gefragt, wie es zu diesem Antrag kommen konnte, Herr Voussem. Wir haben ja gerade von konstruierten Anträgen gesprochen: Das ist mir in diesem Zusammenhang sicherlich auch in den Sinn gekommen.

Die Überschrift ist klasse gewählt: „Sturmfreie Schiene.“ Das ist ansprechend. Es ist ja so, dass die Menschen immer sensibler werden, was den Umgang mit der Umwelt angeht; das ist klar. Vielleicht

haben Sie gedacht, Sie setzen mal einen grünen Punkt und kommen mit einem schicken Antrag, der in diesem Zusammenhang Aufmerksamkeit erzielen kann.

In Ihrem Antrag „Sturmfreie Schiene“ stellen Sie dann die positive Causa einer Senkung von CO₂-Emissionen mit einem konsequenten Rückschnitt von geschädigter und kranker Vegetation an Bahnanlagen in Zusammenhang. Das ist meiner Ansicht nach ziemlich gewagt, Herr Kollege. On top kommt dann noch Ihre Forderung nach einer nachhaltigen Vegetation. Dafür bräuchte man entsprechende Konzepte.

Dann müssten Sie in der Sache aber auch Butter bei die Fische geben und einen entsprechenden Beschluss herbeiführen. Stattdessen erteilen Sie einen Prüfauftrag. Da könnte man auch vermuten, Sie führen irgendetwas anderes im Schilde.

Ich will hier nicht von einem Persilschein zum Abholzen für die Deutsche Bahn sprechen, aber der Eindruck drängt sich schon auf. In Ihrem Antrag ist ziemlich viel grüner Schein, aber viel mehr schwarzes Sein.

Ihr Werbetext für eine ÖPNV-Initiative der Landesregierung soll Ihre vermeintlich großartigen Bemühungen in ein besseres Licht stellen; das haben Sie hiermit sicher versucht.

Dieses Zusammenhanges hätte es nicht bedurft. Die Wahrheit ist: Die Investitionen und der Anstieg der Mittel sind nicht Ihr Verdienst. Sie leiten einfach nur Bundesgeld weiter. Das wissen Sie auch, lieber Herr Minister.

Wir werden Ihnen bei dieser Gelegenheit auch nicht zugutehalten, dass Sie diese Selbstverständlichkeit der Weiterleitung von Geldern zu Ihrem politischen Erfolg machen. Die Wahrheit ist nämlich: An anderer Stelle tun Sie es auch nicht. Bei der Integrationspauschale verfahren Sie völlig anders. Das kann also eigentlich kein Thema sein.

Wenn wir uns ehrlich machen, wissen wir alle: In den nächsten zwei bis drei Jahren werden wir die Probleme nicht lösen können.

Insofern ist es viel Lametta, das Sie in den Antrag geschrieben haben. Stattdessen fährt bereits jetzt der VRR nach Berlin und bettelt um zusätzliches Geld, damit bei steigenden Investitionskosten auch die Betriebskosten abzudecken sind.

Da hätten Sie mal einen Beitrag leisten können, und das können Sie mit Blick auf die Debatte auch noch, indem wir im Grunde genommen dafür sorgen, dass am Ende das, was wir heute ankündigen, morgen auch bezahlbar ist. Dazu haben Sie sich in dieser Sache überhaupt noch nicht geäußert.

Mit Blick auf Ihren Antrag tut also Klarheit not. Man könnte sagen, dass wir es der Bahn leicht machen:

Holzen wir ab, natürlich mit Plan, das ist gut für die Umwelt und die Bahn. Und was kommt heraus? – Ein prima Klima für alle in Nordrhein-Westfalen.

Da können wir sicher nicht mitmachen; das kann ich Ihnen heute schon mal deutlich sagen. Es ist nämlich so, dass wir uns im Grunde alle dafür verantworten müssen, dass die Deutsche Bahn in der heutigen Situation ist.

(Gabriele Walger-Demolsky [AfD]: Wir nicht!)

Wir haben darauf gesetzt, dass es mit dem Gang an die Börse von alleine geht. Jetzt sind wir schlauer geworden, und daraus sollten wir auch die Konsequenzen ziehen. Diese Einsicht hat in diesem Zusammenhang schon lange gegriffen.

Daher sage ich, was ich heute Abend und auch für die nächsten Wochen erwartet hätte: mehr pünktliche Züge, sodass nicht jeder irgendwo am Ende einer Bahnstrecke stehen muss und sich wundert, dass die Bahn nicht kommt. Das ist es, was wir diskutieren müssen, und nicht ein besseres Begleitgrün an Bahndämmen.

Wir sollten auch über weniger überfüllte Züge diskutieren und das in das Zentrum der Debatte stellen. Da können Sie mal liefern. Das hätten Sie heute machen können, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das haben Sie verpasst.

Die Fridays-for-Future-Bewegung lacht sich über Ihren Antrag auf jeden Fall kaputt. Die erreichen Sie damit überhaupt nicht.

Deshalb sage ich Ihnen zum Abschluss: Wir werten Ihren Antrag heute einmal als nachweihnachtliches Lametta, aber nur für Ihren eigenen Baum, für andere nicht. In dem Zusammenhang können wir da sicherlich nicht mitmachen und werden heute gegen diesen Antrag stimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Löcker. – Jetzt spricht Herr Klocke für die Grünen.

Arndt Klocke (GRÜNE): Danke, Herr Präsident. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So ganz hat sich für mich, ehrlich gesagt, der Sinn des Antrages auch nicht erschlossen. In ihm steht vieles, was vernünftig ist, aber wir wissen ja eigentlich, was bereits alles auf dem Weg ist.

Diese ganze Gehölzschnittfrage haben wir ja auch schon in der letzten Legislaturperiode rauf und runter diskutiert. Es gibt seit dem Jahr 2015 das Konzept „Mittelwaldähnliche Waldrandgestaltung im Bereich Landesstraßen und Bahnstrecken“.

Die Bahn hat im Jahr 2018 schon mit den Gutachten und den Vorschriften zum Vegetationsmanagement für einen sturmsicheren Waldbestand ihre Grundlagen in diesem Bereich vorgestellt.

Die Bundesregierung hat im Januar 2018 die Anfrage der grünen Bundestagsfraktion genau nach dieser Frage, ob es eine neue Rechtsgrundlage braucht, um Vegetationskontrollen auch auf Fremdgrundstücken durchführen zu können, in der Hinsicht beantwortet, dass das nicht notwendig sei, dass keine neue Rechtsgrundlage dafür erforderlich ist.

Die Frage ist, was die beiden Koalitionsfraktionen jetzt genau mit diesem Antrag beabsichtigen. Es ist natürlich grundsätzlich ein Problem und auch bekannt, dass es für die Bahn durch die stärker werdenden Vegetationsschäden aufgrund der stark zunehmenden Wetterextreme zu einer erheblichen Problematik kommt.

Wir haben als Grüne ein anderes Thema hier mehrfach aufgegriffen, nämlich den Einsatz von Glyphosat an Bahnstrecken, leider bisher noch nicht mit dem Ergebnis, dass die Bahn bereit ist, auf Glyphosat zu verzichten. Wir haben das mit Kleinen Anfragen und mit Anträgen hier im Plenum schon behandelt.

Abgesehen von den sinnvollen Maßnahmen zur Vegetationskontrolle ist die Frage, ob es jetzt in diesem Bereich einer entsprechend großen Weichenstellung bedarf oder nicht. Nach unserer Einschätzung ist das nicht erforderlich.

Wenn Sie jetzt nachjustieren wollen, können Sie das entsprechend machen, aber die Grundlagen für einen vernünftigen Umgang mit Grünschnitt und Vegetationskontrolle etc. sind eigentlich alle vorhanden; sie müssten nur entsprechend umgesetzt werden.

Man erlebt es regelmäßig – das ergeht Ihnen sicherlich auch so, liebe Kolleginnen und Kollegen –, dass man von Zusendungen, E-Mails oder wütende Briefe bekommt, deren Verfasser sich darüber beschweren, dass über die Maßen abgeholzt worden ist – jedenfalls nach Einschätzung der Anwohner –, dass Grünzüge entsprechend zerstört worden sind.

Manchmal fehlt den Bürgerinnen und Bürgern auch die fachliche Sicht auf diese Dinge, um das umfassend bewerten zu können, aber das ist natürlich auch ein Punkt, der uns regelmäßig in unserer Abgeordnetentätigkeit begegnet.

Herr Kollege Vossemer, Herr Kollege Reuter, Sie haben in Ihrem Antrag das nachhaltige Vegetationskonzept der Bahn als großen Beitrag für den Klimaschutz beschrieben.

Der beste Weg im Bereich der Bahnpolitik, auch Klimaeffekte zu erzielen, erfolgt mit einem raschen und guten Schienenstreckenausbau, mit einem gu-

ten ÖPNV-Ausbau, sodass Menschen die reale Möglichkeit haben umzusteigen, um von A nach B zu kommen.

Das bringt uns klimafolgentechnisch viel mehr, als wenn wir jetzt ein noch besseres Vegetationskonzept auf den Weg bringen.

Vielleicht informiert uns gleich der Minister, was eigentlich hinter diesem Antrag steckt; dann verstehen wir ihn auch noch. Wir werden ihn nicht ablehnen, sondern werden uns als Grüne enthalten.

Wie schon mehrfach gesagt: Uns ist nicht ganz klar, was Sie mit diesem Antrag beabsichtigen, weil die gesetzlichen Grundlagen, die Grundlagen mit Richtlinien hier im Land entsprechend vorhanden sind.

Die Frage ist, wie es von der Bahn ausgeführt wird. Da kann man an manchen Bereichen feststellen, dass auch Kritik notwendig ist, weil hier zu viel abgeholzt wird.

Wir versperren uns nicht der Debatte und sind gespannt, was uns der Minister zu diesem Punkt noch mit auf den Weg gibt. Möglicherweise überdenken wir dann auch noch unsere Haltung. Zurzeit sehen wir die Notwendigkeit für diesen Antrag jedoch nicht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Klocke. – Nun spricht Herr Vogel für die AfD-Fraktion.

Nic Peter Vogel (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Antrag der regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP ist, gelinde gesagt, ein wenig wirr.

Gut, auf der ersten Seite haben wir noch die üblichen Selbstdarstellungen und Statements, die wir alle schon Dutzende Male gehört haben, aber auf Seite 2 geht es dann auch wirklich ganz stark sofort in den Inhalt.

Wir haben es gerade schon gehört: Die Deutsche Bahn hat große Probleme mit ihren Schienen aufgrund umgestürzter Bäume oder mit Bäumen, die in elektrische Anlagen fallen.

Es gibt jetzt den Aktionsplan, dass man die Bäume von den Schienen 6 m entfernt zurückschneidet und auch noch weiter, sogenannte Hotspots, also Bäume, die jetzt beispielsweise einsturzgefährdet sind, Bäume, die nicht mehr das entsprechende Wurzelwerk haben, oder Bäume, die von Parasiten befallen sind.

Da möchte die Deutsche Bahn jetzt ein bisschen klotzen: 125 Millionen Euro werden in den nächsten Jah-

ren investiert, und über 1.000 Forstexperten, Facharbeiter und sonstige Spezialisten sollen dieses Mammutprojekt jetzt sozusagen zu Ende führen.

Im Grunde genommen ist man eigentlich auf dem richtigen Weg. Es werden auch teilweise Drohnen eingesetzt, um die fragwürdigen Bäume entlang der Schiene zu fotografieren. Mit Wärmekameras kann man sogar Bäume, die von Schädlingen befallen sind, ausmachen. Das ist ein guter Schritt, den man befürworten kann.

Im Forderungskatalog sehen wir: Wir wollen mehr Personal, wir wollen mehr Expertise, wir wollen mehr Aufsicht, wir wollen alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen. – Ja, was denn sonst?

Das sind im Grunde genommen alle Forderungen, zu denen sich der Bund, die Länder und die Deutsche Bahn inzwischen längst verpflichtet haben.

Aber bei dem einen einzigen Punkt, den wir wirklich interessant finden, bleiben Sie schrecklich unkonkret: Das ist die geplante Anpassung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes, des AEG.

Damit Sie uns nicht falsch verstehen: Das würden wir befürworten; aber Sie suggerieren in dem Antrag ja fast, dass die Deutsche Bahn kein Vegetationskonzept hat, dass es da im Grunde genommen an allem fehlt, auch an den Rechtsgrundlagen. Dem ist aber nicht so.

Ein nachhaltiges Vegetationskonzept haben wir schon in der DB-Leitlinie von 2014. Damals war es noch eine firmeninterne Leitlinie, die 2018 von allen Ländern und vier Bundesministerien abgesegnet wurde.

Oder nehmen wir beispielsweise die EU-Richtlinie vom 21.10.2009 oder den NAP, den Nationalen Aktionsplan für das bedarfsgerechte nachhaltige Einbringen von Pflanzenschutzmitteln, § 4 Pflanzenschutzgesetz.

Wenn es um die Durchforstung geht, brauchen wir nur in § 4 Abs. 1 und 3 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes zu schauen; „da werden Sie geholfen“.

Neben der Bewirtschaftung geht es wahrscheinlich nur noch um die Fälle der sogenannten Schutzzonen und des Schutzwaldes. Dann würde ich das gerne aber auch in diesem Antrag sehen.

Wollen Sie das AEG analog zu §§ 10 und 11 Bundesfernstraßengesetz anpassen? – Bitte, dann schreiben Sie das in den Antrag.

Oder wollen Sie beispielsweise zu §§ 30 und 31 Straßen- und Wegegesetz Nordrhein-Westfalen anpassen? – Dann, bitte, rein in den Antrag.

Sie wollen, dass wir dem Bund eine Empfehlung geben, dass wir den Bund auffordern, diese Gesetze endlich anzupassen und das Ganze auch noch zu

begleiten. Dabei bleiben Sie uns jeden Paragraphen schuldig.

Was wir hier in diesem Antrag haben – Entschuldigung –, sind zwei Seiten pure Polemik. Wenn es drauf ankommt, wird es schrecklich unkonkret. Das ist so gesehen ein enttäuschender Antrag. Dem können wir wirklich so nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Vogel. – Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Minister Wüst.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vielen herzlichen Dank für das Wort, Ihnen allen herzlichen Dank für die engagierte Debatte. Deutschland muss wieder Bahnland werden, wenn unsere Mobilität besser und sauber werden soll.

Wir haben ein rasant wachsendes Verkehrsaufkommen sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr. Insofern ist das Thema „Attraktivität der Bahn“ ein ganz wichtiger Baustein für eine bessere Mobilität der Zukunft.

Dazu gehört eben auch, Bahnverkehr möglichst unabhängig von Wind und Wetter aufrechtzuerhalten. Da lohnt es sich, finde ich, schon, einmal etwas vertieft in die Voraussetzungen genau dafür einzusteigen.

Ich habe den Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, Kollegen Nückel, noch im Ohr, als er einmal gesagt hat, die vier apokalyptischen Reiter des Bahnverkehrs seien Frühling, Sommer, Herbst und Winter.

(Heiterkeit)

Dass das, was der Vorsitzende gesagt hat, möglichst selten stimmt, sollte unser gemeinsames Bestreben sein.

Ich bin selber Ende letzten Jahres in Wesel gestrandet, weil zwischen Bocholt und Wesel Äste und kleine Bäume auf der Schiene lagen und dann in Wesel der Bahnverkehr endgültig eingestellt wurde. Wenn man dann in einer Traube von Menschen steht, denen es ähnlich geht, hört man was sie sagen: Beim nächsten Mal fahre ich mit dem Auto.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Dann stehen sie im Stau; das ist auch nicht besser!)

Insofern gehört auch die Unabhängigkeit des Bahnverkehrs von Frühling, Sommer, Herbst und Winter, von Stürmen und anderen Beeinflussungen schon zu dem, was wir als Staat in Summe leisten müssen.

Dazu gehört eben auch, sich anzuschauen, woher die Verursachung einer solchen Beeinträchtigung kommt. Wie kann es sein, dass direkt neben den Gleisen Bäume stehen, Sträucher immer größer werden, die gar nicht die notwendige Standfestigkeit haben?

Wir haben gemeinsam mit Niedersachsen die Bahn aufgefordert, genau die Konzepte, die es gibt, umzusetzen. Herr Löcker hat eben gezeigt: so dick. – Ich habe gar keinen Zweifel, dass das stimmt; wahrscheinlich sind sie sogar so dick.

(Carsten Löcker [SPD]: Doch, so dick!)

Es fehlt schlicht an der Manpower.

Die Umsetzung wurde zugesichert, aber es fehlt bei der einen oder anderen Geschichte auch an der Rechtsgrundlage; das wurde auch schon ausgeführt.

Es gibt eine Diskussion über die Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes; ich will Sie hier nicht mit Paragraphen langweilen. Aber die Bahn hat eben nicht das gleiche Recht, Kollege Klocke, wie es die Straßenbauverwaltungen haben, nämlich andere Grundstücke zu betreten und bei Gefahr im Verzug auch Rückschnitte oder Baumfällungen als Ultima Ratio vorzunehmen.

Die Landesstraßenbauverwaltungen dürfen das. Die Rechtsgrundlagen sind eben von Herrn Vogel genannt worden. Die Bahn darf das nicht. Diese Debatte gab es auch in der Verkehrsministerkonferenz. Sozialdemokratische und grüne Verkehrsminister waren mit uns einer Meinung, dass man das gleiche Recht, was für die Straße gilt, auch für die Schiene schaffen muss.

Die Bundesregierung hat – das zuständige Ressort, will ich einschränkend sagen – zügig gehandelt. Andi Scheuer hat einen solchen Referentenentwurf auf den Weg gebracht. Der liegt seit geraumer Zeit allerdings in einem anderen Ressort der Bundesregierung, nämlich im Umweltministerium.

(Carsten Löcker [SPD]: Dann ist ja Gutes zu erwarten!)

Da denkt man offensichtlich auch, Herr Löcker, das eine ginge ohne das andere. Wir müssen schon dafür sorgen, dass Grünschnitt gemacht werden kann, auch mit einem stärkeren Recht für die Bahn und ihre Mitarbeiter, genauso stark jedenfalls wie bei der Straße.

Deswegen wäre es am Ende dieser Debatte vielleicht ein versöhnliches Zeichen, wenn wir – ob Sie zustimmen oder nicht – uns alle einig sind: Gleiches Recht für Schiene wie für Straße.

Sie haben wahrscheinlich den kürzeren Draht zu Frau Schulze: Vielleicht können Sie da gelegentlich einmal für eine Höherpriorisierung des Themas sorgen; da liegt es nämlich gerade.

Ich bin dankbar, das aus Anlass dieser Beantragung und dieser Debatte heute noch einmal ausführen zu dürfen, und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Weitere Wortmeldungen haben wir nicht. Damit können wir jetzt zur Abstimmung schreiben.

Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen also zur Abstimmung unmittelbar über den Inhalt des Antrags mit der Drucksache 17/8422. Wer stimmt diesem Antrag zu? – FDP und CDU. Wer stimmt dagegen? – Die SPD und die AfD stimmen gegen diesen Antrag. Wer Enthält sich? – Enthaltung bei der grünen Fraktion. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8422** mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen hier im Hohen Hause **angenommen**.

Ich rufe auf:

10 Armutsrisiko Pflegekosten – Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen finanziell entlastet werden

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8418

Ich eröffne die Aussprache. Für die AfD-Fraktion begründet nun Herr Dr. Vincentz diesen Antrag. Bitte schön.

(Unruhe)

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte die Gunst der späten Stunde nutzen, mit Ihnen ein wenig über die Pflegeversicherung bzw. das Problem damit zu sprechen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Nun, das Problem mit der Pflegeversicherung ist, glaube ich, hinlänglich bekannt. Es werden einige Lösungsansätze besprochen, aber ich gehe vielleicht direkt in medias res.

Wenn Sie heute in Nordrhein-Westfalen einen stationären Pflegeplatz finden wollen, haben Sie auf der einen Seite das Problem, dass das gar nicht so einfach ist, denn Sie müssen erst einmal diesen Pflegeplatz bekommen.

Auf der anderen Seite haben wir durchschnittliche Kosten für einen Pflegeplatz in Nordrhein-Westfalen von 4.000 Euro pro Person. Damit liegen wir an der bundesweiten Spitze.

Das wäre vielleicht kein Problem, wenn nicht mit der Pflegeversicherung einhergehen würde, dass es eben keine Kaskoversicherung ist, wie es der eine oder andere vielleicht immer begreift.

Es verstehen auch viele nicht, die sich im Arbeitsleben befinden und immer in die Pflegeversicherung einzahlen und irgendwann vor dem Problem stehen, sich jetzt mit den Pflegekosten auseinandersetzen zu müssen, dass es sich dabei eben nicht um eine Kaskoversicherung im klassischen Sinne handelt, wo Sie einen Eigenanteil tragen, und den Rest trägt dann der Staat. Es ist eben nur ein Sockel, den der Staat trägt, und den Rest tragen Sie.

In Nordrhein-Westfalen ist das im Schnitt ein Eigenanteil von 2.350 Euro. Das kann mal mehr, mal ein bisschen weniger sein, aber es ist doch relativ viel, wenn Sie sich überlegen, dass die durchschnittliche Rente in Nordrhein-Westfalen 1.323 Euro beträgt.

Es bleibt also ein durchschnittliches Delta von rund 1.000 Euro. Das müssen Sie erst mal erwirtschaften. Wenn Sie nicht gerade in die Gruppe derer gehören, die schon immer etwas mehr hatten, die vielleicht etwas mehr zurücklegen konnten, für das Alter vorgesorgt haben und diesen Eigenanteil zum Beispiel durch eine Immobilie tragen können – oder durch andere Rückstellungen, die Sie haben –, oder Sie nicht zu dem Teil der Leute gehören, der noch nie eingezahlt hat und für die der Staat einspringt und diese Ausgaben übernimmt, sondern sie zu dem Teil der Menschen gehören, die immer gearbeitet haben und sich und Ihre Familie gerade so über Wasser halten und nichts zurücklegen konnten, dann stehen Sie vor dem Problem, dass Sie 1.000 Euro als Eigenanteil bezahlen müssen, die Sie nicht zur Verfügung haben.

Was sind also die Lösungen für dieses Problem? – Es wird häufig von der linken Seite des Parlaments diskutiert, man könnte den sogenannten Sockel umkehren. Das heißt, was ich gerade eben erklärt habe: Wir machen daraus eine tatsächliche Kaskoversicherung. Sie haben nur noch einen Eigenanteil, den Sie selber tragen müssen. Der bleibt dann bei Ihnen, und den anderen Teil übernimmt der Staat.

Es ist eine Lösung, die im Raum steht, die auch sicher zu diskutieren ist, und das werden wir im Ausschuss auch machen. Warum halte ich das nicht für eine gute Lösung? – Bis 2035 haben wir 900.000 zu Pflegenden in Nordrhein-Westfalen. Das ist eine relativ große Anzahl.

Würden wir jetzt für diese Leute staatlicherseits jeweils die Pflegekosten übernehmen, hätten wir das Problem, dass wir gleichermaßen über die Pflegeversicherung die jüngere Generation, die vielleicht aktuell davon nichts mitbekommt, weil sie draußen hüpfen ist, über Gebühr belasten. Ich finde, es wäre nicht fair, wenn man den jüngeren Menschen diese Bürde auferlegen würde.

Was ist also unsere Lösung, mit der wir heute an Sie herantreten? – Dazu muss man sich anschauen, wie aktuell die Kosten für einen Pflegeplatz in einem Pflegeheim in Nordrhein-Westfalen aufgeteilt sind.

80 % sind Personalkosten. Ich glaube, auch da sind wir uns alle einig, dass man an dieser Schraube gar nicht drehen kann, denn jemand, der diese Arbeit macht, der alte Menschen pflegt, soll auch gut entlohnt werden. Dieser Beruf, der sicherlich anstrengend und manchmal auch nicht nur Freude bereitet, muss gut bezahlt werden. Da müssen die Leute auch gutes Geld verdienen. An dieser Stelle möchte ich nicht drehen.

Was ist ein anderer großer Batzen? – Das sind die Investitionskosten. Die machen in Nordrhein-Westfalen aktuell rund 500 Euro pro Platz, also pro Bett, aus. Dazu ist zu sagen, dass es sich nicht etwa wie bei einem Haus um Kosten handelt, die Sie vorher schon hätten absehen können – wie gesagt: Sie können sich nicht immer aussuchen, welchen Pflegeplatz Sie bekommen.

Auf der anderen Seite ist es nicht nur der Fall, wenn Sie sich einen Pflegeplatz aussuchen und sagen: Das ist doch ein neues Gebäude; da muss ich weniger Investitionskosten tragen, weil sich das noch besser erhält.

Viele dieser Investitionskosten, die Sie als Pflegebedürftiger tragen müssen, sind durch gesetzliche Regelungen aus den letzten Legislaturperioden entstanden, zum Beispiel eine Ein-Zimmer-Pflicht im Pflegeheim,

(Zuruf von den GRÜNEN)

zum Beispiel Brandschutzordnungen, zum Beispiel, dass man zumindest eine Tandemlösung in den Badezimmern braucht. Das stellt das eine oder andere Pflegeheim vor baulich extreme Umstände.

Wo ist also unsere Lösung? – Fassen wir genau das an: diese Investitionskosten, dieser Batzen von 500 Euro pro Monat pro Pflegeplatz, den Sie aktuell aus der eigenen Tasche bezahlen müssen.

Übergeben wir das nach einem alten deutschen Sprichwort doch denjenigen, die es verkostet haben, bzw. denjenigen, die es verursacht haben. Früher hat man in Deutschland gesagt: Wer die Musik bestellt, der muss sie auch bezahlen. – Übernehmen wir doch als Politik genau diesen Anteil der Kosten.

Ich denke, damit ist den Menschen draußen gut geholfen. Aber das werden wir dann weiter im Ausschuss diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Nun spricht Herr Preuß für die CDU-Fraktion.

Peter Preuß (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Pflegekosten sind hoch. Sie übersteigen in nicht wenigen Fällen die finanzielle Leistungsfähigkeit der Pflegebedürftigen trotz Pflegeversicherung, trotz vielleicht ansonsten auskömmlicher Rente.

Das hat Folgen: Was man sich im Leben gespart hat, wird aufgebraucht, Angehörige müssen finanziell helfen, notfalls müssen Kommunen mit Pflegewohngeld unterstützen. Pflegebedürftige werden häufig zum Sozialfall.

Es ist daher Aufgabe der Politik, zumindest dort, wo sie die Rahmenbedingungen – zum Beispiel für die Refinanzierung von Investitionskosten, zum Beispiel bei der Umlagefinanzierung in der Ausbildung, zum Beispiel beim Pflegewohngeld – setzen kann, die Pflegekosten, insbesondere den Eigenanteil, den Pflegebedürftige leisten müssen, angemessen zu gestalten.

Das ist eben nicht so einfach, wie Herr Dr. Vincentz hier vorgetragen hat, sondern es ist immer auch ein umfassender Abwägungsprozess.

Für die NRW-Koalition ist es wichtig, dass Pflege für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen bezahlbar ist. Dabei wollen wir das Prinzip des Augenmaßes anwenden.

Jetzt liegt hier ein Antrag vor, der zwar die Situation beschreibt, mehr aber auch nicht.

Was ist denn nun die Lösung? Was ist unter „Entlastung der Pflegebedürftigen“ zu verstehen? Wenn hier von Deckelung die Rede ist, dann muss man wissen, dass das systemimmanent ist. Das heißt, das Finanzierungssystem berücksichtigt bereits diese Deckelung. Ich würde einen anderen Begriff verwenden, nämlich „Angemessenheit“ bzw. „Angemessenheitsgrenzen“.

Es ist nicht so, als würden wir die Problematik nicht sehen. Im Ausschuss befassen wir uns doch ständig mit diesem Thema. Wir erwarten kurzfristig, noch in diesem Jahr, jetzt die Durchführungsverordnung zum Altenpflegegesetz, die die Refinanzierungsbedingungen insbesondere bei den Investitionskosten regelt. Das hat natürlich Auswirkungen auf die Pflegekosten bzw. den Eigenanteil. Hier gilt das Tatsächlichkeitsprinzip.

Das Bundessozialgericht hat bereits im Jahr 2011 entschieden, dass Pflegebedürftigen nur die Kosten in Rechnung gestellt werden dürfen, die tatsächlich entstanden sind. Die Mietkosten, mit denen die Pflegebedürftigen belastet werden, dürfen nicht höher sein als die Kosten von vergleichbaren Einrichtungen, bei denen die Gebäude im Eigentum des Betreibers sind.

Im Altenpflegegesetz und der darauf beruhenden Ausführungsverordnung ist geregelt, wie eine Angemessenheitsgrenze für die anerkennungsfähige Miete ermittelt wird. Dabei ist sehr genau darauf zu achten und abzuwägen – das ergibt sich auch aus der Entscheidung des Bundessozialgerichts –, dass einerseits nicht Anreize zur Schaffung von dringend benötigten Pflegeplätzen zunichtegemacht werden – das heißt, wir brauchen Investitionsanreize, um Pflegeplätze zu schaffen –, andererseits aber die Kosten für die Pflegebedürftigen so gering wie möglich gehalten werden. Das ist, wie gesagt, ein Abwägungsprozess.

Ein anderes Beispiel: Die in der vorletzten Legislaturperiode bereits einvernehmlich beschlossene Ausbildungsumlagefinanzierung hat zwar Einfluss auf den Eigenanteil, hat aber auch dazu geführt, dass sich die Zahl der Auszubildenden in der Pflege verdoppelt hat. Das ist gut für die Pflege. Es geht also um Politik mit Augenmaß. Die NRW-Koalition sieht sich dazu verpflichtet und ist dabei auf gutem Weg.

Noch eine Anmerkung zu den Investitionskosten: Ja, Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland mit den höchsten Kosten für die Heimunterbringung. Dafür gibt es zwei wesentliche Gründe, die Herr Dr. Vincentz auch genannt hat.

Der eine Grund ist, dass sehr viel investiert wird. Das ist auch gut so, denn wir brauchen Pflegeplätze.

Andererseits haben wir bei den Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen eine hohe Tarifbindung. Das heißt, die Pflegekräfte werden angemessen bezahlt. Es kann nie genug sein – das ist völlig klar –, es ist aber aufgrund der Tarifbindung im Vergleich zu anderen Bundesländern eine angemessene Regelung.

Es geht letztlich darum, einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Pflegebedürftigen sowie ihrer Angehörigen, den Betreibern und Investoren zu schaffen. Mit dem Antrag ist da, ehrlich gesagt, wenig anzufangen. Gleichwohl sind Investitionskosten, Pflegekosten und deren Finanzierung immer ein Thema. Das wird uns auch im Ausschuss beschäftigen. Deshalb werden wir der Überweisung zustimmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Frau Altenkamp das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Letztes Jahr im Juni ist beim Bundestag eine Petition eingereicht worden, die sehr erfolgreich war. Es ging um Eigenanteile bei der stationären Pflege. Innerhalb von vier Wochen haben unglaublich viele Menschen, über 40.000, diese Petition unterstützt.

Die Zustandsbeschreibung in dem Antrag der AfD ist zwar einerseits zutreffend, aber nicht wirklich neu und, um ehrlich zu sein, in der Problemanalyse zum Teil etwas unterkomplex. Folgt man der Analyse der AfD, dann sind vor allen Dingen die Investitionskosten verantwortlich. Deswegen soll von der Landesregierung ein Konzept entwickelt werden, das die Pflegebedürftigen von den Investitionskosten entlastet. Allerdings wird nicht erwähnt, wie ein solches Konzept aussehen kann.

Das hat der Kollege Preuß sehr genau beschrieben. Denn das Drehen an den kleinen Stellschrauben, die Sie sich vorstellen, kann die Situation insgesamt noch „verschlimmböseern“. Tatsächlich machen die Investitionskosten maximal 10 % des Gesamtpflegesatzes in der stationären Pflege aus. Deshalb wird diese Forderung kaum eine Entlastung bei dem Problem bringen.

Der Analyseteil des Antrags ist übrigens in Teilen nicht zutreffend. Die AfD vergleicht die Bundesländer bei der Investitionskostenförderung, was aber nicht geht. Denn die Förderung der Bundesländer ist nicht vergleichbar. So gibt es in einigen Bundesländern noch die Objektförderung, zum Beispiel in Niedersachsen. Diese ist in NRW schon lange nicht mehr existent. In NRW gibt es eine Subjektförderung. Das heißt, gekoppelt an den einzelnen Langzeitpflegeplatz sind die Kosten für die Wiederbeschaffung und die Instandhaltung runtergebrochen und im Pflegesatz enthalten. Deshalb hinkt ein Vergleich zwischen den Bundesländern immer.

Ebenso trifft es nicht zu, dass die Investitionskosten in NRW quasi ungebremst steigen können. Die Landschaftsverbände prüfen die Höhe der Investitionskosten regelmäßig. Insofern ist eine der Grundannahmen des AfD-Antrags schlicht falsch.

Ein Grund für die steigenden Eigenanteile ist von Herrn Dr. Vincentz sogar selbst genannt worden. Das sind die Löhne – nichts, worüber wir uns aber beklagen sollten. Denn tatsächlich hat in den Grenzregionen von Nordrhein-Westfalen in der Zwischenzeit die Abwanderung der Fachkräfte in andere Bundesländer aufgehört. Das heißt, wir sind in einer Situation, dass Tariftreue tatsächlich ein Standortvorteil ist. Da geht mir als Sozialdemokratin natürlich das Herz auf.

Allerdings – das ist ein Problem – weichen zu viele Pflegebedürftige an den Landesgrenzen in andere Bundesländer aus, weil der Pflegesatz dort niedriger ist. Das ist eine problematische Entwicklung, die seitens des Ministeriums in Nordrhein-Westfalen deutlich beobachtet werden sollte. Denn Tariftreue darf nicht bestraft werden. Es muss ein einheitliches Verfahren zur Bemessung der Personalkosten bei den Pflegesätzen pro Platz zwischen den Ländern entwickelt werden.

Wir Sozialdemokraten unterstützen deshalb den Bundesarbeitsminister, der einen einheitlichen Tarif in der Pflege in Deutschland zum Ziel hat. Ein einheitlicher Tarif in der Pflege könnte zumindest die Konkurrenz zwischen den Einrichtungen in den unterschiedlichen Bundesländern verringern.

Deshalb muss eine Forderung sein, dass die Personalkosten in den Pflegesätzen in NRW nicht länger unter „Sachkosten“ veranschlagt werden, sondern als gesonderter Index. Schon heute machen die Personalkosten ohne Kosten für Unterkunft und Verpflegung über 90 % am Pflegegesambudget pro Platz aus. Die Orientierung der Dynamisierung an der allgemeinen Preisentwicklung geht also fehl. Sie orientiert sich nicht an den tatsächlichen und auch nur durchschnittlichen Tarifen, sondern an der Preisentwicklung.

Seit Januar 2020 sind die Angehörigen von Pflegebedürftigen durch das Angehörigen-Entlastungsgesetz deutlich entlastet worden. Davon profitieren insbesondere die Kinder vieler Pflegebedürftiger, leider aber nicht die Ehepartner. Deren Vermögen wird nach wie vor im Fall eines eingetretenen Pflegefalls mit herangezogen. Das war nicht immer so.

Als die Pflegeversicherung und 1996 das Altenpflegegesetz in Nordrhein-Westfalen eingeführt worden sind, hat man damals auf die Einkommen geschaut und die Berechnung der Pflegesätze daran orientiert. Es hat allerdings eine Öffnung ins SGB gegeben. Das wiederum hat dazu geführt, dass dann die Städte, insbesondere die Sozialhilfeträger, darum gerungen haben, eine Entlastung aus der Pflegeversicherung zu erfahren. Diese Öffnung hat dazu geführt, dass heute die Vermögen herangezogen werden. Wir fragen uns, ob es nicht schlau ist, nach 26 Jahren Pflegeversicherung mal darüber zu diskutieren, wie die Grundidee der Pflegeversicherung für die Menschen tatsächlich wieder umgesetzt werden kann.

Das ist nicht zuletzt ein ganz wichtiger Diskussionspunkt bei der demografischen Entwicklung und weil wir diese Entwicklung in der Rentenkasse schon absehen können. Ich glaube, es ist an der Zeit, ganz grundsätzlich über die Pflegeversicherung zu diskutieren und zu schauen, wie wir für die Menschen das erzielen können, was wir ursprünglich alle gemeinsam mit der Pflegeversicherung wollten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Frau Schneider das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal etwas

Grundsätzliches: Die Finanzierung von Pflegeleistungen erfolgt entweder über Beiträge aus der Sozialversicherung oder über die Eigenanteile der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen oder über kommunale Steuermittel bei der Sozialhilfe oder künftig vielleicht zusätzlich über Zuschüsse aus Bundesmitteln.

Auch der vorliegende Antrag wird nicht dazu führen, dass wir uns alle wie das kleine Mädchen in „Stern-taler“ hinstellen, das Hemdchen hochhalten können und es dann vom Himmel goldene Taler regnet. Wer also die Eigenanteile begrenzen will, hat nur die höchst fragwürdige Wahl, entweder Beschäftigte und Arbeitgeber als Beitragszahler der Sozialversicherung und damit den Arbeitsmarkt insgesamt zu belasten oder alle Steuerzahler heranzuziehen und damit die längst erforderliche Entlastung gerade für Facharbeiter und qualifizierte Angestellte beim Solidaritätszuschlag und bei der kalten Progression weiter hinauszuschieben.

Aus unserer Sicht müssen wir zwischen einer angemessenen Eigenverantwortung bei der Beteiligung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen, einer Grenze für die Belastung der Beitragszahler und den fiskalischen Möglichkeiten für einen finanzierbaren Steuerzuschuss des Bundes abwägen.

Wenn Sie dann die Investitionskosten ansprechen, scheinen Sie immer noch nicht die Wirkmechanismen des Pflegewohngeldes zu verstehen. Dabei handelt es sich um eine besondere Leistung für Bewohner von stationären Einrichtungen, die ihre Heimentgelte nicht selbst finanzieren können. Das Pflegewohngeld wird nach einer Prüfung von Einkommen und Vermögen übernommen. Es handelt sich dabei aber nicht um Sozialhilfe, sondern um eine gesonderte Sozialleistung der Kreise und kreisfreien Städte, bei der günstigere Anrechnungsbedingungen gelten und zum Beispiel das Einkommen und Vermögen von Kindern nicht herangezogen wird. So profitiert rund die Hälfte der Heimbewohner vom Pflegewohngeld. Damit entlasten wir viele Pflegebedürftige und ihre Angehörigen.

Wir entlasten sie hierbei, und wir entlasten sie seit dieser Woche auch bei der Suche nach einem adäquaten Heimplatz. Unser Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann hat in dieser Woche die „Heimfinder-NRW“-App vorgestellt, mit der Menschen für ihre pflegebedürftigen Angehörigen einen Heimplatz suchen können.

(Beifall von der FDP)

Diese App – das nur kurz zur Erklärung – erspart stunden- und tagelanges Herumtelefonieren. Sie erspart, die Heime abzulaufen, sich hier anzuhören, was passiert, und sich dort anzuhören, was passiert. Ich rate Ihnen: Installieren Sie diese App, und gucken Sie nach, wo ein Pflegeplatz für die Dauerpflege frei ist, wo es einen Pflegeplatz für die Kurzzeitpflege

gibt. – Das sind Maßnahmen, die wir in Nordrhein-Westfalen voranbringen und durch die wir die Pflegenden und ihre Angehörigen entlasten können.

Zum Schluss noch eine Anmerkung – ich glaube, mein Kollege Lenzen hat die Antragsteller auch schon mal darauf hingewiesen –: Eine Partei, die sich jahrelang nicht auf ein Rentenkonzept verständigen kann und angekündigte Parteitagsentscheidungen zur Rente immer wieder aufschiebt, ist meiner Meinung nach gänzlich ungeeignet, demokratischen Fraktionen eine Empfehlung zur Gestaltung eines Systems der sozialen Sicherung in Deutschland auszusprechen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann sehr gut an das anknüpfen, was Frau Kollegin Schneider gesagt hat, sowohl was den Problemaufriss als auch den letzten Satz angeht.

Die AfD muss sich entscheiden, denn das Geld kann nur einmal ausgegeben werden. Und das tut sie nicht. Sie haben sich noch im November darüber unterhalten, ein Rentenkonzept vorlegen zu wollen. Sie tun es nicht. Die Seite um Jörg Meuthen herum plädiert dafür, die Rentenversicherung quasi ganz abzuschaffen und es komplett in die private Vorsorge zu geben. Es gibt einen anderen Teil, der sagt: Der Staat muss alles übernehmen.

(Andreas Keith [AfD]: Wie lange hat es bei den Grünen gedauert, bis die mal was hatten?)

Noch interessanter ist: Die AfD ist gegen den Mindestlohn. Die AfD hat auch Prioritäten gesetzt, was die Abschaffung des Solidaritätszuschlags angeht. Das sind die Grundbedingungen.

Dann wundert es nicht, wenn ein Antrag hier hingelegt wird, in dem gesagt wird: Wir müssen die Pflegekosten senken und an die Investitionskosten heran. – Herr Vincentz, die Investitionskosten sind in diesem Jahr sogar gesunken, was etwas mit dem Pflegeleistungsgesetz zu tun hat.

(Zuruf von Dr. Martin Vincentz [AfD])

Ich komme zu dem zurück, was hier zu entscheiden ist. Meine Fraktion ist definitiv dagegen, in den Heimen wieder Mehrbettzimmer einzuführen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sind auch dagegen, dass das Pflegepersonal schlechter bezahlt wird, und wir sind nicht dafür – das

haben die Kollegen eben angedeutet –, dass die Personalkosten gesenkt werden, indem die Löhne gesenkt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns doch eigentlich darüber einig, dass die Personalkosten überproportional steigen werden, zumindest überproportional gegenüber den anderen Personalbereichen, weil erstens wahrscheinlich demnächst die Leute in Konkurrenz zu den Krankenhäusern werden mehr verdienen müssen, sonst werden wir die Pflegekräfte nicht kriegen, und zweitens der Bedarf steigt. Schon jetzt ist auf den Stationen die Pflegesituation so, dass dort zu wenige Leute arbeiten und zu befürchten ist, dass die Kosten steigen. Wer das nicht offen ausspricht, der analysiert die Situation nicht richtig.

Mir fehlt ein ganz entscheidender Punkt. Der Fokus wird lediglich auf die Heimpflege gelegt. Wir müssen auch andere Aspekte einbeziehen, zum Beispiel dass die Pflege vor Ort stattfindet. Dazu sagt dieser Antrag überhaupt nichts. Ich will jetzt nicht den Streit „ambulant vor stationär“ aufmachen. Aber das wird die Zukunft sein. Wir werden die Pflegekräfte in dem Umfang nicht haben.

Insofern springt dieser Antrag an ganz vielen Stellen zu kurz. Er ist ein Wünsch-dir-was-Antrag. Er analysiert die Situation falsch. Er bietet keine Lösung an und zeigt auf andere, alles in allem ziemlich unbrauchbar. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal muss ich zu dem Antrag sagen, dass er nach meiner Meinung die Investitionsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen im Bereich der Pflege etwas verkennt.

In Nordrhein-Westfalen ist es so – viele Redner haben es bereits ausgeführt; ich muss nicht alles wiederholen –, dass bei den Investitionskosten – jedes Heim wird alle zwei Jahre überprüft – den Leuten nur die tatsächlichen Kosten in Rechnung gestellt werden dürfen. In der Umsetzung haben wir sehr viel Stress auch mit den Heimbetreibern, weil sie sagen, dass das Tatsächlichkeitsprinzip in die Pacht- und Mietverträge eingreift. Aber ich bin in der Sache so aufgestellt, dass ich sage: Wir müssen dafür sorgen, dass die Heime die tatsächlichen Kosten erstattet bekommen.

Ich habe ein großes Interesse daran, dass in Heime und Infrastruktur für Pflege auch privat investiert wird. Wir brauchen diese Investitionen, um eine gute

Struktur zu erhalten. Denn ich bin schon der Meinung, dass wir in Nordrhein-Westfalen sowohl in der stationären als auch in der ambulanten und in der teilstationären Versorgung ein ganz gutes System und sehr gute Einrichtungen haben.

Man hat sich in Nordrhein-Westfalen vor vielen Jahren entschieden, die Investitionsförderung über das Pflegegeld zu machen. Das Pflegegeld ist eine Aufwendung im Bereich der stationären Pflege von 542 Millionen Euro, in der Kurzzeitpflege von 42 Millionen Euro, in der Tagespflege von 25 Millionen Euro, und die pauschale Investitionskostenförderung beträgt 79 Millionen Euro. Das heißt, dass wir in Nordrhein-Westfalen – das ist vor allem eine kommunale Leistung – die Investitionen in die Pflegeinfrastruktur nicht nur in Heimen, sondern auch in den anderen Bereichen jedes Jahr mit 690 Millionen Euro fördern. Nordrhein-Westfalen ist das Land in Deutschland, das sich am meisten an den Investitionskosten beteiligt.

Ich gebe ein Zahlenbeispiel: Bei einer durchschnittlichen Zuzahlung in Nordrhein-Westfalen von 2.405 Euro ist der Anteil der Investitionskosten in Höhe von 521 Euro nicht vom Pflegebedürftigen zu bezahlen. Natürlich haben wir im Bereich der stationären Versorgung Einkommensgrenzen, aber wir haben im Bereich der teilstationären Versorgung und der ambulanten Strukturen, was die Investitionskosten angeht, überhaupt keine Einkommensanrechnung. Wenn man das zusammenrechnet, dann kommt man darauf, dass das Pflegegeld in Nordrhein-Westfalen höher ist als das Landespflegegeld, das in Bayern gezahlt wird.

Ich habe das im Sommer nicht ganz verstanden. Die ganze Welt redete darüber, dass Bayern ein Landespflegegeld einführt. Wir haben in Nordrhein-Westfalen schon seit ganz vielen Jahren eine ebenso gute Unterstützung in dieser Frage. Daher finde ich, dass das Land bezüglich der Förderung der Investitionskosten nichts verändern muss. Das heutige System ist vernünftig und in Ordnung.

Dann muss man eine weitere Sache sehen: Wir haben im Deutschen Bundestag über ein Gesetz beraten, dass Kinder nur noch dann für ihre Eltern bezahlen müssen, wenn sie ein Einkommen von mehr als 100.000 Euro haben. Damit – das darf man sicherlich auch einmal sagen – ist das Thema, dass Kinder durch die Pflege ihrer Eltern stark belastet werden, erledigt.

Es gibt einen weiteren Personenkreis, an dem wir dranbleiben müssen. Dieser liegt mir wirklich am Herzen. Wir bekommen im Ministerium entsprechende Briefe. Wenn man verheiratet ist und das Pech hat, dass der ganz so alte Partner pflegebedürftig wird, sodass er noch viele Jahre lebt – ein Mensch bekommt mit 70 Jahren Demenz und kann damit

noch locker zehn Jahre leben –, dann muss der Ehemann bzw. die Ehefrau das Heim bis zur Sozialhilfegrenze bezahlen. Ich habe Briefe, in denen steht, dass Menschen 200.000, 300.000 Euro für ihren Ehepartner oder ihre Ehepartnerin bezahlt haben, dass alles Ersparte verbraucht ist und man dann in die Sozialhilfe geht. Das ist ein Problem.

Allerdings ist es rechtlich so: Es ist eine Grundsatzentscheidung, wenn man in einer Ehe den gegenseitigen Unterhalt aufgibt. Das kann man nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Ich persönlich bin der Meinung, dass wir bei unseren Überlegungen, was wir tun können, vielleicht darüber nachdenken sollten, ob nicht bei längeren Pflegefällen die Solidarität durch die Pflegeversicherung stärker sein muss als bei Pflegefällen, die nicht so lange dauern. Denn die Länge hat eine erhebliche Auswirkung auf die Belastungen und damit letzten Endes auch auf das Umfeld des Pflegebedürftigen. Um es einmal ganz einfach zu sagen: Wenn jemand ein halbes Jahr pflegebedürftig ist, dann ist die Belastung nicht so groß, als wenn jemand zehn Jahre lang pflegebedürftig ist.

Ich wäre froh, wenn wir einmal darüber nachdenken würden, ob man die solidarische Pflegeversicherung nicht auch so gestalten kann,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Legt doch Konzepte vor!)

dass wir die Solidarität in der Frage der Länge der Pflegebedürftigkeit etwas ausbauen.

Da in diesem Jahr in Berlin die Debatte über die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung kommen wird, denke ich, könnten auch wir uns mit Vorschlägen – und das werde ich tun – beteiligen.

Der AfD-Antrag wird im Ausschuss beraten werden, und es ist in der jetzigen Situation, in der viele Pflegeheime die Kosten erhöhen, durchaus richtig, dass auch im Ausschuss einmal darüber geredet wird, was das an Belastungen mit sich bringt. Deswegen kommt die Beratung dieses Antrags in einer Zeit, in der es notwendig ist, dass sich der Ausschuss mit diesen Themen in aller Ruhe beschäftigt.

Ich meine, dass wir auf Dauer bei der Teilversicherung bleiben sollten. Wenn Menschen nicht mehr bezahlen können, sollte die Kommune einspringen. Und ich bin auf eine weitere Sache in Nordrhein-Westfalen stolz, nämlich dass in den Heimen Menschen, die über die Kommune finanziert werden, genauso gut gepflegt werden wie diejenigen, die selbst zahlen.

Ich denke aber auch – das will ich zum Schluss sagen –, dass die Pflegeversicherung, eine Finanzierung nicht so ausgestaltet sein kann, dass Vermögen an die nächste Generation weitergegeben werden können, während andere Leute, die nie Vermögen

bilden konnten, immer höhere Beiträge zahlen müssen.

Ich finde, Gespartes darf auch im Falle der Pflegebedürftigkeit verwandt werden, um die Pflege eines Menschen sicherzustellen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt keinen weiteren Wunsch mehr nach Aussprache. Daher lasse ich abstimmen.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8418** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend – sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand gegen diesen Vorschlag? – Möchte sich jemand enthalten? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

11 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6758

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8369

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU der Abgeordneten Frau Plonsker das Wort.

Romina Plonsker (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ein starkes Stück, dass sich der Antragsteller als Retter der jungen Familien aufspielt. Aber wir fallen auf dieses Spielchen natürlich nicht herein.

(Beifall von der CDU und der FDP – Nic Peter Vogel [AfD]: Oh, das ist ja mal was Neues!)

Es sind die NRW-Koalition und die Landesregierung, die sich mit ihrer täglichen Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger und für deren Wunsch nach einem Eigenheim einsetzen. Zuallererst ist da die Initiative der Landesregierung im Bundesrat zu nennen, denn durch die Einführung eines Freibetrags für selbstge-

nutztes Wohneigentum sollen bei der Grunderwerbsteuer insbesondere junge Familien und Haushalte mit geringem Einkommen entlastet werden.

Eine pauschale Senkung der Grunderwerbsteuer hingegen ist daher nicht so zielführend wie der angesprochene Freibetrag. Der Freibetrag richtet sich nämlich ausschließlich an natürliche Personen zum Zwecke der selbstgenutzten Immobilien. Und diese natürlichen Personen sind junge Familien, zumeist unserer arbeitenden Mittelschicht, unser Rückgrat, die sich ihren großen Wunsch, ihren Traum von einem Eigenheim, den Bau oder Erwerb eines eigenen Hauses oder einer Wohnung, erfüllen möchten.

Eines will ich klipp und klar sagen: Der Kauf von Immobilien durch Unternehmen lediglich zur Kapitalanlage wird im Rahmen der Bundesratsinitiative ausgeschlossen. Zudem setzt sich die Landesregierung bereits bundesweit gegen die Share Deals ein. Sie brauchen nur den Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat aus September 2017 zu lesen. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Die Verhinderung sogenannter ‚Share Deals‘, die nur das Ziel haben, Grunderwerbsteuer durch Großinvestoren zu umgehen, muss bei der Fortentwicklung des Grunderwerbsteuerrechts ebenfalls weiterhin im Fokus stehen.“

Sie sehen also, dass unser Finanzminister Lutz Lienenkämper das Thema bereits lange vor Ihrem Antrag auf dem Schirm hatte. Wir arbeiten wie gewohnt nach unserem Credo: modernisieren, konsolidieren und investieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Doch wir belassen es in Bezug auf die Eigentumsförderung für Familien nicht nur beim Freibetrag. So haben wir Förderdarlehen für junge Familien deutlich erhöht. Lagen diese regionsbedingt zwischen 46.000 und 78.000 Euro, liegen sie heute zwischen 60.000 und 110.000 Euro. Dazu kommt noch der Familienbonus, der von 10.000 Euro auf 15.000 Euro pro Kind angehoben wurde und neuerdings auch für schwerbehinderte Familienangehörige gilt.

Dabei werden Familien auch bei fehlendem Eigenkapital entlastet: 15 % des Förderdarlehens können als Ersatz für das vorgeschriebene Eigenkapital anerkannt werden, die Hälfte wiederum als Tilgungsnachlass gewährt werden.

Wie Sie wahrscheinlich gemerkt haben, korrespondiert die Unterstützung bei fehlendem Eigenkapital mit den eingangs erwähnten Einspareffekten bei dem Freibetrag. Wir haben somit mehrere Bausteine bei der Eigentumsförderung für Familien. Das Land und auch die NRW-Koalition lassen junge Familien beim Wunsch nach dem Eigenheim nicht alleine.

Und dann will ich noch ein Thema nennen, das die Familien gerade umtreibt, nämlich das vorhandene

Bauland, das geeignet ist, um es zu erwerben. In diesem Zusammenhang möchte ich mehrere Initiativen der NRW-Koalition und der Landesregierung aufgreifen. Wir schaffen ein Klima für den Neubau, das sowohl Familien als auch Kommunen unterstützt. Wie Sie sich denken können, arbeitet die Landesregierung auch hier vorbildlich. Bauministerin Ina Scharrenbach hat gleich mehrere Projekte gestartet, um Bauland zu aktivieren. Es ist aber natürlich nicht nur bei diesem Start geblieben, es konnten auch schon erste Erfolge erzielt werden.

Kooperative Baulandentwicklung sei das Stichwort, ebenso die Initiative „Bauland an der Schiene“. Wir haben im Gespräch mit den Kommunen potenzielle Baugebiete entlang des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs, also des SPNV, analysiert. Deren städtebauliche Rahmenplanung wird im Anschluss mit einem Finanzierungsanteil von 50 % unterstützt werden. Dort wurde ein Flächenpotenzial von 3000 ha identifiziert – 3000 ha für den Wohnungsbau.

Als letzten Punkt möchte ich das Thema „Bürokratie“ ansprechen. Seit rund einem Jahr gilt eine neue Landesbauordnung. Wir fördern die Freiheit für alle am Bau beteiligten Akteure, ohne wichtige Schutzziele am Bau zu vernachlässigen.

(Sven Wolf [SPD]: Außer Barrierefreiheit!)

Auch Bauanträge sollen zukünftig schneller bearbeitet werden.

Sie sehen, Land und NRW-Koalition gehen bereits die Entlastung der jungen Familien beim Immobilienerwerb an und haben wichtige Programme aufgelegt. Wir lehnen Ihren Gesetzentwurf daher ab.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Weske das Wort.

Markus Herbert Weske (SPD): Sehr geehrter Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Plonsker, liebe CDU, liebe FDP, in einer Stunde ist hier nebenan im Apollo Varieté Premiere. Ich werde Bernhard Paul mal fragen, ob er nicht Interesse daran hätte, den Eiertanz, den Sie hier die ganze Zeit aufzuführen, mit in sein Programm aufzunehmen.

(Beifall von Michael Hübner [SPD] und Christian Loose [AfD])

Bis 2017 haben Sie immer gegen die Erhöhung der Grunderwerbsteuer gewettert und gesagt: So geht das nicht, wir sind dagegen.

(Ralf Witzel [FDP]: Na klar! Natürlich!)

Im Wahlprogramm bzw. Wahlkampf haben Sie immer angekündigt, diese wieder zu senken. Vor drei Jahren haben Sie in den Koalitionsvertrag dann diesen Freibetrag hineingeschrieben. Bundespolitisch ist der aber kurz- und mittelfristig überhaupt nicht umsetzbar.

(Ralf Witzel [FDP]: Nur weil Sie ihn blockieren! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das geht doch gar nicht, Herr Witzel!)

Das stammt nicht von mir, das ist ein Zitat des Bundes der Steuerzahler vom 3. Dezember 2019.

(Unruhe – Glocke)

Sie haben nicht die Kraft oder den Willen – was auch immer –,

(Unruhe – Glocke)

da heranzugehen und die Grunderwerbsteuer zu senken.

Im Übrigen würde wir das auch für falsch halten, weil es wahrscheinlich gar nicht die Effekte hätte, die Sie sich davon versprechen. Ich kann das an meiner Heimatstadt Düsseldorf festmachen. In den vergangenen Jahren gab es kein einziges Grundstück, kein einziges Einfamilienhaus, das keinen Käufer gefunden hätte, weil irgendjemand gesagt hätte, dass die Grunderwerbsteuer zu hoch sei.

(Zuruf von Stephen Paul [FDP])

Das gibt es nicht. Das Einzige, was hier entstehen würde, wären Mitnahmeeffekte, aber keine Lösung für die Probleme, die Familien dabei haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

(Beifall von Michael Hübner [SPD] – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Je nach Modell – es gibt unterschiedliche Ansätze – sollen demnächst bis zu 1,5 Milliarden Euro von den aktuell 3,6 Milliarden Euro Steuereinnahmen, die wir in diesem Bereich haben, fehlen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass vier Siebtel dieses Geldes in den kommunalen Verbundsatz hineingehen und am Ende 13 % dieses Geldes den Kommunen zugutekommt. Ich gehe davon aus, dass dann, wenn man solche Modelle entwickelt, am Ende nicht die Kommunen die Leidtragenden sein dürfen, sondern dann muss irgendwo anders zusätzlich Geld fließen.

Wir halten Steuersenkungen in diesem Bereich aber auch prinzipiell für den falschen Weg. Es gibt genügend zu tun und zu investieren – und zwar auch in den Wohnungsbau.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Uns geht es aber nicht um Einfamilienhäuser für die wenigen, sondern um Mehrfamilienhäuser zur Miete für die vielen.

(Ralf Witzel [FDP]: Miete für die vielen!)

– Sie lachen. Aber Herr Laumann – nun ist er fort – hat vor kurzem gesagt, dass es ein Fehler gewesen sei, unter der Regierung Rüttgers die Landesentwicklungsgesellschaft mit ihren 93.000 Wohnungen zu verkaufen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Was heißt das denn im Umkehrschluss? – Wir brauchen wieder eine Landeswohnungsbaugesellschaft,

(Zuruf von der SPD: Ganz genau!)

die mindestens in dieser Größenordnung Wohnraum für Familien zur Verfügung stellt.

(Zuruf von Stephen Paul [FDP])

Das Geld, von dem Ihnen vorschwebt, es an dieser Stelle nicht mehr einzunehmen, kann man da sehr gut investieren.

(Stephen Paul [FDP]: Das ist die sozialdemokratische Sicht! – Sven Wolf [SPD]: Wir kümmern uns um die Probleme!)

Deswegen ist unser Ansatz, dieses Geld für eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu verwenden, die vor Ort hilft und unterstützt und dort, wo die Kommunen keine eigene kommunale Gesellschaft haben, einspringt.

Habe ich noch zwölf Minuten? – Das ist ja ein Ritterschlag für einen Abgeordneten aus der letzten Reihe. – Aber es ist alles gesagt. Wir sind gegen den Antrag und lehnen ihn daher ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Herzlichen Dank. – Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Witzel für die FDP-Fraktion das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst für die FDP-Landtagsfraktion feststellen: All die Fantasien, die wir von meinem Vorredner gehört haben – staatliche Eingriffe, staatliche Wohnungsbaugesellschaften, immer mehr Regulierung –,

(Sven Wolf [SPD]: Das nennt man Daseinsvorsorge! Das sollte staatlich sein!)

werden kein einziges Problem am Wohnungsmarkt lösen, aber viele neue mit einer Neuen Heimat 4.0 schaffen.

(Vereinzelt Beifall von der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Das war jetzt aber eine Ohrfeige Ihrer Fraktion!)

Deshalb müssen wir natürlich über die Frage reden, wie wir zu finanziellen Entlastungen kommen. Die Bundesländer können nach aktueller Rechtslage nicht den Grundtatbestand der Grunderwerbsteuerverpflichtung und dessen Kriterien festlegen – also den Umstand, wann diese anfällt –, sondern nur den Steuersatz, also den Höhentatbestand dieser Steuer.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Von dieser Steuersatzgestaltung hat Rot-Grün, Herr Kollege, in den vergangenen Wahlperioden leider mehrfach zulasten von Bürgern, Betrieben und Vereinen in Nordrhein-Westfalen Gebrauch gemacht. Ihre Erhöhung des Steuersatzes in zwei Schritten von 3,5 auf 6,5 % hat nahezu eine Verdopplung bewirkt.

Sie von SPD und Grünen haben die Situation mit diesen 6,5 %, dem höchsten Steuersatz, der bundesweit existiert, geschaffen.

(Michael Hübner [SPD]: Dann schaffen Sie das doch ab! – Weitere Zurufe von Stefan Zimkeit [SPD] und Christian Loose [AfD])

FDP und CDU haben dieses Vorgehen stets gemeinsam deutlich kritisiert. Mehrere Sachverständigenanhörungen in den letzten Jahren haben gezeigt, wie problematisch die von Ihnen vorgenommene Grunderwerbsteueranhebung in der Praxis ist.

Es gibt vor allem drei negative Folgen.

Erstens. Die Kosten für ein Eigenheim steigen durch die Grunderwerbsteuer – ohne irgendeinen Gegenwert. Die Steuer muss nämlich zu Beginn der Transaktion finanziert werden.

Zweitens ist diese Zusatzbelastung im Umfeld stark steigender Immobilienpreise besonders problematisch und hat oft Finanzierungen zu Fall gebracht, da potenzielle Bewerber keinen hinreichend großen Eigenkapitalanteil nachweisen konnten.

Drittens gilt: Hohe Steuern bewirken Ausweichstrategien. Seit Ihrer Fast-Verdoppelung des Grunderwerbsteuersatzes ist die Zahl von Share-Deal-Konstruktionen zur vollständigen Steuervermeidung massiv angestiegen.

Das Ergebnis Ihrer rot-grünen Politik ist, dass die Schere zwischen Wohnungseigentümern und Kapitalanlegern immer weiter auseinandergegangen ist. Insbesondere der vom Bürger in Nordrhein-Westfalen abgewählte frühere Finanzminister Norbert Walter Borjans, der von Ihnen gerade zum neuen Heilsbringer der SPD auf Bundesebene gewählt worden ist, hat hier in Nordrhein-Westfalen bei seinen eigenen Liegenschaftsverkäufen im Landeseigentum ganz fatale Signale gesendet.

(Sarah Philipp [SPD]: Kümmern Sie sich mal um Ihren eigenen Heilsbringer!)

Da sind wie beispielsweise bei der WestLB-Abwicklung teure Gebäude für respektable dreistellige Millionenbeträge via Share-Deal-Konstruktionen an institutionelle Investoren aus dem Ausland steuerfrei verkauft worden – ein Zustand, von dem die leistungsbereite Mitte der Gesellschaft nur träumen kann. Das haben wir kritisiert, und das kritisieren wir weiterhin.

(Beifall von Henning Höne [FDP] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Man, man, Herr Kollege. Komm' mal runter! – Heike Gebhard [SPD]: Alles Ablenkung!)

Statt Bürger, Vereine und Betriebe immer stärker zu belasten, sollten Sie lieber mithelfen, Share-Deal-Konstruktionen zurückzudrängen – beispielsweise über eine Erweiterung der Haltepflichten dort. Genau an diesem Thema arbeitet die Landesregierung.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Bei einer solchen Gegenfinanzierung kann man lieber private Erwerber wie Familien oder Personen, die bislang nur Mieter gewesen sind, entlasten. Deshalb haben wir als FDP aus all den dargestellten Gründen vor der Landtagswahl unser Modell vorgestellt: die Einführung eines Freibetrags für den Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums.

Die Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen erkennen Sie daran, dass bereits wenige Wochen nach dem Politikwechsel eine Bundesratsinitiative genau diesen Inhalts zur Länderöffnungsklausel für die Tatbestandsgestaltung, an welchem Sachverhalt die Steuerpflicht zukünftig rechtlich anknüpfen soll, ergriffen worden ist.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Was ist seitdem passiert?)

Diese Initiative befindet sich noch im Beratungsverfahren. Wir werden also weiter für die Umsetzung unseres Versprechens auf Bundesebene kämpfen. Sie – auch von SPD und Grünen – sind herzlich eingeladen, nicht nur zu blockieren, sondern mitzuwirken, damit ein konstruktives Gesamtergebnis gefunden wird.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Eine pauschale Absenkung des Steuersatzes für jedweden Immobilienhandel wäre das in seinen Verteilungswirkungen im Vergleich schlechtere Modell. Statt allen Erwerbern und damit auch großen Wohnungsbaukonzernen beispielsweise einen pauschalen Rabatt zu geben, wollen wir gezielt den Erwerb der eigenen vier Wände für selbstgenutztes Wohneigentum fördern.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Unsere Ernsthaftigkeit ist erkennbar. Das sehen Sie an vielen begleitenden Maßnahmen wie der gestiegenen Wohneigentumsförderung des Bauministeriums. Unser Handeln ist stringent. Wir lehnen den vorliegenden Gesetzentwurf ab. Dies ist aber ausdrücklich keine Absage an das Ziel steuerlicher Entlastung bei der Grunderwerbsteuer

(Lachen von der SPD)

oder Ihrem verfassungswidrigen Soli. Steuerentlastung ist in Zeiten hoher Steuereinnahmen unverändert notwendig. Deutschland ist europaweit das Land der Mieter, und wir wollen aus dem Land der Mieter das Land

(Stefan Zimkeit [SPD]: ... der Obdachlosen machen!)

der Wohneigentümer machen.

(Beifall von der FDP)

Das ist konkrete Vermögensbildung.

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist FDP!)

Mietfreies Wohnen im Alter ist die beste Vorsorge gegen Altersarmut. Das ist unser Angebot an die leistungsbereite Mitte dieser Gesellschaft für sozialen Aufstieg.

(Zurufe von Stefan Zimkeit [SPD] und Josefine Paul [GRÜNE])

– Wenn Sie von der SPD dazwischenrufen, dann entgegne ich Ihnen: Sie interessieren sich seit Monaten nur noch für die Fragen derjenigen, die im Hartz-IV-Bezug sind, weiter dort bleiben und Erleichterungen bekommen.

Ich empfehle Ihnen dringend: Interessieren Sie sich für die Frage, wie Sie Leute wieder zu Aufstieg, zu Aufstiegsprozessen bewegen, sie aus schwierigen Situationen herausbekommen und Vermögensbildung für das Alter ermöglichen.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist Unsinn, was Sie hier vortragen! – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Da war früher eine Zielgruppe für Sie. Diese sollten Sie mal wieder stärker in den Blick nehmen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Gerade in Zeiten, in denen Vermögensbildung so schwierig ist, in Zeiten der Negativzinspolitik der Europäischen Union, in Zeiten, in denen infolgedessen keine Lebensversicherung mehr funktioniert und sich die Riester-Rente nicht rechnet, ist der Erwerb von Wohneigentum natürlich ein ganz wichtiger Aspekt.

Wir fordern deshalb alle Parteien – ausdrücklich auch SPD und Grüne – im Bundesrat und in der Bundesregierung auf, den Ländern, die ihn beschreiten

wollen, den Weg zu steuerlichen Entlastungen zu ebnen und deshalb mit uns für den Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer zu kämpfen. Erst dann, wenn dieser Weg der bestmöglichen Entlastung der Menschen durch rot-grüne Dauerblockade endgültig scheitern sollte, wird im Land darüber zu beraten sein, wie eine hilfswise Kompensation und mögliche zusätzliche Schritte aussehen könnten, die den Erwerb von Wohneigentum erleichtern.

Wir kämpfen bis dahin weiter für das von uns auch vor der Wahl versprochene Freibetragsmodell. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnete Mostofizadeh das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist 18:44 Uhr, und es gibt Menschen, die können sich zu keiner Zeit des Tages und auch zu keinem Anlass einer Grundsatzzrede enthalten. Ich kann es nicht ganz fassen, was hier eben abgelaufen ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will mich trotzdem auf die wesentlichen Fakten beschränken. Darüber, wieviel Bundespolitik hier reingemischt worden ist und was zum Teil falsch dargestellt worden ist, könnten wir jetzt lange reden, auch darüber, was soziale Gerechtigkeit, Mieten, Mieteigentum und Sonstiges anbetrifft.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Fakt ist: Wir haben einen Gesetzentwurf der AfD vorliegen, der vorschlägt, den Grunderwerbsteuersatz von 6,5 % auf 3,5 % wieder herunterzudrehen. Das ist ungefähr das, was im Parteiprogramm zweier Parteien gestanden hat. Jetzt suchen die nach Möglichkeiten, das nicht machen zu müssen.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Herr Finanzminister, selbst das, was eben geschilbert worden ist, führt schlichtweg zu Mindereinnahmen. Selbst wenn man die Share-Deal-Variante durchsetzen würde – die Zahlen habe ich jetzt nicht präsent –, reden wir, wenn wir den Grunderwerbsteuersatz senken würden, über anderthalb bis 1,7 Milliarden Euro. Da im Antrag keine Gegenfinanzierung steht, verbietet sich schon allein aus dieser Erwägung, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Das ist Bemerkung eins.

Zwei weitere Bemerkungen möchte ich noch machen. Es gibt weitere Finanzierungspunkte in diesem Landeshaushalt, die vorliegen. Da geht es um die Frage A12/A13 – da reden wir über 600 Millionen

Euro, die auch versprochen worden sind. Wir reden über das Flüchtlingsaufnahmegesetz; auch die Kompensation der Kosten für die Kommunen würde rund 600 Millionen Euro ausmachen. Hinzu kommen weitere Tatbestände. Da sind wir schnell bei drei Milliarden Euro.

(Ralf Witzel [FDP]: Quatsch! Völliger Unsinn!)

Schon wie beim Antrag vorher der AfD wurde keine Gegenfinanzierung vorgelegt.

(Zurufe von Ralf Witzel [FDP])

– Herr Witzel, ist es jetzt gut?

Zurück zu den Zahlen: Da sind wir bei drei Milliarden Euro, und selbst wenn es 2,8 Milliarden Euro wären, sind wir weit weg von dem, was dieses Land finanzieren kann. Das halte ich schlicht für unseriös, und meine Fraktion auch. Deswegen hätte ich uns allen vorgeschlagen, über derart unseriöse Anträge nicht länger zu diskutieren, als es nötig ist.

Eines will ich Ihnen aber sagen. Sie sagen: Das waren Rot-Grün, SPD und Grüne. Ich stehe ausdrücklich dazu. Das war keine leichte Diskussion. Ich kann mich gut erinnern: Kollege Martin Börschel, der jetzt nicht im Raum ist, den ich sehr schätze, mit dem ich freundschaftlich verbunden bin, hat seine persönlichen Konsequenzen daraus gezogen, weil er es für falsch gehalten hat. Wir hatten in der Koalition darum gestritten, den Grunderwerbsteuersatz anzuheben, um den Kitausbau zu finanzieren, Schulplätze zu finanzieren und andere Punkte zu machen. Und das war zu deutlich schlechteren Finanzierungszeiten als jetzt. Jetzt so zu tun, als wenn man das mal eben zurückdrehen könnte, weil das für irgendeinen Unsinn gemacht worden sei, weise ich entschieden zurück.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE])

Zurück zur Ausgangslage hier heute: Wer den Grunderwerbsteuersatz senken will oder wer Share-Deals machen will, der muss sagen, wie er es finanzieren will. Das ist bis jetzt nicht getan worden. Insofern sind all die, die danach rufen, ohne eine Gegenfinanzierung vorzulegen, aus meiner Sicht schlicht unseriös.

Langer Rede kurzer Sinn: Lassen Sie uns diesen Antrag ablehnen und lieber substantiell über die neue Finanzierung sprechen. Ich bin gespannt, was der Finanzminister jetzt dazu sagt. Wenn ich Zahlen falsch gesagt hätte, bitte ich um Berichtigung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Karl Schultheis [SPD])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Absenkung des Grunderwerbsteuersatzes von 6,5 auf 3,5 Prozentpunkte kann ein erster großer Schritt für mehr bezahlbaren Wohnraum sein. Unternehmen und Bürger sprechen uns immer wieder auf die hohen Steuern und Abgaben in NRW an und wünschen sich endlich eine Entlastung.

Unternehmer wollen investieren, sollen aber erst einmal 6,5 % an den Staat abgeben, wenn diese Grundstücke oder Häuser für die Erweiterung ihres Geschäftsbetriebes erwerben wollen. Hier verhindern die Landesregierung und auch die Koalition mit dem Festhalten an den hohen Steuersätzen aktiv die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Junge Familien möchten sich endlich den Traum vom neuen Eigenheim leisten, doch nur wenigen Menschen wird dies ermöglicht. Wer ein Haus im Wert von 300.000 Euro kaufen möchte, muss dafür erst einmal fast 20.000 Euro an den Staat abgeben – Geld, was der Familie beim Umbau und beim Ausbau des Hauses fehlt, Geld, welches ansonsten für Handwerker oder vielleicht für einen neuen Gaskessel zur Verfügung stünde. Stattdessen greifen Sie als Staat, Herr Lienenkämper, hier gnadenlos zu.

Rot-Grün hat die Erhöhung des Steuersatzes 2011 und 2015 eingeführt, wogegen sich die CDU und die FDP – zum damaligen Zeitpunkt in der Opposition – mit markigen Worten gewehrt haben. Und nun lassen CDU und FDP die Häuslebauer und sich entwickelnde Unternehmen im Stich. Denn sie verweisen immer noch auf eine gescheiterte Bundesratsinitiative – und das, obwohl sie wissen, dass diese niemals den Bundesrat in dieser Form passieren wird.

Dabei haben Sie es doch jetzt hier und heute in der Hand und müssten nicht auf Bundesgesetze warten. Der Steuersatz ist nämlich direkt hier in NRW änderbar. Die von uns geforderte Gesetzesänderung wird auch von den Sachverständigen in der schriftlichen Anhörung begrüßt. So äußert sich beispielsweise der Bund der Steuerzahler positiv zu unserem Gesetzentwurf – ich zitiere –:

„Mit einem Steuersatz von aktuell 6,5 Prozent zahlen die nordrhein-westfälischen Steuerzahler bundesweit die höchsten Abgaben für den Erwerb einer Wohnung oder eines Hauses.“

An anderer Stelle heißt es:

„Der Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen fordert deshalb eine spürbare Entlastung bei der Grunderwerbsteuer.“

Auch Handwerk.NRW begrüßt unseren Antrag. So heißt es – ich zitiere –:

„Der hohe Hebesatz schadet dem Wirtschaftsstandort, da potentiellen Investoren unnötige Hemmnisse in den Weg gelegt werden.

Der hohe Hebesatz erschwert Unternehmensgründungen und Unternehmensübergaben, ... „

Weiter heißt es:

„Der hohe Hebesatz ist daher für die wirtschaftliche Dynamik eher hinderlich, ...“

Und:

„Eine hohe Belastung aus der Grunderwerbsteuer hat eine preistreibende Wirkung auf den Immobilien- und Mietmarkt und verschärft damit den Mangel an bezahlbarem Wohnraum im Eigentum oder im Mietmarkt.“

Weiter im Zitat:

„Da die Grunderwerbsteuer grundsätzlich das Wohnen verteuert, trägt sie zur sozialen Entmischung in Ballungsregionen mit Wohnungsmarktingpässen bei und zwingt Arbeitnehmer tendenziell zum Wohnen in Randlagen oder im Umland, wodurch sich Mobilitätsbedarfe erhöhen.“

Und so kommt es dann zur finalen Aussage des Handwerksverbandes – ich zitiere –:

„... plädieren wir dafür, dass die Landesregierung und der Landtag in dieser Wahlperiode den landesspezifischen Hebesatz für die Grunderwerbsteuer absenken.“

Das ist also genau das, was die AfD mit dieser Gesetzesvorlage fordert.

Fassen wir zusammen: Der Gesetzentwurf der AfD kann viele Dinge zum Besseren bewegen. Ein geringerer Steuersatz verbilligt das Wohnen und ermöglicht eine soziale Vielfalt in Stadtgebieten anstatt sozialer Segregation. Ein geringerer Steuersatz belebt die wirtschaftliche Dynamik und vereinfacht Unternehmensneugründungen und Unternehmensübergaben. Ein geringerer Steuersatz kann die Wohnträume von jungen Familien erfüllen. Ein geringerer Steuersatz bedeutet, dass die Bürger über ihr hart erarbeitetes Vermögen selbst frei entscheiden können, anstatt das Geld der Regierung übergeben zu müssen.

Stimmen Sie also für mehr Freiheit, für günstigen Wohnraum und für die Belebung der wirtschaftlichen Dynamik. Stimmen Sie für unseren Gesetzentwurf! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolle-

ginnen und Kollegen! Lieber Kollege Weske, Sie haben Ihre Rede mit dem Vorwurf eines Eiertanzes und dem Verweis auf das aktuelle Programm von Roncalli eingeleitet. Den weiteren Fortgang der Debatte habe ich dazu genutzt, sowohl zuzuhören als auch parallel mal Einzelheiten über dieses Roncalli-Programm zu googeln.

Da sind unter anderem mit dabei: Roncallis Poesie-Botschafter, der Weißclown Gensi und der unverwechselbare Seifenblasenpoet Carillon.

(Beifall von der CDU und der FDP – Gordan Dudas [SPD]: Nette Landesregierung! – Heiterkeit von der SPD)

Jetzt weiß ich nicht genau, mit welchem von den dreien Sie sich beim Besuch von Roncalli am ehesten identifizieren wollen, aber ich mutmaße mal.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Da Sie sich vorher wahrscheinlich die Programme anschauen, die Sie sich dann zu Gemüte führen, werden Sie eine Idee dazu haben.

(Michael Hübner [SPD]: Nach dem Vortrag von Herrn Witzel weiß ich, wer das ist!)

Jedenfalls haben Sie es mit dem Vorwurf eines Eiertanzes verbunden. Ich will dazu nur eine Bemerkung machen: Selbst wenn wir einen Eiertanz vorführen würden, was nicht wahr ist, würde dieser Eiertanz um Eier stattfinden, die Rot und Grün in den letzten beiden Legislaturperioden gelegt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Ich kann deshalb eine wesentliche Bemerkung zur vorliegenden Gesetzesinitiative machen: Wir, die Koalition von CDU und FDP, haben eine maßgeschneiderte Lösung vor, die zum Wohnungsbau anreizt und die vor allen Dingen den Beziehern mittlerer und kleinerer Einkommen ermöglicht, erstmalig eigenes Eigentum zu erwerben und dieses selbst zu nutzen.

Wir haben eine Idee von der weiteren Gestaltung der Grunderwerbsteuer, die steuert, die die richtigen Anreize setzt, die die richtigen Frauen und Männer in Nordrhein-Westfalen begünstigt. Wir hoffen unverändert – und daran arbeiten wir auch –, dass das in Berlin im Bundesrat eine Mehrheit findet.

Diese Steuerungswirkung ist das, was wir wollen. Das ist es, woran wir weiterhin arbeiten. Deswegen trage ich mit ausgesprochener Sympathie die Erklärungen aller Fraktionen außer der antragstellenden Fraktion mit, diesen Gesetzentwurf ablehnen zu wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister. – Die AfD-Fraktion hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Der Abgeordnete Loose hat es.

Christian Loose^{*)} (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute konnten wir erleben, was eine 180-Grad-Wende ist. 2011 und 2015 erhöhten Grüne und SPD die Steuern massiv, und CDU und FDP traten als Kämpfer für die Bürger ein. Inzwischen sind wir Spitzenreiter bei dieser Steuer, und Herr Witzel möchte das auch bleiben. Denn das Geld wollen Sie doch schon noch nehmen.

(Ralf Witzel [FDP]: Quatsch! Ich habe das Gegenteil gesagt!)

Was waren das damals für markige Worte. Als „Stück aus dem Tollhaus“ bezeichnete Herr Weisbrich von der CDU die Steuererhöhung der damaligen Landesregierung. Dies werde zu einer schweren Belastung für junge Familien führen. Die „Schnapsidee“ der Steuererhöhung schwäche die Bauwirtschaft und gefährde Arbeitsplätze. „Ihre Geldgier ist unersättlich“, sprach die CDU.

– Ja, das stimmt immer noch. Jetzt sind allerdings Sie die Geldgierigen. Und die einzige Partei, die das benennt, ist die AfD.

Auch die FDP entpuppt sich mal wieder als Wendehalspartei, damals vertreten durch Frau Freimuth. Die Erhöhung der Grunderwerbsteuer sei der größte Angriff auf das Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger. 96 % aller Mieterinnen und Mieter wünschten sich Wohneigentum und bekämen nun Steine in den Weg gelegt. Und es sei wichtig, das Eigenheim als Säule der Altersvorsorge zu begreifen und entsprechend zu fördern, damit die Sozialkassen geschont würden, sagte Frau Freimuth.

– Ja, so ist es immer noch, Frau Freimuth. Die einzige Partei, die das heute noch benennt, ist die AfD. In der Opposition Wasser zu predigen und in der Regierungsverantwortung Wein zu trinken, scheint das neue Motto von CDU und FDP zu sein.

Von der SPD haben wir natürlich ohnehin keine Zustimmung zu Steuersenkungen erwartet. Denn schließlich sagt die neue Vorsitzende, Frau Esken, dass Steuersenkungen gefährlich seien.

Es wurde Zeit, dass endlich eine Oppositionspartei vorhanden ist, die auch mal den Mut hat, freiheitliche Ideen voranzubringen. Und diese Partei heißt AfD.

(Beifall von der AfD)

Seit 2011 hat sich am Immobilienmarkt übrigens einiges geändert. Insbesondere sind inzwischen die Preise der Immobilien massiv gestiegen. Die Gründe dafür sind offensichtlich.

Erstens: Die Energieeinsparverordnung belastet die Häuslebauer – Dämmmaßnahmen, die Zehntausende Euros kosten, aber letztlich nur zur Schimmelbildung beitragen.

Zweitens: die von der EU gesteuerte Niedrigzinspolitik, die am Ende dafür sorgt, dass Sie, Herr Lienenkämper, volle Kassen und Haushaltsüberschüsse haben. Diese Niedrigzinsen sorgen aber dafür, dass die Immobilienpreise explodieren.

Drittens: eine massive Erhöhung der Nachfrage – der berühmte rosa Elefant, der dazu führt, dass einfach nicht genügend bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist.

Diese drei Effekte führten dazu, dass nicht nur die Immobilienpreise anstiegen, sondern sich auch die Einnahmen der Grunderwerbsteuer seit dem Jahr 2011 verdreifacht haben.

Es wird Zeit, den Menschen endlich die Steuerentlastung zu geben, die diese verdient haben. Deshalb bitte ich Sie noch einmal: Geben Sie sich einen Ruck, und stimmen Sie für den Gesetzentwurf der AfD. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8369, den Gesetzentwurf Drucksache 17/6758 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selber. Wer möchte dem Gesetzentwurf zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP, SPD und Grüne. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Gesetzentwurf Drucksache 17/6758 abgelehnt.**

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung angelangt.

Das Plenum berufe ich wieder ein für Mittwoch, 12. Februar 2020, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen bis dahin alles Gute.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 19:01 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.